

**„Manipulationen im Sport und staatliche Sanktionsmöglichkeiten. Zur  
Notwendigkeit eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und  
Bestechung im Sport.“**

**Inaugural-Dissertation**

zur

**Erlangung der juristischen Doktorwürde**

dem

**Fachbereich Rechtswissenschaften  
der Philipps-Universität Marburg**

vorgelegt von

*Jan Bösing*

Rechtsanwalt      aus      Tübingen

**Marburg**

**2014**

**Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften**

**angenommen am: 26.08.2014**

**Berichterstatter: *Professor Dr. Dieter Rössner***

**Mitberichterstatter: *Professor Dr. Dr. Hauke Brettel***

**Tag der mündlichen Prüfung: 15. September 2014**

*Meinen Eltern*

**Danksagung:**

Die Arbeit ist gewidmet meinen Eltern, die mich nicht nur in jeder Hinsicht stets unterstützt haben, sondern mir auch oft den notwendigen Antrieb zur Weiterarbeit an der Dissertation gegeben haben.

Bedanken möchte ich mich insbesondere bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dieter Rössner für die spontane Bereitschaft der Betreuung der Arbeit sowie für die stets unkomplizierte und hilfsbereite Unterstützung bei der Erstellung der Arbeit. Ebenfalls bedanke ich mich bei Herrn Prof. Dr. Hauke Brettel für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Abschließend bedanke ich mich bei dem gesamten Team des Bereichs IP/IT der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer in München für die Möglichkeit, dort während der Erstellung der Dissertation in Teilzeit arbeiten zu dürfen und für die Freiheiten, die mir für die Fertigstellung der Dissertation gewährt wurden.

## Inhaltsübersicht

Teil 1: Einleitung.....	1
A. Einleitung und Problemstellung .....	1
I. Der Sport.....	2
II. Unlauteres Verhalten im Sport .....	3
III. Eingriff des Staates .....	5
B. Gegenstand der Untersuchungen.....	5
I. Manipulationen sportlicher Wettbewerbe .....	5
II. Bestechlichkeit und Bestechung im Sport .....	6
III. Abgrenzung zu anderen wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen .....	16
C. Stand und Gang der Untersuchungen.....	19
I. Stand in der Literatur .....	19
II. Gang der Untersuchung .....	21
D. Bestechungsfälle.....	21
I. „Bundesliga-Skandal“ 1971 .....	22
II. Der Fall „Hoyzer“ .....	25
III. Tennis 2006/2007 .....	28
IV. THW Kiel .....	31
V. Fußball-Manipulationen seit 2009 .....	33
VI. Zusammenfassung .....	36
Teil 2: Strafbarkeit de lege lata .....	40
A. Verbandsrechtliche Erfassung von Manipulationen.....	40
I. Sportler .....	40
II. Schiedsrichter .....	43
III. Hintermänner .....	44
IV. Zwischenergebnis und Stellungnahme .....	47
B. Strafrechtliche Erfassung von Manipulationen .....	48
I. Fallkonstellation 1: Sportintern motivierte Bestechung von Sportlern .....	48
II. Fallkonstellation 2: Sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern .....	81
III. Fallkonstellation 3: Extern motivierte Bestechung von Sportlern.....	94
IV. Fallkonstellation 4: Extern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern.....	98

V.	Ergebnis und Diskussion .....	101
C.	Zwischenergebnis.....	101
Teil 3:	Lösung des Regelungsdefizits .....	103
A.	Straftatbestand Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor.....	103
I.	Internationale Vereinbarungen .....	104
II.	Deutschland .....	107
III.	Reformierung des § 299 StGB.....	112
IV.	Internationales Beispiel: Frankreich .....	120
V.	Stellungnahme und Ergebnis .....	122
B.	Eigenständiger Straftatbestand gegen Spielmanipulationen .....	123
I.	Politische Diskussionen.....	124
II.	Vorschläge .....	128
III.	Verfassungsrechtliche Hürden.....	133
IV.	Beurteilung der Vorschläge .....	191
V.	Eigener Vorschlag .....	197
VI.	Internationales Beispiel: Polen .....	199
VII.	Zwischenergebnis .....	201
C.	Entscheidung zwischen den Alternativen.....	202
I.	Argumente für einen Spezialstraftatbestand.....	202
II.	Argumente für einen allgemeinen Straftatbestand .....	203
III.	Ergebnis .....	204
Teil 4:	Lösung des Vollzugsdefizits.....	205
A.	Kronzeugenregelung .....	205
I.	Effektivität der Maßnahme .....	205
II.	Umsetzung .....	206
B.	Whistle-Blowing .....	207
C.	Schwerpunktstaatsanwaltschaft.....	208
D.	Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen .....	209
E.	Zusammenfassung.....	209
Teil 5:	Ergebnis und Ausblick.....	211

## Gliederung

Teil 1: Einleitung.....	1
A. Einleitung und Problemstellung .....	1
I. Der Sport.....	2
II. Unlauteres Verhalten im Sport .....	3
1. Regelverletzungen.....	3
2. Rechtsverletzungen .....	4
3. Regel- und Rechtsverletzungen .....	4
III. Eingriff des Staates .....	5
B. Gegenstand der Untersuchungen.....	5
I. Manipulationen sportlicher Wettbewerbe .....	5
II. Bestechlichkeit und Bestechung im Sport .....	6
1. Definition .....	7
2. Akteure der Manipulation .....	7
a. Sportler.....	8
(1) Reguläres Wettkampfverhalten .....	8
(2) Manipulierendes Wettkampfverhalten .....	8
(3) Motivation zur Manipulation.....	8
b. Kampf-/Schiedsrichter .....	10
(1) Reguläres Wettkampfverhalten .....	10
(2) Manipulierendes Wettkampfverhalten .....	10
(3) Motivation zur Manipulation.....	11
c. Hintermänner .....	11
(1) Sportintern motivierte Manipulation .....	12
(2) Extern motivierte Manipulation.....	12
(3) Motivation zur Manipulation.....	13
d. Zusammenfassung.....	14
3. Bestechungsbedingte Manipulationen als Rechtsverletzung .....	14
a. Manipulationshandlungen des Sportlers .....	15
b. Manipulationshandlungen des Schiedsrichters .....	16
III. Abgrenzung zu anderen wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen .....	16
1. Doping.....	16
2. Suboptimale Leistung aus sportlichen Gründen .....	17
3. „Schwalben“ .....	18

4.	Siegprämien .....	18
5.	Zusammenfassung.....	19
C.	Stand und Gang der Untersuchungen.....	19
I.	Stand in der Literatur .....	19
II.	Gang der Untersuchung .....	21
D.	Bestechungsfälle.....	21
I.	„Bundesliga-Skandal“ 1971 .....	22
1.	Sachverhalt.....	22
2.	Verfahren und Sanktionen .....	23
II.	Der Fall „Hoyzer“ .....	25
1.	Sachverhalt.....	25
2.	Verfahren und Sanktionen .....	26
III.	Tennis 2006/2007 .....	28
1.	Sachverhalt.....	29
2.	Verfahren und Sanktionen .....	30
IV.	THW Kiel .....	31
1.	Sachverhalt.....	31
2.	Verfahren und Sanktionen .....	32
V.	Fußball-Manipulationen seit 2009 .....	33
1.	Sachverhalt.....	34
2.	Verfahren, Sanktionen .....	34
VI.	Zusammenfassung .....	36
Teil 2:	Strafbarkeit de lege lata .....	40
A.	Verbandsrechtliche Erfassung von Manipulationen.....	40
I.	Sportler .....	40
1.	Fußball .....	40
2.	Handball .....	41
3.	Tennis.....	41
4.	Zusammenfassung.....	42
II.	Schiedsrichter .....	43
1.	Fußball .....	43
2.	Handball .....	43
3.	Tennis.....	43
4.	Zusammenfassung.....	44



III.	Hintermänner .....	44
1.	Fußball .....	44
2.	Handball .....	45
3.	Tennis .....	45
4.	Zusammenfassung .....	46
IV.	Zwischenergebnis und Stellungnahme .....	47
B.	Strafrechtliche Erfassung von Manipulationen .....	48
I.	Fallkonstellation 1: Sportintern motivierte Bestechung von Sportlern .....	48
1.	Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden .....	49
a.	Bestechung im wirtschaftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB .....	49
(1)	Angestellte/Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs .....	49
(2)	Im geschäftlichen Verkehr .....	51
(a)	Die wohl herrschende Meinung .....	52
(b)	Abweichende Ansicht von <i>Krack</i> .....	52
(c)	Stellungnahme .....	53
(3)	Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen .....	54
(4)	Ergebnis .....	55
b.	Untreue, § 266 StGB .....	55
(1)	Verfügungs-/Verpflichtungsbefugnis über fremdes Vermögen .....	56
(2)	Vermögensbetreuungspflicht .....	56
(3)	Missbrauch der Befugnis .....	57
(a)	Grundsatz .....	57
(b)	Ausnahme: Risikogeschäft .....	57
(4)	Vermögensnachteil .....	60
(a)	Gesamtbetrachtung .....	60
(b)	Vermögensbegriff .....	61
(c)	Gewinnerwartungen .....	61
(5)	Subjektiver Tatbestand .....	64
(6)	Ergebnis .....	64
c.	Betrug, § 263 StGB .....	65
(1)	Täuschung .....	65
(2)	Ergebnis .....	66
d.	Zwischenergebnis der Strafbarkeit des V .....	66
2.	Strafbarkeit der Spieler .....	67
a.	Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB .....	67
b.	Untreue, § 266 StGB .....	67

c.	Betrug, § 263 Abs. 1 StGB .....	68
(1)	Betrug zu Lasten des benachteiligten Konkurrenten.....	68
(a)	Täuschung .....	68
(b)	Irrtum .....	71
(c)	Vermögensverfügung und Vermögensschaden .....	74
(2)	Betrug zu Lasten des eigenen Vereins.....	75
(a)	Täuschung .....	75
(b)	Irrtum .....	75
(c)	Vermögensverfügung.....	76
(d)	Vermögensschaden .....	76
(e)	Subjektiver Tatbestand.....	77
(f)	Ergebnis .....	78
(3)	Betrug zu Lasten des Verbandes .....	78
(4)	Betrug zu Lasten der Zuschauer .....	79
d.	Zwischenergebnis zur Strafbarkeit der Spieler .....	80
3.	Zwischenergebnis zur Fallkonstellation 1.....	80
II.	Fallkonstellation 2: Sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern .....	81
1.	Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden.....	81
a.	Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB .....	81
(1)	Angestellte/Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs.....	82
(2)	Im geschäftlichen Verkehr.....	83
(3)	Ergebnis .....	85
b.	Untreue, § 266 StGB .....	85
c.	Betrug, § 263 StGB .....	85
2.	Strafbarkeit des Schiedsrichters .....	86
a.	Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB .....	86
b.	Untreue, § 266 StGB .....	86
(1)	Vereine als Geschädigte .....	86
(2)	Verband als Geschädigter .....	87
(3)	Ergebnis .....	87
c.	Betrug, § 263 StGB .....	87
(1)	Betrug zu Lasten des geschädigten Vereins .....	88
(a)	Täuschung .....	88
(b)	Irrtum .....	88
(c)	Vermögensverfügung und Vermögensschaden .....	89
(2)	Betrug zu Lasten des Verbandes .....	89

(a)	Betrug durch Übernahme der Spielleitung.....	89
(b)	Betrug durch Fehlentscheidungen im Wettbewerb.....	90
(3)	Betrug zu Lasten der Zuschauer .....	92
(4)	Betrug zu Lasten von Wettanbietern oder -teilnehmern.....	93
3.	Zwischenergebnis zu Fallkonstellation 2 .....	94
III.	Fallkonstellation 3: Extern motivierte Bestechung von Sportlern.....	94
1.	Strafbarkeit des Hintermannes .....	95
a.	Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB .....	95
b.	Untreue, § 266 StGB .....	95
c.	Betrug, § 263 Abs. 1 StGB .....	96
2.	Strafbarkeit des Sportlers .....	97
a.	Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB .....	97
b.	Untreue, § 266 StGB .....	97
c.	Betrug, § 263 StGB .....	97
3.	Zwischenergebnis zur Fallkonstellation 3.....	98
IV.	Fallkonstellation 4: Extern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern.....	98
1.	Strafbarkeit des Hintermannes .....	99
2.	Strafbarkeit des Schiedsrichters .....	99
3.	Zwischenergebnis zu Fallkonstellation 4.....	100
V.	Ergebnis und Diskussion .....	101
C.	Zwischenergebnis.....	101
Teil 3:	Lösung des Regelungsdefizits .....	103
A.	Straftatbestand Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor.....	103
I.	Internationale Vereinbarungen .....	104
1.	Strafrechtsübereinkommen des Europarats über Korruption.....	104
2.	Rahmenbeschluss 203/568/JI.....	105
3.	UN-Konvention gegen Korruption .....	106
4.	Zusammenfassung.....	107
II.	Deutschland .....	107
1.	Einführung von § 299 StGB .....	108
2.	Umsetzung der internationalen Vereinbarungen.....	109
3.	Gesetzentwurf 2007 .....	109
4.	Aktueller Stand .....	110
a.	Verbindlichkeit des Europarat-Übereinkommens und der UN-Konvention.....	110
b.	Verbindlichkeit des EU-Rahmenbeschlusses .....	111

III.	Reformierung des § 299 StGB.....	112
1.	Inhaltliche Kritik an einer Ausweitung.....	112
a.	Erfassung des privaten Sektors nicht erforderlich .....	112
b.	Kritik am Geschäftsherrenmodell .....	113
2.	Formulierungsvorschlag .....	115
3.	Erfüllung der internationalen Vorgaben .....	116
a.	Erfassung von Unternehmensinhabern .....	116
b.	Pflichtverletzung als Anknüpfungspunkt.....	117
c.	Erfassung des privaten Sektors .....	117
d.	Zwischenergebnis .....	118
4.	Erfassung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe .....	118
a.	Täterkreis .....	118
b.	Tathandlung .....	119
c.	Im geschäftlichen Verkehr .....	119
d.	Ohne Zustimmung des Unternehmens.....	119
e.	Verschaffung einer Begünstigung.....	120
5.	Zwischenergebnis .....	120
IV.	Internationales Beispiel: Frankreich .....	120
V.	Stellungnahme und Ergebnis .....	122
B.	Eigenständiger Straftatbestand gegen Spielmanipulationen .....	123
I.	Politische Diskussionen .....	124
1.	International .....	124
2.	Deutschland.....	126
3.	Zusammenfassung.....	127
II.	Vorschläge .....	128
1.	Vorschlag von Rössner und Bannenberg .....	128
2.	Vorschlag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.....	130
3.	Referentenentwurf des Freistaats Bayern .....	131
III.	Verfassungsrechtliche Hürden.....	133
1.	Geschütztes Rechtsgut eines neuen Straftatbestandes .....	133
a.	Grundlagen.....	134
b.	Sport.....	136
c.	Fairness/Sportethos .....	137
d.	Freier und lauterer Wettbewerb .....	140
e.	Vermögen.....	144

f.	Vertrauen.....	144
g.	Handlungsfreiheit.....	145
h.	Zwischenergebnis .....	146
2.	Doppelbestrafung .....	147
3.	Gesetzgebungskompetenz des Bundes .....	150
4.	Bestimmtheit .....	152
a.	Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz.....	152
b.	Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit.....	153
(1)	Beschränkung auf Wettkampfsport .....	153
(2)	Beschränkung auf Profisport .....	153
(3)	Beschreibung der Tathandlungen .....	154
(a)	Manipulation als Tathandlung .....	155
(b)	Vorteilsannahme als Tathandlung.....	155
5.	Sportautonomie .....	156
a.	Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz.....	157
b.	Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit.....	157
6.	Gleichheit .....	158
a.	Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz.....	158
b.	Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit.....	159
(1)	Gleichheit mit anderen Verhaltensweisen .....	159
(2)	Gleichheit mit anderen gesellschaftlichen Bereichen.....	160
7.	Verhältnismäßigkeit .....	160
a.	Legitimer Zweck .....	161
b.	Geeignetheit .....	161
c.	Erforderlichkeit .....	164
(1)	Alleinige Zuständigkeit der Sportgerichtsbarkeit.....	164
(a)	Verbot der Selbstbelastung .....	165
(b)	Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten im Strafverfahren .....	166
(c)	Grundsatz der „strict liability“ .....	167
(d)	Kürzere Verfahrensdauer der Sportgerichtsbarkeit.....	168
(e)	Gefahr abweichender Urteile .....	168
(f)	Gewicht verbandsrechtlicher Sanktionen.....	170
(g)	Möglichkeit international gültiger Bestrafung.....	171
(h)	Zusammenfassung und Zwischenergebnis .....	173
(2)	Unveränderter Anwendung der bestehenden Normen.....	173
(3)	Vorteile der staatlichen Strafverfolgung.....	174
(a)	Ermittlungsmöglichkeiten.....	174

(b)	Strafen .....	176
(c)	Öffentliche Wahrnehmung.....	177
(d)	Unabhängigkeit und Objektivität.....	177
(e)	Zusammenfassung.....	178
(4)	Weitere Alternativen zur Bekämpfung von Manipulationen .....	179
(a)	Lösung über privatrechtliche Ansprüche .....	179
(b)	Fondslösung von Maennig.....	180
(c)	Mittelbarer Eingriff des Staates über Finanzen .....	182
(d)	Unmittelbarer Eingriff des Staates auf finanzieller Seite.....	182
(5)	Zwischenergebnis .....	183
d.	Angemessenheit .....	183
(1)	Güterabwägung.....	183
(2)	Gefahr der Kriminalisierung von Sportlern.....	186
(3)	Verzerrung des internationalen Wettbewerbs.....	187
(4)	Beschränkung auf Profisport .....	187
(5)	Berücksichtigung von Verbandsstrafen im Strafverfahren.....	189
e.	Zusammenfassung.....	190
8.	Zwischenergebnis .....	190
IV.	Beurteilung der Vorschläge .....	191
1.	Vorschlag von Rössner/Bannenberg.....	191
a.	Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien .....	191
(1)	Bestimmtheit.....	191
(2)	Beschränkung des Anwendungsbereichs.....	192
b.	Inhaltliche Kritik .....	193
c.	Ergebnis .....	193
2.	Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen .....	194
a.	Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien .....	194
(1)	Bestimmtheit.....	194
(2)	Beschränkung des Anwendungsbereichs.....	194
b.	Inhaltliche Kritik .....	194
c.	Ergebnis .....	195
3.	Referentenentwurf des Freistaats Bayern .....	195
a.	Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien .....	195
(1)	Bestimmtheit.....	195
(2)	Beschränkung des Anwendungsbereichs.....	196
b.	Inhaltliche Kritik .....	196

c. Ergebnis .....	196
4. Zusammenfassung und Ergebnis .....	197
V. Eigener Vorschlag .....	197
1. § 299 a Bestechlichkeit und Bestechung im Sport.....	197
2. Anwendung auf die Fallkonstellationen .....	198
VI. Internationales Beispiel: Polen .....	199
VII. Zwischenergebnis .....	201
C. Entscheidung zwischen den Alternativen.....	202
I. Argumente für einen Spezialstraftatbestand.....	202
II. Argumente für einen allgemeinen Straftatbestand .....	203
III. Ergebnis .....	204
Teil 4: Lösung des Vollzugsdefizits.....	205
A. Kronzeugenregelung .....	205
I. Effektivität der Maßnahme .....	205
II. Umsetzung .....	206
B. Whistle-Blowing .....	207
C. Schwerpunktstaatsanwaltschaft.....	208
D. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen .....	209
E. Zusammenfassung.....	209
Teil 5: Ergebnis und Ausblick.....	211

## **Abkürzungsverzeichnis**

a.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
Art.	Artikel
ATP	Association of Tennis Professionals
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BLNVerf	Verfassung von Berlin
BremVerf	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW-LV	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
DFB	Deutscher Fußball Bund
DFL	Deutsche Fußball Liga
DHB	Deutscher Handball Bund
dies.	dieselben
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DTB	Deutscher Tennis Bund
Drs.	Drucksache
dvs	Deutsche Vereinigung für Sportwissenschaft
EU	Europäische Union
f.	folgende



ff.	fortfolgende
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit begrenzter Haftung
GRECO	Groupe d'Etats contre la corruption
HBL	Handball Bundesliga
HRRS	Online Zeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HV	Verfassung des Landes Hessen
i.d.F.	in der Fassung
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KGaA	Kapitalgesellschaft auf Aktien
LG	Landgericht
LSAVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MVVerf	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NADC	Nationaler Anti Doping Code
NDSVerf	Verfassung des Landes Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRW-Verf	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
RhPfVerf	Verfassung für Rheinland-Pfalz

Rn.	Randnummer
S.	Seite
SaVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen
SHVerf	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
SLVerf	Verfassung des Saarlandes
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StV	Strafverteidiger
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen
u.a.	unter anderem
UEFA	Union of European Football Associations
UN	United Nations
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
vgl.	vergleiche
WADC	Word Anti Doping Code
WiJ	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Weltmeisterschaft
z.B.	zum Beispiel
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

## **Teil 1: Einleitung**

### **A. Einleitung und Problemstellung**

Als Rob Wainwright, Chef der europäischen Polizeibehörde Europol, am 4. Februar 2013 in Den Haag vor die Presse trat und die Ergebnisse der Operation „Veta“ präsentierte, waren die Zahlen erschreckend: Zwischen 2008 und 2011 sollen alleine in Europa 380 Fußballspiele manipuliert worden sein. Bei 300 weiteren Spielen werden Manipulationen vermutet. Verdächtig werden 425 Personen aus 15 Ländern, darunter auch Spieler, Schiedsrichter und Vereinsoffizielle. Zur Manipulation der Spiele sollen Bestechungsgelder in Höhe von rund zwei Millionen Euro bezahlt worden sein.<sup>1</sup>

Die Ergebnisse legten einmal mehr schonungslos offen, wie anfällig der Sport für Manipulationen ist. Mit einem Schlag hatte sich damit auch die Hoffnung zerschlagen, dass sich die Lage nach den Skandalen im vergangenen Jahrzehnt verbessert hätte. Die Zahlen zeigen vielmehr deutlicher denn je: Der Sport und insbesondere der Fußball ist von Manipulationen durchzogen.

Die Reaktion der Medien auf diese Enthüllungen war erwartungsgemäß groß und beherrschte die Schlagzeilen für einige Tage. Wie bei den vergangenen Manipulationsskandalen auch, verschwand das Thema aber fast genauso schnell wieder aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Wie im Sport üblich, war die Empörung über unlauteres Verhalten von Akteuren auch in diesem Fall also zwar zunächst sehr groß, danach wurde aber sehr schnell wieder zur Tagesordnung übergegangen. Diese Art der Berichterstattung führt dazu, dass Manipulationen sportlicher Wettbewerbe weiterhin als Einzelfälle wahrgenommen werden, und die grundlegenden Probleme des Sports bei der Bekämpfung von Manipulationen übersehen werden. Solange Spieler und Schiedsrichter jedoch mit wenigen Aktionen über Millionenbeträge entscheiden können, wird der Sport auch weiterhin der Gefahr von Manipulationen ausgesetzt sein, zu deren Bekämpfung grundlegende Änderungen in der Herangehensweise erforderlich sind.

---

<sup>1</sup> Der Spiegel, Nr. 7/2013, S. 95

## **I. Der Sport**

Sport kann in vielen verschiedenen Formen ausgeübt werden. Er kann zum einen freizeitmäßig ausgeübt werden. Insbesondere klassische Freizeitsportarten wie Joggen oder Schwimmen werden von Millionen Aktiven in Deutschland unter Aspekten der Gesundheit, der Gesellschaftlichkeit und des Spaßes regelmäßig ausgeübt. Zum anderen kann Sport leistungsorientiert in Wettkampfform ausgeübt werden. So treffen sich in den verschiedensten Sportarten Woche für Woche in ganz Deutschland Sportler, um ihre Leistungsfähigkeit in Form von Wettkämpfen zu vergleichen.

Beim Wettkampfsport lässt sich wiederum unterscheiden zwischen Amateursport und Profisport. Während Sportler an Wettkämpfen im Amateurbereich ebenfalls unter immateriellen Zielen wie Spaß und unverbindlichem Leistungsvergleich teilnehmen, steht im Profisport die Erzielung materieller Gewinne im Vordergrund der Teilnahme der Sportler.

Angesichts der enormen Entwicklung der öffentlichen Bedeutung des Sports in den vergangenen Jahrzehnten, können heutzutage immer mehr Sportler ihr Hobby zum Beruf machen und ihren Sport professionell ausüben. War diese Möglichkeit lange Zeit nur Aktiven in wenigen Sportarten wie dem Fußball vorbehalten, so können dank der verbesserten Vermarktung mittlerweile auch Sportler in sogenannten Randsportarten ihren Lebensunterhalt mit dem Sport verdienen.

In den „großen“ Sportarten wie dem Fußball hat diese Entwicklung dazu geführt, dass der Sport dort mittlerweile ein bedeutender eigenständiger Wirtschaftsbereich geworden ist. Die Umsätze der Vereine der Fußball-Bundesliga sind heutzutage mit mittleren Wirtschaftsunternehmen vergleichbar und die Gehälter der Spieler übersteigen gar nahezu jedes Gehalt in der freien Wirtschaft.

Infolge seiner zunehmenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung ist der Sport jedoch auch für die Kriminalität attraktiver geworden. Wie in so vielen anderen Bereichen auch, verleiten die hohen Gewinnmöglichkeiten im Sport zum einen die bestehenden Akteure dazu, sich durch illegales Verhalten unlautere Vorteile zu verschaffen. Zum anderen lockt die Lukrativität des Sports auch neue Akteure an, die mit möglichst geringem eigenen Aufwand hiervon profitieren wollen.

## **II. Unlauteres Verhalten im Sport**

Wie jeder andere gesellschaftliche Bereich ist auch der Sport nicht davor gewahrt, dass seine Akteure unlautere Handlungen durchführen und dadurch Rechte und Regeln verletzen. Dies kann sowohl bei der eigentlichen Ausübung des Sports der Fall sein, als auch in seinem Umfeld. Entscheidend für die Einordnung einer unlauteren Handlung sowie für deren Sanktionierung ist, welche Art von Normen durch sie verletzt werden.

Handlungen im Sport können unter zwei verschiedenen Aspekten unlauter sein. Sie können Regeln verletzen oder Rechte verletzen.

### **1. Regelverletzungen**

Die eigentliche Ausübung des Sports wird durch die sportinternen Regeln normiert. Diese werden vom Sport selbst für jede Sportart und jeden Wettbewerb individuell festgelegt. Sie beschreiben das Ziel einer Sportart, die Rahmenbedingungen, wie z.B. die Größe des Feldes, sowie die erlaubten Handlungen, mit denen das Ziel erreicht werden soll. Erst durch die sportinternen Regeln erhält somit jede Sportart ihre Eigenart.

Zugleich ist in den Regeln festgehalten, wie Verletzungen der Regeln sanktioniert werden. So ist zum Beispiel im Fußball eine Regel, dass Feldspieler den Ball nicht absichtlich mit der Hand spielen dürfen.<sup>2</sup> Ein Verstoß gegen diese Regel wird unmittelbar im Spiel mit einem direkten Freistoß für die gegnerische Mannschaft bestraft. Ähnliches gilt z.B. für Fouls oder Abseitsstellungen. Die Sanktion gleicht dabei den Vorteil aus, den sich der Täter durch die Regelverletzung verschafft hat.

Sportinterne Regeln sind mithin dadurch charakterisiert, dass sie im konkreten Zusammenhang mit der Ausübung einer Sportart Verhaltensweisen verbieten, die in einer anderen Sportart oder außerhalb des Sports erlaubt sind. Weil die Gültigkeit der Regeln auf diese eine Sportart beschränkt ist, werden Verletzungen der sportinternen Regeln unmittelbar während der Ausübung der Sportart mit deren eigenen Mitteln bestraft. Die Verletzung der Regeln ist daher Teil des sportlichen Wettbewerbs und für alle Beteiligten vorhersehbar und kalkulierbar. Entsprechend können Verletzungen der sportinternen Regeln durch wettbewerbsinterne Sanktionen hinreichend kompensiert werden.

---

<sup>2</sup> FIFA-Spielregeln, Regel 12, S. 36

## **2. Rechtsverletzungen**

Da der Sport ein Teil des Staates ist, gelten in seinem Bereich neben den sportinternen auch die staatlichen Regeln. Hierzu gehören z.B. die strafrechtlichen Verbotsnormen, die dem Schutz übergeordneter Rechtsgüter dienen. Verletzt ein Akteur diese Rechtsgüter, kann er staatlich verfolgt und bestraft werden, unabhängig davon, in welchem Bereich die Rechtsgutverletzung erfolgt ist. Im Sport kommen reine Rechtsverletzungen vorwiegend in seinem Umfeld vor. Beispiele hierfür können die Veruntreuung von Vereinsgeldern oder die Korruption beim Bau von Sportstätten sein.<sup>3</sup> Denkbar sind Rechtsverletzungen jedoch auch bei der Ausübung des Sports selber. So sind z.B. strafbare Beleidigungen leider keine Seltenheit im Sport.

In solchen Fällen ist unproblematisch, dass keine Verletzung sportinterner Regeln vorliegt, sondern verfassungsrechtlich anerkannte Rechtsgüter verletzt sind, weshalb eine Verfolgung und Bestrafung durch den Staat erfolgt. Der Sport bietet in diesen Fällen lediglich den äußeren Rahmen für die Delikte. Insbesondere ist der eigentliche sportliche Wettbewerb als Kernelement von diesen Handlungen nicht betroffen, da sich der Täter keinen Vorteil gegenüber seinen Konkurrenten im Wettbewerb verschafft.

## **3. Regel- und Rechtsverletzungen**

Schließlich kann es bei der Ausübung des Sports auch vorkommen, dass das Handeln eines Akteurs gleichzeitig sportinterne Regeln und staatlich geschützte Rechtsgüter verletzt. Ein anschauliches Beispiel dafür sind Fouls im Fußball. Nach Regel 12 der FIFA-Spielregeln begeht ein Foul, wer einen Gegner u.a. tritt, schlägt oder stößt. Ein solches Verhalten stellt also eine Verletzung der sportinternen Regeln dar und wird im Spiel mit einem direkten Freistoß und gegebenenfalls einer Disziplinarmaßnahme wie einer gelben oder roten Karte bestraft. Das Treten, Schlagen oder Stoßen eines Gegners kann jedoch auch die körperliche Unversehrtheit des Gegners und damit ein übergeordnetes Recht verletzen. In diesem Fall kommt dann neben der sportinternen Bestrafung auch eine staatliche Bestrafung in Betracht.

---

<sup>3</sup> Wegen der Weitergabe von Insiderinformationen im Rahmen des Baus der Allianz Arena in München wurde der ehemalige Geschäftsführer der Stadion GmbH Karl-Heinz Wildmoser im Jahre 2006 wegen Untreue und Bestechlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten verurteilt; vgl. LG München, Urteil vom 13.05.2006, Az. 4 KLS 571 Js 50602/03; BGH, Urteil vom 09.08.2006, Az. 1 StR 50/06, NJW 2006, 3290

### **III. Eingriff des Staates**

Die umstrittene Frage, die auch dem vorliegend untersuchten Problem von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe zugrunde liegt, ist nun, ob bzw. inwieweit der Staat unlautere Handlungen im Sport verfolgen und sanktionieren darf oder soll.

Bei den vorgenannten reinen Regelverletzungen ist unstreitig und unproblematisch, dass die Bestrafung allein dem Sport unterliegt, da hierbei keine übergeordneten Rechte verletzt werden. Ebenfalls unproblematisch sind unlautere Handlungen im Umfeld des Sports, bei denen keine sportinternen Regeln verletzt werden, sondern nur übergeordnete Rechte. Hier kann zwar möglicherweise auch der Sport intern Konsequenzen aus dem Verhalten ziehen, die Verfolgung und Bestrafung obliegt jedoch vorrangig dem Staat.

Umstritten und problematisch ist die Zuständigkeit hingegen in den letztgenannten Fällen, bei denen unlautere Handlungen bei der Ausübung des Sports gleichzeitig sportinterne Regeln und übergeordnete Rechte verletzen. Dies kann nicht allgemeingültig beantwortet werden und soll daher im Rahmen dieser Arbeit für bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe untersucht werden.

### **B. Gegenstand der Untersuchungen**

In der vorliegenden Arbeit soll die Notwendigkeit des staatlichen Eingriffs bei unlauteren Handlungen im Sport untersucht werden. Die Untersuchung soll sich dabei konzentrieren auf unlautere Handlungen im Wettbewerb, die durch Bestechungen hervorgerufen werden. Dies soll in der Folge als „bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettkämpfe“ bezeichnet werden.

#### **I. Manipulationen sportlicher Wettbewerbe**

Manipulationen sind ein Sonderfall unlauteren Verhaltens im Sport. Für die vorliegenden Untersuchungen sollen sie dadurch charakterisiert werden, dass durch äußere Einflüsse das Verhalten von Wettkampfteilnehmern verändert wird und dadurch der Verlauf oder das Ergebnis des Wettbewerbs beeinflusst wird. Dies kann auf zwei verschiedene Arten erfolgen:

Zum einen kann die Leistungsfähigkeit der teilnehmenden Sportler auf unerlaubte Weise verbessert werden. Dies erfolgt in der Praxis durch die Einnahme oder Verabreichung verbotener leistungssteigernder Dopingmittel oder die Verwendung verbotener leistungssteigernder Methoden.

Zum anderen kann das Verhalten der Sportler und Schiedsrichter durch die Bezahlung von Bestechungsgeldern beeinflusst werden. Dies hat zur Folge, dass die bestochenen Akteure Handlungen im Wettkampf vornehmen, die nicht dem üblichen, rationalen, vorhersehbaren Verhalten entsprechen. Wie dies genau erfolgt, wird nachfolgend eingehend dargestellt werden.

Die Verletzung der sportinternen Regeln während des Wettbewerbs ist hingegen nach dem hier vertretenen Verständnis keine Manipulation des Wettbewerbs. Einfache Regelverletzungen sind Teil des Wettbewerbs. Sie werden von den Sportlern aus eigener Initiative zur Verbesserung ihrer Siegchancen begangen. Es fehlt mithin an einer externen Beeinflussung des Verhaltens der Sportler.

## **II. Bestechlichkeit und Bestechung im Sport**

Die vorliegende Arbeit soll sich aus verschiedenen Gründen ausschließlich mit solchen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe befassen, die auf einer Bestechung von Sportlern und Schiedsrichtern beruhen. Dopingsachverhalte sollen hingegen ausgeblendet werden. Grund dafür ist zum einen, dass das Problemfeld der bestechungsbedingten Manipulationen noch deutlich weniger beleuchtet wurde als die Manipulation durch Doping. Bestechlichkeit und Bestechung im Sport werden, wenn überhaupt, dann nur beiläufig neben der Diskussion des Dopings erwähnt und oftmals mit denselben Argumenten abgehandelt. Zum anderen unterscheiden sich bestechungsbedingte Manipulationen grundlegend von Dopingmanipulationen, was nachfolgend gezeigt werden wird.

Die Problematik des Dopings kann dabei jedoch nicht vollständig ausgeblendet werden. Da Dopingmanipulationen und bestechungsbedingte Manipulationen in der bisherigen Diskussion oftmals „in einen Topf“ geworfen wurden, soll als weiterer Aspekt dieser Arbeit die Frage beantwortet werden, ob bzw. inwieweit die Argumente rund um die Strafbarkeit des Dopings auf die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettbewerbe übertragen werden können. Die zu Doping vertretenen Argumente werden insbesondere bei der Diskussion um die Einführung eines neuen Straftatbestandes heranzuziehen sein, um zu prüfen, ob sie auf die



Problematik der bestechungsbedingten Manipulationen übertragen werden können. Dies soll jedoch nicht davon ablenken, dass der eigentliche Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettbewerbe ist.

## **1. Definition**

Bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe können abstrakt dadurch charakterisiert werden, dass am Wettbewerb unmittelbar beteiligte Akteure Handlungen im Wettbewerb vornehmen, die einen vorher abgesprochenen Verlauf oder ein vorher abgesprochenes Ergebnis erreichen sollen, um materielle Vorteile für sich oder Dritte zu erlangen.<sup>4</sup>

Bestechungsbedingte Manipulationen haben demzufolge zwei entscheidende Elemente. Zunächst muss eine Absprache über den Verlauf oder das Ergebnis des Wettkampfs erfolgen. Dieser beabsichtigte Verlauf oder das beabsichtigte Ergebnis muss dann durch Handlungen der Beteiligten im Wettkampf zu erreichen versucht werden.

## **2. Akteure der Manipulation**

Bestechungsbedingte Manipulationen stellen also ein Zusammenspiel zweier Personen dar, der bestechenden Person und der bestochenen Person.

Die bestechende Person ist in der Regel nicht direkt an dem Wettbewerb beteiligt, hat aber Interesse an einem bestimmten Verlauf oder Ausgang des Wettbewerbs. Um dies zu erreichen, bietet sie den am Wettkampf beteiligten Akteuren Vorteile dafür an, dass diese den Wettkampf im Sinne der bestechenden Person beeinflussen. Bei bestechungsbedingten Manipulationen im Sport kommt als bestechende Person jeder in Betracht, der ein Interesse an einem bestimmten Verlauf oder Ausgang des Wettbewerbs hat.

Die bestochene Person nimmt am Wettkampf direkt teil und kann diesen daher im Interesse der bestechenden Person beeinflussen. Bei bestechungsbedingten Manipulationen im Sport ist der Kreis der potentiellen bestochenen Personen entsprechend beschränkt auf die teilnehmenden Sportler sowie die Kampf- oder Schiedsrichter des Wettkampfes.

---

<sup>4</sup> Die hier vertretene Definition ist angelehnt an die Empfehlung CM/Rec(2011)10, S. 3; zu einer alternativen Definition siehe Maennig, 82

Wie die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettbewerbe durchgeführt wird und welche Motive die Akteure mit der Manipulation verfolgen, soll im Folgenden dargestellt werden.

#### **a. Sportler**

Direkt am Wettkampf beteiligt und damit potentiell bestechliche Akteure sind zunächst die Sportler.

##### **(1) Reguläres Wettkampfverhalten**

In der Regel nimmt ein Sportler an einem Wettkampf teil, um diesen zu gewinnen. Grund dafür ist zum einen der Charakter des Wettkampfes als Leistungsvergleich mit anderen Sportlern, zum anderen aber auch die Tatsache, dass der Gewinn des Wettbewerbs mit Vorteilen für den Sportler verbunden ist. Insbesondere im Profisport können dies wertvolle materielle Vorteile sein, wie zum Beispiel die Auszahlung von Preisgeldern oder Prämien oder der Erhalt von Sachpreisen. Sportliche Wettbewerbe sind daher grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, dass alle beteiligten Sportler den Sieg anstreben und dafür ihre beste Leistung bringen.

##### **(2) Manipulierendes Wettkampfverhalten**

Der Verlauf und Ausgang des Wettkampfes kann nun dadurch unnatürlich beeinflusst werden, dass ein Sportler das eigentliche Ziel, den Gewinn des Wettkampfes, nicht mehr anstrebt, sondern absichtlich den Wettkampf verliert. Dies kann entweder dadurch erfolgen, dass der Sportler durchgängig nicht seine beste Leistung gibt, oder dass er absichtlich Fehler oder Regelverstöße zum eigenen Nachteil begeht. Im Fußball kann dies zum Beispiel das absichtliche Verursachen eines Elfmeters oder das absichtliche Erzielen eines Eigentors durch einen Spieler sein.

##### **(3) Motivation zur Manipulation**

Ein rationaler Mensch wählt zwischen mehreren Handlungsalternativen in aller Regel diejenige, die ihm den meisten Vorteil bringt. Es stellt sich daher die Frage, warum bzw. wann ein Sportler Wettkämpfe, deren Gewinn ihm eigentlich selber Vorteile bringt, zu seinem

eigenen Nachteil manipuliert. Rational betrachtet wird dies nur dann der Fall sein, wenn der Sportler die Vorteile der Manipulation höher bewertet als deren Nachteile.<sup>5</sup>

*Nachteil* des manipulierenden Verhaltens ist zunächst das Risiko für den Sportler, dass die Manipulation aufgedeckt wird und er durch seinen Verein oder den Verband bestraft wird. Dieses Risiko setzt sich zusammen aus der Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung und der Höhe der drohenden Strafe. Je geringer dieses Risiko eingeschätzt wird, desto eher wird ein Sportler zur Manipulation bereit sein. Daneben verzichtet der Sportler aber zwangsläufig auch auf den Gewinn des Wettkampfes, wenn er bewusst Handlungen zu seinem eigenen Nachteil durchführt. Das manipulierende Verhalten des Sportlers lässt sich daher nur erklären, wenn es ihm andere Vorteile außerhalb des eigentlichen Wettkampfes bringt.

Dieser externe *Vorteil* ist die Bestechungsprämie, die dem Sportler von einem Dritten angeboten wird, damit er den Wettkampf manipuliert. Da der Sportler in derartigen Bestechungsszenarien stets zu einer bewussten eigenen Benachteiligung angestiftet wird, kann diese Vorteilsgabe auch als „Verlustprämie“ bezeichnet werden. Der Vorteil des manipulierenden Verhaltens liegt also in der sicheren Erlangung der Verlustprämie.

Die Rationalität der Sportler unterstellt<sup>6</sup>, werden diese also nur dann zur Manipulation bereit sein, wenn die Verlustprämie höher ist als die Vorteile der regulären Wettkampfteilnahme. Aus diesem Grund erscheint die Gefahr der bestechungsbedingten Manipulation im Profisport eher gering, da die Empfänglichkeit der Sportler für Bestechungsgelder mit steigendem Einkommen geringer wird. Anfällig für Manipulationen sind daher insbesondere Wettkämpfe, bei denen die Beteiligten nur geringe Gewinnaussichten haben.

Auch im Profisport kommt es aber vor, dass der Sieg im Wettbewerb für einen der Beteiligten in der konkreten Situation mit wenigen Vorteilen verbunden ist und folglich bereits grundsätzlich weniger erstrebenswert ist. Dies kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn sich eine Mannschaft am letzten Spieltag einer Saison unabhängig vom Ausgang des letzten Spiels in der Tabelle weder verschlechtern noch verbessern kann. Auch in Individualsportarten mit vielen Wettkämpfen innerhalb einer Saison, wie zum Beispiel dem Tennis, ist

---

<sup>5</sup> Diese ökonomische Komponente wird – vor allem in der rechtswissenschaftlichen Literatur – häufig übersehen. Einen deutlich vertieften ökonomischen Ansatz verfolgt Maennig, 99 ff.

<sup>6</sup> Zu berücksichtigen ist in dieser Bewertung natürlich auch der Charakter des Sportlers. Ein integerer Sportler wird möglicherweise nie zu einer Manipulation bereit sein, unabhängig von der Höhe der Verlustprämie. Mit abnehmendem „Skrupel“ der Sportler wird hingegen die zur Manipulation erforderliche Differenz zwischen der Verlustprämie und den Vorteilen des Gewinns geringer werden.

eine einzelne Niederlage in einem geringer dotierten Wettbewerb für den Sportler leicht zu verkraften.

Gerade diese Fälle sind für Manipulationen besonders anfällig, da das Interesse des Sportlers am Gewinn des Wettbewerbs bereits anfänglich nicht besonders hoch ist und dieser daher eher bereit sein wird, für den Erhalt einer Verlustprämie absichtlich zu verlieren. Begünstigt wird dies noch dadurch, dass die Gefahr der Aufdeckung von Manipulationen eher gering ist.

## **b. Kampf-/Schiedsrichter**

Neben den Sportlern sind die Kampf- bzw. Schiedsrichter unmittelbar am sportlichen Wettkampf beteiligt und damit potentielle Täter bestechungsbedingter Manipulationen.

### **(1) Reguläres Wettkampfverhalten**

Kampf- und Schiedsrichter haben die Aufgabe, die Einhaltung der Regeln des Wettbewerbs zu überwachen. Für diese Tätigkeit werden sie vom Veranstalter des Wettkampfes eingesetzt und vergütet. Sie entscheiden über Regelverletzungen und deren Bestrafung im Rahmen der gültigen sporteigenen Wettkampfregeln. Der reguläre Wettbewerb lebt dabei davon, dass die Schiedsrichter die Sportregeln korrekt anwenden und ihre Entscheidungen unparteiisch treffen. Dabei haben Schiedsrichter aufgrund der meist abstrakt formulierten Regeln sowie aufgrund der oft schwer zu beurteilenden Handlungen der Sportler umfangreiche Ermessensspielräume bei der Beurteilung und Sanktion von Regelverletzungen. So spielt zum Beispiel im Fußball bei der Beurteilung von Fouls, Handspielen oder gelben und roten Karten die subjektive Sicht des Schiedsrichters stets eine entscheidende Rolle.

### **(2) Manipulierendes Wettkampfverhalten**

Diesen Entscheidungsspielraum kann ein Schiedsrichter ausnutzen, um den Verlauf oder das Ergebnis des Wettkampfes zu beeinflussen. Dies kann insbesondere durch das Treffen bewusst falscher Entscheidungen zum Nachteil einer Mannschaft erfolgen. Im Fußball kann dabei an die unberechtigte Vergabe eines Elfmeters oder das unberechtigte Aberkennen eines regulären Tores gedacht werden.

Zu bedenken ist jedoch, dass der Einfluss des Schiedsrichters auf den Ausgang des Wettbewerbs in verschiedenen Sportarten unterschiedlich hoch ist. Während in Mannschaftssportarten wie Fußball oder Handball viele Situationen vorkommen, die der Schiedsrichter beurteilen muss und er damit einen größeren Einfluss auf den Ausgang des Wettbewerbs hat, ist dieser Einfluss in Individualsportarten wie Tennis deutlich geringer. Generell kann gesagt

werden, dass der Einfluss des Schiedsrichters mit der Anzahl und Komplexität der Entscheidungen zunimmt. Je einfacher, transparenter und überprüfbarer die Entscheidungen sind, desto geringer ist der Einfluss des Schiedsrichters.

Schiedsrichter sind daher besonders dann anfällig für Manipulationen, wenn sie einen weiten Entscheidungsspielraum haben und somit das Ergebnis des Wettbewerbs wesentlich beeinflussen können.

### **(3) Motivation zur Manipulation**

Ähnlich wie der Sportler, wird auch ein Schiedsrichter rein objektiv betrachtet dann zur Manipulation bereit sein, wenn er die damit verbundenen Vorteile höher bewertet als die Nachteile eines solchen Verhaltens.<sup>7</sup>

Wie bei den Sportlern liegt auch bei den Schiedsrichtern der *Vorteil* der Manipulation im Erhalt der Bestechungsprämie. Bei den *Nachteilen* der Manipulation unterscheiden sich die Ausgangssituationen von Sportlern und Schiedsrichtern jedoch. Anders als die Sportler hat der Schiedsrichter an einem konkreten Ausgang des Wettkampfs zunächst kein Interesse. Während der Sportler also im Falle der Manipulation zwangsweise auf die eigene Gewinnchance verzichtet und somit einen unmittelbaren Nachteil erleidet, verzichtet der Schiedsrichter zunächst auf keinen eigenen Vorteil, wenn er den Wettkampf manipuliert. Er riskiert lediglich eine nachträgliche Strafe für den Fall, dass die Manipulation aufgedeckt wird. Dieses Risiko setzt sich auch aus Sicht des Schiedsrichters zusammen aus der Entdeckungswahrscheinlichkeit und der drohenden Strafe. Aufgrund der geringeren Vorteile seines regulären Verhaltens im Wettkampf, wird der Schiedsrichter also tendenziell noch eher zur Manipulation des Wettbewerbs bereit sein als ein Sportler.<sup>8</sup>

#### **c. Hintermänner**

Als Hintermänner werden nachfolgend Akteure bezeichnet, die Sportlern oder Schiedsrichtern materielle Vorteile versprechen bzw. Geld anbieten oder bezahlen, damit diese den sportlichen Wettbewerb manipulieren. Der Hintermann ist folglich an der eigentlichen Manipulation des Wettbewerbs nur indirekt beteiligt, als Auslöser und „Drahtzieher“ ist er aber dennoch eine zentrale Figur der Manipulation. Wie zuvor dargestellt, haben Sportler und

---

<sup>7</sup> Auch hier kann hinsichtlich eines vertieften ökonomischen Ansatzes auf Maennig verwiesen werden.

<sup>8</sup> Wie bei den Sportlern spielt selbstverständlich auch beim Schiedsrichter dessen Charakter eine Rolle bei der Bereitschaft zur Manipulation. Auch unter den Schiedsrichtern wird nicht jeder bereit sein Wettkämpfe zu manipulieren, sobald ihm Vorteile geboten werden, die höher sind als seine Vergütung.

Schiedsrichter als unmittelbar manipulierende Beteiligte in den hier zu untersuchenden Konstellationen grundsätzlich kein Interesse daran, den Wettbewerb absichtlich zu verlieren oder zu Ungunsten einer Mannschaft zu beeinflussen. Dieses Interesse wird erst durch die Hintermänner geschaffen, die den Sportlern oder Schiedsrichtern (zumeist finanzielle) Anreize bieten und sie dadurch zur Manipulation verleiten.

Für die Hintermänner kann die Manipulation zwei Motive haben: Sportinterne oder sportexterne.

### **(1) Sportintern motivierte Manipulation**

Sportinterne Zwecke umfassen Ziele, die regulär durch gute Leistungen oder Erfolge im Wettkampf erreicht werden können. Beispiele hierfür sind der Gewinn von Wettbewerben oder Turnieren, oder der Nicht-Abstieg aus einer Liga.

Die Auswahl des bestochenen Akteurs ist bei der sportintern motivierten Manipulation ganz wesentlich von der Wettkampfkongstellatlon abhängig. Geht es um den Gewinn eines Wettbewerbes und soll daher das Finale dieses Wettbewerbs manipuliert werden, so scheidet eine Bestechung der gegnerischen Akteure in aller Regel aus, da diese ebenfalls den Wettbewerb gewinnen wollen. Eine Bestechung des Schiedsrichters wird jedoch möglich sein, da dieser an einem konkreten Ergebnis grundsätzlich kein Interesse hat.

Hat der Gegner der begünstigten Mannschaft am Ausgang des Wettkampfes hingegen nur ein geringes Interesse, so werden neben dem Schiedsrichter auch die gegnerischen Akteure eher zur Manipulation bereit sein. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn am letzten Spieltag eines saisonübergreifenden Wettbewerbs die begünstigte Mannschaft gegen einen Gegner antritt, dessen Endplatzierung bereits fest steht.

### **(2) Extern motivierte Manipulation**

Sportextern sind demgegenüber Zwecke, die nur indirekt mit dem Ausgang des Wettbewerbs zusammenhängen. Das Hauptbeispiel dafür sind Sportwetten, bei denen der Hintermann Geld auf einen bestimmten Verlauf oder ein bestimmtes Ergebnis des Wettkampfes gesetzt hat und im Falle des Eintritts dieses Ergebnisses einen finanziellen Gewinn erzielt.

Die Bereitschaft der Wettkampfbeteiligten zur Manipulation ist bei der extern motivierten Manipulation identisch wie bei der sportintern motivierten Manipulation. Während Schiedsrichter stets als potentiell bestechliche Akteure in Betracht kommen, sind Sportler

regelmäßig nur dann zur Manipulation bereit, wenn sie selber nur ein geringes Interesse am Ausgang des Wettkampfes haben.

### **(3) Motivation zur Manipulation**

In beiden Fällen kann die Wahrscheinlichkeit des Eintritts des gewünschten Ergebnisses dadurch erhöht werden, dass der Hintermann den beteiligten Sportlern oder Schiedsrichtern z.B. Geld anbietet, damit diese den Verlauf des Wettkampfes in der gewünschten Weise beeinflussen. Dies erfolgt entweder durch die Bezahlung einer Verlustprämie an die teilnehmenden Sportler, damit diese den Wettkampf absichtlich verlieren, oder durch die Bestechung der Schiedsrichter, damit diese absichtliche Fehlentscheidungen zugunsten der gewünschten Mannschaft treffen.

Auch auf Seiten des Hintermannes beruht die Bestechung auf einer einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung. Der mögliche Vorteil im Falle der erfolgreichen Manipulation steht dabei den Kosten für die Bestechung der Wettkampffakteure gegenüber. Eine Bestechung wird dementsprechend nur dann in Betracht gezogen werden, wenn der mögliche Gewinn im Falle der erfolgreichen Manipulation größer ist als der für die Bestechung erforderliche Einsatz. Dies gilt unabhängig davon, ob der Gewinn aus dem sportlichen Bereich folgt oder aus externen Bereichen wie z.B. Sportwetten. Bei der sportintern motivierten Manipulation wird der Hintermann jedoch in der Regel einen Bezug zu der begünstigten Mannschaft oder dem begünstigten Sportler haben. Nur dann profitiert der Hintermann bei sportintern motivierten Manipulationen von dem Ausgang des Wettkampfes.

Auf der Kostenseite ist zu berücksichtigen, dass der Hintermann an dem manipulierten Wettkampf selbst nicht teilnimmt und er deshalb über das für die Bestechung hinaus eingesetzte Geld hinaus zunächst mit der Manipulation keine unmittelbaren Nachteile riskiert. Auch die Gefahr einer Bestrafung ist für den Hintermann zumindest auf den ersten Blick geringer, da er im Hintergrund agiert und zudem möglicherweise nicht einmal der Verbandsgerichtsbarkeit unterliegt. Die einzigen unmittelbaren Kosten für die Manipulation sind daher die einzusetzenden Bestechungsgelder. Deren Höhe hängt wiederum von der Bereitschaft der Wettkampfteilnehmer zur Bestechung ab. Wenn Sportler und Schiedsrichter bereit sind, Wettbewerbe gegen relativ geringe Bestechungsgelder zu manipulieren, sinkt der

erforderliche Einsatz, so dass eine Manipulation auch bei geringeren Gewinnaussichten in Betracht gezogen wird.<sup>9</sup>

Auch bei der Auswahl des bestochenen Sportlers oder Schiedsrichters durch den Hintermann spielen diese Überlegungen eine Rolle. Denn je höher der Einfluss des Akteurs auf das Ergebnis ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit des „Erfolgs“ der Manipulation. Besticht der Hintermann einen Mittelfeldspieler im Fußball oder einen Schiedsrichter im Tennis, so erhöht dies die Wahrscheinlichkeit des gewünschten Ausgangs des Wettbewerbs kaum. Besticht er jedoch einen Torwart oder Schiedsrichter im Fußball oder einen Tennisspieler, so steigert sich die Wahrscheinlichkeit einer „erfolgreichen“ Manipulation erheblich.

#### **d. Zusammenfassung**

Die Gefahr der Manipulation eines sportlichen Wettkampfes ist mithin von verschiedenen Kriterien abhängig. Der gewünschte Ausgang muss für den Hintermann ausreichend lukrativ sein, um dessen Kosten für die Bestechung zu decken. Diese sind wiederum davon abhängig, wie hoch das Interesse des Sportlers am Gewinn des Wettkampfes ist bzw. wie hoch das Interesse des Schiedsrichters an einer regulären Leitung des Wettkampfes ist. Die Kosten erhöhen sich mit der Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung der Manipulationen und der Härte der damit verbundenen Strafen. Diese wechselseitige Abhängigkeit macht es schwer, Manipulationen vorherzusagen. Zwar sind Wettkämpfe, bei denen der Ausgang für die Teilnehmer weniger wichtig ist, anfälliger für Manipulationen als wichtige Wettkämpfe im Profisport. Es zeigt sich aber, dass grundsätzlich kein Bereich des Sports von bestechungsbedingten Manipulationen ausgenommen werden kann. Es lassen sich vielmehr auf jeder Ebene Motivationen der Beteiligten finden, die sie für Bestechungen anfällig machen.

### **3. Bestechungsbedingte Manipulationen als Rechtsverletzung**

Wie bereits einleitend angesprochen wurde, ist es bei der Beurteilung unlauterer Handlungen im Sport von grundlegender Bedeutung, ob diese eine Regelverletzung oder eine Rechtsverletzung darstellen. Nur in letzterem Fall kommt ein Eingriff des Staates überhaupt in Betracht. Fraglich ist also, gegen welche Art von Normen die oben dargestellten Handlungen der Sportler, Schiedsrichter und Hintermänner verstoßen.

---

<sup>9</sup> Das ökonomische Modell Maennigs kann auch auf die Manipulationsbereitschaft des Hintermannes angewendet werden.



#### **a. Manipulationshandlungen des Sportlers**

Unlautere Handlungen von Sportlern während eines sportlichen Wettkampfes stellen üblicherweise Regelverletzungen dar. Die Unlauterkeit der Handlung begründet sich in diesen Fällen dadurch, dass der Sportler durch regelwidrige Handlungen versucht, Vorteile gegenüber anderen Wettkampfteilnehmern zu erlangen. Das Verhalten bestochener Sportler im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen unterscheidet sich hiervon jedoch grundlegend. Die Beschreibung des manipulierenden Wettkampfverhaltens von Sportlern im Fall der Bestechung hat gezeigt, dass bestochene Sportler gerade nicht mehr den Gewinn des Wettkampfs anstreben, sondern diesen absichtlich verlieren. Die hierzu durchgeführten Handlungen sind nach den sportinternen Regeln nicht verboten. Ein Sportler kann im Wettkampf nicht vom Schiedsrichter dafür bestraft werden, dass er nicht seine beste Leistung erbringt. Beeinflusst er den Wettkampf durch die Verursachung eines Eigentors oder eines Elfmeters, so kann der Schiedsrichter diesen Regelverstoß nicht ignorieren, nur weil der Sportler absichtlich zu seinem eigenen Nachteil handelt.

Die absichtliche Schlechtleistung eines Sportlers oder die vorsätzliche Begehung von Regelverletzungen zum eigenen Nachteil verletzen mithin keine sportinternen Regeln. Die Unlauterkeit des Verhaltens ergibt sich vielmehr aus den übergeordneten Regeln des Wettbewerbs:

Wettbewerbe, nicht nur im Sport, sind allgemein dadurch gekennzeichnet, dass alle Teilnehmer den Sieg des Wettbewerbs anstreben, aber nur einer diesen erreichen kann. Sie beruhen also auf der Prämisse, dass jeder Teilnehmer im Wettbewerb seine beste Leistung zu erbringen versucht. Im regulären Wettbewerb sind der Verlauf und das Ergebnis eines Wettkampfes also ausschließlich davon abhängig, welche Leistung die beteiligten Akteure erbringen. Unter regulären Bedingungen wird regelmäßig die leistungsstärkere Partei den Wettkampf gewinnen. Dieses sogenannte Leistungsprinzip ist eine ungeschriebene Grundregel jedes Wettbewerbs und gilt allgemein für den Wettbewerb in jeder Sportart.<sup>10</sup>

Das Leistungsprinzip als Ausprägung des lautereren Wettbewerbs wird aber nicht erst durch die sportinternen Regeln gebildet, sondern ist ein allgemeines, übergeordnetes Recht. Damit kommt der Eingriff des Staates im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen grundsätzlich in Betracht.

---

<sup>10</sup> Koepsel sieht in dem Leistungsprinzip sogar das von § 299 StGB geschützte Rechtsgut an

## **b. Manipulationshandlungen des Schiedsrichters**

Dasselbe gilt für die Manipulationshandlungen eines bestochenen Schiedsrichters. Fehlentscheidungen eines Schiedsrichters sind keine Verletzung sportinterner Regeln und können dementsprechend auch nicht während des laufenden Wettkampfes bestraft oder ausgeglichen werden. Das absichtliche Treffen von Fehlentscheidungen verstößt vielmehr gegen die übergeordnete Wettkampfmaxime der Unparteilichkeit des Schiedsrichters. Auch dies ist ein Grundelement des Wettbewerbs und der Verstoß dagegen mithin keine Regelverletzung, sondern die Verletzung des lautereren Wettbewerbs als Recht.

Die Einordnung bestechungsbedingter Manipulationen als Verletzung der konstitutiven Elemente des freien und lautereren Wettbewerbs als übergeordnetes Recht wird im späteren Verlauf der Untersuchungen an zahlreichen Stellen relevant und dort noch eingehender betrachtet werden.

## **III. Abgrenzung zu anderen wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen**

Die oben genannten manipulierenden Verhaltensweisen stellen bei weitem nicht alle irregulären Handlungen im Rahmen eines sportlichen Wettbewerbs dar. Es treten vielmehr immer wieder Fälle auf, in denen Sportler aus verschiedenen Gründen nicht mit vollem Einsatz den Erfolg im Wettbewerb anstreben. Auch Regelübertretungen oder Einflussnahmen durch Dritte auf den Wettbewerb kommen nicht nur in den hier zu untersuchenden Fällen vor. Es stellt sich daher die Frage, warum sich die vorliegende Arbeit auf bestechungsbedingte Manipulationen beschränkt, und andere Handlungen mit auf den ersten Blick vergleichbarem Unrechtsgehalt ausgeblendet werden sollen.

### **1. Doping**

Wie Eingangs beschrieben, ist Doping die zweite „klassische“ Form der Wettkampfmanipulation im Sport. Die Unlauterkeit von Doping begründet sich jedoch auf völlig andere Weise als die Unlauterkeit bestechungsbedingter Manipulationen.

Die Besonderheit bestechungsbedingter Manipulationen sportlicher Wettbewerbe liegt darin, dass die Manipulationshandlungen der Beteiligten keine sportinternen Regeln, sondern das Leistungsprinzip als Teil des lautereren Wettbewerbs verletzen. Setzt ein Sportler dagegen Dopingmittel ein, versucht er hierdurch weiterhin den Wettbewerb zu gewinnen, so dass das Leistungsprinzip unberührt bleibt. Verletzt wird „nur“ die Chancengleichheit der

Wettkampfteilnehmer untereinander. Zwar ist auch diese ein Grundelement des Wettbewerbs, anders als das Leistungsprinzip wird die Chancengleichheit jedoch maßgeblich durch die sportinternen Regeln gewährleistet. Zwar existiert auch bei Doping eine übergeordnete Liste verbotener Mittel und Methoden, die für alle Sportarten gilt. Außerhalb des Sports gilt dieses Verbot jedoch nicht, weshalb das Dopingverbot doch wieder als spezielle, sportinterne Regel zu qualifizieren ist. Es ist daher sehr umstritten, ob der Einsatz von Doping eine Verletzung sportinterner Regeln oder übergeordneter Rechte darstellt.<sup>11</sup>

Dieser grundlegende Unterschied zwischen Dopingmanipulationen und bestechungsbedingten Manipulationen wird in der bisherigen Diskussion um den Einsatz des Strafrechts oft übersehen und hat entscheidende Bedeutung für die weitere Untersuchung.

## **2. Suboptimale Leistung aus sportlichen Gründen**

In bestimmten Konstellationen kann es sein, dass Spieler oder Mannschaften rein sportliche Gründe haben, einen Wettbewerb nicht zu gewinnen. So kommt es bei großen Turnieren wie Welt- oder Europameisterschaften oder auch der Champions League im Fußball nicht selten vor, dass Mannschaften, die bereits sicher für die nächste Runde qualifiziert sind, wichtige Spieler schonen und dafür auch ein schlechteres Ergebnis in einzelnen Spielen in Kauf nehmen. Auch das Ziel, in der nächsten Runde auf einen vermeintlich schwächeren Gegner zu treffen, kann die Beteiligten dazu motivieren, in einzelnen Spielen nicht um jeden Preis einen Sieg anzustreben.<sup>12</sup>

Der Unterschied zwischen diesen Konstellationen und den im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchenden bestechungsbedingten Manipulationen von sportlichen Wettbewerben liegt darin, dass in den soeben beschriebenen Fällen weiterhin wettbewerbsinterne Ziele verfolgt werden und das Verhalten der Beteiligten somit rational nachvollziehbar und in gewisser Weise vorhersehbar ist. Das Verhalten der Wettkampfteilnehmer wird nicht durch äußere Einflüsse verändert, so dass keine Manipulation im Sinne des hier vertretenen Verständnisses vorliegt. In der Gesamtbetrachtung der Umstände wird zudem der lautere Wettbewerb als

---

<sup>11</sup> Eingehend und sehr überzeugend behandelt diese Frage Greco, GA 2010, 629 ff.

<sup>12</sup> So z.B. beim Badminton-Skandal bei den Olympischen Spielen 2012, wo in den letzten beiden Vorrundenspielen jeweils beide Damen-Doppel verlieren wollten, um in der nachfolgenden K.O.-Runde auf leichtere Gegner zu treffen. Die öffentliche Empörung über diesen „Betrug“ war groß. Tatsächlich war das Verhalten der Beteiligten aber rational und vorhersehbar, so dass keine konstitutiven Regeln oder fremden Rechtsgüter verletzt wurden. Hier war es deshalb richtig, dass die Sanktionen alleine durch den Sport geregelt wurden.

Recht nicht verletzt, da das Leistungsprinzip hinsichtlich des übergeordneten Wettbewerbs nicht beeinträchtigt ist. Die hier zu untersuchenden bestechungsbedingten Manipulationen sind hingegen dadurch gekennzeichnet, dass der Sieg im Wettbewerb für die beteiligten Sportler hinsichtlich der Rahmenbedingungen eigentlich erstrebenswert ist, diese sich aber von Dritten für ihre absichtlich schlechten Leistungen bezahlen lassen und ihre Handlungen somit sportfremd motiviert sind.

### **3. „Schwalben“**

Eine auf den ersten Blick ebenfalls unlautere Beeinflussung des Verlaufs des Wettkampfes sind Handlungen der Sportler, die einen Schiedsrichter dazu verleiten sollen, unberechtigte Entscheidungen zugunsten des Sportlers zu treffen. Im Fußball ist dies unter dem Begriff „Schwalbe“ bekannt, bei der ein Spieler ein Foulspiel des Gegners vortäuscht.

Solche wettkampffimmanenten Täuschungen sollen im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls nicht untersucht werden.<sup>13</sup> Zwar wird auch durch Schwalben das Resultat des Wettbewerbs in regelwidriger Weise beeinflusst. Der täuschende Sportler verfolgt jedoch weiterhin das Ziel des sportlichen Wettbewerbs – den Sieg – und versucht diesen durch wettkampfeigene Mittel zu erreichen. Auch hier liegt also weder eine externe Beeinflussung des Verhaltens der Sportler vor, noch wird das Leistungsprinzip beeinträchtigt, so dass der lautere Wettbewerb als Recht unberührt bleibt.

### **4. Siegprämien**

Auf Seiten der Hintermänner ist eine Beeinflussung des sportlichen Wettkampfes auch dadurch möglich, dass einer Mannschaft oder einem Sportler eine besondere Siegprämie angeboten wird. Benötigt ein Fußballverein zum Beispiel am letzten Spieltag zum Erreichen eines internationalen Wettbewerbs neben dem eigenen Sieg auch noch eine Niederlage des direkten Konkurrenten, so wird der Konkurrent kaum bereit sein, das Spiel gegen eine Bestechungsprämie absichtlich zu verlieren. Eine Beeinflussung kann in diesem Fall aber dadurch erfolgen, dass dem Gegner des Konkurrenten eine Siegprämie in Aussicht gestellt wird.

---

<sup>13</sup> Zur Betrugsstrafbarkeit wegen „Schwalben“ beim Fußball siehe Tenter/Thomas, JA 1996, 855 f.; von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 227 ff.; Schattmann, 149 ff.

Auch diese Beeinflussung unterscheidet sich aber grundlegend von der Bestechung durch Verlustprämien und soll daher im Rahmen dieser Arbeit ausgeblendet werden.<sup>14</sup> Zwar erfolgt in diesem Fall eine äußere Beeinflussung des Verhaltens der Sportler im Wettbewerb. Durch externe Siegprämien wird das Leistungsprinzip jedoch nicht pervertiert, da die Beteiligten entsprechend des Ziels des Wettbewerbs den Sieg anstreben und die angebotenen Geldleistungen lediglich einen zusätzlichen Anreiz für das Abrufen der besten Leistung bieten. Der lautere Wettbewerb als Recht wird mithin durch Siegprämien nicht beeinträchtigt.

## **5. Zusammenfassung**

Anders als die bestechungsbedingten Manipulationshandlungen sind die genannten Handlungen nicht dadurch motiviert, den Verlauf oder das Ergebnis des Wettbewerbs im Sinne einer vorherigen Absprache, also durch externe Eingriffe, zu beeinflussen. Die Akteure streben vielmehr weiterhin den Gewinn des Wettkampfes an und ihr Verhalten ist dementsprechend vorhersehbar. Das Leistungsprinzip als Grundmaxime des Wettbewerbs bleibt mithin unberührt, weshalb in diesen Fällen der lautere Wettbewerb als übergeordnetes Recht unverletzt bleibt.

## **C. Stand und Gang der Untersuchungen**

### **I. Stand in der Literatur**

Manipulationen sportlicher Wettbewerbe sind kein neues Feld in der Strafrechtswissenschaft. Die bisherigen Untersuchungen und Veröffentlichungen konzentrieren sich dabei jedoch stark auf die Manipulation durch Doping. In diesem Zusammenhang galten die gedopten Sportler lange Zeit als Opfer, die vor Gesundheitsschädigungen durch Doping geschützt werden müssten. Demzufolge lag der Schwerpunkt der strafrechtlichen Untersuchungen anfänglich auf der Erfassung des Umfelds der Sportler über Körperverletzungsdelikte.

Erst um die Jahrtausendwende gerieten zunehmend auch die gedopten Sportler selbst in das Blickfeld der strafrechtlichen Untersuchungen. Damit verbunden begann auch die Diskussion um die Notwendigkeit eines Anti-Doping-Gesetzes in Deutschland als Grundlage einer effektiveren Verfolgung und Sanktionierung von Dopingverstößen. Diese Frage wird bis

---

<sup>14</sup> Siehe hierzu Bach, JR 2008, 57; eine Strafbarkeit wegen Untreue bejaht Triffterer, NJW 1975, 613

heute bei jedem größeren Dopingfall wieder aufgegriffen und weiterhin kontrovers diskutiert. Eine umfassende Darstellung des derzeitigen Standes dieser Diskussion findet sich bei *Glocker*.

Eindeutig im Schatten der Doping-Problematik stehen die Manipulationen sportlicher Wettbewerbe durch Bestechungen. Diese waren zwar im Zusammenhang mit dem Fall „Hoyzer“ ein vielbeachtetes Thema in der strafrechtlichen Literatur. Hier konzentrierten sich die Veröffentlichungen jedoch im Wesentlichen auf den wettenden Hintermann und dessen Strafbarkeit wegen eines Wettbetrugs. Die auf Seiten des Sports beteiligten Spieler und Schiedsrichter waren hingegen lediglich Randakteure dieser Diskussion. Bis heute haben nur wenige Autoren die Wettskandale zum Anlass genommen, die Tatbeteiligung der Spieler und Schiedsrichter zu thematisieren und gegebenenfalls die Erforderlichkeit eines neuen Straftatbestands zu erörtern.

Ausführlich mit der strafrechtlichen Erfassung von Bestechungen im Sport hat sich soweit ersichtlich erstmals *Weise* im Jahr 1982 befasst. Seine Untersuchungen beschränken sich jedoch auf die Strafbarkeit von Vereinsfunktionären wegen Veruntreuung von Vereinsgeldern zu Bestechungszwecken. Die Strafbarkeit von bestechenden Vereinsfunktionären und bestochenen Spielern nach § 263 StGB hat *Paringer* im Jahr 2001 detailliert untersucht. Er untersucht dabei nicht nur die eigentliche Spielmanipulation, sondern auch die im Umfeld der Manipulation erfolgenden Handlungen und legt den Schwerpunkt seiner Untersuchung auf die Strafbarkeit der Vereinsfunktionäre. Zudem blendet er die Schiedsrichter als weitere zentrale Figuren von Manipulationen gänzlich aus und erörtert die Erforderlichkeit einer gesetzlichen Neuregelung nur ganz am Rande.

Eine neuere Arbeit von *Schattmann* konzentriert sich auf die Strafbarkeit des Sportlers bei der Manipulation von Wettkämpfen, wobei der Autor neben Bestechungen auch die Manipulation durch Doping behandelt. Letztere steht dann auch bei der Diskussion des Autors um einen neuen Straftatbestand im Mittelpunkt.

Eine Zusammenstellung des Meinungsstandes der Literatur zur strafrechtlichen Erfassung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe mit einer Fokussierung auf die wettbewerbsinternen Handlungen der Beteiligten existiert hingegen soweit ersichtlich nicht. In diesem Zusammenhang ist auch die Erörterung der Einführung eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport bisher in der Literatur nur

punktuell untersucht worden. Diese Lücken sollen mit der vorliegenden Arbeit geschlossen werden.

## **II. Gang der Untersuchung**

Das Problemfeld von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport soll zunächst anhand von Beispielsfällen aus der Praxis beleuchtet werden. Dabei soll insbesondere ein Blick auf das jeweilige Ermittlungsverfahren und die letztendlich ausgesprochenen Sanktionen geworfen werden.

In Teil 2 der Arbeit soll dann anhand von vier ausgewählten Fallkonstellationen, die jeweils einem der Beispielsfälle nachgebildet sind, die Strafbarkeit der beteiligten Akteure nach dem Strafrecht geprüft werden. Daneben soll auch in kurzer Form auf die einschlägigen verbandsrechtlichen Normen eingegangen werden, nach denen bestechungsbedingte Manipulationen sanktioniert werden können.

In den Teilen 3 und 4 sollen schließlich verschiedene Ansätze zur Bekämpfung von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport erörtert werden. Ein zentrales Thema wird dabei die Diskussion um die Einführung eines neuen Straftatbestandes sein. In diesem Zusammenhang wird die Diskussion um Manipulationen durch Doping doch noch einmal relevant werden, da unter anderem die Argumente gegen ein Anti-Doping-Gesetz daraufhin überprüft werden sollen, ob sie auch einem Spezialtatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen entgegengehalten werden können.

## **D. Bestechungsfälle**

Die in der Praxis bekannt gewordenen Manipulationsfälle zeigen, dass es sich bei den oben dargestellten Motivationen der Beteiligten nicht um rein theoretische Überlegungen handelt. Die Liste nachgewiesener und vermuteter Manipulationen im Sport ist lang.<sup>15</sup> Vermutlich noch länger ist die Liste der noch unbekannten Korruptionsfälle. Um das Ausmaß von Manipulationen sportlicher Wettbewerbe aufzuzeigen, sollen nachfolgend einige der bekanntesten Fälle der Bestechung und Bestechlichkeit im Sport dargestellt werden. Jeder

---

<sup>15</sup> Eine umfassende Zusammenstellung von Korruptions(verdachts)fällen, nicht beschränkt auf Bestechungsfälle, findet sich bei Maennig, 82 ff.

dieser Fälle ist ein Musterbeispiel einer Situation, in denen der Sport anfällig ist für Manipulationen.

## **I. „Bundesliga-Skandal“ 1971**

Der erste große Fall von Bestechung im Sport in Deutschland wurde im Jahre 1971 beim sogenannten „Bundesliga-Skandal“ bekannt. Zwar wurden bereits in den Jahren zuvor vereinzelt Manipulationen von Fußballspielen aufgedeckt<sup>16</sup>, Bestechungen in einem Umfang wie zum Ende der Saison 1970/1971 waren bis dahin jedoch im Sport völlig unbekannt und wurden nicht für möglich gehalten.

### **1. Sachverhalt**

Im Frühjahr 1971, wenige Spieltage vor Ende der Saison 1970/1971, sahen sich mehrere Vereine der Fußball Bundesliga der unmittelbaren Gefahr eines Abstiegs aus der höchsten deutschen Spielklasse ausgesetzt. Zu diesen gehörten unter anderem Arminia Bielefeld, Kickers Offenbach und Rot-Weiß Oberhausen. Ein Abstieg in die Regionalliga – eine zweite Bundesliga existierte zu dieser Zeit noch nicht – war für die Vereine existenzbedrohend. Um wichtige Punkte im Kampf gegen den Abstieg zu sammeln, begannen sie daher, anderen Bundesligavereinen Geld für Siege oder Niederlagen zu bieten. Geboten wurde Geld einerseits für Siege gegen direkte Konkurrenten, andererseits aber auch für Niederlagen gegen den eigenen Verein. Bereitwillige Nachfrager dieser Angebote fanden die Vereine vor allem bei Vereinen aus dem Mittelfeld der Bundesliga, für die Siege und Niederlagen zu diesem Zeitpunkt der Saison keine Konsequenzen mehr hatten. Insbesondere die Torhüter dieser Vereine erkannten ihren „Wert“ zu dieser Zeit, da sie die Spielergebnisse durch vermeintliche Fehler am unmittelbarsten beeinflussen konnten. So waren der Kölner Torwart Manfred Manglitz und der Braunschweiger Torwart Horst Wolter zwei zentrale Akteure der Manipulationen.<sup>17</sup> Doch nicht nur einzelne Spieler wurden bestochen, auch ganze Mannschaften erlagen dem Reiz des Geldes und ließen sich für gewünschte Spielergebnisse bezahlen. Der erste nachgewiesene Fall geschah am 17. April 1971, als Arminia Bielefeld am

---

<sup>16</sup> In der Saison 1964/1965 bezahlte Hertha BSC Berlin Vorstandsmitglied Wolfgang Holst dem Spieler Alfons Stemmer von 1860 München 15.000 DM für einen Berliner Sieg in München. Die Berliner gewannen das Spiel 3:1 und retteten sich dadurch vor dem Abstieg (Der Spiegel, Nr. 25/1971, S. 81). Holst wurde vom DFB-Sportgericht mit einem zweijährigen Auftrittsverbot in der Bundesliga bestraft (Der Spiegel, Nr. 20/1972, S. 130).

<sup>17</sup> Der Spiegel, Nr. 18/1972, S. 124 f.



28. Spieltag überraschend 1:0 bei Schalke 04 gewann und dadurch wichtige Punkte im Kampf gegen den Abstieg erzielte. Wie sich später herausstellte, erhielten die Spieler von Schalke 04 für diese Niederlage insgesamt 40.000 DM von den Verantwortlichen von Arminia Bielefeld.<sup>18</sup>

Da die Bestechungen jedenfalls unter den Verantwortlichen der Bundesliga-Clubs bald ein offenes Geheimnis waren, begannen zunehmend mehr Mannschaften Spiele zu manipulieren. Am letzten Spieltag sicherte sich schließlich Arminia Bielefeld durch einen 1:0 Sieg bei der zuvor zwei Jahre lang zu Hause ungeschlagenen Hertha BSC Berlin den Klassenerhalt. Absteigen mussten daraufhin die Kickers Offenbach nach einer 4:2 Niederlage beim 1. FC Köln. Wie sich im Nachhinein herausstellte, bezahlte Arminia Bielefeld für die Niederlage insgesamt 250.000 DM an die Spieler von Hertha BSC Berlin.<sup>19</sup> Gleichzeitig forderten Spieler des 1. FC Köln von den Kickers Offenbach 100.000 DM für eine Niederlage, was diese jedoch ablehnten. In der Folge mussten sie nach dem Kölner Sieg in die Regionalliga absteigen.<sup>20</sup>

Der Offenbacher Präsident Horst-Gregorio Canellas machte die Bestechungen am 06. Juni 1971, einen Tag nach dem letzten Spieltag, öffentlich. Die Ermittlungen deckten schließlich auf, dass allein an den letzten acht Spieltagen 18 der 72 Spiele nachweislich gekauft wurden oder zumindest der Versuch unternommen wurde, sie zu verfälschen.<sup>21</sup>

## **2. Verfahren und Sanktionen**

Das Interesse an der Aufklärung und Verfolgung der Bestechungsfälle von Seiten des DFB war zunächst gering. Berühmt wurde die Aussage des DFB-Sprechers Dr. Wilfried Gerhardt, es gebe „keinen Fall Bundesliga, sondern nur einen Fall in der Bundesliga“.<sup>22</sup> Bestraft wurden zunächst nur in Eilverfahren die Spieler Manfred Manglitz (1. FC Köln), Tasso Wild und Bernd Patzke (beide Hertha BSC Berlin), sowie der Vorsitzende der Kickers Offenbach, Horst-Gregorio Canellas, der den Skandal überhaupt erst aufdeckte.<sup>23</sup> Dadurch sollte in erster Linie die Öffentlichkeit beruhigt werden und der Skandal durch die Bestrafung des

---

<sup>18</sup> Der Spiegel, Nr. 6/1972, S. 110

<sup>19</sup> Der Spiegel, Nr. 18/1972, S. 132 ff

<sup>20</sup> Der Spiegel, Nr. 18/1972, S. 129 ff.

<sup>21</sup> Der Spiegel, Nr. 18/1972, S. 122, zum gesamten Sachverhalt siehe auch Rauball, 1 ff.

<sup>22</sup> Der Spiegel, Nr. 44/1971, S. 172

<sup>23</sup> Der Spiegel, Nr. 20/1972, S. 133

„Nestbeschmutzers“ Canellas bagatellisiert werden.<sup>24</sup> Erst nachdem Canellas selber weitergehende Ermittlungen anstellte und den gesamten Umfang des Skandals veröffentlichte, wurde auch DFB-Ankläger Hans Kindermann aktiver.<sup>25</sup> Die Prozesse zogen sich über 18 Monate und endeten in Sperren für 52 Spieler<sup>26</sup>, sechs Funktionäre und zwei Trainer<sup>27</sup> sowie dem Ausschluss von zwei Mannschaften (Kickers Offenbach und Arminia Bielefeld) aus der Bundesliga.

Die Strafen wurden jedoch in fast allen Fällen schon bald gemildert und viele der gesperrten Spieler gar nach wenigen Jahren begnadigt. Teilweise zogen die Spieler auch vor ordentliche Gerichte, um die sportgerichtlichen Sperren anzugreifen. So gelang es fünf Spielern von Schalke 04 durch einstweilige Verfügungen zweier Frankfurter Gerichte<sup>28</sup> und ein Urteil des Arbeitsgerichts Gelsenkirchen<sup>29</sup> erneute Sperren nach ihrer Verurteilung wegen Meineids (siehe unten) für ungültig erklären zu lassen.

Doch nicht erst die nachträgliche Überprüfung der Sperren beschäftigte die ordentliche Gerichtsbarkeit. Die Aufdeckung der Bestechungen rief schon während der sportgerichtlichen Verfahren parallel auch die Staatsanwaltschaften auf den Plan. An mehreren Bundesliga-standorten begannen die Staatsanwaltschaften wegen Betrugs, Erpressung, Nötigung und Untreue zu ermitteln.<sup>30</sup> Die Große Strafkammer Darmstadt eröffnete sogar ein Hauptverfahren gegen die Spieler Tasso Wild und Bernd Patzke von Hertha BSC Berlin wegen versuchter gemeinschaftlicher Erpressung.<sup>31</sup> Im Laufe der Zeit wurden jedoch nahezu alle staatlichen Verfahren eingestellt. Nur ein einziges Verfahren wurde zu Ende geführt, in dem das Landgericht Essen am 9. Januar 1976 acht Spieler von Schalke 04 wegen Meineids zu Geldstrafen zwischen 4200 DM und 9960 DM verurteilte.<sup>32</sup> Sie hatten in einem anderen Verfahren unter Eid ausgesagt, für die Niederlage gegen Arminia Bielefeld kein Geld angenommen zu haben.

---

<sup>24</sup> Der Spiegel, Nr. 44/1971, S. 172

<sup>25</sup> Der Spiegel, Nr. 18/1972, S. 134

<sup>26</sup> FAZ vom 2. Februar 2005

<sup>27</sup> Der Spiegel, Nr. 6/1974, S. 108

<sup>28</sup> Der Spiegel, Nr. 19/1973, S. 156

<sup>29</sup> ArbG Gelsenkirchen, NJW 1977, 598

<sup>30</sup> Der Spiegel, Nr. 25/1971, S. 83; Nr. 47/1971, S. 177; Nr. 18/1972, 123

<sup>31</sup> Der Spiegel, Nr. 17/1973, S. 130

<sup>32</sup> DIE ZEIT von 23. Januar 1976

## **II. Der Fall „Hoyzer“**

Ein weiterer Bestechungsskandal mit ungeahnten Ausmaßen erschütterte den deutschen Fußball in den Jahren 2004/2005. Im Gegensatz zum Skandal von 1971 waren die Bestechungen jedoch in diesem Fall nicht vom sportlichen Erfolg motiviert, sondern sollten finanzielle Gewinne bei Sportwetten ermöglichen. Drahtzieher der Bestechungen war der Berliner Ante Sapina. Hauptakteure auf sportlicher Seite waren die Schiedsrichter Robert Hoyzer und Dominik Marks, aber auch aktive Spieler verschiedener Mannschaften waren in die Manipulationen verstrickt.

### **1. Sachverhalt**

Nach seinen eigenen Aussagen im Ermittlungsverfahren hat Robert Hoyzer im Kalenderjahr 2004 bei acht Spielen Geld von Ante Sapina erhalten, um den Ausgang der Spiele zu beeinflussen.<sup>33</sup> Durch die Bestechung wollte Sapina Sportwetten gewinnen, die er auf die manipulierten Spiele abgeschlossen hatte. Für erfolgreiche Manipulationen erhielt Hoyzer insgesamt 67.000 € und einen Plasma-Fernseher.<sup>34</sup> In den erfolgreichen Fällen gelang es ihm, das Ergebnis durch Elfmeter-Entscheidungen, die Vergabe von roten Karten<sup>35</sup> oder das Aberkennen von Toren<sup>36</sup> zu beeinflussen.

Durch die Vermittlung von Hoyzer wurde Schiedsrichter Dominik Marks zum zweiten Verbündeten von Ante Sapina für dessen Manipulationen. Für zwei Spiele im November und Dezember 2004, die Marks durch verschiedene umstrittene Entscheidungen erfolgreich manipulierte, erhielt er insgesamt 36.000 €. <sup>37</sup>

In Verdacht geriet schließlich auch noch der Bundesliga Schiedsrichter Jürgen Jansen, der für 10.000 € bzw. 45.000 € im November 2004 zwei Spiele im Interesse von Sapina verschoben haben soll.<sup>38</sup>

---

<sup>33</sup> Der Spiegel, Nr. 6/2005, S. 147

<sup>34</sup> Der Spiegel, Nr. 6/2005, S. 147

<sup>35</sup> In der DFB-Pokal Partie zwischen Regionalligist SC Paderborn und Bundesligist Hamburger SV am 21. August 2004 gewann Paderborn trotz frühen 0:2 Rückstands dank zweier Elfmeter und einer roten Karte gegen den Hamburger Spieler Mpenza mit 4:2

<sup>36</sup> Am 05. Juni 2004 erkannte Hoyzer im Regionalliga Spiel zwischen Eintracht Braunschweig und 1. FC St. Pauli zwei Tore der Gastmannschaft nicht an und sicherte dadurch den gewünschten Sieg von Braunschweig

<sup>37</sup> Der Spiegel, Nr. 7/2005, S. 19

<sup>38</sup> Der Spiegel, Nr. 21/2005, S. 184

Doch nicht nur Schiedsrichter sondern auch mehrere aktive Spieler konnte Sapina für seine Manipulationen gewinnen. So erhielt Steffen Karl, Spieler und Co-Trainer des Chemnitzer FC, vor mehreren Spielen Geld von Sapina, um nicht seine volle Leistung zu bringen und dadurch Niederlagen seiner Mannschaft zu verursachen. Darüber hinaus soll Karl im Auftrag von Sapina versucht haben, weitere Bestechungen in Spielen der Regionalliga Nord zu vermitteln.<sup>39</sup> Auch die Spieler Ronny Thielemann, Ronny Kujat und Marco Eckstein des Regionalligisten Sachsen Leipzig sollen vor zumindest einem Spiel im Jahr 2004 von Sapina Geld für Niederlagen ihres Vereins erhalten haben.<sup>40</sup> Schließlich wusste der Kapitän des SC Paderborn 07, Thijs Waterink, um die Manipulation des Pokalspiels gegen den Hamburger SV.<sup>41</sup>

## **2. Verfahren und Sanktionen**

Der Verdacht der Beteiligung von Robert Hoyzer an der Verschiebung von Fußballspielen kam erstmals am 19. Januar 2005 auf, als vier Bundesliga-Schiedsrichter den Vorsitzenden des DFB-Schiedsrichterausschusses, Volker Roth, über Hinweise auf Manipulationen bei von Hoyzer geleiteten Spielen informierten.<sup>42</sup> Nach einer ersten Vernehmung des Verdächtigen leitete der DFB-Kontrollausschuss eigene Ermittlungen ein und erstattete zudem Strafanzeige.<sup>43</sup> Am 27. Januar 2005 gestand Hoyzer überraschend die Vorwürfe<sup>44</sup> und deckte in der Folgezeit den gesamten Umfang des Skandals auf.

Das Verfahren gegen Hoyzer vor dem DFB-Sportgericht gestaltete sich dennoch zunächst schwierig, da Hoyzer nach seinem Austritt aus seinem Verein Hertha BSC Berlin nicht mehr der Sportgerichtsbarkeit unterlag.<sup>45</sup> Da sich Hoyzer dem Urteil jedoch nicht entziehen wollte, trat er dem Verein SC 09 Steele bei und wurde schließlich am 29. April 2005 vom DFB-Sportgericht wegen unsportlichen Verhaltens in acht Fällen lebenslang aus dem DFB und seinen Mitgliedsverbänden ausgeschlossen.<sup>46</sup> Im April 2011 gab der DFB einem

---

<sup>39</sup> Spiegel Online vom 8. Dezember 2005, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,389240,00.html>

<sup>40</sup> FAZ vom 21. Oktober 2005

<sup>41</sup> FAZ.net vom 1. Februar 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/schiedsrichterskandal-hoyzer-nennt-namen-erste-spieler-gestehen-1212880.html>

<sup>42</sup> FAZ.net vom 25. Januar 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/hintergrund-wortlaut-der-erklaerung-der-berliner-schiedsrichter-zum-fall-hoyzer-1207935.html>

<sup>43</sup> FAZ vom 27. Januar 2005

<sup>44</sup> Spiegel Online vom 27. Januar 2005, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,338910,00.html>

<sup>45</sup> Hamburger Morgenpost vom 12. April 2005

<sup>46</sup> Stern.de vom 29. April 2004, <http://www.stern.de/sport/fussball/hoyzer-skandal-schiri-auf-lebenszeit-gesperrt-539800.html>

Gnadengesuch des Gesperrten statt, nach dem Hoyzer zumindest als Spieler wieder aktiv am Spielbetrieb des DFB teilnehmen darf.<sup>47</sup>

Der zweite Hauptbeteiligte Dominik Marks erhielt zunächst am 15. Februar 2005 eine Vorsperre, entzog sich dann jedoch ebenfalls dem Verfahren durch einen Vereinsaustritt.<sup>48</sup> Die beteiligten Spieler von Sachsen Leipzig wurden zu Vorstrafen verurteilt, die Spieler Waterink und Karl für fünf<sup>49</sup> bzw. acht<sup>50</sup> Monate gesperrt. Der Verdacht gegen Schiedsrichter Jürgen Jansen erhärtete sich nicht, so dass die Verfahren gegen ihn eingestellt wurden.

Trotz dieser vermeintlich schnellen Reaktionen sah sich der DFB auch in diesem Fall der Kritik ausgesetzt, frühere Warnungen ignoriert zu haben. So meldete der Sportwettenanbieter Oddset dem DFB am 23. August 2005, unmittelbar nach dem Pokalspiel zwischen Paderborn und Hamburg, per Fax die ungewöhnlich hohen Wetteinsätze auf dieses Spiel und formulierte auf dieser Grundlage einen Manipulationsverdacht, den der DFB jedoch nicht weiter verfolgte.<sup>51</sup>

Auch die Staatsanwaltschaften begannen unmittelbar nach der Veröffentlichung des Verdachts im Januar 2005 ihre Ermittlungen. Nach dem Geständnis Hoyzers am 27. Januar 2005 wurden umfangreiche Hausdurchsuchungen bei den verdächtigen Hintermännern durchgeführt, im Rahmen derer vier Verdächtige festgenommen wurden.<sup>52</sup> Auch die Schiedsrichter Hoyzer und Marks wurden mehrere Wochen in Untersuchungshaft genommen.<sup>53</sup> Am 24. Juni 2005 erhob die Staatsanwaltschaft Berlin Anklage gegen die Schiedsrichter Hoyzer und Marks, den Spieler Karl sowie drei Hintermänner wegen gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs.<sup>54</sup> Am 17. November 2005 verurteilte das Landgericht Berlin schließlich Robert Hoyzer wegen Beihilfe zum Betrug in sechs Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und fünf Monaten und Dominik Marks wegen Beihilfe

---

<sup>47</sup> Spiegel Online vom 13. April 2011, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-wettskandal-urteil-gegen-sapina-verzoegert-sich-a-756768.html>

<sup>48</sup> News-Meldung des DFB vom 29. Juli 2005

<sup>49</sup> FAZ.net vom 7. April 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/wettskandal-dfb-sperrt-waterink-bis-ende-juli-1232137.html>

<sup>50</sup> FAZ.net vom 22. Dezember 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/wettskandal-dfb-sperrt-steffen-karl-fuer-acht-monate-1384380.html>

<sup>51</sup> Spiegel Online vom 31. Januar 2005, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,339499,00.html>

<sup>52</sup> FAZ.net vom 30. Januar 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/wettskandal-helle-aufregung-im-brennpunkt-berlin-1213674.html>

<sup>53</sup> FAZ.net vom 10. März 2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/wettskandal-schiedsrichter-dominik-marks-in-untersuchungshaft-1212331.html>

<sup>54</sup> Spiegel Online vom 26. Juni 2005, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,362298,00.html>

zum Betrug in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung.<sup>55</sup> Steffen Karl wurde in einem abgetrennten Verfahren aufgrund eines späten Geständnisses ebenfalls wegen Beihilfe zum gewerbsmäßigen Betrug in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung verurteilt.<sup>56</sup> In beiden Verfahren sah das Gericht durch den Abschluss der Wetten durch die Hintermänner den Tatbestand des Betrugs als erfüllt an, was eine Verurteilung der Schiedsrichter und Spieler als Gehilfen ermöglichte.

Da die Angeklagten gegen das Urteil Revision einlegten, musste im Jahre 2006 der Bundesgerichtshof über den Fall entscheiden. Überraschenderweise beantragte Oberstaatsanwalt Hartmut Schneider von der Bundesanwaltschaft in diesem Verfahren einen Freispruch der Angeklagten.<sup>57</sup> Anders als das Landgericht Berlin sah er den Betrugstatbestand nicht als erfüllt an, weshalb auch eine Beihilfe der Schiedsrichter Hoyzer und Marks nicht in Betracht komme. Der BGH folgte dieser Ansicht nicht, sondern bejahte den Betrug und verwarf daher die Revision der Angeklagten am 15. Dezember 2006.<sup>58</sup>

### **III. Tennis 2006/2007**

Auch Individualsportarten hatten in den letzten Jahren zunehmend mit Manipulationen zu kämpfen. Objektiv betrachtet ist eine Manipulation bei Individualsportarten ohnehin deutlich einfacher als eine Manipulation bei Mannschaftssportarten. Denn die Wahrscheinlichkeit einer „erfolgreichen“ Manipulation ist umso höher, je weniger Personen am Ausgang des Wettbewerbs beteiligt sind. Während ein einzelner Spieler einer Fußballmannschaft nur einen relativ geringen Einfluss auf das Ergebnis eines Spiels hat, hat ein Individualsportler den Ausgang des Wettbewerbs nahezu vollständig selbst in der Hand. Dazu kommt zum einen, dass in Individualsportarten in einer Saison meist viele Wettkämpfe ausgetragen werden, so dass ein Sportler eine Niederlage auch einmal in Kauf nehmen kann. Zum anderen entscheiden in Individualsportarten oft kleine Fehler über den Ausgang des Wettbewerbs, bei denen ein Außenstehender kaum beurteilen kann, ob der Fehler absichtlich verursacht wurde. Der Nachweis einer Manipulation ist daher kaum möglich. In der Folge ist es nicht

---

<sup>55</sup> LG Berlin, Urteil vom 17. November 2005, (512) 68 Js 451-05 Kls (42/05)

<sup>56</sup> Pressemitteilung Nr. 45a/2005 des LG Berlin vom 8. Dezember 2005

<sup>57</sup> Spiegel Online vom 28. November 2006, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,451116,00.html>

<sup>58</sup> BGH, Urteil vom 15. Dezember 2006, 5 StR 181/06

überraschend, dass auch in einer Individualsportart wie dem Tennis Manipulationen vermutet werden.

## **1. Sachverhalt**

Der erste bekannt gewordene Verdacht einer Manipulation im Tennis trat im Jahr 2003 bei dem Russen Jewgenij Kafelnikow auf. Am 6. Oktober 2003 traf Kafelnikow, damals einer der weltbesten Tennisspieler, in der ersten Runde des ATP-Turniers in Lyon auf den monatelang sieglosen Spanier Fernando Vicente. Kafelnikow verlor das Spiel überraschend deutlich in zwei Sätzen. Der Verdacht einer Manipulation kam auf, als bekannt wurde, dass bei einem Sportwettenanbieter im Internet zwei Wetten in Höhe von insgesamt 80.000 Pfund auf eine Niederlage des Russen gesetzt wurden.<sup>59</sup>

Noch mehr Aufmerksamkeit erregte das Zweitrundenspiel eines Turniers im polnischen Sopot am 2. August 2007 zwischen dem Russen Nikolai Dawydenko, damals Weltranglisten-Vierter, und dem Argentinier Martin Vassallo Arguello. Bei einem Sportwettenanbieter im Internet wurden auf den Ausgang dieses Spiels insgesamt 7.304.210 \$ gesetzt, überwiegend auf einen Sieg des Außenseiters Vassallo Arguello.<sup>60</sup> Tatsächlich gab der Favorit Dawydenko im dritten Satz das Spiel wegen einer Verletzung auf. Der Wettanbieter annullierte jedoch schon während des Spiels aufgrund der Unregelmäßigkeiten alle Wetten.

Ebenfalls unter Manipulationsverdacht steht das Spiel von Dawydenko gegen den Kroaten Marin Cilic am 25. Oktober 2007 beim ATP-Turnier in St. Petersburg. Bei diesem verlor Dawydenko nach souveränem Gewinn des ersten Satzes in drei Sätzen und verursachte allein im entscheidenden dritten Satz zehn Doppelfehler sowie viele weitere leichte Fehler. Er wurde für seine Spielweise sogar während des Matches vom Schiedsrichter verwarnet.

Auch bei seiner Niederlage beim Masters-Turnier Anfang November in Paris gegen Marcos Baghdatis aus Zypern wurde Dawydenko nach mehreren Doppelfehlern vom Stuhlschiedsrichter verwarnet.<sup>61</sup>

Im Zuge der Ermittlungen um diese prominenten Fälle gerieten insgesamt rund 140 Spiele der ATP-Tour in den Verdacht von Manipulationen.<sup>62</sup>

---

<sup>59</sup> FAZ vom 17. Oktober 2003, S. 36

<sup>60</sup> Der Spiegel 46/2007, S. 156

<sup>61</sup> Der Spiegel 46/2007, S. 156

## 2. Verfahren und Sanktionen

Im Fall Kafelnikow wurde das Spiel zwar von einem Supervisor der ATP-Tour beobachtet, dieser konnte jedoch keine Auffälligkeiten im Spielverlauf beobachten. Da auch beide Spieler die Manipulationsvorwürfe zurückwiesen, wurden keine Sanktionen ausgesprochen. Die ATP-Tour nahm den Fall jedoch zum Anlass, umfangreiche Maßnahmen gegen Wettbeteiligungen durch aktive Spieler in den Regelkatalog aufzunehmen.<sup>63</sup>

Unter anderem aufgrund dieser Maßnahmen wurde der Fall Dawydenko deutlich intensiver verfolgt. Nach dem verdächtigen Match im August 2007 ermittelte die ATP-Tour mit Hilfe von Scotland Yard gegen den Russen und forderte diesen unter anderem auf, die Gesprächsdaten aller von ihm geführten Telefonate offen zu legen.<sup>64</sup> Weder die Gesprächsdaten, noch Vernehmungen von Dawydenko und dessen Umfeld, konnten den Verdacht der Manipulation jedoch erhärten, so dass das Verfahren letztendlich ohne Sanktionen eingestellt wurde.

Nach dem Spiel gegen den Kroaten Cilic wurde Dawydenko zunächst mit einer Geldstrafe in Höhe von 2.000 € belegt, da er nicht alles versucht habe, um eine Niederlage abzuwenden. Die Strafe wurde jedoch auf Einspruch Dawydenkos zurückgenommen, da die ATP keine „Arbeitsverweigerung“ des Russen nachweisen konnte.<sup>65</sup>

Auch die Ermittlungen rund um die weiteren 140 verdächtigen Spiele waren letztlich erfolglos. Bekannt wurde lediglich die Sperre des italienischen Spielers Alessio di Mauro, der Anfang November 2007 wegen Wetten auf Tennisspiele für neun Monate gesperrt wurde und eine Geldstrafe in Höhe von 40.000 € bezahlen musste. Allerdings konnte auch di Mauro keine Manipulation von Spielen nachgewiesen werden, seine Strafe beruhte einzig auf dem allgemeinen Wettverbot für aktive Spieler.<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup> FAZ vom 5. November 2007, S. 34

<sup>63</sup> FAZ vom 23. Februar 2005, S. 32

<sup>64</sup> FAZ vom 5. November 2007

<sup>65</sup> FAZ.net vom 13. November 2007, <http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/tennis-dawidenko-wollte-aber-konnte-nicht-1491319.html>

<sup>66</sup> FAZ.net vom 10. November 2007, <http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/tennis-italiener-di-mauro-wegen-illegaler-wetten-gesperrt-1492489.html>



#### **IV. THW Kiel**

Mit aktuelleren Bestechungsvorwürfen hat sich seit Anfang 2009 der deutsche Handball zu befassen. Dabei steht der THW Kiel, jahrelang das Aushängeschild des deutschen Handballs, unter Verdacht, mehrere Spiele in der Champions League, darunter insbesondere auch das Final-Rückspiel gegen die SG Flensburg-Handewitt, durch Bestechung von Schiedsrichtern manipuliert zu haben. Ausgelöst wurden die Vorwürfe durch ein Schreiben des HBL-Aufsichtsratsmitglieds Dieter Matheis an den Geschäftsführer des THW Kiel, Uwe Schwenker<sup>67</sup>, der zusammen mit dem ehemaligen Trainer des THW Kiel Zvonimir Serdarusic im Zentrum der Bestechungsvorwürfe steht.

##### **1. Sachverhalt**

Seit dem Jahr 2000 wurden im Handball wiederholt Bestechungsversuche oder –verdachte öffentlich. Im März 2007 soll Verantwortlichen des VFL Gummersbach vor einem Europapokalspiel für 50.000 € die Manipulation der Schiedsrichter angeboten worden sein. Vor einem WM-Qualifikationsspiel zwischen Rumänien und Montenegro im Jahr 2008 soll den Schiedsrichtern 30.000 € von einer Seite geboten worden sein. Die Schiedsrichter eines Champions League Spiels der Frauen im Jahr 2006 sollten für zunächst 10.000 €, später sogar 20.000 € bestochen werden.<sup>68</sup>

Der prominenteste Fall betrifft jedoch den THW Kiel. Im April 2007 standen sich im Endspiel der Handball Champions League die beiden deutschen Mannschaften THW Kiel und SG Flensburg-Handewitt gegenüber. Nachdem das Hinspiel 28:28 unentschieden endete, konnte der THW Kiel das Rückspiel am 29. April 2007 zu Hause mit 29:27 für sich entscheiden und gewann dadurch zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte den wichtigsten europäischen Titel.

Drei Monate später, am 30. Juli 2007, soll der Kieler Geschäftsführer Uwe Schwenker gegenüber dem Präsidenten des Handball-Bundesligisten HSV Hamburg erwähnt haben, der Triumph sei durch eine Abmachung mit den Schiedsrichtern möglich geworden.<sup>69</sup> Auch gegenüber dem dänischen Unternehmer Jesper Nielsen, seit 2008 Gesellschafter des Handball Bundesligisten Rhein-Neckar Löwen, soll Schwenker in der Bar eines Hotels in Zagreb die

---

<sup>67</sup> Spiegel Online vom 1. März 2009, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,610623,00.html>

<sup>68</sup> Der Spiegel, 13/2009, S. 124

<sup>69</sup> Der Spiegel, 11/2009, S. 136 f.

Bestechung eingeräumt haben.<sup>70</sup> Schließlich soll der ehemalige Trainer des THW Kiel, Zvonimir Serdarusic, drei Verantwortlichen der Rhein-Neckar Löwen am 11. Februar 2009 über mindestens zehn Bestechungsfälle seit dem Jahr 2000 berichtet haben.<sup>71</sup>

Tatsächlich stellte sich im Laufe der Ermittlungen heraus, dass am 25. April 2007, vier Tage vor dem Champions League Final-Rückspiel, 56.400 € vom THW Kiel an den serbischen Versicherungskaufmann Nenad Volarevic überwiesen wurden<sup>72</sup>, angeblich als Vorauszahlung für zukünftige Spielervermittlungen.<sup>73</sup> Eine zweite Überweisung des THW Kiel an Volarevic in Höhe von 35.600 € folgte am 27. Juni 2007<sup>74</sup>, angeblich für den Transfer des Spielers Igor Anic von Montpellier nach Kiel.<sup>75</sup> Am 27. April 2007 flog Volarevic von Zagreb über München und Warschau nach Hamburg, um in Kiel das Champions League Final-Rückspiel zwischen Kiel und Flensburg anzuschauen.<sup>76</sup> In Warschau lebten die Schiedsrichter Mirosław Baum und Marek Goralczyk, die das Rückspiel des Champions League Finales leiteten, weshalb sich der Verdacht erhärtete, dass Volarevic das von Kiel überwiesene Geld im Auftrag des THW Kiel dort an die Schiedsrichter übergab.

Auch aus der Saison 2007/2008 stehen Spiele des THW Kiel unter Manipulationsverdacht. Im März 2008 wurden von einem Konto des THW Kiel 20.000 € in bar abgehoben. Kurz darauf gewann Kiel das Rückspiel gegen Ademar Leon und zog dadurch ins Halbfinale der Champions League ein. Anfang April 2008 wurden weitere 40.000 € in bar von diesem Konto abgehoben. Wenige Tage später gewann Kiel gegen Barcelona mit 41:31 und hatte damit den Einzug ins Champions League Finale so gut wie sicher.<sup>77</sup>

## **2. Verfahren und Sanktionen**

In keinem der vor 2007 bekannt gewordenen, von Betroffenen an die Verbände gemeldeten Bestechungsversuche wurden ernsthafte Ermittlungen durch den deutschen oder europäischen Handballverband durchgeführt.<sup>78</sup>

---

<sup>70</sup> Der Spiegel, 11/2009, S. 136; 5/2010, S. 137 f.

<sup>71</sup> Der Spiegel, 11/2009, S. 136

<sup>72</sup> Der Spiegel, 5/2010, S. 137

<sup>73</sup> Der Spiegel, 13/2009, S. 123

<sup>74</sup> Der Spiegel, 5/2010, S. 137

<sup>75</sup> Der Spiegel, 13/2009, S. 123

<sup>76</sup> Der Spiegel, 16/2009, S. 107; 5/2010, S. 137

<sup>77</sup> Der Spiegel, 13/2009, S. 124

<sup>78</sup> Der Spiegel, 13/2009, S. 124

Im Fall des THW Kiel begann zumindest das Präsidium der Handball-Bundesliga HBL mit Ermittlungen, nachdem die Bestechungsvorwürfe im März 2009 öffentlich wurden. Nach drei Tagen wurden diese jedoch mangels neuer Erkenntnisse eingestellt.<sup>79</sup>

Im Gegensatz dazu wurde die Staatsanwaltschaft Kiel schnell und intensiv tätig. Diese leitete bereits am 9. März 2009 ein Ermittlungsverfahren gegen Uwe Schwenker wegen des Verdachts der Untreue und gegen Zvonimir Serdariusic wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue ein.<sup>80</sup> Am 14. April 2009 wurden die Ermittlungen auf den Verdacht des Betrugs ausgeweitet.<sup>81</sup> Erst im Laufe dieser Ermittlungen der Staatsanwaltschaft konnten die verdächtigen Geldzahlungen des THW Kiel an Volarevic und der mögliche Zusammenhang mit einer Bestechung von Schiedsrichtern aufgedeckt werden.

Im Januar 2010 erhob die Staatsanwaltschaft Kiel schließlich Anklage gegen die beiden Beschuldigten wegen Untreue, Beihilfe zur Untreue, Betrug und gemeinschaftlicher Bestechung. Das Landgericht Kiel eröffnete das Hauptverfahren am 10. November 2010 jedoch nur wegen Bestechung im geschäftlichen Verkehr.<sup>82</sup> Nach mehrfacher Verzögerung begann der Prozess schließlich am 21. September 2011 und endete am 26. Januar 2012 mit einem Freispruch der Angeklagten aus Mangel an Beweisen. Da die Staatsanwaltschaft jedoch am 20. April 2012 Berufung gegen das Urteil eingelegt hat<sup>83</sup>, ist dieser Fall noch nicht abgeschlossen.

## **V. Fußball-Manipulationen seit 2009**

Hatte der deutsche Fußball gehofft, mit der Aufarbeitung des Bestechungsskandals 2005 und der Bestrafung der Beteiligten das Schlimmste überstanden zu haben und den Manipulationen dauerhaft Herr geworden zu sein, so wurde er bereits im Jahr 2009 eines Besseren belehrt. Durch einen glücklichen Zufall kam die Bochumer Staatsanwaltschaft erneut Bestechungen von Spielern und Schiedsrichtern mit Wetthintergrund auf die Spur, diesmal in einem weitaus größeren Umfang als im Fall Hoyzer.

---

<sup>79</sup> Spiegel Online vom 4. März 2009, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,611425,00.html>

<sup>80</sup> Spiegel Online vom 9. März 2009, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,612103,00.html>

<sup>81</sup> Spiegel Online vom 14. April 2009, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,619001,00.html>

<sup>82</sup> Spiegel Online vom 10. November 2010, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,728418,00.html>

<sup>83</sup> Spiegel Online vom 19. April 2012, <http://www.spiegel.de/sport/sonst/0,1518,828640,00.html>

## 1. Sachverhalt

Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bochum standen seit Anfang 2009 europaweit rund 200 Fußballspiele unter Manipulationsverdacht, davon 32 Partien in Deutschland.<sup>84</sup> Später erweiterte sich die Liste der verdächtigen Spiele in Deutschland gar auf 54.<sup>85</sup> Auf Seiten des Sports gerieten zwei DFB-Schiedsrichter sowie mehrere Spieler der Vereine SSV Ulm, SC Verl und VFL Osnabrück in den Verdacht, Spiele zum Zweck des Gewinns von Sportwetten durch Hintermänner verschoben zu haben.<sup>86</sup> So gestand der Osnabrücker Spieler Marcel Schuon, sich vor vier Spielen des VFL Osnabrück gegen Bezahlung bereit erklärt zu haben, auf eine Niederlage der eigenen Mannschaft hin zu arbeiten.<sup>87</sup> Patrick Neumann vom SC Verl gestand, zwischen 5.000 € und 10.000 € für eine Niederlage seiner Mannschaft gegen Borussia Mönchengladbach II geboten bekommen zu haben. Nachdem Verl das Spiel gewann, erhielt Neumann nur 500 € mit der Drohung von Repressalien.<sup>88</sup>

## 2. Verfahren, Sanktionen

Die Sportgerichtsbarkeit war in diesem Fall von Beginn an auf staatliche Hilfe angewiesen. Da die Frühwarnsysteme von UEFA und DFB zur Überwachung der Wettmärkte keine Erkenntnisse über Manipulationen in Deutschland lieferten<sup>89</sup>, war ein Zufallstreffer im Rahmen der Telefonüberwachung der Bochumer Staatsanwaltschaft im Drogenmilieu nötig, um die neuen Manipulationen aufzudecken.<sup>90</sup> Nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe bemühte sich der DFB, die Fälle aufzuarbeiten und schnelle Urteile zu fällen, die Erfolge waren jedoch überschaubar.

---

<sup>84</sup> Spiegel Online vom 20. November 2009, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/wettskandal-erklaerung-der-staatsanwaltschaft-im-wortlaut-a-662548.html>

<sup>85</sup> Spiegel Online vom 13. September 2010, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/manipulationen-im-fussball-wettskandal-weetet-sich-aus-a-717181.html>

<sup>86</sup> FAZ.net vom 3. Januar 2010, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/bundesliga/wettskandal-fussballprofis-im-zockermilieu-1582858.html>

<sup>87</sup> Spiegel Online vom 30. August 2010, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/manipulationen-im-fussball-lange-sperre-fuer-schuon-a-714696.html>

<sup>88</sup> Focus Online vom 28. November 2009, [http://www.focus.de/sport/fussball/wm-2010/national-wettskandal-erstes-spieler-gestaendnis\\_aid\\_458235.html](http://www.focus.de/sport/fussball/wm-2010/national-wettskandal-erstes-spieler-gestaendnis_aid_458235.html)

<sup>89</sup> Spiegel Online vom 20. November 2009, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-wettskandal-mehr-als-30-spiele-in-deutschland-unter-manipulationsverdacht-a-662444.html>

<sup>90</sup> Spiegel Online vom 4. Oktober 2010, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/wettskandal-chronik-am-anfang-stand-ein-zufallstreffer-a-721116.html>

Gegen den verdächtigten Schiedsrichter Cetin Sevinc verhängte der DFB zunächst am 22. Dezember 2009 eine Schutzsperre<sup>91</sup>, die jedoch am 11. Februar 2011 aufgehoben wurde, nachdem sich der Verdacht einer Manipulation nicht bestätigte.<sup>92</sup> Auch die Ermittlungen gegen den zweiten verdächtigten Schiedsrichter Thorben Siewer wurden am 11. August 2010 mangels Tatverdachts eingestellt.<sup>93</sup>

Tim Hagedorn vom SC Verl sowie drei Nachwuchsspieler von Arminia Bielefeld wurden vom DFB-Sportgericht mit Sperren zwischen sechs und 14 Monaten belegt.<sup>94</sup> Marcel Schuon wurde aufgrund seiner Beteiligung an den Manipulationen gar für 2 Jahre und 9 Monate vom Spielbetrieb ausgeschlossen.<sup>95</sup> Auf mehrere andere Beteiligte konnte das DFB-Sportgericht dagegen nicht mehr zugreifen, da diese aufgrund von Kündigungen oder freiwilligen Vereinsaustritten nicht mehr der Verbandsgerichtsbarkeit unterlagen. So konnte der zweite Beschuldigte des SC Verl, Patrick Neumann, erst nach seinem Wiedereintritt in einen Verein belangt werden und wurde rückwirkend für drei Jahre gesperrt.<sup>96</sup>

Nicht nur verbands- sondern auch arbeitsrechtlich hatte die Verwicklung in die Bestechungen für einige Spieler Konsequenzen. So kündigte der Verein SSV Ulm 1846 am 27. November 2009 die Verträge mit drei Spielern aufgrund der Manipulationsvorwürfe. Auch der VfL Osnabrück kündigte den Vertrag mit dem Spieler Marcel Schuon in Folge seiner gestandenen Beteiligung an den Manipulationen.<sup>97</sup> Die Spieler Patrick Neumann und Tim Hagedorn wurden von ihrem Verein SC Verl am 24. November 2009 suspendiert.<sup>98</sup>

---

<sup>91</sup> DFB News-Meldung vom 22. Dezember 2009, [http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx\\_dfbnews\\_pi1\[showUid\]=21253&&tx\\_dfbnews\\_pi1\[article\\_page\]=1&tx\\_dfbnews\\_pi1\[sword\]=Spielmanipulationen&tx\\_dfbnews\\_pi4\[cat\]=121&type=0](http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx_dfbnews_pi1[showUid]=21253&&tx_dfbnews_pi1[article_page]=1&tx_dfbnews_pi1[sword]=Spielmanipulationen&tx_dfbnews_pi4[cat]=121&type=0)

<sup>92</sup> DFB News-Meldung vom 11. Februar 2011, [http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx\\_dfbnews\\_pi1\[showUid\]=26402&&tx\\_dfbnews\\_pi1\[article\\_page\]=1&tx\\_dfbnews\\_pi1\[sword\]=Cetin%20Sevinc&tx\\_dfbnews\\_pi4\[cat\]=145&type=0](http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx_dfbnews_pi1[showUid]=26402&&tx_dfbnews_pi1[article_page]=1&tx_dfbnews_pi1[sword]=Cetin%20Sevinc&tx_dfbnews_pi4[cat]=145&type=0)

<sup>93</sup> DFB News-Meldung vom 12. August 2010, [http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx\\_dfbnews\\_pi1\[showUid\]=24331&&tx\\_dfbnews\\_pi1\[article\\_page\]=1&tx\\_dfbnews\\_pi1\[sword\]=Thorben%20Siewer&tx\\_dfbnews\\_pi4\[cat\]=120&type=0](http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx_dfbnews_pi1[showUid]=24331&&tx_dfbnews_pi1[article_page]=1&tx_dfbnews_pi1[sword]=Thorben%20Siewer&tx_dfbnews_pi4[cat]=120&type=0)

<sup>94</sup> Spiegel Online vom 25. Mai 2010, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/manipulationsskandal-im-fussball-dfb-sperret-vier-wettsuender-a-696635.html>

<sup>95</sup> DFB News-Meldung vom 30. August 2010, [http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx\\_dfbnews\\_pi1\[showUid\]=24522&&tx\\_dfbnews\\_pi1\[article\\_page\]=1&tx\\_dfbnews\\_pi1\[sword\]=marcel%20schuon&tx\\_dfbnews\\_pi4\[cat\]=145&type=0](http://www.dfb.de/index.php?id=511739&tx_dfbnews_pi1[showUid]=24522&&tx_dfbnews_pi1[article_page]=1&tx_dfbnews_pi1[sword]=marcel%20schuon&tx_dfbnews_pi4[cat]=145&type=0)

<sup>96</sup> Spiegel Online vom 14. Januar 2011, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-wettsskandal-lange-dfb-sperre-fuer-ehemaligen-verler-kapitaen-a-739505.html>

<sup>97</sup> Focus Online vom 27. November 2009, [http://www.focus.de/sport/fussball/wettsskandal-ssv-ulm-kuendigt-drei-spielern\\_aid\\_458108.html](http://www.focus.de/sport/fussball/wettsskandal-ssv-ulm-kuendigt-drei-spielern_aid_458108.html)

<sup>98</sup> Spiegel Online vom 24. November 2009, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-wettsskandal-spiele-von-regionalligist-verl-unter-verdacht-a-663116.html>

Die staatlichen Ermittlungsbehörden waren bei der Aufklärung des Skandals weitaus erfolgreicher. Unmittelbar nach dem zufälligen Anfangsverdacht wurden bei Razzien in Deutschland mehrere Häuser und Wohnungen durchsucht und 15 Hintermänner festgenommen. Wie bereits im Jahr 2005 wurden sie wegen gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs verfolgt, angeklagt und vom Landgericht Bochum zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.<sup>99</sup>

Von den beteiligten Aktiven erhielt Marcel Schuon bereits im Dezember 2009 vom Amtsgericht Bochum einen Strafbefehl über zehn Monate auf Bewährung.<sup>100</sup> Anklagen gegen weitere Spieler waren ab Herbst 2011 geplant, wurden jedoch nur vereinzelt öffentlich.<sup>101</sup>

## **VI. Zusammenfassung**

Die dargestellten Fälle zeigen deutlich auf, wie anfällig der Sport für Manipulationen ist. Bei zahlreichen Schiedsrichtern und Sportlern ist ganz offensichtlich die Bereitschaft vorhanden, die eigene Leistung zu „verkaufen“ und gegen Bezahlung bewusst Fehlentscheidungen zu treffen oder Niederlagen zu verursachen. Hierdurch pervertiert der Sportler bzw. der Schiedsrichter nicht nur den Charakter des Wettbewerbs, sondern gefährdet – zumindest im Profisport – auch hohe Vermögenswerte.

Dabei scheint der Reiz des Geldes nicht einmal immer der entscheidende Faktor zu sein. Im Rahmen des Bundesliga-Skandals 1971 konnte dies noch vermutet werden, da die Spielergelälter zu dieser Zeit begrenzt waren und die gebotenen Bestechungsgelder teilweise das Jahresgehalt eines Spielers verdoppelten. Jedoch waren unter den damals Beteiligten auch viele deutsche und ausländische Nationalspieler, die auf das zur Manipulation angebotene Geld keineswegs angewiesen waren. Dies, sowie die Offenheit, mit der die Beteiligten mit den Manipulationen umgingen, zeigte das damals ganz offensichtlich fehlende Unrechtsbewusstsein der Beteiligten.

---

<sup>99</sup> Spiegel Online vom 14. April, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/harte-urteile-im-wettprozess-fussballbetruerger-muessen-ins-gefaengnis-a-757007.html>; LG Bochum, Urteil vom 19.05.2011, 12 Kls 35 Js 141/10 - 16/11

<sup>100</sup> Spiegel Online vom 12. Januar 2011, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/wettskandal-prozess-schuon-belastet-frueheren-teamkollegen-cichon-a-739143.html>

<sup>101</sup> Spiegel Online vom 22. August 2011, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/wettskandal-im-fussball-ex-profi-cichon-soll-angeklagt-werden-a-781672.html>

Letzteres scheint sich bis heute nur wenig gebessert zu haben. Auch in den neueren Fällen ist die Bereitschaft zur Manipulation mit dem finanziellen Anreiz allein nicht zu erklären. Robert Hoyzer galt beispielsweise als einer der hoffnungsvollsten deutschen Schiedsrichter und verdiente pro geleitetem Bundesligaspiel 3.800 €. Für seine Manipulationen erhielt er pro Spiel zwischen 3.000 € und 30.000 €, also teilweise sogar weniger als seine reguläre Vergütung. Für insgesamt 67.000 € und einen Plasma-Fernseher setzte er eine Karriere aufs Spiel, die ihm ohne Manipulationen weit mehr Einnahmen gebracht hätte. Heute lebt Robert Hoyzer von Arbeitslosengeld.<sup>102</sup> Auch die in den Skandal von 2009 verwickelten Spieler waren auf die Bestechungsgelder überwiegend nicht angewiesen. Bei den gebotenen Summen handelte es sich um Bruchteile der Jahresgehälter der Spieler.

Auf der Grundlage der eingangs dargestellten Motivation von Sportlern zur Manipulation als rationale Kosten-Nutzen-Rechnung lässt sich die bis heute weit verbreitete Manipulationsbereitschaft von Sportlern und Schiedsrichtern nur dadurch erklären, dass die Täter die Kosten der Manipulation für sehr gering erachten. Denn rational betrachtet sind Sportler und Schiedsrichter nur dann bereit, für vergleichsweise geringe Geldbeträge Wettkämpfe zu manipulieren, wenn die Gefahr einer Bestrafung als noch geringer eingestuft wird. Das derzeitige Verfolgungs- und Sanktionssystem wird daher ganz offensichtlich von den potentiellen Tätern als wenig abschreckend angesehen.

Betrachtet man die Sanktionen in den verschiedenen Fällen, so sind darüber hinaus drei Aspekte besonders auffällig:

Zunächst fällt auf, dass sich die sportinterne Gerichtsbarkeit in allen Fällen mit der Aufklärung sehr schwer tat. Die Aufdeckung der Manipulationen beruhte entweder auf Zufall oder auf bereits laufenden staatlichen Ermittlungen. Die Ermittlungen und Sanktionsverfahren waren dann von den Grenzen der Sportgerichtsbarkeit beeinträchtigt, was dazu führte, dass immer wieder Ermittlungen eingestellt werden mussten (THW Kiel) oder Beteiligte nicht bestraft werden konnten (z.B. wegen Vereinsaustritt).

Des Weiteren ist bemerkenswert, dass die strafrechtliche Beurteilung der Manipulationen der Sportler in den staatlich verfolgten Fällen stets sehr umstritten war. Bereits beim Bundesliga-Skandal 1971 waren sich die Ermittlungsbehörden über die konkret verfolgten Straftaten

---

<sup>102</sup> <http://www.spiegel.de/sport/fussball/auftakt-im-hoyzer-prozess-endspiel-in-saal-500-a-380236.html>

uneins. Ermittelt wurde unter anderem wegen Betrugs, Erpressung, Nötigung und Untreue, Urteile ergingen letztendlich wegen keines dieser Delikte. Im Fall des THW Kiel ermittelte die Staatsanwaltschaft zunächst nur wegen Untreue, später auch wegen Betrugs und Bestechung. Das Landgericht Kiel eröffnete das Hauptverfahren hingegen nur wegen Bestechung im geschäftlichen Verkehr und kam auch diesbezüglich zu keinem Urteil. In den Bestechungsskandalen 2005 und 2009 war und ist die Strafbarkeit der Hintermänner wegen Betrugs ebenfalls rechtlich sehr umstritten, wie zum Beispiel der Antrag auf Freispruch der Angeklagten durch die Bundesanwaltschaft im Revisionsverfahren belegt.

Schließlich ist bemerkenswert, dass in keinem der Fälle ein Sportler oder Schiedsrichter durch ordentliche Gerichte wegen der eigentlichen Manipulation des Wettbewerbs verurteilt wurde. Verurteilungen der auf Seiten des Sports beteiligten Akteure erfolgten ausschließlich in den Fällen, in denen Hintermänner Wetten auf die manipulierten Spiele abgeschlossen hatten, wie bei den Bestechungsskandalen der Jahre 2005 und 2009 im Fußball. Die beteiligten Sportler und Schiedsrichter wurden in diesen Fällen nicht für ihre Bestechlichkeit oder die Manipulationen des Wettbewerbs verurteilt, sondern lediglich für ihre Beteiligung an dem übergeordneten Wettbetrug. Zu keinen Verurteilungen von Akteuren auf Seiten des Sports kam es hingegen in den Fällen, in denen die Bestechungen einen rein sportlichen Hintergrund hatten, wie in den Fällen des Bundesliga-Skandals 1971 und des THW Kiel.

Die unterschiedliche Behandlung dieser Sachverhalte ist für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar – und dies aus gutem Grund. Denn es darf davon ausgegangen werden, dass es für die Beteiligten auf Seiten des Sports unerheblich war, ob die Manipulation zum Zweck des Gewinns von Sportwetten oder zum rein sportlichen Triumph erfolgt. Die an den Wettskandalen in der Fußballbundesliga 2005 und 2009 beteiligten Schiedsrichter und Spieler hätten die Manipulationen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch dann durchgeführt, wenn die Hintermänner mit der Bestechung rein sportinterne Zwecke verfolgt hätten, wie zum Beispiel die Verhinderung des Abstiegs einer Mannschaft. Von daher ist die Frage berechtigt, warum im Falle der Bestechungsskandale 2005 und 2009 in großem Umfang staatliche Ermittlungen durchgeführt wurden und die Beteiligten strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden, in den Fällen des Bundesliga-Skandals 1971 und des THW Kiel hingegen keine Verurteilungen durch ordentliche Gerichte möglich waren, obwohl der Unrechtsgehalt der Manipulationshandlungen identisch erscheint.



Beim Versuch, Manipulationen sportlicher Wettbewerbe aufzudecken und zu sanktionieren, zeigt sich also in der Praxis eine Fülle von Problemen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, stellt sich daher die Frage, ob nach der bestehenden Rechtslage eine wirkungsvollere Bekämpfung von Manipulationen im Sport möglich ist und lediglich ein Vollzugsproblem besteht oder ob tatsächlich Strafbarkeitslücken vorliegen, die gegebenenfalls durch Änderungen der gesetzlichen Grundlagen sinnvoll und effektiv geschlossen werden können.

## **Teil 2: Strafbarkeit de lege lata**

Wie die Fälle in Teil 1 gezeigt haben, erweist sich die Verfolgung und Bestrafung von Sportlern, Schiedsrichtern und Hintermännern, die sportliche Wettkämpfe manipulieren, in der Praxis als sehr schwierig. In Teil 2 soll daher untersucht werden, worin die Ursachen für diese unbefriedigende Situation liegen. Dazu sollen zunächst die verbandsinternen und nachfolgend die strafrechtlichen Normen geprüft werden, nach denen bestechungsbedingte Manipulationen möglicherweise bestraft werden können.

### **A. Verbandsrechtliche Erfassung von Manipulationen**

Ein zentrales Argument gegen eine weitergehende strafrechtliche Verfolgung von Manipulationen im Sport ist, dass der Sport ausreichende eigene Ermittlungs- und Sanktionsmöglichkeiten hat, um Manipulationen effektiv zu bekämpfen. Bevor das Verhalten der beteiligten Akteure auf seine strafrechtliche Relevanz überprüft wird, soll daher zunächst geprüft werden, ob Sportler, Schiedsrichter und Hintermänner für die Manipulation sportlicher Wettbewerbe verbandsrechtlich bestraft werden können. Der Schwerpunkt soll dabei auf die Sportart Fußball gelegt werden, da dort, wie in den Beispielsfällen gezeigt, in der Praxis die meisten Manipulationen erfolgt sind. Daneben sollen aber auch die anderen in den Beispielsfällen betroffenen Sportarten Handball und Tennis kurz beleuchtet werden.

#### **I. Sportler**

Fraglich ist, ob in den jeweiligen verbandsrechtlichen Statuten der Sportarten Normen existieren, die eine Bestrafung von Sportlern ermöglichen, die zur Erlangung von Bestechungsgeldern den Wettkampf manipulieren.

##### **1. Fußball**

Im Fußball findet sich eine konkrete Norm gegen Spielmanipulationen in § 6a der Rechts- und Verfahrensordnung des DFB (DFB-RVO). Nach § 6a Nr. 2 ist die Spielmanipulation ein unsportliches Verhalten im Sinne des § 1 Nr. 4 DFB-RVO und wird mit den in § 44 der Satzung des DFB (DFB-Satzung) aufgeführten Strafen geahndet. Fraglich ist, ob die in Teil 1 beschriebenen Manipulationshandlungen der Sportler – die absichtliche Schlechtleistung oder bewusste Regelverletzungen zum Nachteil der eigenen Mannschaft – hiervon erfasst sind.

Beeinflusst ein Spieler den Verlauf oder das Ergebnis eines Fußballspiels durch absichtlich schlechte Leistung oder bewusste Regelverletzungen, so stellt dies eine unbefugte Beeinflussung im Sinne des § 6a Nr. 1 DFB-RVO dar. Bei bestechungsbedingten Manipulationen sind die entsprechenden Handlungen des Sportlers dadurch motiviert, vom Hintermann die Bestechungsprämie zu erhalten, so dass auch die Absicht des Spielers vorliegt, sich einen Vorteil zu verschaffen.

Bestechungsbedingte Manipulationshandlungen eines Spielers erfüllen somit den Tatbestand der Spielmanipulation gemäß § 6a Nr. 1 DFB-RVO und sind mithin ein unsportliches Verhalten, das nach § 1 Nr. 4 DFB-RVO mit den in § 44 DFB-Satzung aufgeführten Strafen geahndet wird.

Zulässige Strafen für Spieler bei Spielmanipulationen sind nach § 44 DFB-Satzung neben Geldstrafen nur Wettkampfsperren sowie der vorübergehende oder dauerhafte Ausschluss aus dem Verband.

## **2. Handball**

In der Rechtsordnung des Deutschen Handball-Bundes (DHB-RO) ist die Manipulation des Wettbewerbs durch den Sportler von § 14a Abs. 1 erfasst. Durch die absichtlich schlechte Leistung beeinflusst der Spieler den Verlauf und/oder das Ergebnis des Spiels durch unbefugte Einflussnahme. Eine Bestrafung des Spielers ist also möglich.

In seinem Absatz 2 erfasst § 14a DHB-RO darüber hinaus auch die Bestechlichkeit. Wenn der Spieler also eine Verlustprämie annimmt und daraufhin absichtlich eine schlechte Leistung bringt, kann dieses Verhalten sowohl nach § 14a Abs. 1 DHB-RO als auch nach § 14a Abs. 2 DHB-RO bestraft werden.

Die zulässigen Strafen für Manipulationen und Bestechlichkeit sind in § 3 Abs. 1 DHB-RO festgelegt, der inhaltlich § 5 Abs. 1 a) DHB-Satzung entspricht. Manipulierende Spieler können demnach auch im Handball lediglich mit Geldstrafe, Wettkampfsperren oder dem Ausschluss vom Spielbetrieb bestraft werden.

## **3. Tennis**

Verfolgt ein Tennisspieler nicht mit vollem Einsatz das Ziel, den Wettbewerb zu gewinnen, so kann dies zunächst nach 8.03. M. 4) h) des ATP-Rulebooks sanktioniert werden. Abs. 2 der

Norm verweist hinsichtlich der Rechtsfolgen während eines Matches auf den „point penalty schedule“ nach 8.03. M. 2) a) ATP-Rulebook. Der Spieler kann also zunächst verwarnet werden, dann mit einem Punktverlust und bei weiteren Verstößen mit Spielverlusten bestraft werden. Darüber hinaus kann der Spieler nach 8.03. M. 4) h) Abs. 1 ATP-Rulebook mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 \$ bestraft werden. Ein schwerer Fall von fehlender Leistungsbereitschaft kann zudem ein Fall von „aggravated behaviour“ gemäß 8.04. A. 1) a) ATP-Rulebook darstellen, was ein Sanktionsverfahren einleitet, im Rahmen dessen Geldstrafen und Sperren für den Spieler möglich sind.

Darüber hinaus enthält das ATP-Rulebook in Abschnitt 8.05 umfangreiche Normen gegen Korruption. Diese beziehen sich zwar in erster Linie auf Manipulationen mit Wetthintergrund, die in 8.05 D. 1) ATP-Rulebook beschriebenen Tatbestände erfassen jedoch auch sportintern motivierte Manipulationen.

Nach den Normen des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) ist eine Sanktion des Spielers für die direkte Manipulation des Wettbewerbs hingegen nicht möglich. § 5b DTB-Wettspielordnung bzw. § 11a DTB-Turnierordnung sind nur einschlägig, wenn die Manipulation einen Wetthintergrund hat. Verliert der Spieler ein Match jedoch aus anderen Gründen, ist diese Manipulation nicht strafbar.

Als Strafen sehen sowohl das ATP-Rulebook (8.05 H. 1) a)), als auch die Statuten des DTB (§ 9 DTB-Disziplinarordnung) Geldstrafen und Wettkampfsperren vor.

#### **4. Zusammenfassung**

In den vorstehend untersuchten Sportarten existieren folglich Normen, die eine Bestrafung von Sportlern ermöglichen, die zur Erlangung von Bestechungsgeldern Wettkämpfe manipulieren. Beachtenswert ist, dass im Tennis die absichtliche Schlechtleistung sogar einen sportinternen Regelverstoß darstellt. Im Fußball und Handball können Spielmanipulationen hingegen nicht unmittelbar im Wettkampf bestraft werden, sondern nur als Verletzung übergeordneter Rechte in gesonderten Disziplinarverfahren. Gemeinsam ist allen Sportarten, dass sich die Sanktionsmöglichkeiten zwangsläufig auf Wettkampfsperren oder Geldstrafen beschränken.

## **II. Schiedsrichter**

Ob die verbandsinternen Normen gegen bestechungsbedingte Manipulationen der Wettkämpfe auch Schiedsrichter erfassen, die zur Erlangung von Bestechungsgeldern absichtlich Fehlentscheidungen zu Lasten einer Partei treffen, soll nachfolgend geprüft werden.

### **1. Fußball**

§ 6a DFB-RVO ermöglicht die Bestrafung eines Schiedsrichters, der bewusst Fehlentscheidungen zugunsten einer Mannschaft trifft, in der Absicht, sich selbst einen Vorteil zu verschaffen, indem er durch die Manipulation das in Aussicht gestellte Bestechungsgeld des Hintermannes „verdienen“ will. Auch die Manipulation des Spiels durch den Schiedsrichter erfüllt somit den Tatbestand der Spielmanipulation gemäß § 6a DFB-RVO und ist mithin ein unsportliches Verhalten, das nach § 1 Nr. 4 DFB-RVO mit den in § 44 DFB-Satzung aufgeführten Strafen geahndet wird.

Bestraft werden können Schiedsrichter nach § 44 DFB-Satzung unter anderem mit Geldstrafe, Sperren oder dem Ausschluss aus dem Verband.

### **2. Handball**

Auch beim Handball ist die Manipulation des Wettkampfes durch den Schiedsrichter von denselben Normen erfasst wie die Manipulation durch einen Spieler. Die Annahme von Bestechungsgeldern ist von § 14a Abs. 2 DHB-RO erfasst, die Manipulation des Wettbewerbs selbst von § 14a Abs. 1 DHB-RO.

Die möglichen Strafen für Schiedsrichter sind auch im Handball nach § 3 DHB-RO Geldstrafen, Sperren oder der Ausschluss aus dem Verband.

### **3. Tennis**

Eine Manipulation von Tennisspielen durch den Schiedsrichter als ausführenden Täter ist kaum möglich, da dieser nur sehr geringe Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf und das Ergebnis des Spiels hat. Dementsprechend werden Schiedsrichter in den Tennis-Statuten auch nicht explizit als mögliche Täter von Manipulationen genannt. Allerdings kann der sehr

allgemein gefasste Tatbestand in 8.05 D 1) d) ATP-Rulebook wohl auch Wettkampfmanipulationen durch Schiedsrichter erfassen.

Bestraft werden können Schiedsrichter nach 8.05 H. 1) b) ATP-Rulebook mit Geldstrafen und Suspensionen.

#### **4. Zusammenfassung**

Auch die Manipulation sportlicher Wettkämpfe durch Schiedsrichter als ausführende Täter kann mithin nach den Statuten der untersuchten Sportarten umfassend bestraft werden. Die Strafen beschränken sich dabei erneut auf Geldstrafen und Sperren bzw. den Ausschluss aus dem Verband.

### **III. Hintermänner**

Schließlich stellt sich die Frage, ob auch die Hintermänner der Manipulation, die den Sportlern oder Schiedsrichtern Bestechungsgelder bezahlen, damit diese den Wettbewerb in ihrem Interesse beeinflussen, nach den sportinternen Normen bestraft werden können.

#### **1. Fußball**

Da die an der Manipulation beteiligten Hintermänner keinen unmittelbaren Einfluss auf den Ausgang des Wettbewerbs haben, kommt als Tathandlung in § 6a Nr. 1 DFB-RVO lediglich das Einwirken durch andere unbefugte Beeinflussung in Betracht. Bietet ein Hintermann Spielern Geld für schlechte Leistungen oder Schiedsrichtern Geld für bewusst falsche Entscheidungen, so kommt das Ergebnis des Wettbewerbs nicht mehr unter regulären Umständen zustande. Eine unbefugte Beeinflussung liegt somit vor.

Der beabsichtigte Vorteil liegt, abhängig von der Konstellation, in unterschiedlicher Weise vor. Bei der Bestechung mit Wetthintergrund beabsichtigt der Hintermann den Gewinn der Sportwette und damit einen Vorteil für sich selbst. Im Fall der Bestechung zum Gewinn eines Wettbewerbs oder zum Abwenden eines Abstiegs liegt eine Drittvergleichsabsicht zugunsten des begünstigten Vereins vor. Da hinsichtlich dieses Tatbestandsmerkmals die Absicht des Täters ausreicht, ist unbeachtlich, ob die Manipulation tatsächlich das Ergebnis des Spiels beeinflusst hat.

Der Anwendungsbereich des § 6a Nr. 1 DFB-RVO ist schließlich auch nicht auf die am Wettbewerb unmittelbar beteiligten Akteure beschränkt. Dies ergibt sich aus der Beschreibung des Täterkreises, in dem auch Trainer und Funktionsträger genannt sind und der zudem nicht abschließend ist.

Die Bestechung von Spielern oder Schiedsrichtern durch den Hintermann erfüllt also den Tatbestand der Spielmanipulation nach § 6a Nr. 1 DFB-RVO und ist somit ein unsportliches Verhalten im Sinne von § 1 Nr. 4 DFB-RVO. Bestraft werden können gemäß § 1 Nr. 4 DFB-RVO jedoch nur die in § 1 Nr. 1 DFB-RVO genannten Angehörigen des DFB, was dem Grundsatz geschuldet ist, dass das Verbandsrecht nur für Mitglieder des jeweiligen Verbandes verbindlich ist. Folglich kann der Hintermann nur dann sportrechtlich durch den DFB bestraft werden, wenn er Mitglied eines Vereins ist, der einem Mitgliedsverband des DFB angehört.

## **2. Handball**

Gewährt der Hintermann einem Spieler oder einem Schiedsrichter Geld dafür, dass dieser eine Mannschaft durch schlechte Leistung oder bewusst falsche Entscheidungen bevorzugt, so liegt ein Fall der Bestechung gemäß § 14 a Abs. 3 DHB-RO vor. Nach § 4 DHB-RO können jedoch auch im Handball nur Personen bestraft werden, die der Verbandshaftung unterliegen, so dass eine Bestrafung des Hintermanns erneut nur möglich ist, wenn dieser zumindest Mitglied eines Vereins ist, der einem Mitgliedsverband des DHB angehört.

## **3. Tennis**

Bietet ein Hintermann einem Spieler Geld dafür, dass dieser nicht seine beste Leistung im Wettbewerb abrufen, so erfüllt dies den Tatbestand des 8.05 D. 1) g) ATP-Rulebook. Die Norm erfasst jedoch nur sogenannte „covered persons“. Diese von ATP-Rulebook erfassten Personen sind gemäß 8.05 B. 6) ATP-Rulebook alle Spieler, mit den Spielern verbundene Personen („related persons“) sowie Angestellte der Turniere („tournament support personnel“). Die hier zu untersuchenden Hintermänner sind folglich nur dann vom ATP-Rulebook erfasst, wenn sie als verbundene Personen angesehen werden können. Nach 8.03 D. 21) ATP-Rulebook muss eine „related person“ jedoch einen gewissen persönlichen Bezug zu dem bestochenen Spieler haben. Dies ist im oben geschilderten Ausgangsfall, bei dem die Manipulation sportintern motiviert ist, nicht der Fall, da der bestechende Hintermann in der Regel aus dem Lager der Gegenseite kommen wird und somit kein engeres Verhältnis

zwischen dem Hintermann und dem bestochenen Spieler vorliegen wird. Bei extern motivierten Manipulationen wird dieser persönliche Bezug ebenfalls in aller Regel ausscheiden. Nach dem ATP-Rulebook ist eine Bestrafung von Hintermännern also nicht möglich.

In den Normen des DTB existieren mit § 5 b der Wettspielordnung sowie § 11 b der Turnierordnung Tatbestände gegen die Beteiligung an Sportwetten. Diese erfassen zwar als Beteiligte auch Trainer, Betreuer und Vorstandsmitglieder, sind jedoch streng auf Sportwetten beschränkt und erfassen daher nicht Manipulationen zu sportinternen Zwecken.

Eine derart motivierte Bestechung kann lediglich ein Verstoß gegen den sportlichen Anstand im Sinne von § 1 Nr. 2 c) der Disziplinarordnung des DTB sein, der die Beteiligung an Sportwetten nur als Regelbeispiel aufzählt und daher auch vergleichbare Sachverhalte erfassen kann.

#### **4. Zusammenfassung**

In den untersuchten Sportarten existieren mithin Normen, die zumindest tatbestandlich auch die Hintermänner bestechungsbedingter Manipulationen erfassen. Eine Ausnahme davon bildet das Tennis, bei dem der Täterkreis auf Personen beschränkt ist, die einen persönlichen Bezug zu dem bestochenen Sportler haben. Eine vergleichbare Beschränkung des Anwendungsbereichs der Sanktionsnormen findet sich allerdings auch beim Fußball und Handball. Sie ergibt sich dort zwar nicht direkt aus dem Tatbestand der Spielmanipulation, die Strafbarkeit der Hintermänner nach Verbandsrecht setzt jedoch allgemein voraus, dass die Hintermänner überhaupt den Vorschriften des jeweiligen Verbandes unterliegen. Dies ist nur der Fall, wenn sie Mitglied eines Vereins sind, der im jeweiligen Dachverband organisiert ist.

Ob der Hintermann bestraft werden kann, hängt folglich vom jeweiligen Einzelfall ab. Jedenfalls ermöglicht dies den Hintermännern aber, sich der sportrechtlichen Bestrafung sehr einfach zu entziehen. Denn selbst wenn die Bestechung im konkreten Fall durch ein Mitglied eines Vereins erfolgt, zum Beispiel durch einen Vereinsfunktionär, so kann dieser durch einen Vereinsaustritt das sportrechtliche Verfahren umgehen.

Eine verbandsrechtliche Bestrafung der Hintermänner ist daher theoretisch möglich, in der Praxis aber kaum durchzusetzen.



#### **IV. Zwischenergebnis und Stellungnahme**

Die internen Statuten der untersuchten Sportarten ermöglichen mithin zumindest auf dem Papier eine Bestrafung der Beteiligten in einer Vielzahl von Fällen bestechungsbedingter Manipulationen. Es stellt sich daher die berechtigte Frage, warum der Sport in den in Teil 1 beschriebenen Beispielfällen mit der Bestrafung der Täter so zurückhaltend war.

Wie anhand der Beispielfälle bereits gezeigt, liegt das Problem der sportinternen Verfolgung und Sanktionierung bestechungsbedingter Manipulationen hauptsächlich darin, dass dem Sport die notwendigen Ermittlungsmöglichkeiten fehlen, um die Sachverhalte aufzuklären. Der Sport muss letztlich darauf vertrauen, dass die Manipulationen durch die Beteiligten oder andere eingeweihte Personen aufgedeckt werden. Eine eigenständige Aufklärung ist mit den Mitteln der Verbandsgerichtsbarkeit kaum möglich.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Aspekt ist in diesem Zusammenhang, dass die Sportverbände mitunter nur wenig Interesse an einer Aufklärung der Manipulationen haben. Die Aufdeckung von Manipulationen wirft stets ein schlechtes Licht auf eine Sportart, da die Missstände erst dadurch öffentlich werden. Die Öffentlichkeit reagiert auf die Aufdeckung von Manipulationen regelmäßig nicht mit Lob für die erfolgreiche Arbeit der Verbände, sondern mit Empörung über den von Korruption durchzogenen Sport. Die Sportverbände, die vom Ansehen und Erfolg ihrer Sportart leben, haben daher unter Umständen nur ein begrenztes Interesse daran, Manipulationen aufzudecken.

Dasselbe gilt für die Bestrafung der manipulierenden Akteure. Zwar wird sich ein Sportverband nicht schwer tun, einen Schiedsrichter für die Beteiligung an bestechungsbedingten Manipulationen zu bestrafen. Sind aber, wie zum Beispiel im Bundesliga-Skandal 1971, bekannte und beliebte Sportler an den Manipulationen beteiligt, so geraten die Verbände in einen Zwiespalt, wenn sie die Aushängeschilder ihrer Sportart sperren müssen. Dies wird als ein Hauptgrund dafür angesehen, dass die beteiligten Spieler am Bundesliga-Skandal 1971 nach kurzer Zeit vom Verband begnadigt wurden.

Die Ursache für die geringe Effektivität des Verbandsrechts zur Vorbeugung und Bestrafung bestechungsbedingter Manipulationen liegt mithin nicht an fehlenden Sanktionsnormen, sondern hauptsächlich an der mangelnden Anwendung der Normen. Manipulierende Sportler und Schiedsrichter können nach den geltenden Normen des Verbandsrechts ohne weiteres bestraft werden, diesbezüglich besteht also „nur“ ein Vollzugsdefizit. Ein Regelungsdefizit

besteht lediglich hinsichtlich der Hintermänner der Manipulationen, die von den sportinternen Normen nur in Ausnahmefällen erfasst werden können.

## **B. Strafrechtliche Erfassung von Manipulationen**

Nachfolgend soll weiter untersucht werden, ob die Manipulation sportlicher Wettbewerbe nach der derzeit gültigen Rechtslage strafrechtlich verfolgt und bestraft werden kann. Dabei sollen die oben beschriebenen real aufgetretenen Manipulationsfälle in abstrakte Fallkonstellationen unterteilt werden, anhand derer die Strafbarkeit der beteiligten Personen geprüft wird.

Dabei soll der Fokus der Untersuchungen auf der Strafbarkeit der eigentlichen Wettbewerbsmanipulation durch die Zahlung bzw. Annahme der Bestechungsgelder sowie die wettbewerbsinternen Handlungen der Beteiligten liegen. Ausgeblendet wird insbesondere die Strafbarkeit von Vereinsfunktionären durch Nebenhandlungen, wie den Verkauf von Eintrittskarten oder den Abschluss von Fernseh- und Sponsorenverträgen.<sup>103</sup>

### **I. Fallkonstellation 1: Sportintern motivierte Bestechung von Sportlern**

Die Manipulation sportlicher Wettbewerbe kann den Zweck haben, einen sportlichen Erfolg zu erreichen oder einen sportlichen Misserfolg abzuwenden. Der Ausgang eines sportlichen Wettbewerbs ist vor dessen Beginn grundsätzlich offen und jeder beteiligte Sportler bzw. jede beteiligte Mannschaft strebt den Gewinn des Wettbewerbs an. Die Gewinnwahrscheinlichkeit eines Sportlers bzw. einer Mannschaft kann nun dadurch erhöht werden, dass dem Konkurrenten dafür Geld bezahlt wird, dass dieser den Wettbewerb absichtlich verliert. Basierend auf den Manipulationen im Bundesliga-Skandal 1971 kann diese erste Fallkonstellation abstrakt als sportintern motivierte Bestechung von Sportlern beschrieben und ihr folgender Sachverhalt zugrunde gelegt werden:

*Vor ihrem Heimspiel am letzten Spieltag der Saison gegen Mannschaft B ist Mannschaft A stark abstiegsgefährdet. Für Mannschaft B steht die Platzierung in der Abschlusstabelle dagegen unabhängig vom Ausgang des Spiels bereits fest. Um den Abstieg abzuwenden, bezahlt der Vereinsvorsitzende der Mannschaft A den Spielern der Mannschaft B eine*

---

<sup>103</sup> Sehr detailliert untersucht dies Paringer, 29 ff.

*Verlustprämie, damit diese das Spiel absichtlich verlieren. Die Spieler der Mannschaft B bringen daraufhin im Spiel absichtlich nicht ihre beste Leistung, so dass Mannschaft A das Spiel gewinnt und dadurch die Liga halten kann. Stattdessen muss Mannschaft C absteigen und erlangt dadurch in der Folgesaison erhebliche Einbußen bei Zuschauereinnahmen, Sponsorengeldern etc.*<sup>104</sup>

## **1. Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden**

Geprüft werden soll zunächst, ob das Verhalten des Vereinsvorsitzenden strafrechtlich erfasst werden kann.

### **a. Bestechung im wirtschaftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB**

Durch die Bezahlung der Verlustprämien an die Spieler der Mannschaft B könnte sich der Vereinsvorsitzende von Mannschaft A wegen Bestechung im wirtschaftlichen Verkehr nach § 299 Abs. 2 StGB strafbar gemacht haben.

#### **(1) Angestellte/Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs**

Eine Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden nach § 299 Abs. 2 StGB setzt zunächst voraus, dass die bestochenen Spieler von Mannschaft B Angestellte oder Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs sind.

Ein geschäftlicher Betrieb umfasst jede auf eine gewisse Dauer betriebene Tätigkeit im Wirtschaftsleben, die sich durch Austausch von Leistung und Gegenleistung vollzieht, wobei es auf eine Gewinnerzielungsabsicht nicht ankommt.<sup>105</sup> Angestellter im Sinne des § 299 StGB ist, wer in einem mindestens faktischen Dienstverhältnis zum Geschäftsherrn steht und dessen Weisungen unterworfen ist. Eine dauerhafte oder entgeltliche Beschäftigung ist nicht erforderlich, allerdings muss der Angestellte im Rahmen seiner Tätigkeit Einfluss auf die geschäftliche Betätigung des Betriebs ausüben können.<sup>106</sup> Beauftragter ist, wer, ohne

---

<sup>104</sup> Der Sachverhalt kann alternativ auch so gebildet werden, dass die Mannschaften A und C um den letzten Platz kämpfen, der die Teilnahme an einem internationalen Wettbewerb erlaubt. Erreicht Mannschaft A dies dank der Manipulation des letzten Spieltags und erreicht dadurch in der folgenden Saison durch die Teilnahme am internationalen Wettbewerb erhöhte Einnahmen, so gelten die nachfolgenden Ausführungen zur Strafbarkeit der Beteiligten entsprechend.

<sup>105</sup> Fischer, § 299, Rn. 4; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 19; Lackner/Kühl, § 299, Rn. 2; BGHSt 2, 396, 403; BGHSt 10, 359, 366

<sup>106</sup> Fischer, § 299 StGB, Rn. 9; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 11

Angestellter zu sein, befugtermaßen für den Betrieb geschäftlich tätig wird und auf die Unternehmensentscheidungen Einfluss ausüben kann.<sup>107</sup>

Ist Mannschaft B gesellschaftsrechtlich in Form eines Idealvereins organisiert, so könnte dessen Eigenschaft als geschäftlicher Betrieb im Sinne des § 299 StGB aufgrund der grundsätzlich ideellen Tätigkeit eines Idealvereins fraglich sein. Nach wohl einhelliger Ansicht in der Literatur und der Rechtsprechung sind als geschäftliche Betriebe im Sinne des § 299 StGB jedoch auch Unternehmen mit gemeinnütziger, kultureller, sportlicher oder sozialer Zielsetzung erfasst, soweit sie einem wirtschaftlichen Zweck dienen.<sup>108</sup> Richtigerweise kann das Vorliegen eines geschäftlichen Betriebes daher nur für Vereine im reinen Amateursport ausgeschlossen werden.<sup>109</sup> Denn bei Idealvereinen ist zu berücksichtigen, dass auch diese in Ergänzung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen ideellen Aufgaben wirtschaftliche Zwecke verfolgen können, solange die wirtschaftliche Tätigkeit nur ein Nebenzweck zur Unterstützung der ideellen Hauptzwecke darstellt.<sup>110</sup> Bei im Profisport engagierten Vereinen nimmt dieser sogenannte wirtschaftliche Zweckbetrieb zwangsläufig einen Großteil der Tätigkeit des Vereins ein. Dabei ist zum Beispiel an die Bereiche Vermarktung, Sponsoring oder Merchandising zu denken, in denen auch ein Idealverein wirtschaftlich als Wettbewerber auf dem Markt auftritt. In all diesen Bereichen erfolgt ein Austausch von Leistungen und Gegenleistungen, so dass das Vorliegen eines geschäftlichen Betriebes zu bejahen ist. Dasselbe gilt aber auch für den sportlichen Bereich, bei dem die Vereine einerseits im Verhältnis zu ihren Spielern und andererseits als Veranstalter der Wettbewerbe einen Austausch von Leistungen und Gegenleistungen durchführen.

Wenn und soweit sie einem wirtschaftlichen Zweck dienen, führen Idealvereine also einen geschäftlichen Betrieb im Sinne des § 299 StGB, da es sich hierbei um auf Dauer angelegte Tätigkeiten im Wirtschaftsleben handelt, die sich durch den Austausch von Leistungen und Gegenleistungen vollziehen.

Die Spieler sind jedenfalls in den genannten wirtschaftlichen Bereichen auch Angestellte des Vereins, da sie nicht nur im sportlichen Bereich im Training und Wettkampf weisungs-

---

<sup>107</sup> LK-Tiedemann, § 299, Rn. 16

<sup>108</sup> LK-Tiedemann, § 299, Rn. 19; Lackner/Kühl, § 299, Rn. 2

<sup>109</sup> So im Ergebnis Lackner/Kühl, § 299, Rn. 5; Hirsch, S. 581

<sup>110</sup> Krack, ZIS 2011, 476; Müller-Gugenberger/Bieneck-Blessing, § 53, Rn. 71; dem Merkmal „geschäftlichen Verkehr“ zuordnend: Schönke/Schröder-Heine, § 299, Rn. 9a; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 22; Graf/Jäger/Wittig-Sahan, § 299 StGB, Rn. 17

gebunden sind, sondern regelmäßig auch in Marketing- und Sponsoringaktionen des Vereins eingebunden sind und damit auch in diesen Bereichen weisungsgebunden sind. Zudem können sie im Rahmen ihrer Tätigkeit Einfluss auf die geschäftliche Tätigkeit des Vereins nehmen.

Unproblematisch liegt ein geschäftlicher Betrieb dann vor, wenn Mannschaft B in Form einer ausgegliederten Lizenzspielabteilung organisiert ist, wie dies im heutigen Profisport zunehmend Standard ist. Vereine mit Mannschaften in hochklassigen, professionellen Ligen gründen üblicherweise Kapitalgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH, GmbH & Co. KGaA oder AG und gliedern den Profisport so aus dem Hauptverein aus. So treten z.B. in der Fußball-Bundesliga in der Saison 2012/2013 nur noch sieben Mannschaften in der Rechtsform des eingetragenen Vereins an.<sup>111</sup> Die professionellen Spieler sind folglich nicht bei einem Idealverein, sondern bei der jeweiligen Kapitalgesellschaft angestellt. In den Kapitalgesellschaften existiert schon kein satzungsgemäß gemeinnütziger, ideeller Bereich, der die geschäftliche Tätigkeit des Betriebs in Frage stellen könnte. Die Kapitalgesellschaften sind Unternehmen, die auf Dauer und regelmäßig mittels Leistungsaustausch am Wirtschaftsleben teilnehmen, so dass es sich hierbei um geschäftliche Betriebe im Sinne des § 299 StGB handelt, deren Angestellte unter anderem die Spieler sind.

## **(2) Im geschäftlichen Verkehr**

Die vom Vereinsvorsitzenden an die Spieler bezahlten Verlustprämien sind für die Spieler unstreitig ein Vorteil. Der Vereinsvorsitzende ist auch tauglicher Täter der Bestechung gemäß § 299 Abs. 2 StGB. Der Täterkreis der aktiven Bestechung in § 299 Abs. 2 StGB ist nicht auf Angestellte oder Beauftragte beschränkt. Lediglich die Empfänger des Bestechungsangebots, hier also die Sportler, müssen dieses Merkmal erfüllen.

Fraglich ist jedoch ob die Gewährung des Vorteils und die damit bezweckte Manipulation des sportlichen Wettbewerbs den geschäftlichen Verkehr des Betriebs betreffen.

Grundsätzlich wird das Merkmal des Handelns im geschäftlichen Verkehr weit ausgelegt und soll alle Tätigkeiten umfassen, die auf die Förderung eines Geschäftszwecks gerichtet sind.<sup>112</sup> Einigkeit besteht auch darüber, rein privates sowie hoheitliches Handeln aus dem

---

<sup>111</sup> Vier Mannschaften treten in der Rechtsform der GmbH an, fünf Mannschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KGaA und zwei Mannschaften in der Rechtsform der AG.

<sup>112</sup> Lackner/Kühl, § 299, Rn. 3; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 21

Anwendungsbereich des § 299 StGB auszunehmen.<sup>113</sup> Richtigerweise beschränkt das Merkmal des Handelns im geschäftlichen Verkehr den Anwendungsbereich der Norm aber noch weiter. Handelt es sich im konkreten Fall bei dem beteiligten geschäftlichen Betrieb um ein wohltätiges oder gemeinnütziges Unternehmen, so beschränkt das Merkmal des Handelns im geschäftlichen Verkehr den Anwendungsbereich auf Tätigkeiten des Unternehmens im Geschäftsverkehr, also zu Erwerbszwecken.<sup>114</sup> Während das Merkmal „geschäftlicher Betrieb“ also die Institution als Ganze betrifft, begrenzt der „geschäftliche Verkehr“ den Tatbestand auf das wirtschaftliche Handeln des Unternehmens.<sup>115</sup> Tätigkeiten im rein ideellen Bereich sind folglich zwar Handlungen in einem geschäftlichen Betrieb, nicht aber in dessen geschäftlichem Verkehr.<sup>116</sup>

(a) Die wohl herrschende Meinung

Nach der wohl herrschenden Ansicht in der Literatur stehen Sportvereine im professionellen Bereich in wirtschaftlichem Wettbewerb.<sup>117</sup> Der geschäftliche Betrieb eines Profisportvereins erstreckt sich auf die Austragung von Meisterschaftsspielen, weshalb die Bestechung von Spielern bzw. deren Annahme der Verlustprämie eine Vorteilsgewährung im geschäftlichen Verkehr darstelle.<sup>118</sup>

(b) Abweichende Ansicht von *Krack*<sup>119</sup>

*Krack* hingegen verneint das Merkmal des Handelns im geschäftlichen Verkehr bei bestechungsbedingten Manipulationen im Sport unter Berufung auf den oben dargestellten einschränkenden Zweck des Tatbestandsmerkmals. Wie oben dargestellt, verfolgt ein Idealverein in seinem Kernbereich, also der sportlichen Tätigkeit, rein ideelle Zwecke. Auch die wettbewerbsmäßige Ausübung des Sports ordnet *Krack* dem ideellen Bereich zu, da es hierbei ebenfalls rein um die Erfüllung der ideellen Zwecke der Vereine bzw. Verbände gehe. Mit dem Ausgang des Wettbewerbs verbundene mögliche finanzielle Aspekte würden nur

---

<sup>113</sup> Fischer, § 299, Rn. 12

<sup>114</sup> LK-Tiedemann, § 299, Rn. 22; *Krack*, ZIS 2011, 477

<sup>115</sup> Müller-Gugenberger/Bieneck-Blessing, § 53, Rn. 70

<sup>116</sup> So wohl im Ergebnis auch Schönke/Schröder-Heine, § 299, Rn. 9a; Graf/Jäger/Wittig-Sahan, § 299 StGB, Rn. 17, die jedoch zu Unrecht bei Schiedsrichtern bereits die Eigenschaft als Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs verneinen (siehe hierzu unten B.II.1.a.(2))

<sup>117</sup> LK-Tiedemann, § 299, Rn. 32a; NK-Dannecker, § 299, Rn. 55b

<sup>118</sup> Paringer, 240

<sup>119</sup> *Krack*, ZIS 2011, 477

indirekt berührt und müssten daher außer Acht gelassen werden.<sup>120</sup> Die Bestechung und die damit bezweckte Manipulation des Wettbewerbs durch die Sportler erfolgten daher im rein ideellen Bereich, so dass die Sportler in diesem Fall nicht im geschäftlichen Verkehr ihres Vereins tätig seien.

(c) Stellungnahme

Der Ansatz von *Krack* ist nachvollziehbar, übergeht aber meines Erachtens die tatsächlichen Gegebenheiten des modernen Profisports. In der Tätigkeit professioneller Sportvereine einen rein ideellen Bereich zu isolieren, ist praktisch kaum möglich. Und selbst wenn dies möglich sein sollte, so erfasst dieser Bereich meines Erachtens jedenfalls nicht die Durchführung der Meisterschaftsspiele der Profiabteilung.

Dass professionelle Sportmannschaften untereinander im (sportlichen) Wettbewerb stehen, dürfte unbestritten sein. Bringt nun ein Spieler aufgrund einer Bestechung bewusst schlechte Leistungen, so wirkt sich dies auf den ersten Blick nur auf den rein sportlichen Bereich aus. Der sportliche Erfolg ist jedoch zumindest im Profisport unmittelbar mit wirtschaftlichen Tätigkeiten eines Vereins verbunden. So ist zum Beispiel im DFB-Pokal das Weiterkommen, also der sportliche Erfolg in einem einzigen Spiel, unmittelbar mit zusätzlichen Einnahmen für den Verein verbunden. Zu diesen Einnahmen gehört unter anderem auch eine garantierte Prämie des DFB für das Erreichen der nächsten Runde. Eindrücklich zeigte sich dies im Fall „Hoyzer“, bei dem der Hamburger SV für das Ausscheiden durch die manipulierte Niederlage vom DFB eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 2 Millionen Euro erhielt.<sup>121</sup> Jedenfalls hinsichtlich der vom Veranstalter ausgelobten Siegprämie liegt also ein wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen den Vereinen vor, auf deren Ausgang der bestochene Spieler unmittelbaren Einfluss hat.

Unmittelbar mit der sportlichen Tätigkeit der Profimannschaft verbunden ist auch die Austragung von deren Spielen. Der Verein vermarktet die sportliche Leistung der Spieler, indem er Eintrittskarten für die Spiele verkauft und gegebenenfalls Übertragungsrechte an Fernseh- und Radioanstalten vergibt. Auch insoweit ist die sportliche Leistung der Spieler

---

<sup>120</sup> Krack, ZIS 2011, 478

<sup>121</sup> FAZ.net vom 12.02.2005, <http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/wettskandal-hsv-mit-zwei-millionen-euro-entschaedigt-1212150.html>

also ein wirtschaftliches Gut, das am Markt angeboten und nachgefragt wird und auf dessen Wert die Sportler Einfluss haben.

Darüber hinaus haben Siege und Niederlagen in professionellen Sportwettbewerben zum Beispiel bei vereinbarten Prämien mit Sponsoren unmittelbare wirtschaftliche Relevanz. So werden in Sponsorenverträgen üblicherweise Prämienzahlungen für Siege oder bestimmte Tabellenplatzierungen vereinbart. Verliert der Verein ein Spiel aufgrund der schlechten Leistung bestochener Spieler, so entgehen dem Verein folglich unmittelbar Einnahmen im wirtschaftlichen Bereich. Auch hier hat der bestochene Spieler also unmittelbaren Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg seines Vereins, so dass er auch hier im geschäftlichen Verkehr handelt.

Der Wettbewerb zwischen den Vereinen erstreckt sich darüber hinaus auch auf andere wirtschaftliche Bereiche. Die Vereine konkurrieren auf dem Transfermarkt um Spieler, im Bereich Merchandising um den Verkauf von Fanartikeln, bei der Vermarktung um Sponsorenpartner und Ausrüster und nicht zuletzt bei der Veranstaltung von Spielen um Zuschauer. Bei diesen Bereichen nehmen die Vereine wohl unstreitig am geschäftlichen Verkehr teil. Die Schlechtleistung eines Spielers wirkt sich hier jedenfalls mittelbar aus, indem einerseits möglicherweise vereinbarte Prämienzahlungen ausbleiben und andererseits der Ruf seines Vereins geschädigt wird, was zu finanziellen Einbußen führen kann.

Insofern ist der Ansicht *Kracks* bezüglich der Spieler im Ergebnis zu widersprechen. Alle Bereiche eines Vereins, in denen die Spieler tätig sind, haben eine hinreichende wirtschaftliche Komponente, so dass die absichtliche Schlechtleistung dem geschäftlichen Verkehr des Vereins zuzurechnen ist.

### **(3) Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen**

Sofern, wie oben gezeigt: zutreffend, die Bestechung von Berufssportlern und deren Manipulation des sportlichen Wettbewerbs als eine Tätigkeit im geschäftlichen Verkehr eines geschäftlichen Betriebs angesehen wird, herrscht in der Literatur aber – soweit ersichtlich – Einigkeit darüber, dass die Strafbarkeit der Bestechung von Spielern nach § 299 Abs. 2 StGB jedenfalls am fehlenden Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen scheitert und somit



im Ergebnis nicht in Betracht kommt.<sup>122</sup> Nach wohl einhelliger Meinung sind sportliche Leistungen kein Fall von gewerblichen Leistungen und erst Recht nicht dem Bezug von Waren zuzuordnen.

Dem ist im Ergebnis zuzustimmen. Im vorliegend zu untersuchenden Sachverhalt haben die bestochenen Spieler von Mannschaft B zwar die Möglichkeit, im Ligawettbewerb Mannschaft A gegenüber Mannschaft C durch eine absichtliche Niederlage zu bevorteilen.<sup>123</sup> Diese Bevorteilung betrifft jedoch weder den Bezug von Waren, noch von gewerblichen Leistungen. Das Merkmal des Bezugs erfasst alles, was mit dem Erhalt und der Abwicklung der Lieferung zusammenhängt, also z.B. die Bestellung, Abnahme, Prüfung und Bezahlung.<sup>124</sup> Die §§ 298 ff. StGB sind dabei nicht zuletzt hinsichtlich ihres Schutzzwecks bewusst auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen beschränkt. Die Austragung eines Meisterschaftsspiels kann hierunter nicht subsumiert werden.<sup>125</sup>

#### **(4) Ergebnis**

Die bisher einhellige Meinung in der Literatur verneint eine Strafbarkeit des Hintermannes nach § 299 Abs. 2 StGB bei der Bestechung von Spielern zur Manipulation sportlicher Wettbewerbe, wenn auch mit teilweise sehr unterschiedlichen Begründungen. Jedenfalls im Ergebnis besteht wohl Einigkeit darüber, dass die Bestechung von Sportlern von § 299 Abs. 2 StGB nicht erfasst wird.<sup>126</sup> Dem ist zuzustimmen, da die bestochenen Sportler weder den Vereinsvorsitzenden, noch eine andere Person bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen bevorzugen.

#### **b. Untreue, § 266 StGB**

Wie bei den einführenden Fallbeispielen gezeigt, ist die Untreue eines der wenigen Delikte, wegen derer es in der Vergangenheit tatsächlich zu Hauptverfahren gegen Hintermänner in Bestechungsfällen gekommen ist. Zu Verurteilungen kam es jedoch letztendlich in keinem

---

<sup>122</sup> NK-Dannecker, § 299, Rn. 55b; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 32a; Lackner/Kühl-Kühl, § 299, Rn. 5; Schönke/Schröder-Heine, § 299, Rn. 22; Hirsch, 581; Schattmann, 107; Paringer, 242; Pragal, Band II/6, 203; Adolphsen/Nolte/Lehner/Gerlinger-Rössner, Rn. 1725; Ebenso für die Strafbarkeit gedopter Sportler zum entsprechenden Tatbestandsmerkmal in § 298 StGB Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1750

<sup>123</sup> Andere Ansicht Paringer, 241, der mangels einer Auswahlmöglichkeit der bestochenen Spieler bereits eine Bevorzugung verneint. Er stellt jedoch m.E. zu Unrecht auf eine Auswahlmöglichkeit bezüglich des sportlichen Gegners ab und übersieht, dass auch der konkrete Ausgang des angesetzten Spiels die eine oder andere Mannschaft bevorteilt und dieser zur Disposition der Spieler steht.

<sup>124</sup> Fischer, § 299, Rn. 14; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 31; BGHSt 10, 269, 270

<sup>125</sup> Paringer, 242

<sup>126</sup> So im Ergebnis auch Dölling/Duttge/Rössner-Bannenberg, § 299 StGB, Rn. 4

Fall. Fraglich ist also, ob der Tatbestand die zu untersuchende Fallkonstellation erfasst. In der oben skizzierten Fallkonstellation 1 kommt dabei eine Verletzung des Misstrauens-tatbestandes in Betracht.

### **(1) Verfügungs-/Verpflichtungsbefugnis über fremdes Vermögen**

Der Vorstand wird durch die Mitglieder des Vereins gewählt, seine Ernennung erfolgt somit auf der Grundlage eines Rechtsgeschäfts. Die mit seiner Ernennung verbundenen Rechte und Pflichten ergeben sich unter anderem aus den §§ 26 ff. BGB. Hierzu gehört, dass der Vorstand eines Vereins dessen rechtlicher Vertreter ist und diesen gemäß § 26 BGB im Außenverhältnis wirksam verpflichten kann.<sup>127</sup> Der Vereinsvorsitzende hat folglich die durch Rechtsgeschäft und Gesetz eingeräumte Befugnis, über das Vermögen des Vereins zu verfügen. Das Vermögen einer juristischen Person ist für deren Vorstände, Geschäftsführer und Gesellschafter zudem fremd.<sup>128</sup>

Bereits an diesem Tatbestandsmerkmal scheitert die Strafbarkeit des Bestechenden jedoch dann, wenn für die Bestechung keine Vereinsgelder verwendet werden, sondern der Vereinsvorsitzende sein privates Vermögen investiert. In diesem Fall fehlt es bereits an der Fremdheit des Vermögens, über das der Täter verfügt. Die praktische Relevanz dieser Konstellation sollte dabei in Zeiten, in denen sich private Mäzene zunehmend im professionellen Sport engagieren, nicht unterschätzt werden.

### **(2) Vermögensbetreuungspflicht**

Nach der Rechtsprechung und der herrschenden Meinung in der Literatur setzt auch der Missbrauchstatbestand des § 266 StGB eine Vermögensbetreuungspflicht des Täters voraus.<sup>129</sup> Die Befugnis des Täters zur Verfügung über das fremde Vermögen muss also der Erfüllung von Interessen des Geschäftsherrn dienen.<sup>130</sup> Dies wird für Vorsitzende eines Vereins regelmäßig unproblematisch bejaht.<sup>131</sup> Zweifel an dieser einhelligen Meinung sind nicht geboten. In vielen Fällen wird die Wahrnehmung der Interessen auch in

---

<sup>127</sup> Fischer, § 266, Rn. 18; LK-Schünemann, § 266, Rn. 35

<sup>128</sup> Fischer, § 266, Rn. 13;

<sup>129</sup> Fischer, § 266, Rn. 6a m.w.N.; Lackner/Kühl, § 266, Rn. 4; BGHSt 24, 386; SK-Hoyer, § 266, Rn. 2; a.A. LK-Schünemann, § 266, Rn. 18 ff. m.w.N.

<sup>130</sup> Fischer, § 266 Rn. 21

<sup>131</sup> Fischer, § 266, Rn. 48; LK-Schünemann, § 266, Rn. 159; NK-Kindhäuser, § 266 StGB, Rn. 58; MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 82; Schönke/Schröder-Perron, § 266 StGB, Rn. 8; Lackner/Kühl, § 266 StGB, Rn. 5a; Schreiber/Beulke, JuS 1977, 657 f.; BGH, NJW 1975, 1234; OLG Hamm, wistra 1999, 353

vermögensrechtlicher Hinsicht sogar nach den Satzungen vorgegeben sein.<sup>132</sup> Eine Vermögensbetreuungspflicht des Vereinsvorsitzenden gegenüber dem Vereinsvermögen ist folglich zu bejahen.<sup>133</sup>

### **(3) Missbrauch der Befugnis**

Die Verwendung von Vereinsgeldern für Verlustprämien muss schließlich einen Missbrauch der Verfügungsmacht über das Vereinsvermögen durch den ausführenden Vereinsvorsitzenden darstellen.

#### **(a) Grundsatz**

Ein Missbrauch der Verfügungsbefugnis liegt vor, wenn der Täter sich bei der Ausübung der ihm eingeräumten Vertretungsmacht über die ihm dafür gezogenen Schranken hinwegsetzt.<sup>134</sup> Auf den konkreten vorliegenden Fall bezogen, müsste die Verpflichtung bzw. Auszahlung von Verlustprämien durch den Vereinsvorsitzenden also grundsätzlich für den Verein wirksam sein, aber gegen dessen Pflichten im Innenverhältnis verstoßen.

Die Rechte und Pflichten von Vereinsorganen ergeben sich in erster Linie aus der Satzung des Vereins. Vorrangiger Satzungszweck von Sportvereinen ist regelmäßig die Förderung des sportlichen Wettbewerbs.<sup>135</sup> Nur für diesen Satzungszweck dürfen Vereinsgelder verwendet werden. Der Gebrauch von Vereinsgeldern zu satzungswidrigen Zwecken ist üblicherweise ausdrücklich in der Satzung untersagt.<sup>136</sup> Die Verwendung des Vereinsvermögens für Bestechungsgelder verstößt damit gegen die Satzung, da die Integrität des Wettbewerbs untergraben wird und folglich gerade keine Förderung des sportlichen Wettbewerbs erfolgt. Eine solche Verwendung von Vereinsvermögen außerhalb des Satzungszwecks durch den Vereinsangehörigen ist somit grundsätzlich ein Missbrauch der Verfügungsbefugnis.<sup>137</sup>

#### **(b) Ausnahme: Risikogeschäft**

Die Bestechung könnte jedoch als sogenanntes Risikogeschäft kein Missbrauch der Vermögensbetreuungspflicht darstellen. Dies hat der BGH im Fall „Arminia Bielefeld“ in

---

<sup>132</sup> Triffterer, NJW 1975, 613

<sup>133</sup> Fischer, § 266 StGB, Rn. 15, Rn. 36;

<sup>134</sup> So nur LK-Schünemann, § 266, Rn. 47

<sup>135</sup> Vgl. z.B. § 2 der Satzung des DSC Arminia Bielefeld

<sup>136</sup> Vgl. z.B. § 3 der Satzung des DSC Arminia Bielefeld

<sup>137</sup> BGH, NJW 1975, 1234; OLG Hamm, wistra 1999, 353; Triffterer, NJW 1975, 613

Betracht gezogen, wenn auch dogmatisch nicht ganz zutreffend im Rahmen des Vermögensnachteils.<sup>138</sup> Nach zutreffender herrschender Meinung entfällt bei einem zulässigen Risikogeschäft, welches durch das Innenverhältnis gedeckt ist, die Pflichtverletzung der Handlung.<sup>139</sup>

aa) *Bringewat* will die Manipulation des sportlichen Wettbewerbs schon grundsätzlich von der Fallgruppe der Risikogeschäfte ausnehmen, da diese Fallgruppe von ihrer Grundstruktur her nur Geschäfte im wirtschaftlichen Bereich erfasse und der sportliche Wettbewerb kein Teil des marktwirtschaftlich orientierten Geschäftslebens sei.<sup>140</sup>

Angesichts der Entwicklung des modernen Profisports ist dieser Ansicht jedoch nicht zu folgen. Wie bereits im Rahmen der Prüfung des § 299 Abs. 2 StGB gezeigt, hat der professionelle sportliche Wettbewerb für die beteiligten Vereine in vielerlei Hinsicht wirtschaftliche Komponenten.<sup>141</sup> Der Wettbewerb im modernen Profisport entspricht daher nicht nur in seinen Grundzügen, sondern auch in seiner konkreten Ausgestaltung weitgehend dem wirtschaftlichen Wettbewerb. Zwar ist im Sport nicht der rein finanzielle Gewinn ausschlaggebend, obwohl auch dieser Faktor vor allem bei kapitalgesellschaftsrechtlich organisierten Mannschaften zunehmend in den Vordergrund rückt. Jedenfalls versuchen aber die Akteure im Sport genauso wie die Akteure in der Wirtschaft mit den gegebenen Mitteln im Rahmen der bestehenden Regeln den bestmöglichen Erfolg zu erreichen und somit im Wettbewerb zu bestehen. Es ist daher nicht ersichtlich, warum die Fallgruppe des Risikogeschäfts auf den sportlichen Wettbewerb nicht grundsätzlich anwendbar sein soll.

bb) Da die Manipulation sportlicher Wettbewerbe also, wie eben gezeigt, nicht grundsätzlich aus der Fallgruppe der Risikogeschäfte ausgenommen werden kann, ist weiter zu prüfen, ob es sich hierbei inhaltlich um ein zulässiges Risikogeschäft handelt.

Wo die Grenze zwischen einem noch zulässigen Risikogeschäft und einem unzulässigen Missbrauch der Vertretungsbefugnis zu ziehen ist, ist umstritten.<sup>142</sup> Richtigerweise kann hierbei keine starre Kosten-Nutzen-Abwägung mit einer festen Grenze definiert werden. Die Grenze zwischen erlaubtem und unerlaubtem Risikogeschäft ist dort zu ziehen, wo der Täter

---

<sup>138</sup> BGH, NJW 1975, 1234; kritisch zur Dogmatik des BGH *Bringewat*, JZ 1977, 667 ff.

<sup>139</sup> MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 203; NK-Kindhäuser, § 266 StGB, Rn. 75; Lackner/Kühl, § 266, Rn. 7; Schönke/Schröder-Perron, § 266, Rn. 20; Fischer, § 266, Rn. 63

<sup>140</sup> *Bringewat*, JZ 1977, 670

<sup>141</sup> Siehe oben, B.I.1.a.(1)

<sup>142</sup> Zu den vertretenen Ansichten siehe LK-Schünemann, § 266, Rn. 115 ff.

nach Art eines Spielers bewusst und entgegen den Regeln kaufmännischer Sorgfalt eine äußerst gesteigerte Verlustgefahr auf sich nimmt, nur um eine höchst zweifelhafte Gewinnaussicht zu erhalten.<sup>143</sup> Wenn das fragliche Geschäft klar und evident wirtschaftlich unvertretbar ist und eine aufs äußerste gesteigerte Verlustgefahr mit sich bringt, liegt kein erlaubtes Risikogeschäft mehr vor.<sup>144</sup>

Der Vorstand eines professionellen Sportvereins hat zweifelsohne im Innenverhältnis die Berechtigung, auch riskante Geschäfte abzuschließen. Ohne diese Berechtigung wäre z.B. kein Spielertransfer möglich, da ein solcher immer mit Risiken bezüglich der Leistungsstärke des Spielers und dessen Entwicklung verbunden ist.

Die Verwendung von Vereinsgeldern für die Bestechung von Wettkampfbeteiligten erfolgt ganz objektiv betrachtet zur Förderung des Vereinserfolgs und damit im Interesse des Vereins. Die Verwendung ist daher nicht grundsätzlich satzungswidrig. Dennoch überschreitet sie im Ergebnis die Grundsätze kaufmännischer Sorgfalt. Die Zahlung von Bestechungsgeldern widerspricht jedem sportlichen Gebot und kann daher nicht mehr wirtschaftlichen Risikogeschäften zugeordnet werden, die bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung auftreten.<sup>145</sup>

Mit der Bestechung sind Risiken verbunden, die weit über das konkrete „Geschäft“ hinausgehen. Für den Fall der Aufdeckung der Manipulationen drohen dem Verein massive und langfristige Sanktionen, sowohl in finanzieller Hinsicht durch Schadensersatzforderungen und Geldstrafen, als auch in sportlicher Hinsicht durch Punktabzüge und gegebenenfalls sogar einen Zwangsabstieg. Noch viel grundlegender sind darüber hinaus die Gefahren für das Ansehen des Vereins. Ein Sportverein verschreibt sich im Kern der Einhaltung der Regeln und der Wahrung sportlicher Grundprinzipien wie der Fairness und der Chancengleichheit. Diese grundlegenden Werte eines Sportvereins sind im Falle der Aufdeckung der Manipulationen gefährdet. Die negativen Folgen von Bestechungen wirken sich daher auch auf andere Mannschaften und Abteilungen des Vereins aus, die sportlich wie wirtschaftlich Interesse an der Bewahrung des guten Namens des Vereins haben.<sup>146</sup> Diese drohenden Verluste hängen nicht mehr unmittelbar mit dem Geschäft selbst zusammen, sondern gehen

---

<sup>143</sup> BGH, NJW 1975, 1234, 1236; BGH, NJW 1990, 3219, 3220

<sup>144</sup> MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 204 f.; Lackner/Kühl, § 266 StGB, Rn. 7

<sup>145</sup> Schreiber/Beulke, JuS 1977, 658

<sup>146</sup> BGH, NJW 1975, 1234, 1235

darüber weit hinaus und stellen eine enorme Verlustgefahr dar. Auch wenn die Verwendung des Vereinsvermögens also möglicherweise kurzfristig den sportlichen Erfolg steigert, rechtfertigt dies nicht die damit verbundene Gefährdung der grundlegenden Werte des Vereins. Die Verwendung des Vereinsvermögens für Spielmanipulationen ist mithin kein zulässiges Risikogeschäft, sondern ein Missbrauch der Verpflichtungsbefugnis.

#### **(4) Vermögensnachteil**

§ 266 StGB setzt des Weiteren voraus, dass durch die Tathandlung ein Vermögensnachteil eintritt. Ein Vermögensnachteil ist anhand einer Gesamtsaldierung des Gesamtvermögens vor und nach der pflichtwidrigen Handlung zu beurteilen.<sup>147</sup>

##### **(a) Gesamtbetrachtung**

Ein erster Ansatzpunkt für das Vorliegen eines Vermögensnachteils könnte darin gesehen werden, dass in den bisher bekannten Fällen Teile der Bestechungsgelder erst nach dem Wettkampf bezahlt wurden. Da die bestochenen Spieler aufgrund der Sittenwidrigkeit der Vereinbarung (§ 242 BGB) keinen Anspruch auf die Auszahlung des ausstehenden Bestechungsgeldes haben und die nachträgliche Zahlung zur Erreichung des sportlichen Erfolges gar nicht mehr erforderlich war, kommt bereits diese nachträgliche Zahlung ohne Gegenleistung als Vermögensnachteil in Betracht. Betrachtet man also streng den Zeitpunkt der Geldzahlung, so war der Vorteil in Gestalt des sportlichen Erfolgs bereits vor der Zahlung erreicht, so dass er nicht mehr als Kompensation des gezahlten Geldes angesehen werden kann. Dies hat der BGH im Fall „Arminia Bielefeld“ jedoch überzeugend damit verneint, dass das Manipulationsgeschäft als einheitlicher, zusammenhängender Vorgang beurteilt werden müsse, bei dem die Bewertung von Nachteil und Vorteil nicht in einzelne unabhängige Abschnitte aufgeteilt werden dürfe.<sup>148</sup>

Unabhängig vom Zeitpunkt der Bezahlung der Verlustprämien sind die mit der Bestechung bezweckten Vorteile für den Verein somit als mögliche Kompensation des für die Bestechung eingesetzten Vermögens zu berücksichtigen. Eine schadensausgleichende Kompensation liegt

---

<sup>147</sup> NK-Kindhäuser, § 266 StGB, Rn. 106 m.w.N.; Lackner/Kühl, § 266 StGB, Rn. 17; Fischer, § 266, Rn. 115

<sup>148</sup> BGH, NJW 1975, 1234, 1235; zustimmend LG Bielefeld, JZ 1977, 692, 693; Schreiber/Beulke, JuS 1977, 656, 658 f.

vor, wenn und soweit die Tathandlung zugleich einen den Verlust aufwiegenden Vermögenszuwachs bewirkt.<sup>149</sup>

#### (b) Vermögensbegriff

Von Teilen der Literatur wird dieser Ansicht entgegengehalten, rechtlich missbilligte Erwerbsaussichten wie zum Beispiel ein durch Bestechung zustande gekommenes Geschäft, dürften in die Saldierung per se nicht mit einbezogen werden.<sup>150</sup> Richtigerweise ist dies ein Problem des Vermögensbegriffs.<sup>151</sup> Legt man der Beurteilung mit den kritischen Teilen der Literatur den juristisch-ökonomischen Vermögensbegriff zugrunde, so sind rechts- oder sittenwidrige Vorteile kein als mögliche Kompensation zu berücksichtigendes Vermögen. Die herrschende Rechtsprechung verwendet hingegen den weiteren wirtschaftlichen Vermögensbegriff und bezieht auch Ansprüche aus rechtlich missbilligten Geschäften mit ein.<sup>152</sup>

Eine Entscheidung zwischen den Ansichten kann im vorliegenden Fall jedoch dahinstehen, da der Vorteil bei zutreffender Beurteilung nicht durch ein rechtlich missbilligtes Geschäft zustande kommt. Der Vermögensvorteil besteht hier darin, dass der Verein durch den Verbleib in der höheren Spielklasse höhere Einnahmen erzielt, als im Falle des Abstiegs. Rechtsgrund für den Verbleib in der höheren Liga ist § 3 Nr. 2 DFL-Spielordnung. Wird das manipulierte Spiel mit seinem tatsächlichen Ausgang gewertet, so ist der Klassenerhalt nach den verbandsrechtlichen Normen rechtmäßig und der damit erlangte Vorteil mithin weder gesetzes- noch sittenwidrig.

#### (c) Gewinnerwartungen

Die Bestechung von Wettkampfbeteiligten im Sport führt somit dann nicht zu einem Vermögensnachteil, wenn die aufgewendete Geldsumme durch künftige Vorteile in Folge des sportlichen Erfolges kompensiert wird.<sup>153</sup> Als Vorteile kommen dabei zum Beispiel Siegprämien durch Veranstalter und Sponsoren, Merchandising-Erlöse, erhöhte Zuschauereinnahmen und Werterhaltung oder -steigerung der Spieler in Betracht.

---

<sup>149</sup> Fischer, § 266, Rn. 115; BGH, NJW 1975, 1234, 1235 m.w.N.

<sup>150</sup> Schönke/Schröder-Perron, § 266 StGB, Rn. 41 m.w.N.; SK-Hoyer, § 266, Rn. 96; Fischer, § 266, Rn. 112; Bringewat, JZ 1977, 672

<sup>151</sup> LK-Schünemann, § 266, Rn. 98

<sup>152</sup> BGH, NJW 1975, 1235; BGH, NJW 1966, 770

<sup>153</sup> MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 183

Dass auch derartige langfristige und nicht genau bezifferbare Vorteile als Kompensation einbezogen werden dürfen, ist für einheitliche wirtschaftliche Vorhaben, zu denen der mit der Bestechung verfolgte sportliche Erfolg zu zählen ist, mittlerweile anerkannt.<sup>154</sup> Aufgrund der Unsicherheit des Eintritts der Vorteile müssen jedoch die Höhe der Vorteile und die Wahrscheinlichkeit deren Eintretens so hoch sein, dass die Verkehrsauffassung ihr einen objektivierbaren wirtschaftlichen Wert zuschreibt.<sup>155</sup>

Bei der Beurteilung des Vermögensnachteils ist demzufolge für jeden Einzelfall individuell zu entscheiden, ob die in Aussicht stehenden vorteilhaften Folgen der Bestechung hinsichtlich ihrer Höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit den Nachteil des für die Bestechung aufgewendeten Vermögens kompensieren. Angesichts der in den bisher bekannt gewordenen Fällen relativ geringen bezahlten Bestechungsgelder und des enormen wirtschaftlichen Werts von Erfolgen im heutigen Profisport, dürfte eine Kompensation jedoch in der Regel gegeben sein. Dabei ist zu bedenken, dass die Manipulation sportlicher Wettbewerbe in der Regel gut durchdacht sein wird und auf wirtschaftlichen Überlegungen beruhen wird. Die Manipulation wird daher nur durchgeführt werden, wenn sie sich „lohnt“, also wenn der sportliche Erfolg Vorteile für den Verein zur Folge hat, die das eingesetzte Bestechungsgeld zumindest übersteigen. Will also eine Mannschaft z.B. den Abstieg verhindern, so wird sie nicht bereits zu Beginn einer Saison Spiele manipulieren, sondern erst die entscheidenden Spiele zu Saisonende.<sup>156</sup> In der oben dargestellten Fallkonstellation 1 liegt genau dieser Fall vor. Entsprechend ist die hinreichend konkrete Erwartung einer Vermögensmehrung zu bejahen.

Auf Grundlage derselben Überlegungen hat das LG Bielefeld im Fall „Arminia Bielefeld“ einen Vermögensnachteil verneint. Das Gericht hat den Verbleib in der Fußball-Bundesliga für eine weitere Saison deutlich höher bewertet, als die dafür aufgewendeten Bestechungsgelder in Höhe von 100.000,- DM. Als Wertfaktoren hat es dabei im Wesentlichen auf die deutlich höheren Zuschauereinnahmen sowie den Wert der Spieler

---

<sup>154</sup> MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 183; Schönke/Schröder-Perron, § 266 StGB, Rn. 41; Saliger, HRRS 2006, 20 f.

<sup>155</sup> Fischer, § 266, Rn. 111; Schönke/Schröder-Perron, § 266 StGB, Rn. 45a; BGH, NJW 1975, 1234, 1236; Schreiber/Beulke, JuS 1977, 660; Triffterer, NJW 1975, 614; ähnlich LK-Schünemann, § 266 StGB, Rn. 96, 148, nach dem das Produkt aus Erfolgswahrscheinlichkeit und Gewinnfaktor mindestens so groß sein muss wie der aufgewendete Einsatz; für eine hohe Wahrscheinlichkeit; Fischer, § 266, Rn. 56 fordert eine sichere oder jedenfalls wirtschaftlich realistische Gewinnerwartung

<sup>156</sup> Anders Triffterer, NJW 1975, 614, der an dieser Stelle m.E. jedoch die ökonomischen Überlegungen der Täter vor der Bestechung außer Acht lässt



abgestellt.<sup>157</sup> Selbst unter Berücksichtigung der Gefahr zum Zeitpunkt der Bestechung, dass die Manipulation aufgedeckt wird und dem Verein die Lizenz während der folgenden Spielzeit entzogen wird, überwiegen die Vorteile nach Ansicht des Gerichts.<sup>158</sup>

Folglich scheidet ein Vermögensnachteil im Ergebnis dann aus, wenn die mit der Bestechung verfolgten Vorteile hinreichend wahrscheinlich sind und im Wert höher sind als das aufgewendete Vermögen, was in der Praxis ganz überwiegend der Fall sein wird.<sup>159</sup>

In der Fallkonstellation 1 liegt somit keine Untreue des Vereinsvorsitzenden von Mannschaft A vor.

**Hilfsweise:** Untreue, wenn Kausalität zwischen Bestechung und Niederlage nicht nachgewiesen werden kann:

Anders ist dies hingegen dann zu bewerten, wenn die bestochene Mannschaft trotz der Bestechung auf Sieg spielt und das Ergebnis allein durch die sportliche Leistung der Mannschaften zustande kommt. In diesem Fall ist der Sieg nicht „erkauft“, sondern unter regulären Umständen eingetreten, so dass die Zahlung der Bestechungsgelder nicht kausal für die mit dem Sieg verbundenen Vorteile ist. Dem Vermögensnachteil in Form der bezahlten Bestechungsgelder steht folglich in diesem Fall kein der Bestechung zurechenbarer Vorteil gegenüber, so dass ein Vermögensnachteil vorliegt.<sup>160</sup>

Auch wenn es auf den ersten Blick unwahrscheinlich erscheint, dass Sportler Bestechungsgelder annehmen und anschließend dennoch ihre beste Leistung bringen, muss die Kausalität zwischen der Bestechung und dem Ausgang des Wettbewerbs in einem gerichtlichen Verfahren positiv nachgewiesen werden. Da der Sport von seiner Unberechenbarkeit lebt und der Ausgang des Wettbewerbs vorher nie feststeht, kann jedoch im Nachhinein oftmals nur schwer oder gar nicht beurteilt werden, welche Faktoren letztendlich für das Ergebnis entscheidend waren. Folglich lässt sich auch nur schwer nachweisen, dass die Bestechung tatsächlich ursächlich für den Sieg war. Für den Fall, dass die bestochenen Spieler oder Schiedsrichter trotz der Bestechung ihre beste Leistung bringen, ist die Strafbarkeit des Hintermannes also weiter zu prüfen.

---

<sup>157</sup> LG Bielefeld, JZ 1977, 692, 693 f.

<sup>158</sup> Zustimmend Rieble, ZIP 2009, 1596

<sup>159</sup> Anders im Ergebnis Triffterer, NJW 1975, 614, der für die Mehrzahl der Manipulationen eine Kompensation verneint

<sup>160</sup> LG Bielefeld, JZ 1977, 692 f.

## **(5) Subjektiver Tatbestand**

Im Fall „Arminia Bielefeld“ konnte das LG Bielefeld die Frage nach der Kausalität der Bestechung für den Ausgang des Wettbewerbs im Ergebnis offen lassen, da es in jedem Falle eine Strafbarkeit verneinte. Für den Fall, dass die Bestechung kausal für das Ergebnis war, hat das Gericht aufgrund der dann ebenfalls kausalen mit dem Erfolg verbundenen Vorteile einen Vermögensschaden verneint. Für den Fall, dass die Bestechung für das Ergebnis nicht kausal war, hat es den Vorsatz des Täters aufgrund einer wesentlichen Abweichung des Kausalverlaufs von dessen Vorstellung nach § 16 StGB verneint.<sup>161</sup>

Weicht der tatsächliche Kausalverlauf von dem vom Täter vorgesehenen Kausalverlauf ab, so entfällt der Vorsatz des Täters, wenn die Abweichung über die Grenzen des nach allgemeiner Lebenserfahrung Vorhersehbaren hinausgeht.<sup>162</sup> Dass Sportler oder Schiedsrichter Bestechungsgelder nur zum Schein annehmen und dann dennoch ihre beste Leistung bringen, ist für den bestechenden Hintermann nach der allgemeinen Lebenserfahrung nicht vorhersehbar und weicht so sehr vom vorgestellten Kausalverlauf ab, dass dies vom Vorsatz des Hintermannes nicht mehr erfasst sein kann.<sup>163</sup>

In dem praktisch unwahrscheinlichen Fall, dass die Bestechung für das Ergebnis des manipulierten Spiels nachweislich nicht kausal ist, entfällt mithin der Vorsatz des bestechenden Hintermannes.

## **(6) Ergebnis**

Die Bestechung von Sportlern oder Schiedsrichtern erfüllt den Tatbestand der Untreue nur dann, wenn für die Bestechung Vereinsgelder verwendet werden und der durch die Bestechung erreichte sportliche Erfolg keine Vorteile zur Folge hat, die hinsichtlich ihres Wertes das zur Bestechung eingesetzte Vermögen übersteigen, oder solche Vorteile nur sehr ungewiss sind. Erfasst sind also nur wirtschaftlich „unsinnige“ Manipulationen, bei denen die Bestechung mehr finanziellen Aufwand erfordert, als die mit dem Erfolg erwarteten Vorteile an Ertrag versprechen. Im vorliegenden Fall kompensieren die erhöhten Einnahmen in Folge des Klassenerhalts die aufgewendeten Verlustprämien komplett, so dass mangels eines Vermögensnachteils eine Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden wegen Untreue ausscheidet.

---

<sup>161</sup> LG Bielefeld, JZ 1977, 692, 694

<sup>162</sup> BGH, NJW 1955, 1077, 1078

<sup>163</sup> So im Ergebnis mit überzeugender Begründung LG Bielefeld, JZ 1977, 692, 694

### c. **Betrug, § 263 StGB**

Im Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettkämpfen gibt es mehrere Handlungen des Vereinsvorsitzenden, an die die Prüfung eines Betrugs angeknüpft werden kann. Denn neben der eigentlichen Bestechungshandlung führen vereinsangehörige Hintermänner im Rahmen des manipulierten Wettbewerbs regelmäßig Folge- und Begleithandlungen aus, die möglicherweise eine Betrugsstrafbarkeit begründen können. Dazu gehört z.B. die Meldung des Ergebnisses an den Spielleiter des Wettbewerbs, der Verkauf von Eintrittskarten für den Wettbewerb, der Abschluss von Sponsorenverträgen oder der Verkauf von Fernsehübertragungsrechten. Eine Prüfung all dieser Handlungen sprengt jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit und lenkt zu weit von der hier zu untersuchenden eigentlichen Spielmanipulation ab. Darüber hinaus stellt sich bei diesen Handlungen das praktische Problem, wer diese tatsächlich durchführt und ob sie gegebenenfalls überhaupt dem Vereinsvorsitzenden zugerechnet werden können. Für eine detaillierte Prüfung dieser Nebenhandlungen sei daher verwiesen auf die Arbeit von *Paringer* aus dem Jahre 2001.<sup>164</sup>

In der vorliegenden Arbeit sollen diese Nebenhandlungen ausgeblendet werden und als Tathandlung allein die Bestechung der Spieler von Mannschaft B durch den Vereinsvorsitzenden von Mannschaft A geprüft werden.

#### **(1) Täuschung**

Stellt man ausschließlich auf die eigentliche Bestechungshandlung ab, so ist bereits fraglich, ob in dieser einer Täuschung zu sehen ist.

Eine Täuschung kann jede Handlung sein, die einen Erklärungswert hinsichtlich Tatsachen besitzt und durch Einwirken auf die Vorstellung einer anderen natürlichen Person bei dieser zu einem Irrtum hierüber führen kann.<sup>165</sup>

Als potentiell Geschädigte der Manipulation des sportlichen Wettbewerbs kommen die Konkurrenten, die Zuschauer, der Verband, die Sponsoren und die Fernsehanstalten in Betracht.

---

<sup>164</sup> Zur Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden durch derartige Nebenhandlungen siehe auch Triffterer, NJW 1975, 614

<sup>165</sup> Fischer, § 263, Rn. 14

Gegenüber den Zuschauern des Wettkampfes liegt zum Zeitpunkt der Bestechung weder eine ausdrückliche, noch eine konkludente Täuschung vor. Es fehlt bereits an einer Einwirkung auf die Vorstellung der Zuschauer. Diese machen sich frühestens beim Kauf der Eintrittskarte Gedanken darüber, dass sie einen unverfälschten Wettbewerb sehen wollen. Die Bestechungshandlung wird jedoch in der Regel zeitlich vor dem Wettbewerb erfolgen. Eine Täuschung der Zuschauer durch die Bestechung liegt damit nicht vor.

Dasselbe gilt für die übrigen potentiell Geschädigten. Auch gegenüber der Konkurrenten, des Verbands, den Sponsoren und den Fernsehanstalten fehlt es zum Zeitpunkt der Bestechungshandlung an jeglicher Einwirkung auf die Vorstellungen der potentiell Geschädigten durch den Vereinsvorsitzenden. Bei keinem dieser Akteure wird durch die Bestechung eine Fehlvorstellung ausgelöst, die kausal zu einer Vermögensverfügung führt, so dass auch gegenüber diesen eine Täuschung zu verneinen ist.

## **(2) Ergebnis**

Die Bestechungshandlung selber, also die Absprache und Geldübergabe zwischen dem Vereinsvorsitzenden V und dem ausführenden Sportler, erfüllt den Tatbestand des Betrugs somit nicht. Es fehlt hier bereits an einer Täuschungshandlung, da zum Zeitpunkt der Bestechung noch kein Irrtum bei einem Getäuschten hervorgerufen wird, der diesen zu einer Vermögensverfügung veranlasst.<sup>166</sup> Die potentiell Geschädigten machen sich in diesem Moment noch keine Gedanken darüber, ob der Wettbewerb frei von Manipulationen durchgeführt wird.

### **d. Zwischenergebnis der Strafbarkeit des V**

Es ist also im Ergebnis festzustellen, dass sich der Vereinsvorsitzende in der Fallkonstellation 1 nicht strafbar macht.

Eine Strafbarkeit wegen Bestechung im geschäftlichen Betrieb scheidet aus, da keine Bevorzugung beim Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen vorliegt. Der Tatbestand der Untreue ist ebenfalls nicht erfüllt, da der Vermögensnachteil in Form der Zahlung der Bestechungsgelder durch die erhöhten Einnahmen infolge des Klassenerhalts kompensiert ist. Schließlich kommt auch ein Betrug nicht in Betracht, da die Bestechung der Spieler keinen der potentiell Geschädigten zu einer täuschungsbedingten Vermögensverfügung veranlasst.

---

<sup>166</sup> Fasten/Oppermann, JA 2006, 70

## **2. Strafbarkeit der Spieler**

Weiter ist das Verhalten der Spieler, die aufgrund der Geldzahlung den Wettbewerb absichtlich verlieren, auf dessen strafrechtliche Relevanz zu untersuchen. Anknüpfungspunkt der Strafbarkeit kann dabei einerseits die Annahme der Verlustprämie und andererseits die absichtliche Schlechtleistung im Wettbewerb sein.

### **a. Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB**

Durch die Annahme der Verlustprämie und darauf folgend die absichtliche Schlechtleistung im Wettbewerb könnten sich die bestochenen Spieler nach § 299 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

Wie bereits im Zusammenhang mit der Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden dargestellt, sind die manipulierenden Spieler jedenfalls im Fall von Mannschaftssportarten im Profibereich Angestellte eines geschäftlichen Betriebs, die bei der Durchführung des Wettbewerbs im geschäftlichen Verkehr tätig sind.<sup>167</sup>

Die Strafbarkeit der Spieler scheitert jedoch – wie schon die Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden – daran, dass diese keinen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen bevorzugen. Denn, wie oben erörtert, erfüllt die sportliche Leistung das Merkmal des Bezugs von Waren oder gewerblichen Leistungen nicht, so dass § 299 Abs. 1 StGB nicht auf die Bestechlichkeit von Sportlern und die damit bezweckte Manipulation sportlicher Wettbewerbe anwendbar ist.<sup>168</sup>

### **b. Untreue, § 266 StGB**

Als einschlägige Norm kommt weiter § 266 StGB in Betracht. Nach herrschender Meinung setzen sowohl der Missbrauchs- als auch der Treubruchtatbestand des § 266 StGB eine Vermögensbetreuungspflicht des Täters voraus. Fraglich ist also, ob die Sportler der Mannschaft B gegenüber ihrem Verein eine Vermögensbetreuungspflicht haben. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Vermögensbetreuung eine Hauptpflicht des Sportlers im Innenverhältnis ist<sup>169</sup>, bzw. wenn sie zumindest eine typische und wesentliche Pflicht ist.<sup>170</sup>

---

<sup>167</sup> Siehe oben, B.I.1.a.(2)

<sup>168</sup> Siehe oben, B.I.1.a.(3); so im Ergebnis auch NK-Dannecker, § 299, Rn. 55b; LK-Tiedemann, § 299, Rn. 32a; Lackner/Kühl, § 299, Rn. 5; Schönke/Schröder-Heine, § 299, Rn. 22; Hirsch, 581; Schattmann, 107; Paringer, 242

<sup>169</sup> Schönke/Schröder-Perron, § 266, Rn. 23

Dies ist im Rechtsverhältnis zwischen dem Sportler und seinem Verein nicht der Fall. Zwar kann die Leistung des Sportlers im Wettbewerb unmittelbare vermögensrelevante Konsequenzen für seinen Verein haben, doch ist im Verhältnis zwischen Sportler und Verein die Vermögensbetreuungspflicht keine Hauptpflicht. Die Sportler haben mithin gegenüber ihrem eigenen Verein keine Vermögensbetreuungspflicht.

Die bestochenen Sportler, die durch die Bestechung motiviert eine schlechte Leistung bringen, können somit nicht wegen Untreue gemäß § 266 StGB belangt werden.

### **c. Betrug, § 263 Abs. 1 StGB**

Weiter könnten sich die Spieler durch die Annahme der Verlustprämie und die darauf folgende absichtliche Schlechtleistung im Wettbewerb wegen Betrugs strafbar gemacht haben. Diesbezüglich kommen verschiedene potentiell Geschädigte in Betracht, die nachfolgend einzeln geprüft werden sollen.

#### **(1) Betrug zu Lasten des benachteiligten Konkurrenten**

In der Fallkonstellation 1 muss Mannschaft C infolge des manipulierten Spiels zwischen Mannschaft A und Mannschaft B absteigen. Ein Betrug könnte somit zu Lasten von Mannschaft C vorliegen.

##### **(a) Täuschung**

Wie bereits dargestellt, setzt der Tatbestand des Betrugs zunächst voraus, dass der Täter beim Opfer durch Einwirken auf dessen Vorstellung einen Irrtum über Tatsachen verursacht.

Da die Annahme der Verlustprämie vor dem Wettkampf noch keinen Erklärungswert hat und zudem keine Vermögensverfügung verursacht, kann eine Täuschung lediglich im Verhalten des Sportlers im Wettbewerb liegen. Zum Täuschungsgehalt des wettbewerbsinternen Verhaltens von Sportlern werden in der Literatur verschiedene Ansichten vertreten:

##### **(aa) Ansichten in der Literatur**

*Paringer* stellt bei seiner Beurteilung auf eine bestechungsbedingte Schlechtleistung des Sportlers im Wettbewerb ab. Spiegele der Sportler nach außen hin vor, er bringe die

---

<sup>170</sup> LK-Schünemann, § 266, Rn. 58; NK-Kindhäuser, § 266, Rn. 33

bestmögliche Leistung, obwohl er tatsächlich den Wettkampf verlieren will, so liege eine Täuschung vor.<sup>171</sup>

Auf die Ansicht Paringers aufbauend stellt *Schattmann* bei der Beurteilung der Täuschung nicht auf eine allgemeine Schlechtleistung des Sportlers ab, sondern auf konkretes „durch die Verlustprämienannahme motiviert verändertes Wettkampfvverhalten“.<sup>172</sup> Hierin sieht er einen Verstoß gegen Wettkampfbregeln wie z.B. § 6 a DFB-RVO, weshalb Wettkampfhandlungen, die durch Bestechungen zwecks Erlangung einer Verlustprämie motiviert sind, konkludenter Täuschungscharakter zukomme.<sup>173</sup>

*Valerius* verneint eine Täuschung hingegen. Sportler seien in erster Linie auf ihre eigene Präsentation bedacht, so dass es der Handlung des Sportlers an einem entsprechenden täuschenden Erklärungsgehalt fehle.<sup>174</sup>

Im Zusammenhang mit der Teilnahme eines gedopten Sportlers am Wettbewerb vertritt *Cherkeh* die Ansicht, das Verhalten eines Sportlers im Wettbewerb habe nach der Verkehrsauffassung immer den Erklärungswert, die Teilnahme erfolge ohne „außersportliche Mittel“.<sup>175</sup> *Schild* verneint hingegen einen derartigen Erklärungswert und sieht mangels einer rechtlich begründeten Aufklärungspflicht des Sportlers über die Manipulation auch eine Täuschung durch Unterlassen für nicht gegeben an.<sup>176</sup>

Zur Problematik von Schwalben, die ebenfalls wettkampfinterne Handlungen darstellen, verneinen *von Komorowski/Bredemeier* eine konkludente Täuschung des Verbandes, da die Sportler keine Aufklärungs- und Vermögensschutzpflicht hätten.<sup>177</sup>

#### (bb) Eigene Stellungnahme

Wie einleitend beschreiben wurde, ist der sportliche Wettbewerb unter anderem dadurch konstitutiv charakterisiert, dass die Teilnehmer diesen gewinnen wollen und daher ihre

---

<sup>171</sup> Paringer, 212; wohl auch Hirsch, 578 f.

<sup>172</sup> Schattmann, 112

<sup>173</sup> Schattmann, 114

<sup>174</sup> Valerius, SpuRt 2005, 91

<sup>175</sup> Cherkeh, 78; eine konkludente Täuschung der Konkurrenten ebenfalls bejahend Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1748; Diener/Hoffmann-Holland, Jura 2009, 950 f.; Schröder/Bedau, NJW 1999, 3366; Die Gegenansicht von Linck (NJW 1987, 2551) und Turner (MDR 1991, 574), die aufgrund der weiten Verbreitung von Doping bereits einen Irrtum verneinen, ist m.E. abzulehnen. Sie kann jedenfalls nicht auf bestechungsbedingte Manipulationen übertragen werden.

<sup>176</sup> Schild in: Schild, 28; ebenso Grotz, ZJS 2008, 250; tendenziell auch Roxin, in: FS-Samson, 447

<sup>177</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 227, Fn. 6

bestmögliche Leistung bringen.<sup>178</sup> Dies wird nicht nur von den Teilnehmern, sondern auch von allen Außenstehenden wie den Veranstaltern, Zuschauern usw. konkludent angenommen. Nimmt ein Sportler an einem Wettkampf teil, so hat diese Teilnahme also objektiv den Erklärungswert, dass er den Gewinn des Wettkampfs anstrebt und dafür seine beste Leistung gibt. Aus diesem Grund sind meines Erachtens die eine Täuschung verneinenden Ansichten von Valerius und Schild abzulehnen. Die Ansichten von Paringer und Schattmann überzeugen hingegen und stehen auch nicht im Widerspruch zueinander, sondern erfassen schlicht unterschiedliche Manipulationshandlungen der Sportler.

Wie in Teil 1 beschrieben, kann ein Sportler den Wettkampf auf zwei verschiedene Arten manipulieren. Zum einen kann er während des gesamten Wettbewerbs absichtlich nicht seine beste Leistung bringen. Da seine Teilnahme am Wettkampf objektiv erklärt, dass er seine bestmögliche Leistung bringt, dies jedoch tatsächlich nicht der Fall ist, begründet das Verhalten des Sportlers in diesem Fall eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, also eine Täuschung.<sup>179</sup>

Eine Manipulation des Wettkampfes kann zum anderen dadurch erfolgen, dass ein Sportler konkrete Handlungen durchführt, die ihm oder seiner Mannschaft Nachteile verursachen. Im Fußball ist dabei insbesondere an Eigentore oder die Verursachung von Elfm Metern zu denken. Um dadurch den Wettbewerb zu beeinflussen, muss der Sportler die Regelübertretung jedoch tatsächlich begehen, so dass diesbezüglich keine Täuschung vorliegt.<sup>180</sup> Der Spieler spiegelt aber vor, dass er den Regelverstoß unabsichtlich begangen hat und seine eigene Mannschaft nicht benachteiligen will. In der Praxis wird dies dadurch erfolgen, dass der Spieler seinen Ärger über den Fehler oder die Schiedsrichterentscheidung vorspiegelt. Entsprechend ist also auch in diesem Fall eine Täuschung über Tatsachen, hier über die Absicht der Regelverletzung, zu bejahen.<sup>181</sup>

---

<sup>178</sup> Siehe oben, Teil 1.B.II.3.a.

<sup>179</sup> Dies entspricht der Ansicht Paringers, 212, der für den Fall der Manipulation durch eine absichtliche Schlechtleistung nach der hier vertretenen Ansicht zu Recht eine Täuschung bejaht

<sup>180</sup> Hier liegt der entscheidende Unterschied zur sogenannten Schwalbe. Bei einer Schwalbe spiegelt der Spieler dem Schiedsrichter gegenüber vor, dass er durch den Gegenspieler gefoult worden sei, obwohl tatsächlich kein Foul geschehen ist. Die Ahndung von Fouls im Spiel ist Aufgabe des Schiedsrichters, so dass dieser durch die Täuschung auch einen Irrtum erleidet. Bei den hier beschriebenen Manipulationshandlung muss die Regelverletzung dagegen tatsächlich durchgeführt werden und wird entsprechend den Spielregeln geahndet

<sup>181</sup> Im Ergebnis ebenso, jedoch mit anderer Begründung, Schattmann, 114



(b) Irrtum

Die objektiv vorliegende Täuschung des Sportlers muss zu einem Irrtum führen. Als potentiell getäuschte Akteure kommen der Schiedsrichter, der Verband und der geschädigte Konkurrent selbst in Betracht.

(aa) Irrtum des Schiedsrichters

Ob die allgemeine Schlechtleistung eines Spielers im Wettbewerb einen Irrtum des Schiedsrichters verursacht, ist zweifelhaft. *Schattmann* bejaht dies. Getäuscht werde dadurch der Schiedsrichter, was wiederum zu einer Unrichtigkeit des Spielberichts führe, wenn der Schiedsrichter diesen ohne Beanstandung ausfüllt.<sup>182</sup>

Dies ist jedoch meines Erachtens unzutreffend. Irrtum ist jeder Widerspruch zwischen Vorstellung und Wirklichkeit.<sup>183</sup> Entscheidend für die Beurteilung des Irrtums ist daher, welche Vorstellungen sich der Getäuschte über das Verhalten des Täters macht. Nur wenn die Vorstellung aufgrund der Täuschung von der Wirklichkeit abweicht, ist ein Irrtum zu bejahen.

Der Schiedsrichter hat die Einhaltung der Spielregeln des Wettbewerbs zu überprüfen. Im Fußball sind dies die FIFA Spielregeln in der jeweils gültigen Fassung. Ob ein Sportler absichtlich nicht seine beste Leistung gibt, ist für den Schiedsrichter damit nur dann relevant und wird von diesem daher nur dann bedacht werden, wenn die absichtliche Schlechtleistung ein Verstoß gegen die Spielregeln darstellt. Soweit ersichtlich ist dies lediglich im Tennis der Fall, wo bei absichtlichen Fehlern Verwarnungen ausgesprochen werden können.<sup>184</sup> Im Fußball ist die bestechungsbedingte Schlechtleistung eines Spielers zwar ein Verstoß gegen § 6 a DFB-RVO, die Überwachung dieser Norm obliegt jedoch nicht dem Schiedsrichter im Wettkampf. Nach den Spielregeln der FIFA kann der Schiedsrichter einen Spieler hingegen nicht bestrafen, wenn dieser absichtlich nicht seine beste Leistung gibt. Entsprechend wird sich der Schiedsrichter während des Wettkampfes keine Gedanken darüber machen, ob ein Spieler seine bestmögliche Leistung gibt. Täuscht ein Spieler also während des Wettkampfes vor, dass er seine bestmögliche Leistung gibt, so führt dies nicht zu einem Irrtum beim Schiedsrichter.

---

<sup>182</sup> Schattmann, 116

<sup>183</sup> Fischer, § 263, Rn. 54; Schönke/Schröder-Cramer/Perron, § 263, Rn. 33

<sup>184</sup> Siehe oben, A.I.3.

Auch bei einer Manipulation durch eine konkrete Regelverletzung stellt sich die Frage, ob eine Täuschung des Schiedsrichters vorliegt. Der Schiedsrichter beurteilt das Verhalten der Spieler im Wettkampf anhand der Spielregeln. Will ein Spieler nun absichtlich einen Elfmeter verursachen, so muss er im eigenen Strafraum ein Foul oder ein unsportliches Betragen im Sinne von Nr. 12 der FIFA Spielregeln (S. 36) begehen. Ob er diese Regelverletzung absichtlich oder unabsichtlich begeht, ist für den Schiedsrichter und dessen Beurteilung der Handlung irrelevant. Die Wertung eines Fouls als Elfmeter oder eines Eigentors als Tor hängt nicht davon ab, ob der jeweilige Regelverstoß absichtlich oder unabsichtlich erfolgt. Entsprechend führt die „Täuschung“ über die Absicht durch den Sportler nicht zu einer Fehlvorstellung des Schiedsrichters.

Dass die hier vertretene Ansicht richtig sein muss, lässt sich anhand des umgekehrten Falles deutlich zeigen. Selbst wenn der Schiedsrichter vor dem Spiel weiß, dass dieses manipuliert werden wird und durch welche Handlungen die Manipulation erfolgt, stehen ihm keine Mittel zur Verfügung, mit denen er den vorbestimmten Ausgang verhindern kann.

Ein Irrtum des Schiedsrichters liegt also weder im Fall der absichtlichen Schlechtleistung, noch im Fall eines absichtlichen Regelverstoßes vor.

#### (bb) Irrtum des Verbandes

Teile der Literatur begründen einen Irrtum des Verbandes dadurch, dass der Schiedsrichter aufgrund der Täuschung den Spielbericht ohne Beanstandungen ausfüllt und der Verband auf der Grundlage dieses Spielberichts das Spiel in die Wertung nimmt.<sup>185</sup>

Auf der Grundlage der oben vertretenen Ansicht zur Täuschung ist dem jedoch zu widersprechen. Der Schiedsrichter hat im Wettbewerb lediglich die Einhaltung der Spielregeln zu überwachen. Gegen diese verstößt ein bestochener Sportler jedoch gerade nicht, so dass die Erklärung des Schiedsrichters im Spielbericht, das Spiel sei nicht zu beanstanden, objektiv richtig ist.<sup>186</sup> Aus rein sportlichen Gesichtspunkten ist das Ergebnis nicht zu beanstanden, so dass der Erklärungswert des Spielberichts gerade nicht falsch ist. Der Spielbericht kann also keinen Irrtum des Verbandes begründen.

---

<sup>185</sup> Schattmann, 117; Triffterer, NJW 1975, 614

<sup>186</sup> Anders Schattmann, 116

Ein Irrtum des Verbandes könnte aber auch unmittelbar als Reaktion auf das Verhalten des Sportlers im Wettkampf eintreten.

Entscheidend ist dabei erneut, welche Gedanken sich der Verband als Getäuschter über das Verhalten des Spielers macht. Nach § 4 Nr. 1 j) DFB-Satzung gehört die Gewährleistung der Integrität des sportlichen Wettbewerbs zu den wesentlichen Zwecken und Aufgaben des Verbandes. Dasselbe gilt gemäß § 16b Nr. 7 DFB-Satzung für den Ligaverband DFL. Ebenso werden Spielmanipulationen nach § 6a DFB-RVO, § 44 DFB-Satzung durch den Verband verfolgt und bestraft. Folglich werden die zuständigen Beobachter des Verbandes die Spiele stets auf mögliche Manipulationen beobachten. Die Täuschungen des bestochenen Spielers über seine Leistung im Wettbewerb führen bei ihnen mithin zu einem Irrtum.

#### (cc) Irrtum des geschädigten Konkurrenten

Schließlich kommt auch ein Irrtum des geschädigten Konkurrenten in Betracht. Nach § 13 Nr. 2 e) DFL-Spielordnung kann bei Manipulationen ein Einspruch gegen die Spielwertung eingelegt werden. Einspruchsberechtigt sind jedoch nach § 17 Nr. 1 DFB-RVO nur die Vereine bzw. Tochtergesellschaften der an einem Spiel beteiligten Mannschaften. Der geschädigte Konkurrent ist an dem manipulierten Spiel nicht beteiligt und damit nicht einspruchsberechtigt.

Nach § 13 Nr. 1 c) DFB-RVO kann allerdings jeder Verein Verstöße gegen die Satzungen und Ordnungen des DFB und des Ligaverbandes sowie wegen unsportlichen oder sportschädigenden Verhaltens anzeigen und dadurch ein Verfahren einleiten. Dem geschädigten Konkurrenten steht also die Möglichkeit offen, das gemäß §§ 6a, 1 Nr. 4 DFB-RVO unsportliche Verhalten des manipulierenden Spielers anzuzeigen. Folglich wird auch dieser die Wettkampfspiele auf mögliche Manipulationen hin beobachten, so dass die Täuschungen des bestochenen Spielers über seine Handlungen im Wettbewerb auch bei dem benachteiligten Konkurrenten einen Irrtum hervorrufen.

### (c) Vermögensverfügung und Vermögensschaden

Als Vermögensverfügung wird in der bisherigen Literatur zumeist auf die Punktevergabe zugunsten von Mannschaft B durch den Verband abgestellt, die zum Abstieg von Mannschaft C führt und damit einen Dreiecksbetrug begründet.<sup>187</sup>

Nach der hier vertretenen Ansicht zur Täuschung und zum Irrtum kann dem jedoch nicht gefolgt werden. Wie oben dargestellt, ist die Meldung des Ergebnisses des manipulierten Spiels an den Verband ohne Beanstandungen keine unrichtige Erklärung, da das Ergebnis grundsätzlich regelgerecht zustande gekommen ist. Die Punktevergabe entsprechend des Ergebnisses, die im Fallbeispiel 1 zum Abstieg des Konkurrenten führt, ist damit zunächst richtig.<sup>188</sup> Erfolgt nicht rechtzeitig ein Einspruch gegen die Wertung des Spiels, bleibt dessen Wertung auch regelkonform bestehen. Die Wertung des Spiels ist mithin keine durch die Täuschung verursachte Vermögensverfügung.

Es stellt sich daher die Frage, welche Vermögensverfügungen die oben festgestellten Täuschungen des Verbandes bzw. des geschädigten Konkurrenten auslösen, und ob diese zu einem Vermögensschaden des Konkurrenten führen.

#### (aa) Vermögensverfügung des Verbandes

Wie oben dargestellt, wird der Verband über das satzungsgemäße Verhalten des bestochenen Sportlers getäuscht. Dies hat unmittelbar lediglich zur Folge, dass es der Verband unterlässt, ein Verfahren gegen den Sportler einzuleiten. Der Ausgang eines solchen Verfahrens ist jedoch zu diesem Zeitpunkt noch völlig offen. Auch die am Ende des Verfahrens ausgesprochene Strafe steht noch nicht fest. § 44 Nr. 2 DFB-Satzung sieht eine ganze Liste an möglichen Strafen vor, von denen lediglich die Aberkennung von Punkten (lit. l) und die Versetzung in eine tiefere Spielklasse (lit. m) einen positiven Effekt für den geschädigten Konkurrenten haben können.

Folglich führt der Irrtum des Verbandes nicht zu einer unmittelbaren Vermögensverfügung und jedenfalls nicht zu einem zurechenbaren Vermögensschaden des geschädigten Konkurrenten.

---

<sup>187</sup> Schattmann, 117 ff.; Triffiterer, NJW 1975, 614

<sup>188</sup> So auch § 2 Nr. 3 a) DFL-Spielordnung, wonach zunächst rein objektiv an den Gewinner des Spiels drei Punkte vergeben werden. Wie das Ergebnis zustande kam, ist zunächst irrelevant.

#### (bb) Vermögensverfügung des Konkurrenten

Der Irrtum des Konkurrenten führt letztendlich dazu, dass dieser es unterlässt, das satzungswidrige Verhalten des Sportlers beim Verband anzuzeigen. Hier stellen sich jedoch erneut dieselben Probleme. Sowohl der Ausgang des Verfahrens, als auch die eventuelle Strafe sind noch völlig offen und letztere hat nur in Ausnahmefällen einen positiven Effekt auf den Konkurrenten.

Auch der Irrtum des Konkurrenten führt mithin nicht zu einer Vermögensverfügung und jedenfalls nicht zu einem Vermögensschaden des Konkurrenten.

Ein Betrug zu Lasten des geschädigten Konkurrenten ist also mangels einer täuschungsbedingten Vermögensverfügung und jedenfalls mangels eines dadurch verursachten Vermögensschadens zu verneinen.

#### **(2) Betrug zu Lasten des eigenen Vereins**

Der Sportler könnte sich weiter wegen Betrugs zu Lasten des eigenen Vereins strafbar machen.

##### (a) Täuschung

Eine Täuschung ist entsprechend des oben zum Betrug zu Lasten des Konkurrenten Gesagten zu bejahen, wenn der Sportler seine Handlungen zur Schädigung der eigenen Mannschaft verschleiert.

##### (b) Irrtum

Nach den oben aufgestellten Grundsätzen ist auch ein Irrtum des eigenen Vereins zu bejahen.<sup>189</sup> Selbst in einem eher unwichtigen Spiel werden die Verantwortlichen eines Vereins davon ausgehen, dass die eingesetzten Spieler einen Sieg anstreben und dazu ihre bestmögliche Leistung geben. Verursacht ein Spieler einen Elfmeter oder ein Eigentor, so wird die Vorstellung der Vereinsverantwortlichen in der Regel beinhalten, dass der Spieler dies nicht absichtlich getan hat. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der Trainer einen leistungsschwachen Spieler regelmäßig auswechseln wird, wenn er dadurch die Siegchancen seiner Mannschaft erhöhen kann. Das Interesse der Verantwortlichen an einem lauterem

---

<sup>189</sup> Im Ergebnis ebenso Triffterer, NJW 1975, 615; Schattmann, 133; Paringer, 212

Verhalten der eigenen Spieler begründet sich zudem darin, dass Manipulationen das Ansehen des Vereins schaden.

(c) Vermögensverfügung

Als Vermögensverfügung kommt das Unterlassen der Geltendmachung von Ersatzansprüchen des Vereins gegen den manipulierenden Sportler in Betracht.<sup>190</sup> Dagegen wendet *Schattmann* jedoch mit überzeugender Begründung ein, dass der Ersatzanspruch des Vereins erst durch das bestechungsbedingte Handeln des Sportlers, also dessen vertragswidrige Schlechtleistung, entsteht. Sieht man im Unterlassen der Geltendmachung von Ersatzansprüchen aufgrund des Verschweigens dieser Schlechtleistung eine Vermögensverfügung, so müsste in jeder vertraglichen Schlechtleistung zugleich eine betrugstatbestandliche Vermögensverfügung gesehen werden, was die Rechtsfigur des Forderungsbetrugs weit überdehnen würde.<sup>191</sup> Richtigerweise kann daher jedenfalls die bloße Schlechtleistung des Sportlers keinen Betrug zu Lasten des Vereins begründen.

Anders könnte dies zu beurteilen sein, wenn die Manipulation durch eine konkrete Handlung wie ein Eigentor oder die Verursachung eines Elfmeters erfolgt. Dann stellt sich allerdings die Frage, ob der Verein hierdurch einen Schaden erleidet, der einen Ersatzanspruch gegen den Sportler begründen kann.

(d) Vermögensschaden

Als mögliche Ansprüche des Vereins gegen den Sportler kommen in Betracht eine Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten, sowie eine sittenwidrige Schädigung nach § 826 BGB.<sup>192</sup> Beide Ansprüche setzen das Vorliegen eines Schadens voraus. Worin der Schaden des Vereins bei der Manipulation eines einzelnen, für den Verein unwichtigen Spiels konkret liegen soll, beschreiben die Vertreter dieser Ansicht nicht.

Richtigerweise wird sich ein Vermögensschaden des Vereins durch den Verlust des Spiels wohl finden lassen. In Betracht kommen z.B. ausbleibende Prämien von Sponsoren. Ungleich problematischer ist jedoch die Frage, ob der Verlust des Spiels tatsächlich auf die Manipulationshandlungen des Spielers zurückgeführt werden kann. Verursacht der Spieler

---

<sup>190</sup> Dies bejahend Triffterer, NJW 1975, 615; Paringer, 213

<sup>191</sup> Schattmann, 134

<sup>192</sup> Triffterer, NJW 1975, 615, Paringer, 213

z.B. einen Elfmeter, so hängt die Veränderung des Ergebnisses immer noch davon ab, ob der Elfmeter verwandelt wird, was die Kausalität zwischen dem Foul des bestochenen Sportlers und der Niederlage seines Vereins unterbricht. Dasselbe gilt für Handlungen des bestochenen Spielers zu einem frühen Zeitpunkt im Spiel. Bleibt beiden Mannschaften noch hinreichend Zeit, das Ergebnis zu verändern, ist die Manipulationshandlung des Spielers nicht kausal für das Endergebnis. Der Verlust des Spiels kann der Handlung des Spielers mithin nur dann zugerechnet werden, wenn der Spieler kurz vor Schluss ein Eigentor verursacht oder der bestochene Torwart einen haltbaren Ball ins Tor lässt.

Ein unmittelbarer Schaden des Vereins durch die Manipulation des Spiels durch den Sportler kann daher wohl nur dann bejaht werden, wenn der Verein hierfür vom Verband bestraft wird. Nach § 9a DFB-RVO kann zwar ein Verein für Handlungen seiner Spieler belangt werden, in der Praxis werden sich Strafen bei der Manipulation durch einzelne Spieler jedoch in der Regel auf diesen Spieler beschränken.

Ein kausal auf den Handlungen des Spielers beruhender Vermögensschaden wird mithin nur in ganz engen Ausnahmesituationen bejaht werden können, bei denen die Handlung des Spielers nachweislich unmittelbar zum Verlust des Spiels geführt hat.

#### (e) Subjektiver Tatbestand

Lässt sich im Einzelfall ein kausaler Vermögensschaden des Vereins bejahen, so stellt sich schließlich die Frage, ob der vom Sportler beabsichtigte Vermögensvorteil stoffgleich mit dem Vermögensschaden des Vereins ist.

Wie oben dargestellt, besteht der relevante Vermögensschaden des Vereins darin, dass dieser Ersatzansprüche gegen den Sportler nicht geltend macht. Der Sportler wird die Manipulation hingegen vorrangig aufgrund der in Aussicht gestellten bzw. bereits erhaltenen Verlustprämie durchführen. Zwischen diesen Vermögenswerten besteht jedoch keine Stoffgleichheit, so dass die Verlustprämie als angestrebter Vorteil eine Strafbarkeit des Sportlers wegen Betrugs nicht begründen kann.

Stoffgleichheit kann nur dann bejaht werden, wenn der angestrebte Vorteil des Sportlers in der Nicht-Inanspruchnahme durch den Verein zu sehen ist. Ob dieser Vorteil aber von der Absicht des Sportlers umfasst ist, ist zweifelhaft.

Dagegen spricht, dass die Sportler eine Inanspruchnahme durch den Verein möglicherweise gar nicht bedenken und daher diesbezüglich keinen Vorsatz haben. Ihr einziger Anlass für die Manipulation ist die Verlustprämie.<sup>193</sup>

Allerdings erfasst die Absicht des Täters nicht nur das eigentliche Motiv, sondern auch darüber hinausgehende Nebenfolgen, wenn deren Eintritt für einen dahinter liegenden weiteren Zweck notwendig ist.<sup>194</sup> Dies ist bezüglich der Nicht-Inanspruchnahme durch den Verein zu bejahen. Wie im Rahmen der Täuschung festgestellt, muss der Sportler den Schiedsrichter gar nicht über seine Manipulationsabsicht täuschen, um den Wettbewerb zu beeinflussen. Den gewünschten Ausgang des Spiels und damit den Erhalt der Verlustprämie kann der Sportler also objektiv betrachtet auch dann erreichen, wenn er seine Manipulationsabsicht offenlegt. Die Verschleierung seines Verhaltens wird daher zumindest auch deshalb erfolgen, dass der Sportler nicht von seinem Verein oder dem Verband bestraft wird. Die Umgehung einer Inanspruchnahme durch den Verein ist daher jedenfalls als Nebenziel des Sportlers anzusehen, das eine unmittelbare Folge des täuschenden Verhaltens im Wettbewerb darstellt. Damit ist die Absicht der Erlangung eines mit dem Vermögensschaden des Vereins stoffgleichen Vermögensvorteils im Ergebnis zu bejahen.

#### (f) Ergebnis

Ein Betrug des Sportlers zu Lasten seines eigenen Vereins kommt somit grundsätzlich in Betracht, hängt aber im Einzelfall davon ab, ob eine konkrete Handlung des Sportlers im Wettkampf nachweislich unmittelbar zu einem Vermögensschaden des Vereins geführt hat. Dies wird nur in Ausnahmefällen erfüllt sein.

### **(3) Betrug zu Lasten des Verbandes**

Wie im Rahmen des Betrugs zu Lasten des Konkurrenten ausführlich dargestellt, ist die absichtliche Schlechtleistung des Sportlers im Wettbewerbs bzw. die absichtliche Begehung einer konkreten Regelverletzung zur Manipulation des Wettbewerbs eine Täuschung des Verbandes, die bei den Verantwortlichen des Verbandes einen Irrtum über das satzungswidrige Verhalten des Sportlers hervorruft.<sup>195</sup>

---

<sup>193</sup> So wohl Valerius, SpuRt 2005, 91

<sup>194</sup> Schönke/Schröder-Cramer/Perron, § 263, Rn. 176

<sup>195</sup> Siehe oben, B.I.2.c.(1)(b)(bb)



In dieser Konstellation ist jedoch zweifelhaft, ob eine Vermögensverfügung des Verbandes vorliegt. Entsprechend der vorhergegangenen Ausführungen, kommt als Vermögensverfügung die Unterlassung der Einleitung eines Verfahrens gegen den Sportler in Betracht.<sup>196</sup> Anders als im Verhältnis zwischen dem Sportler und seinem Verein, hat diese Möglichkeit des Vereins jedoch keinen unmittelbaren Vermögenswert für den Verband. Das verbandsrechtliche Verfahren gegen den Sportler soll dessen Fehlverhalten bestrafen, aber nicht Schäden des Verbandes ausgleichen. Dies zeigt sich schon anhand der vorgesehenen Strafen in § 44 DFB-Satzung, die fast ausschließlich auf das zukünftige Verhalten des Täters gerichtet sind, nicht aber auf die Wiedergutmachung des verursachten Schadens.

Die Nichteinleitung eines Verfahrens gegen den manipulierenden Sportler ist folglich keine Vermögensverfügung des Verbandes, so dass eine Strafbarkeit des Sportlers wegen Betrugs zu Lasten des Verbandes ebenfalls ausscheidet.

#### **(4) Betrug zu Lasten der Zuschauer**

Ein Betrug zu Lasten der Zuschauer ist im Ergebnis ebenfalls zu verneinen. Stellt man hinsichtlich der Vermögensverfügung der Zuschauer auf die Bezahlung der Eintrittskarte ab, so beruht diese bereits nicht auf einer täuschenden Handlung der bestochenen Sportler. Folglich fehlt es an einer Täuschung und jedenfalls an der Kausalität zwischen der Manipulation und der Vermögensverfügung.<sup>197</sup> Schließlich fehlt in dieser Konstellation auch die Stoffgleichheit zwischen dem Vermögensschaden der Zuschauer – hier das Bezahlen des Eintrittsgeldes für einen manipulierten Wettbewerb – und dem Vermögensvorteil des Spielers – hier die Verlustprämie durch den Dritten.<sup>198</sup>

Stellt man auf die Handlungen des Sportlers im Wettkampf ab, so ist eine Täuschung der Zuschauer zu bejahen, da diese grundsätzlich davon ausgehen, dass am Wettkampf teilnehmende Sportler den Sieg anstreben und ihre bestmögliche Leistung bringen.<sup>199</sup>

In diesem Zusammenhang scheidet die Bezahlung der Eintrittskarte jedoch als betrugsrelevante Vermögensverfügung aus, da diese bereits vor der Täuschung vorgenommen wurde und damit nicht durch den Irrtum verursacht wurde.<sup>200</sup> In Betracht kommt hingegen die

---

<sup>196</sup> Siehe oben, B.I.2.c.(1)(b)(bb)

<sup>197</sup> Schlösser, NStZ 2005, 423, 429

<sup>198</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 182; Valerius, SpuRt 2005, 91

<sup>199</sup> Paringer, 192

<sup>200</sup> Paringer, 193

Unterlassung der Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Zuschauer gegen den Veranstalter.

Diesbezüglich fehlt jedoch jedenfalls die Stoffgleichheit mit der Bereicherung des Sportlers. Zwischen den Zuschauern und dem Sportler besteht kein Rechtsverhältnis, welches Ansprüche der Zuschauer gegen den Sportler begründen könnte. Anders als im Verhältnis zu seinem eigenen Verein, sieht sich der Sportler daher im Verhältnis zu den Zuschauern keiner möglichen Inanspruchnahme ausgesetzt. Das Verschleiern seiner Manipulationshandlungen im Wettbewerb hat somit in dieser Konstellation nicht den Nebeneffekt, dass die Zuschauer keine Ansprüche gegen ihn geltend machen. Der einzige Vorteil, den der Sportler mit seiner Manipulation erreicht und beabsichtigt, ist also der Erhalt der Verlustprämie, nicht aber die Befreiung von Ersatzansprüchen. Die Verlustprämie ist unstreitig nicht stoffgleich mit dem Schaden der Zuschauer, so dass ein Betrug des Sportlers zu Lasten der Zuschauer ausscheidet.

#### **d. Zwischenergebnis zur Strafbarkeit der Spieler**

Auch die bestochenen Spieler machen sich durch die in Fallkonstellation 1 dargestellten bestechungsbedingten Handlungen im sportlichen Wettbewerb nicht strafbar. § 299 Abs. 1 StGB ist tatbestandlich nicht auf sportliche Wettbewerbe anwendbar, da es am notwendigen Bezug von Waren oder Dienstleistungen fehlt. Eine Untreue scheitert an der nicht vorliegenden Vermögensbetreuungspflicht der Spieler. Ein Betrug des Spielers kommt lediglich zu Lasten des eigenen Vereins in Betracht, hängt hier aber vom konkreten Eintritt eines kausalen Schadens des Vereins ab. Zu Lasten der anderen möglicherweise geschädigten Akteure scheidet ein Betrug aus, da deren Vermögensnachteile nicht den Manipulationshandlungen des bestochenen Spielers zugerechnet werden können.

### **3. Zwischenergebnis zur Fallkonstellation 1**

Nach der derzeit gültigen Rechtslage erfüllen die Annahme von Bestechungsgeld und die damit verbundene Manipulation sportlicher Wettkämpfe durch die teilnehmenden Sportler keinen Straftatbestand. Lediglich in vereinzelten Sonderkonstellationen kommt eine Bestrafung wegen Betrugs in Betracht.

Gleichfalls kann auch die sportintern motivierte Bestechung von Sportlern durch dritte Hintermänner nicht strafrechtlich sanktioniert werden.

## **II. Fallkonstellation 2: Sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern**

Der in der Einleitung zur Fallkonstellation 1 beschriebene Zweck der Manipulation, einen sportlichen Erfolg zu erreichen oder einen sportlichen Misserfolg abzuwenden, kann auch dadurch erreicht werden, dass der Schiedsrichter des Wettbewerbs beeinflusst wird.

Der Schiedsrichter ist grundsätzlich unparteiisch und hat das Verhalten der Sportler oder Mannschaften während des Wettbewerbs den Regeln entsprechend zu beurteilen. Die Gewinnwahrscheinlichkeit eines Sportlers bzw. einer Mannschaft kann nun dadurch erhöht werden, dass dem Schiedsrichter dafür Geld bezahlt wird, dass dieser während des Wettbewerbs absichtlich Entscheidungen für diese Mannschaft trifft, auch wenn das Verhalten der Sportler oder Mannschaften diese Entscheidungen nicht rechtfertigen. Angelehnt an den Fall THW Kiel kann diese zweite Fallkonstellation abstrakt als sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern beschrieben werden und ihr folgender Sachverhalt zugrunde gelegt werden:

*Mannschaft A hat das Finale eines Wettbewerbs erreicht und richtet dieses aus. Um den Sieg im Endspiel gegen Mannschaft B zu erreichen, bezahlt der Vereinsvorsitzende V den Schiedsrichtern vor dem Spiel Geld, damit diese den Ausgang zugunsten seiner Mannschaft beeinflussen. Tatsächlich gewinnt Mannschaft A das Endspiel dank einiger umstrittener Entscheidungen der Schiedsrichter und erhält dadurch Prämien vom Veranstalter sowie von Sponsoren, die entsprechend Mannschaft B entgehen.*

### **1. Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden**

#### **a. Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB**

Die Beteiligten und deren Handlungen sind bei der Bestechung von Schiedsrichtern auf den ersten Blick nahezu identisch mit denen in Fallkonstellation 1. Wie bei der Bestechung von Sportlern wurde daher auch hinsichtlich der Bestechung von Schiedsrichtern eine Strafbarkeit nach § 299 Abs. 2 StGB in der Literatur lange Zeit einvernehmlich verneint. Hiervon abweichend hat das Landgericht Kiel jedoch nun im Fall THW Kiel eine Strafbarkeit in Betracht gezogen. Daher besteht Anlass, die Tatbestandsvoraussetzungen nochmals zu überprüfen.

### **(1) Angestellte/Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs**

Einige Stimmen in der Literatur wollen das Handeln eines Schiedsrichters im Rahmen von Wettbewerben eines Sportverbandes bereits nicht als Tätigkeit in einem geschäftlichen Betrieb ansehen.<sup>201</sup> Grund dafür sei, dass der DFB mit der Spielleitung keine Erwerbszwecke verfolge.<sup>202</sup>

Wie bereits in Fallkonstellation 1 dargestellt, ist das Merkmal des geschäftlichen Betriebs jedoch weit auszulegen und erfasst richtigerweise auch gemeinnützige Unternehmen, soweit diese wirtschaftlich tätig sind. Die Eingrenzung des Tatbestands des § 299 StGB ist nach der hier vertretenen Ansicht erst beim Merkmal der Handlung im geschäftlichen Verkehr vorzunehmen.

Ob ein geschäftlicher Betrieb vorliegt, hängt nach der hier vertretenen Ansicht davon ab, ob der Geschäftsherr der Schiedsrichter als Institution zumindest teilweise wirtschaftlich tätig ist. Im professionellen Sport werden Wettbewerbe in aller Regel vom Dachverband der jeweiligen Sportart oder einer von dieser beauftragten Gesellschaft veranstaltet. So werden zum Beispiel im Fußball Länderspiele oder die Spiele im DFB-Pokal vom Deutschen Fußball Bund e.V. (DFB) veranstaltet.<sup>203</sup> Die Spiele der ersten und zweiten Bundesliga werden seit der Saison 2001/2002 vom Ligaverband „Die Liga – Fußballverband e.V.“ veranstaltet<sup>204</sup>, der zur Durchführung seiner operativen Geschäfte die „DFL Deutsche Fußball Liga GmbH“ (DFL) gegründet hat.<sup>205</sup>

Genau wie die teilnehmenden Vereine, verfolgen auch die veranstaltenden Verbände jedenfalls auch wirtschaftliche Zwecke. Zwar hat der DFB einen Großteil seiner wirtschaftlichen Tätigkeiten vor allem in den Bereichen Vermarktung, Lizenzierung und Merchandising in eine Tochtergesellschaft „DFB Wirtschaftsdienste GmbH“ ausgegliedert. Die Vermarktungsrechte für die erste und zweite Bundesliga hat der DFB dem Ligaverband übertragen.<sup>206</sup> Beim DFB verblieben ist jedoch zumindest die Vergabe der Medienrechte für alle vom DFB veranstalteten Spiele und Wettbewerbe.<sup>207</sup> Der DFB ist damit ein

---

<sup>201</sup> Fischer, § 299, Rn. 6; NK-Dannecker, § 299, Rn. 25; Graf/Jäger/Wittig-Sahan, § 299 StGB, Rn. 10, jeweils mit Verweis auf Schlösser, NStZ 2005, 423, 424

<sup>202</sup> Schlösser, NStZ 2005, 429, Fn. 14

<sup>203</sup> § 42 DFB-Spielordnung

<sup>204</sup> § 41 DFB-Spielordnung

<sup>205</sup> § 4 Nr. 2 Ligaverband-Satzung

<sup>206</sup> § 16a Nr.2 DFB-Satzung

<sup>207</sup> § 52 Nr. 2.3-2.5 DFB-Spielordnung

wirtschaftlicher Betrieb im Sinne des § 299 StGB. Für den Ligaverband bzw. die DFL trifft dies für die Vermarktung der ihr vom DFB übertragenen Rechte ebenfalls zu.<sup>208</sup> Die Dachverbände als Institutionen sind mithin geschäftliche Betriebe im Sinne des § 299 StGB.

Die Schiedsrichter sind auch Beauftragte der Dachverbände. Sie sind vom jeweiligen Veranstalter des Wettbewerbs berechtigt und verpflichtet, die Einhaltung der Regeln durch die Spieler zu überwachen und können daher zumindest mittelbar die Entscheidungen des Geschäftsherrn beeinflussen. Am Beispiel des Fußballs ergibt sich dies für die vom DFB veranstalteten Spiele zum Beispiel aus § 57 DFB-Spielordnung oder § 4 DFB-Schiedsrichterordnung.

Bei den vom Ligaverband veranstalteten Spielen ist dieser berechtigt, die im DFB organisierten Schiedsrichter einzusetzen.<sup>209</sup> Da auch in diesem Fall eine faktische Eingliederung in die Entscheidungsstruktur des Geschäftsherrn vorliegt und die konkrete rechtliche Ausgestaltung der Beauftragung irrelevant ist<sup>210</sup>, sind die Schiedsrichter also auch bei Spielen der ersten und zweiten Bundesliga Beauftragte eines wirtschaftlichen Betriebs.<sup>211</sup>

## **(2) Im geschäftlichen Verkehr**

Fraglich ist jedoch, ob die Leitung des sportlichen Wettbewerbs durch den Schiedsrichter dem geschäftlichen Verkehr des geschäftlichen Betriebs zugerechnet werden kann.

Die Verbände, welche die Schiedsrichter beauftragen und die damit deren Geschäftsherren sind, sind rechtlich gesehen Idealvereine. Bei ihnen ist die Kerntätigkeit also ideeller Natur. Gemäß § 4 Nr. 1 DFB-Satzung ist die Durchführung und Organisation des Spielbetriebs ein zentraler Teil dieser ideellen Tätigkeit. Die hierzu notwendige Beauftragung von Schiedsrichtern ist demzufolge dem rein sportlichen Bereich zuzuordnen und fällt daher nicht in den geschäftlichen Verkehr.

Zwar hängt zum Beispiel die Auszahlung von Prämien durch den DFB, wie oben aufgezeigt, vom Ausgang des Wettbewerbs ab. Diese Zahlungen sind jedoch nicht dem rein sportlichen Bereich zuzurechnen, der sich allein auf die Durchführung der Wettbewerbe beschränkt.

---

<sup>208</sup> § 6 Nr. 2 a) Ligaverband-Satzung

<sup>209</sup> § 16a Nr. 1 DFB-Satzung; § 21 Ligaverband-Satzung

<sup>210</sup> Müller-Gugenberger/Bieneck-Blessing, § 53, Rn. 66; Krack, ZIS 2011, 477

<sup>211</sup> Krack, ZIS 2011, 477

Zudem muss der DFB die Prämien unabhängig vom Ausgang des Spiels jedenfalls bezahlen, so dass der Schiedsrichter an den Entscheidungsprozessen nicht teilnimmt.

Auch die Vermarktung des Wettbewerbs ist auf Seiten des Verbandes vom Satzungszweck der reinen Durchführung des Wettbewerbs zu trennen.

Es mag auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar sein, warum die Durchführung des sportlichen Wettbewerbs nach der hier vertretenen Ansicht für die Vereine dem Bereich des geschäftlichen Verkehrs zuzurechnen ist, für die Verbände hingegen nicht. Grund dafür ist der in der jeweiligen Satzung festgelegte Zweck der Vereine bzw. Verbände, der den ideellen und mithin nicht wirtschaftlichen Bereich des Vereins bzw. Verbands definiert.

Wie oben gezeigt, ist der Satzungszweck der professionellen Sportvereine die Förderung des Sports. Die Veranstaltung von professionellen Sportwettbewerben, die Bezahlung von Profisportlern und die sonstigen mit dem Betrieb einer Profimannschaft verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten gehen über diesen ideellen Kernbereich des Vereins hinaus und sind mithin dem geschäftlichen Bereich zuzurechnen.

Satzungszweck der Verbände ist demgegenüber die Organisation und Durchführung des sportlichen Wettbewerbs. Die Beauftragung von Schiedsrichtern zur Erfüllung dieses Satzungszwecks notwendig und daher diesem ideellen Bereich zuzurechnen. Entsprechend helfen die Schiedsrichter durch ihre Handlungen im eigentlichen Wettkampf auch nur bei der Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke des Verbandes. Die Schiedsrichter sind mithin nicht im geschäftlichen Bereich der Verbände tätig.

Hinsichtlich des Wettbewerbs zwischen den Vereinen sind die Schiedsrichter schon keine Beauftragten der dort handelnden geschäftlichen Betriebe, und jedenfalls nicht in deren geschäftlichem Verkehr tätig.<sup>212</sup> In diesem Wettbewerbsverhältnis ist der Schiedsrichter Außenstehender, der lediglich auf Angestellte eines anderen geschäftlichen Betriebs einwirkt, ohne aber Entscheidungen für die Vereine treffen zu können, was von § 299 StGB nicht erfasst ist.<sup>213</sup>

---

<sup>212</sup> Krack, ZIS 2011, 478 f.

<sup>213</sup> Müller-Gugenberger/Bieneck-Blessing, § 53, Rn. 65; Fischer, § 299, Rn. 10

Die Anwendbarkeit von § 299 Abs. 2 StGB auf die Bestechung von Schiedsrichtern scheitert folglich schon daran, dass die Schiedsrichter nicht im geschäftlichen Verkehr der sie beauftragenden Verbände tätig sind.

### **(3) Ergebnis**

Auch die Bestechung des Schiedsrichters eines sportlichen Wettbewerbs mit dem Ziel der Manipulation dessen Ausgangs kann keine Strafbarkeit des Vereinsvorsitzenden V nach § 299 Abs. 2 StGB begründen.

#### **b. Untreue, § 266 StGB**

Werden für die Bestechung des Schiedsrichters Vereinsgelder verwendet, kommt eine Strafbarkeit des die Bestechung ausführenden Vereinsvorsitzenden wegen Untreue in Betracht.

Bei der Beurteilung dieser Strafbarkeit kann vollumfänglich auf die Ausführungen in der Fallkonstellation 1 verwiesen werden, die auf die sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern entsprechend anwendbar sind. Die für die Strafbarkeit gemäß § 266 StGB relevanten Handlungen des Vereinsvorsitzenden sind unabhängig davon, ob eine Bestechung von Sportlern oder von Schiedsrichtern vorgenommen wird, identisch.

Mithin scheidet auch im Fall der Bestechung von Schiedsrichtern eine Strafbarkeit wegen Untreue mangels Vermögensschadens aus, da der durch die Bezahlung der Verlustprämien eingetretene wirtschaftliche Nachteil des Vereins durch die Vorteile des sportlichen Erfolges überkompensiert wird.

#### **c. Betrug, § 263 StGB**

Der Hintermann könnte sich weiter wegen Betrugs strafbar gemacht haben. Wie bereits in Fallkonstellation 1 soll auch hier die Untersuchung auf die Bestechung der Schiedsrichter beschränkt werden und mögliche Nebenhandlungen des Vereinsvorsitzenden wie z.B. der Verkauf von Eintrittskarten ausgeblendet werden. Letzteres würde zum einen den Kokkus zu sehr von der im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchenden Problematik entfernen. Zum anderen stellen sich bei den Nebenhandlungen eine Vielzahl von Zurechnungs- und Beteiligungsproblemen, deren Prüfung den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde.

Betrachtet man als Tathandlung allein die Bestechung des Schiedsrichters durch das Versprechen bzw. die Übergabe des Bestechungsgeldes, so ist bereits eine Täuschung zu

verneinen. Zum Zeitpunkt der Bestechung, der regelmäßig dem manipulierten Wettkampf vorgelagert ist, besteht keine kommunikative Verbindung zwischen dem Hintermann und einem der potentiell geschädigten Akteure.

Der Hintermann macht sich durch die Bestechung des Sportlers mithin nicht wegen Betrugs strafbar.

## **2. Strafbarkeit des Schiedsrichters**

### **a. Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB**

Wie bereits im Rahmen der Strafbarkeit des Hintermannes nach § 299 Abs. 2 StGB erörtert, sind Schiedsrichter von dem den sportlichen Wettbewerb veranstaltenden Verband mit der Leitung des Wettbewerbs beauftragt. Da dieser Verband jedenfalls im Profisport in aller Regel auch wirtschaftlich tätig ist, sind die Schiedsrichter Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs im Sinne des § 299 Abs. 1 StGB.<sup>214</sup> Die Austragung der sportlichen Wettbewerbe durch den Verband, für die ein Schiedsrichter beauftragt ist, ist jedoch dem rein sportlichen Bereich zuzuordnen, so dass die Beauftragung nicht im geschäftlichen Verkehr erfolgt.<sup>215</sup>

Eine Strafbarkeit der Manipulation sportlicher Wettkämpfe durch den Schiedsrichter nach § 299 Abs. 1 StGB scheidet somit aus.

### **b. Untreue, § 266 StGB**

Der bestochene Schiedsrichter könnte sich durch die Manipulation des Ausgangs des sportlichen Wettbewerbs wegen Untreue gemäß § 266 StGB strafbar gemacht haben. Problematisch ist hierbei vor allem das Tatbestandsmerkmal der Vermögensbetreuungspflicht des Schiedsrichters, welche nach herrschender Meinung sowohl für den Missbrauchs- als auch den Treubruchtatbestand des § 266 StGB erforderlich ist. Als mögliche Geschäftsherren des Schiedsrichters, zu deren Vermögensbetreuung dieser verpflichtet sein könnte, kommen zum einen die am Wettbewerb beteiligten Vereine und zum anderen der Verband in Betracht.

#### **(1) Vereine als Geschädigte**

Der Ausgang des sportlichen Wettbewerbs hat für die beteiligten Vereine mitunter erhebliche finanzielle Folgen. Da der Schiedsrichter diesen Ausgang durch bewusst falsche

---

<sup>214</sup> Siehe oben B.II.1.a.(1)

<sup>215</sup> Siehe oben, B.II.1.a.(2)



Entscheidungen zugunsten einer Mannschaft beeinflussen kann, hat sein Handeln also eine nicht zu unterschätzende Vermögensrelevanz. Dies alleine begründet jedoch noch keine Vermögensbetreuungspflicht im Sinne des § 266 StGB. Hierfür wäre ein spezieller vermögensrechtlicher Pflichtenbezug erforderlich, der zwischen dem Schiedsrichter und den Vereinen jedoch mangels vertraglicher oder gesetzlicher Verbindung nicht vorliegt.<sup>216</sup> Eine Vermögensbetreuungspflicht des Schiedsrichters gegenüber den Vereinen ist somit zu verneinen.

## **(2) Verband als Geschädigter**

Auch gegenüber dem Verband ist ein Schiedsrichter nicht vermögensbetreuungspflichtig. Aus dem Dienstvertrag, durch den der Schiedsrichter mit der Leitung des Wettbewerbs beauftragt wird, ist dieser lediglich zur regelkonformen Leitung des Wettbewerbs verpflichtet. Diese Pflicht hat jedoch keinen spezifischen Vermögensbezug, da der Schiedsrichter seine Tätigkeit nicht an den Vermögensinteressen des Verbandes auszurichten hat, sondern er nur zur unabhängigen und unparteiischen Spielleitung verpflichtet ist.<sup>217</sup>

## **(3) Ergebnis**

Eine Strafbarkeit des Schiedsrichters wegen Untreue gemäß § 266 StGB durch die Manipulation des sportlichen Wettbewerbs scheidet bereits mangels einer Vermögensbetreuungspflicht des Schiedsrichters aus.

### **c. Betrug, § 263 StGB**

Der Schiedsrichter könnte sich schließlich wegen Betrugs strafbar machen. Ein Betrug des Schiedsrichters kommt gegenüber verschiedenen potentiell Geschädigten in Betracht. Die Manipulationsabsprache mit dem Hintermann bzw. die Annahme der Verlustprämie vor dem Wettkampf scheidet dabei jedoch als Tathandlung aus, da diese noch keinen Erklärungswert gegenüber einem der potentiell geschädigten Akteure hat. Als Tathandlung soll daher nur das absichtliche Treffen falscher Entscheidungen untersucht werden.

---

<sup>216</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 181; MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 100; Hartmann/Niehaus, JA 2006, 433

<sup>217</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 181; MK-Dierlamm, § 266 StGB, Rn. 100; Hartmann/Niehaus, JA 2006, 433

## **(1) Betrug zu Lasten des geschädigten Vereins**

Ein Betrug des Schiedsrichters kommt zunächst zu Lasten des geschädigten Vereins in Betracht.

### **(a) Täuschung**

Umstritten ist in diesem Fall bereits, ob das Verhalten des Schiedsrichters im Spiel eine Täuschung darstellt, wenn dieser absichtlich Fehlentscheidungen zugunsten einer Mannschaft trifft.

*Schlösser* verneint dies mit der Begründung, das Verhalten des Schiedsrichters besitze keinen täuschenden Erklärungswert. Verbinde man die Rolle des Schiedsrichters dennoch per se mit dessen Neutralität, so kann ein parteiisches Verhalten des Schiedsrichters für einen Irrtum jedenfalls nicht kausal sein.<sup>218</sup>

Dagegen bejahen *Hartmann/Niehaus* eine konkludente Täuschung. Die Verkehrsauffassung spreche dem Auftreten des Schiedsrichters den Erklärungswert zu, dass dieser das Spiel nach den Regeln des DFB leiten will.<sup>219</sup>

Meiner Meinung nach abstrahieren beide Ansichten das Verhalten zu sehr und entfernen sich zu weit von der Beurteilung des Verhaltens des Schiedsrichters während des Spiels. Der Schiedsrichter wird ein Spiel regelmäßig in der Form manipulieren, dass er eine Mannschaft durch konkrete Fehlentscheidungen bevorzugt. Denkbar sind z.B. das unberechtigte Aberkennen eines regulären Tores, die unberechtigte Herausstellung eines Spielers durch eine rote Karte oder die Vergabe eines unberechtigten Elfmeters. In diesen Situationen erklärt der Schiedsrichter ausdrücklich, er habe eine Regelverletzung erkannt. Tatsächlich liegt diese Regelverletzung jedoch nicht vor, was dem Schiedsrichter auch bewusst ist. Mithin spiegelt er durch die Fehlentscheidung ausdrücklich falsche Tatsachen vor.

### **(b) Irrtum**

Bei der weiteren Beurteilung des Betrugs zu Lasten des geschädigten Vereins kann eine Parallele zur Fallkonstellation 1 und der dortigen Prüfung eines Betrugs zu Lasten des

---

<sup>218</sup> Schlösser, NStZ 2005, 429; ebenso zur Täuschung eines Wettanbieters Fasten/Oppermann, JA 2006, 73

<sup>219</sup> Hartmann/Niehaus, JA 2006, 432

geschädigten Vereins gezogen werden.<sup>220</sup> Die Manipulation von Spielen durch den Schiedsrichter ist ebenso ein Fall der Spielmanipulation im Sinne von § 13 Nr. 2 e) DFL-Spielordnung, § 6a DFB-RVO. Da der geschädigte Verein zwar mangels Einspruchsberechtigung nach § 17 DFB-RVO keinen Einspruch gegen die Wertung des manipulierten Spiels einlegen kann<sup>221</sup>, aber zumindest nach § 13 Nr. 1 c) DFB-RVO ein Verfahren gegen den bestochenen Schiedsrichter einleiten kann, wird auch ein Irrtum des Vereins über die Richtigkeit der getroffenen Entscheidungen des bestochenen Schiedsrichters vorliegen.

#### (c) Vermögensverfügung und Vermögensschaden

Allerdings ist auch hier fraglich, ob der geschädigte Verein infolge der Fehlentscheidungen des Schiedsrichters eine Vermögensverfügung vornimmt und ob ihm dadurch ein unmittelbarer Vermögensschaden entsteht. Wie eben dargestellt, beschränken sich die Möglichkeiten des geschädigten Vereins darauf, das Verhalten des bestochenen Spieler anzuzeigen und dadurch ein Verfahren gegen diesen bzw. dessen Verein einzuleiten (§ 13 Nr. 1 c) DFB-RVO). Diese Möglichkeit hat jedoch aufgrund der Ungewissheit des Ausgangs des Verfahrens sowie aufgrund der möglichen Sanktionen keinen Vermögenswert für den geschädigten Verein.<sup>222</sup> Mithin ist die täuschungsbedingte Unterlassung dieser rechtlichen Möglichkeit keine unmittelbare Vermögensminderung des geschädigten Vereins, so dass ein Betrug zu Lasten dieses Vereins im Ergebnis nicht vorliegt.<sup>223</sup>

### (2) Betrug zu Lasten des Verbandes

Eine Betrugsstrafbarkeit des Schiedsrichters gegenüber des ihn einsetzenden Verbandes kann an zwei Handlungen des Schiedsrichters anknüpfen: Die Übernahme der Spielleitung sowie die Fehlentscheidungen auf dem Platz.

#### (a) Betrug durch Übernahme der Spielleitung

Beabsichtigt der Schiedsrichter bereits zum Zeitpunkt seiner Ansetzung durch den Verband, das Spiel durch Fehlentscheidungen zu manipulieren, so könnte bereits darin eine Täuschung

---

<sup>220</sup> Siehe oben, B.I.2.c.(1)(b)(bb)

<sup>221</sup> Dies übersehen von Komorowski/Bredemeier in SpuRt 2005, 182

<sup>222</sup> Siehe oben, B.I.2.c.(1)(c)

<sup>223</sup> Im Ergebnis ebenso, wenn auch mit anderer Begründung von Komorowski/Bredemeier in SpuRt 2005, 182, die zudem im subjektiven Tatbestand lediglich den Vermögensvorteil als vom Schiedsrichter angestrebt erachten und daher die Stoffgleichheit verneinen. Dies ist nach der hier vertretenen Ansicht jedoch abzulehnen

des Verbandes liegen. Die unparteiliche Leitung des Wettbewerbs ist eine Hauptpflicht des Schiedsrichters aus dem Dienstvertrag mit dem Verband.<sup>224</sup> Mit der Übernahme der Spielleitung erklärt der Schiedsrichter somit konkludent, dass er den Wettbewerb unparteiisch leiten wird. Eine Täuschung liegt damit grundsätzlich vor.<sup>225</sup>

In der Praxis wird eine derartige Täuschung jedoch in aller Regel nicht vorkommen. Grund dafür ist, dass der Wille zur Manipulation beim Schiedsrichter in aller Regel nicht bereits zum Zeitpunkt seiner Ansetzung vorliegen wird. Auslöser der Manipulation ist das Versprechen bzw. die Zahlung der Verlustprämie durch den Hintermann, der an einem bestimmten Ausgang des Wettkampfes Interesse hat. Diese Bestechung kann jedoch zwangsläufig erst dann erfolgen, wenn feststeht, welcher Schiedsrichter den Wettbewerb leitet. Da der Manipulationsvorsatz des Schiedsrichters erst mit der Bestechung hervorgerufen wird, liegt er zum Zeitpunkt der Ansetzung nie vor. Eine Täuschung des Verbandes durch den Schiedsrichter durch die Übernahme der Spielleitung ist damit bereits mangels einer Täuschung zu verneinen.

#### (b) Betrug durch Fehlentscheidungen im Wettbewerb

##### (aa) Objektiver Tatbestand

Trifft der Schiedsrichter während des Wettkampfes bewusst Fehlentscheidungen, so täuscht er den Verband darüber, dass die getroffenen Entscheidungen das Geschehen auf dem Feld widerspiegeln und er diese unparteiisch beurteilt. Da die neutrale Leitung des Spiels durch den Schiedsrichter für den Verband zentrale Bedeutung hat, wird bei diesem auch ein Irrtum vorliegen.

Eine Vermögensverfügung kann in diesem Fall darin gesehen werden, dass der Verband dem Schiedsrichter den vereinbarten Lohn für die vermeintlich ordnungsgemäße Leitung des Spiels ausbezahlt.<sup>226</sup> Wurde das Geld bereits vor dem Spiel ausbezahlt, so kommt als Vermögensverfügung entsprechend die Unterlassung der Geltendmachung von

---

<sup>224</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 181

<sup>225</sup> So auch Schlösser, NStZ 2005, 429, der aufgrund des vertraglichen Vertrauensverhältnisses zwischen Verband und Schiedsrichter eine Aufklärungspflicht des letzteren bejaht

<sup>226</sup> Rössner, Causa Sport 2005, 393; Schlösser, NStZ 2005, 429

Ersatzansprüchen gegen den Schiedsrichter in Betracht, die dem Verband aufgrund der mangelhaften Leistung des Schiedsrichters zustehen.<sup>227</sup>

(bb) Subjektiver Tatbestand

Dies begründet zwar auch einen Vermögensschaden, fraglich sind jedoch die subjektiven Voraussetzungen des Betrugs und dabei insbesondere die Absicht der Erlangung eines mit dem Schaden des Verbandes stoffgleichen Vermögensvorteils des Täters.<sup>228</sup> Der Vermögensschaden des Verbandes besteht, wie eben dargestellt, darin, dass dieser es unterlässt, Ersatzansprüche gegen den Schiedsrichter geltend zu machen, die ihm aufgrund der Manipulation des Wettbewerbs entstehen. Der Schiedsrichter manipuliert den Wettbewerb hingegen vorrangig in der Absicht, die durch den Dritten ausgelobte Verlustprämie zu erhalten. Dieser Vorteil ist jedoch nicht stoffgleich mit dem Schaden des Verbandes und kann einen Betrug damit nicht begründen.

Ein stoffgleicher Vermögensvorteil des Schiedsrichters besteht hingegen in der Befreiung von der Inanspruchnahme durch den Verband. Bezüglich dieses Vorteils ist jedoch zweifelhaft, ob der Schiedsrichter diesen beabsichtigt.

In der Literatur wird dies teilweise verneint. Das Freibleiben von Haftungsansprüchen stelle eine bloß mittelbare Nebenfolge des betrügerischen Verhaltens dar, und sei deshalb nicht von der Bereicherungsabsicht des Täters erfasst.<sup>229</sup>

Dem ist jedoch nicht zuzustimmen. *Von Komorowski/Bredemeier* berufen sich auf zwei Entscheidungen des BGH zur Betrugsstrafbarkeit von Submissionsabsprachen. Dort war ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers vertraglich vereinbart und galt damit gegenüber der Angeklagten erst ab dem Zeitpunkt des Auftrages. Die Tathandlung der Absprache war jedoch darauf gerichtet, diesen Auftrag überhaupt erst zu erlangen. Zum Zeitpunkt der Tathandlung drohte eine Inanspruchnahme durch den Auftraggeber also noch gar nicht, so dass die Angeklagte die Nichtgeltendmachung des Anspruchs entsprechend noch nicht beabsichtigen konnte. Die Unterlassung der Inanspruchnahme durch den Auftraggeber nach

---

<sup>227</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 181 f.; eine Haftung des Schiedsrichters bejaht auch Schwab, NJW 2005, 940, der als Anspruchsgrundlagen jedoch §§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB sowie § 826 BGB und § 280 Abs. 1 BGB aus dem Mitgliedschaftsverhältnis sieht;

<sup>228</sup> Die subjektiven Voraussetzungen des Betrugs übersehen Schwab, NJW 2005, 938 (Fn. 30) und Schlösser, NStZ 2005, 429, deren Prüfung daher unvollständig ist. Auch Rössner (Causa Sport 2005, 393) geht auf die subjektiven Voraussetzungen nicht ein.

<sup>229</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 183

der Vergabe des Auftrags konnte daher in diesem Fall nur eine mittelbare Folge des betrügerischen Verhaltens sein.

Der Fall der Manipulation sportlicher Wettkämpfe durch Schiedsrichter unterscheidet sich hiervon am entscheidenden Punkt: Das Vertragsverhältnis zwischen dem Schiedsrichter und dem Verband besteht hier schon vor der Manipulationshandlung im Wettkampf, so dass die Möglichkeit der Inanspruchnahme durch den Verband bereits konkret besteht. Die Unterlassung der Inanspruchnahme ist damit nicht lediglich eine mittelbare, sondern eine unmittelbare Folge des täuschenden Verhaltens des Schiedsrichters. Diese ist auch als vom Vorsatz des Schiedsrichters erfasst anzusehen, da dieser die Manipulation des Spiels gerade deshalb verheimlicht und zu verdecken versucht, damit er trotz der Manipulation seinen Lohn erhält bzw. nicht vom Verband in Anspruch genommen wird.

(cc) Ergebnis

Ein Betrug des Schiedsrichters zu Lasten des Verbandes kann mithin bejaht werden.<sup>230</sup>

### **(3) Betrug zu Lasten der Zuschauer**

In Betracht kommt weiter ein Betrug zu Lasten der Zuschauer.

Nach der hier vertretenen Ansicht liegt eine Täuschung der Zuschauer durch die absichtlichen Fehlentscheidungen des bestochenen Schiedsrichters vor.<sup>231</sup> Die Zuschauer werden auch aufgrund ihres Interesses am Ausgang des Wettbewerbs davon ausgehen, dass der Schiedsrichter seine Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen trifft.

Als Vermögensverfügung kann erneut nicht auf den Kauf der Eintrittskarte zum Wettkampf abgestellt werden, da diese zeitlich vor der Täuschung durch den Schiedsrichter erfolgt ist.<sup>232</sup>

Denkbar ist aber eine Vermögensverfügung in Form des Unterlassens der Geltendmachung von Rückforderungen der Zuschauer. Ob den Zuschauern derartige Ansprüche zustehen ist aber bereits zweifelhaft, da im Verhältnis zwischen dem Veranstalter und den Zuschauern wohl kein Mangel vorliegt.<sup>233</sup>

---

<sup>230</sup> Zu diesem Ergebnis kommen auch Rössner, Causa Sport 2005, 393; Schlösser, NStZ 2005, 429

<sup>231</sup> Im Ergebnis ebenso Hartmann/Niehaus, JA 2006, 432; a.A. Schlösser, NStZ 2005, 429

<sup>232</sup> Schlösser, NStZ 2005, 429; Hartmann/Niehaus, JA 2006, 432

<sup>233</sup> Einen Ersatzanspruch der Zuschauer verneinend Hirsch, 578; ebenso im Fall von Doping Valerius in: FS-Rissing-van Saan, 720; Schwab in: Schild, 45 f.; Turner, NJW 1992, 722; Kerner/Trüg, JuS 2004, 145; Heger,

Jedenfalls fehlt in dieser Konstellation aber die Stoffgleichheit zwischen dem Vermögensschaden der Zuschauer – hier das Nicht-Geltendmachen eventuell bestehender Ansprüche – und dem Vermögensvorteil des Schiedsrichters – hier die Zahlung des Bestechungsgeldes durch den Dritten.<sup>234</sup> Eine rechtliche Verbindung zwischen den Zuschauern und dem Schiedsrichter, aus der sich Ansprüche der Zuschauer gegen den Schiedsrichter ergeben könnten, besteht nicht. Entsprechend scheidet die Nicht-Inanspruchnahme durch die Zuschauer als potentiell ebenfalls eintretender Vorteil des Schiedsrichters aus.

Ein Betrug des Schiedsrichters zu Lasten der Zuschauer liegt somit nicht vor.

#### **(4) Betrug zu Lasten von Wettanbietern oder -teilnehmern**

Eine Täuschung und ein Irrtum sind schließlich auch im Verhältnis zu Wettanbietern oder -teilnehmern zu bejahen, da diese am regulären Ablauf des Wettkampfs ebenfalls ein Interesse haben.<sup>235</sup>

Eine Vermögensverfügung der Wettanbieter kann darin gesehen werden, dass der manipulierte Wettkampf nicht aus der Wertung genommen wird, sondern die Gewinne ausbezahlt werden. Die Vermögensverfügung der erfolglosen Wettteilnehmer ist darin zu sehen, dass diese es unterlassen, ihre Einsätze auf das manipulierte Spiel zurück zu verlangen. Entsprechende Vermögensschäden sind ebenfalls zu bejahen.

Die Strafbarkeit des Schiedsrichters scheitert aber auch in dieser Konstellation an der fehlenden Stoffgleichheit zwischen dem Schaden der Wettbeteiligten und dem beabsichtigten Vorteil des Schiedsrichters, der sich auf die Erlangung der Verlustprämie beschränkt. Ersatzansprüche der Wettbeteiligten gegen den Schiedsrichter, die stoffgleiche Vor- und Nachteile begründen könnten, sind nicht ersichtlich.

---

JA 2003, 82; Diener/Hoffmann-Holland, Jura 2009, 953 Einen Ersatzanspruch bejahend Schild in: Schild, 167; Friedrich, SpuRt 1995, 10 f.;

<sup>234</sup> von Komorowski/Bredemeier, SpuRt 2005, 182; Valerius, SpuRt 2005, 91

<sup>235</sup> a.A. Fasten/Oppermann, JA 2006, 73, die mangels einer kommunikativen Berührung bereits die Täuschung verneinen.

### **3. Zwischenergebnis zu Fallkonstellation 2**

Die Manipulation des Wettkampfes durch den Schiedsrichter mittels des absichtlichen Treffens von Fehlentscheidungen erfüllt also den Tatbestand des Betrugs zu Lasten des Verbandes. Darüber hinaus ist eine Strafbarkeit des Schiedsrichters jedoch nicht ersichtlich.

Ebenso kann die sportintern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern durch dritte Hintermänner nach der aktuellen Gesetzeslage in Deutschland strafrechtlich nicht erfasst werden.

### **III. Fallkonstellation 3: Extern motivierte Bestechung von Sportlern**

Die Motivation zur Manipulation sportlicher Wettbewerbe kann nicht nur im reinen sportlichen Erfolg und den damit verbundenen Vorteilen liegen. Sie kann auch darin bestehen, eine Wette auf den Gewinn einer Mannschaft oder eines Sportlers zu gewinnen.

Sportwetten sind dadurch charakterisiert, dass der Wettanbieter basierend auf der Gewinnwahrscheinlichkeit der einzelnen Sportler oder Mannschaften Quoten errechnet. Der Wettkunde kann dann Geld auf den Eintritt eines Ergebnisses setzen und erhält im Falle des richtigen Tipps eine Auszahlung entsprechend der Quote. Die Wahrscheinlichkeit des Gewinns der Sportwette durch den Wettkunden kann nun dadurch erhöht werden, dass einem der am Wettbewerb beteiligten Sportler dafür Geld bezahlt wird, dass dieser den Wettbewerb absichtlich verliert und dadurch das getippte Ergebnis eintritt. Diese Konstellation entspricht dem Fall Tennis 2006. Sie kann abstrakt als extern motivierte Bestechung von Sportlern beschrieben werden und folgender Sachverhalt zugrunde gelegt werden:

*Hintermann H wettet auf einen Sieg von Spieler A gegen Spieler B. Um die Erfolgchance seines Tipps zu erhöhen, bezahlt er Spieler B Geld, damit dieser nicht seine beste Leistung bringt oder durch Fehler den Ausgang des Spiels zugunsten von Spieler A beeinflusst. Aufgrund entsprechender Handlungen des bestochenen Spielers gewinnt Spieler A, weshalb die Wette von Hintermann H erfolgreich ist und er vom Wettanbieter eine Auszahlung seines Gewinns erhält.*



## **1. Strafbarkeit des Hintermannes**

### **a. Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 2 StGB**

Eine Strafbarkeit des bestechenden Hintermannes nach § 299 Abs. 2 StGB scheidet unabhängig davon aus, ob die Bestechung sportintern oder extern motiviert ist. An dieser Stelle kann daher auf die vorherigen Ausführungen zur Strafbarkeit des Hintermannes gemäß § 299 Abs. 2 StGB bei sportintern motivierter Manipulation im Rahmen der Fallkonstellation 1 verwiesen werden. Es fehlt jedenfalls am tatbestandlich erforderlichen Bezug von Waren oder Dienstleistungen, da der sportliche Wettbewerb davon nicht erfasst ist.<sup>236</sup>

### **b. Untreue, § 266 StGB**

Auch hinsichtlich einer möglichen Strafbarkeit wegen Untreue kann grundsätzlich auf die Ausführungen zur sportintern motivierten Bestechung verwiesen werden.<sup>237</sup> Aus welcher Motivation heraus der Hintermann die Bestechung der Sportler vornimmt, beeinflusst die für die Untreue-Strafbarkeit relevanten Handlungen nicht und spielt daher für die Beurteilung der Untreue-Strafbarkeit keine Rolle.

Auch die extern motivierte Manipulation wird der Hintermann nur durchführen, wenn die angestrebten wirtschaftlichen Vorteile der Manipulation seinen Einsatz in Form der Verlustprämie übersteigen. Mithin liegt auch hier eine Kompensation des Vermögensnachteils vor, weshalb kein Vermögensschaden eintritt. Hierbei ist zu bedenken, dass die „wirtschaftliche“ Komponente in dieser Konstellation eine noch viel größere Bedeutung für den Hintermann hat. Im Gegensatz zur sportintern motivierten Manipulation, bei der der sportliche Erfolg unter Umständen noch einen gewissen ideellen Wert hat, der gegebenenfalls einen wirtschaftlichen Nachteil ausgleichen kann, beruht die extern motivierte Manipulation auf einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung des bestechenden Hintermannes. Eine extern motivierte Manipulation wird daher erst recht nur dann durchgeführt, wenn der angestrebte Gewinn höher ist, als das für die Bestechung eingesetzte Vermögen.

Im Fall der extern motivierten Manipulation steht der Anwendbarkeit von § 266 StGB zudem regelmäßig noch ein zusätzliches Tatbestandsmerkmal entgegen. Bei der extern motivierten Manipulation wird die Bestechung in aller Regel nicht mit Vereinsgeldern erfolgen, sondern

---

<sup>236</sup> Siehe oben B.I.1.a.(3)

<sup>237</sup> Siehe oben B.I.1.b.

mit dem eigenen Vermögen privater Täter. Folglich fehlt es bereits am Tatbestandsmerkmal des fremden Vermögens.

Der Hintermann macht sich mithin durch die Bezahlung von Verlustprämien an die Sportler nicht wegen Untreue gemäß § 266 StGB strafbar.

### **c. Betrug, § 263 Abs. 1 StGB**

Die Strafbarkeit des Hintermannes wegen Betrugs bei Manipulationen mit Wetthintergrund wurde im Rahmen des Falles Robert Hoyzer und der nachfolgenden Manipulationsskandale im Fußball intensiv diskutiert. Umstritten waren dabei insbesondere das Merkmal der Täuschung sowie des Vermögensschadens. Der BGH hat die Strafbarkeit schließlich entgegen des Antrags der Bundesstaatsanwaltschaft bejaht.<sup>238</sup> Die Täuschung begründet der BGH damit, dass mit dem Abschluss der Sportwette konkludent erklärt werde, dass der Wettkampf nicht manipuliert wird.<sup>239</sup> Den Vermögensschaden sieht der BGH in Form einer „Quotendifferenz“ zwischen der vom Wettanbieter angebotenen Gewinnquote und der in Folge der Manipulation tatsächlich vorliegenden Gewinnchance für gegeben an.<sup>240</sup>

Das Urteil wurde in der Literatur ausgiebig diskutiert und hat sowohl Zuspruch als auch Kritik erfahren.<sup>241</sup> In der vorliegenden Arbeit soll diese Diskussion ausgeklammert werden, da sie zum einen den Rahmen der Arbeit sprengen würde und zum anderen das Thema dieser Arbeit nur am Rande berührt. Denn Anknüpfungspunkt der Verurteilung der Hintermänner im Fall „Hoyzer“ war nicht die eigentliche Bestechung oder die Manipulation des sportlichen Wettbewerbs, sondern der Abschluss der Sportwette. Nur weil der Hintermann in dem vom BGH zu entscheidenden Fall den Wettanbieter beim Abschluss des Wettvertrages darüber getäuscht hat, dass er den Wettkampf nicht manipuliert hat, konnte der BGH die Strafbarkeit bejahen.

Getäuscht wurde also einzig und allein der Wettanbieter, nicht aber irgendeine am eigentlichen sportlichen Wettkampf beteiligte Person. Entsprechend wird auch beim Vermögensschaden lediglich der Wettanbieter berücksichtigt. Der eigentliche Unrechtsgehalt

---

<sup>238</sup> BGH NJW 2007, 782

<sup>239</sup> BGH NJW 2007, 782, 784 (Rn. 23)

<sup>240</sup> BGH NJW 2007, 782, 785 (Rn. 32)

<sup>241</sup> Eine unfassende Übersicht der zustimmenden, kritischen und ablehnenden Literatur findet sich bei Lackner/Kühl, § 266 StGB, Rn. 42

der Manipulation, die Verletzung der Integrität des Wettbewerbs und der Vermögensschaden der Konkurrenten, wird hingegen erneut nicht erfasst.

Die extern motivierte Bestechung von Sportlern erfüllt mithin nur über den „Umweg“ des Wettbetrugs den Tatbestand des Betrugs.

## **2. Strafbarkeit des Sportlers**

### **a. Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, § 299 Abs. 1 StGB**

Hier kann auf die vorherigen Ausführungen im Rahmen der Fallkonstellation 1 verwiesen werden. Die Annahme der Verlustprämie durch den Sportler und die darauf folgende Manipulation des Wettbewerbs ist rechtlich stets gleich zu bewerten, unabhängig davon, welche Motive der bestechende Hintermann mit der Manipulation verfolgt.

Auch im Fall der extern motivierten Bestechung ist der Sportler daher jedenfalls mangels einer Bevorzugung bei dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen nicht strafbar gemäß § 299 Abs. 1 StGB.

### **b. Untreue, § 266 StGB**

Auch hinsichtlich einer Strafbarkeit der Sportler wegen Untreue gelten die Ausführungen zu Fallkonstellation 1 entsprechend. Unabhängig von der Motivation des bestechenden Hintermanns, fehlt es auf Seiten der Sportler bereits an einer Vermögensbetreuungspflicht gegenüber dem Verein, die durch die Manipulation des Wettbewerbs verletzt sein könnte.<sup>242</sup>

Eine Strafbarkeit der Sportler wegen Untreue gemäß § 266 StGB ist also auch im Fall der extern motivierten Bestechung zu verneinen.

### **c. Betrug, § 263 StGB**

Die Strafbarkeit des Sportlers wegen Betrugs ist im Fall extern motivierter Manipulationen identisch wie im Fall sportintern motivierter Manipulationen zu beurteilen. Unabhängig davon, welche Zwecke der bestechende Hintermann verfolgt, führt der Sportler zur Manipulation des Wettbewerbs dieselben Handlungen durch.

---

<sup>242</sup> Siehe oben, B.I.1.b.

Mithin scheidet ein Betrug zu Lasten des benachteiligten Konkurrenten einer täuschungsbedingten Vermögensverfügung und jedenfalls mangels eines dadurch verursachten Vermögensschadens aus.<sup>243</sup>

Ein Betrug zu Lasten des eigenen Vereins kann vorliegen, wenn im Einzelfall ein konkreter, durch die Handlung des Sportlers unmittelbar verursachter Schaden nachgewiesen werden kann, was in der Praxis kaum möglich sein wird.<sup>244</sup>

Ein Betrug zu Lasten des Verbandes scheidet aus, da dieser keine täuschungsbedingte Vermögensverfügung vornimmt.<sup>245</sup>

Ein Betrug zu Lasten der Zuschauer ist jedenfalls mangels Stoffgleichheit zwischen dem beabsichtigten Vorteil und dem Nachteil der Zuschauer zu verneinen.<sup>246</sup>

### **3. Zwischenergebnis zur Fallkonstellation 3**

Bei der extern motivierten Manipulation kann der bestechende Hintermann also zumindest indirekt über den Wettbetrug wegen Betrugs bestraft werden. Der bestochene Spieler kann dagegen strafrechtlich nicht belangt werden, wenn er gegen die Annahme von Bestechungsgeldern den sportlichen Wettkampf manipuliert.

## **IV. Fallkonstellation 4: Extern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern**

Der in Fallkonstellation 3 beschriebene Zweck der Manipulation zum Gewinn einer Sportwette kann ebenfalls dadurch erreicht werden, dass dem Schiedsrichter des Wettbewerbs, auf dessen Ausgang gewettet wird, Geld dafür bezahlt wird, dass dieser den Ausgang des Wettbewerbs zugunsten des gewünschten Ergebnisses beeinflusst. Die Unparteilichkeit des Schiedsrichters wird dadurch aufgehoben und die Wahrscheinlichkeit des Gewinns erhöht.

Basierend auf dem Fall Hoyzer bzw. den Fußball-Manipulationen seit 2009 kann diese Fallkonstellation abstrakt als extern motivierte Bestechung von Schiedsrichtern bezeichnet werden und ihr der folgende Sachverhalt zugrunde gelegt werden:

---

<sup>243</sup> Siehe oben, B.I.1.c.(1)

<sup>244</sup> Siehe oben, B.I.1.c.(2)

<sup>245</sup> Siehe oben, B.I.1.c.(3)

<sup>246</sup> Siehe oben, B.I.1.c.(4)

*Hintermann H wettet auf einen Sieg von Mannschaft A gegen Mannschaft B. Um die Erfolgchance seines Tipps zu erhöhen, bezahlt er dem Schiedsrichter S des Spiels Geld, damit dieser den Ausgang des Spiels zugunsten von Mannschaft A beeinflusst. Aufgrund einiger umstrittener Entscheidungen des Schiedsrichters S gewinnt Mannschaft A das Spiel, weshalb die Wette von Hintermann H erfolgreich ist und er vom Wettanbieter eine Auszahlung seines Gewinns erhält.*

## **1. Strafbarkeit des Hintermannes**

Zur Strafbarkeit des wettenden Hintermannes gelten die vorigen Ausführungen zur Bestechung von Spielern entsprechend. Für die strafrechtliche Beurteilung der Bestechung ist es irrelevant, ob der Hintermann den Ausgang des Wettbewerbs durch die Bestechung eines Sportlers oder durch die Bestechung des Schiedsrichters beeinflusst. In beiden Fällen ist die eigentliche Bestechungshandlung nicht strafbar.

Eine Strafbarkeit nach § 299 Abs. 2 StGB wegen Bestechung im geschäftlichen Verkehr scheidet also aus, da der bestochene Schiedsrichter nicht im geschäftlichen Verkehr des Verbandes tätig ist.

Auch eine Untreue gemäß § 266 StGB ist zu verneinen, da in aller Regel kein fremdes Vermögen verwendet wird und jedenfalls die bezweckten Vorteile der Tat die Nachteile hinreichend wahrscheinlich kompensieren.

Der Abschluss der Sportwette in Kenntnis der Manipulation erfüllt hingegen nach neuerer BGH-Rechtsprechung den Tatbestand des Betrugs.<sup>247</sup>

## **2. Strafbarkeit des Schiedsrichters**

Hinsichtlich der Strafbarkeit des Schiedsrichters kann auf die Ausführungen zu dessen Strafbarkeit im Fall der sportintern motivierten Bestechung von Schiedsrichtern verwiesen werden. Denn unabhängig davon, welchen Zweck der Hintermann mit der Bestechung verfolgt, ist die Durchführung der Manipulation des sportlichen Wettbewerbs durch den Schiedsrichter identisch.

---

<sup>247</sup> BGH, NJW 2007, 782

Eine Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr nach § 299 Abs. 1 StGB scheidet also aus, da der Schiedsrichter nicht im geschäftlichen Verkehr des ihn einsetzenden Verbandes tätig ist.

Der Tatbestand der Untreue nach § 266 StGB ist ebenfalls nicht einschlägig, da der Schiedsrichter keine Vermögensbetreuungspflicht gegenüber des Verbandes als seinem Geschäftsherrn hat.

Ein Betrug zu Lasten des geschädigten Vereins scheidet mangels einer täuschungsbedingten Vermögensverfügung und jedenfalls mangels eines dadurch verursachten Vermögensschadens aus.<sup>248</sup>

Ein Betrug zu Lasten des Verbandes kann hingegen dadurch begründet werden, dass der Verband dem Schiedsrichter trotz der vorsätzlichen Schlechtleistung den Lohn auszahlt, bzw. begründete Ersatzansprüche gegen den Schiedsrichter nicht geltend macht.<sup>249</sup>

Ein Betrug zu Lasten der Zuschauer ist jedenfalls mangels Stoffgleichheit zwischen dem beabsichtigten Vorteil und dem Nachteil der Zuschauer zu verneinen.<sup>250</sup>

Aus demselben Grund der fehlenden Stoffgleichheit scheitert ein Betrug zu Lasten von Wettanbietern und -teilnehmern.

### **3. Zwischenergebnis zu Fallkonstellation 4**

Auch bei der extern motivierten Bestechung von Schiedsrichtern macht sich der Hintermann lediglich über den „Umweg“ des Wettbetrugs strafbar. Darüber hinaus erfüllen die Bestechung des Schiedsrichters und Beeinflussung des Wettkampfes keinen Straftatbestand.

Hinsichtlich des bestochenen Schiedsrichters kommt erneut eine Strafbarkeit wegen Betrugs zu Lasten des Verbandes in Betracht. Darüber hinaus erfüllt das absichtliche Treffen von Fehlentscheidungen keinen Straftatbestand.

---

<sup>248</sup> Siehe oben, B.II.2.c.(1)

<sup>249</sup> Siehe oben, B.II.2.c.(2)

<sup>250</sup> Siehe oben, B.II.2.c.(3)

## **V. Ergebnis und Diskussion**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe nur ungenügend von den derzeit gültigen Straftatbeständen erfasst werden können. Insbesondere ist es nicht möglich, die Hintermänner der Manipulation zu bestrafen, wenn die Bestechung keinen Wetthintergrund hat, sondern rein sportintern motiviert ist. Ebenso erfüllt die Manipulation des Wettkampfes durch die teilnehmenden Sportler nur in seltenen Ausnahmefällen strafrechtliche Tatbestände.

Bei den wenigen einschlägigen Tatbeständen fällt auf, dass diese den eigentlich zentralen Unrechtsgehalt von bestechungsbedingten Manipulationen nicht erfassen. In den dargestellten und geprüften Fällen sind die Geschädigten der Manipulation in erster Linie die Konkurrenten des durch die Manipulation bevorteilten Sportlers oder Vereins. Von den tatsächlich einschlägigen Tatbeständen zielt jedoch keiner auf den Schutz dieser geschädigten Akteure ab. Macht sich zum Beispiel ein Schiedsrichter wegen Betrugs zu Lasten des Verbandes strafbar, so wird diese Strafbarkeit durch den Schutz des Vermögens des Verbandes gerechtfertigt. Die ebenfalls in Betracht kommende Betrugsstrafbarkeit des Hintermanns bei der extern motivierten Manipulation bezweckt den Schutz des Vermögens des Wettanbieters.

Es ist also nach der derzeit gültigen Rechtslage nicht möglich, bestechungsbedingte Manipulationen effektiv und umfassend strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen.

### **C. Zwischenergebnis**

Die Prüfung der sportverbandsrechtlichen Normen und der strafrechtlichen Normen hat gezeigt, dass bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe derzeit nur ungenügend verfolgt und bestraft werden können.

Es besteht in erster Linie ein Regelungsdefizit. Die verbandsinternen Normen ermöglichen zwar die Bestrafung von manipulierenden Sportlern und Schiedsrichtern, sie stoßen jedoch an ihre Grenzen, wenn die Hintermänner der Bestechung nicht von der Verbandsgerichtsbarkeit erfasst werden können, was regelmäßig der Fall sein wird. Auf der anderen Seite ermöglicht das Strafrecht eine Bestrafung der Hintermänner nur dann, wenn die Bestechung einen Wetthintergrund hat und damit ein Wettbetrug vorliegt. Die manipulierenden Sportler und Schiedsrichter können ebenfalls nur sehr eingeschränkt strafrechtlich belangt werden.

Daneben besteht aber auch ein Defizit beim Vollzug der bestehenden Sanktionsnormen. Wie die einleitenden Beispielfälle in Teil 1 gezeigt haben, reichen die einschlägigen verbandsrechtlichen Normen offensichtlich nicht aus, um die Bestechlichkeit von Sportlern und Schiedsrichtern einzudämmen. Da hier, wie gezeigt, kein Regelungsdefizit vorliegt, kann die Ineffizienz nur durch mangelnde Mittel zur Durchsetzung der Normen begründet werden.



### **Teil 3: Lösung des Regelungsdefizits**

Die Untersuchungen in Teil 2 haben ergeben, dass bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe in Deutschland nach der bestehenden Rechtslage nicht umfassend staatlich verfolgt und sanktioniert werden können. Es besteht vielmehr eine nicht unwesentliche Regelungslücke. Teil 3 befasst sich daher nun mit der Frage, wie diese Regelungslücke geschlossen werden kann.

Das in Teil 2 aufgezeigte Regelungsdefizit lässt sich in naheliegender Weise durch eine Erweiterung der derzeit gültigen Rechtslage lösen. Grundsätzlich kommen dabei zwei verschiedene Ansätze in Betracht:

- Ein allgemeiner Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor mit einem Geltungsbereich, der auch Manipulationen sportlicher Wettkämpfe erfasst.
- Ein spezieller Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport.

Beide Lösungsansätze sollen nachfolgend eingehend dargestellt und untersucht werden.

#### **A. Straftatbestand Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor**

Die Manipulation sportlicher Wettkämpfe durch Bestechung wurde bislang nur selten als Anwendungsbereich eines allgemeinen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor angesehen. Dennoch könnte ein entsprechender allgemeiner Straftatbestand mit weitem Anwendungsbereich das in Teil 2 aufgedeckte Regelungsdefizit möglicherweise lösen. Wie in Teil 2 gezeigt, steht der Anwendbarkeit der derzeit in Deutschland gültigen Norm § 299 StGB auf Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung im Sport insbesondere deren Beschränkung auf den Bezug von Waren und Dienstleistungen entgegen. Es stellt sich daher die Frage, ob eine Ausweitung des Tatbestandes das bestehende Regelungsdefizit schließen könnte.

Ausgangspunkt der Diskussion um die allgemeine Bestrafung von Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Bereich sind die internationalen Rechtsakte, die zu dieser Problematik vereinbart wurden.

In der Folge soll dann die Entwicklung der strafrechtlichen Normen von Bestechlichkeit und Bestechung in Deutschland dargestellt werden. Hierbei soll insbesondere untersucht werden, ob die internationalen Vorgaben in Deutschland umgesetzt wurden oder dies erforderlich ist.

Ein Schwerpunkt soll in diesem Abschnitt schließlich auf die Frage gelegt werden, ob die in den internationalen Rechtsakten vorgesehenen allgemeinen Regelungen eine Bestrafung von Manipulationen sportlicher Wettkämpfe durch Bestechlichkeit und Bestechung erfassen.

## **I. Internationale Vereinbarungen**

Die Gefahr von Korruption im privaten Sektor wurde auf internationaler Ebene erstmals Ende des 20. Jahrhunderts intensiv thematisiert. Zur Bekämpfung von Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Bereich wurden in der Folge regelmäßig internationale Vereinbarungen getroffen. Für Deutschland sind dabei im Wesentlichen drei internationale Vereinbarungen relevant, deren Inhalt und Verbindlichkeit nachfolgend dargestellt werden sollen.

### **1. Strafrechtsübereinkommen des Europarats über Korruption<sup>251</sup>**

Als erste internationale Vereinbarung mit Bezug zu Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor vereinbarten die Mitgliedstaaten des Europarats am 27. Januar 1999 das Strafrechtsübereinkommen über Korruption (in der Folge: Europarat-Übereinkommen). Das Europarat-Übereinkommen sieht dabei umfangreiche Maßnahmen der Mitgliedstaaten zum Schutz der Gesellschaft vor Korruption vor.

Unter anderem fordern die Art. 7 und 8 des Übereinkommens Maßnahmen der Mitgliedstaaten, um Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor als Straftaten zu umschreiben. Art. 7 beschreibt Bestechung dabei als *„das unmittelbare oder mittelbare Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines ungerechtfertigten Vorteils an eine Person, die ein Unternehmen im privaten Sektor leitet oder für ein solches tätig ist, für dieses selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür, dass sie unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt.“* Entsprechend definiert Art. 8 das *„Fordern oder Annehmen“* eines Vorteils durch eine solche Person als Bestechlichkeit, die ebenfalls als

---

<sup>251</sup> Criminal Law Convention on Corruption (ETS 173) vom 27. Januar 1999

Straftat umschrieben werden soll. Art. 19 Abs. 1 fordert explizit eine strafrechtliche Sanktionierung dieser Straftaten bis hin zu Freiheitsentzug.

Nach Artikel 37 bleibt es jedoch jedem Staat vorbehalten, unter anderem die in den Artikeln 7 und 8 genannten Handlungen nicht als Straftaten zu umschreiben, wobei derartige Vorbehalte aber zeitlich (Art. 38 Abs. 1) und hinsichtlich des Umfangs (Art. 37 Abs. 4) limitiert sind.

Das Europarat-Übereinkommen ist als völkerrechtliches Übereinkommen erst dann für einen Mitgliedstaat verbindlich, wenn dieser das Übereinkommen ratifiziert (Art. 32 Abs. 1 Europarat-Übereinkommen). Mit der Abgabe der Ratifizierungserklärung müssen die Vorgaben des Übereinkommens jedoch unmittelbar erfüllt sein. Aktuell<sup>252</sup> haben 43 Staaten das Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert, in sieben europäischen Ländern – darunter auch Deutschland – ist das Übereinkommen bis heute nicht in Kraft.

## **2. Rahmenbeschluss 203/568/JI<sup>253</sup>**

Die EU-Mitgliedstaaten verpflichteten sich darüber hinaus auch im Rahmenbeschluss 203/568/JI des Rates der Europäischen Union vom 22. Juli 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor (in der Folge: EU-Rahmenbeschluss), aktive und passive Bestechungshandlungen strafrechtlich zu ahnden. Der EU-Rahmenbeschluss ersetzte die Gemeinsame Maßnahme 98/742/JI vom 22. Dezember 1998<sup>254</sup>, die einen sehr ähnlichen Inhalt hatte, für die Mitgliedstaaten jedoch noch unverbindlich war.

Inhaltlich beschreibt Art. 2 Abs. 1 des EU-Rahmenbeschlusses Tatbestände der Bestechung und Bestechlichkeit, die als Straftaten anzuerkennen sind. Nach Art. 2 Abs. 1 lit. a liegt ein Fall von Bestechung im privaten Sektor dann vor, wenn *„jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen unbilligen Vorteil für diese Person selbst oder für einen Dritten verspricht, anbietet oder gewährt, damit diese Person unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt.“* Entsprechend erfasst der Tatbestand der Bestechlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 lit. b das Fordern, Annehmen oder Sichversprechenlassen eines solchen Vorteils. Wie auch aus Art. 4 Abs. 1 hervorgeht, verlangt der EU-

---

<sup>252</sup> Stand zum 11. Juli 2012

<sup>253</sup> ABl. L 192 vom 31.7.2003, S. 54

<sup>254</sup> ABl. L 358 vom 31.12.1998, S. 2

Rahmenbeschluss dabei ausdrücklich den Einsatz des Strafrechts. Artikel 4 Abs. 2 des EU-Rahmenbeschlusses verlangt gar explizit eine Mindesthöchststrafe zwischen einem Jahr und drei Jahren Freiheitsstrafe.

Artikel 2 Abs. 3 EU-Rahmenbeschluss sieht jedoch vor, dass ein Mitgliedstaat den Geltungsbereich der Tatbestände auf Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder gewerblichen Leistungen beschränken kann.

Der EU-Rahmenbeschluss ist gemäß Art. 34 Abs. 2 S. 2 lit. b i.V.m. Art. 29 Abs. 1 i.V.m. Art. 31 Abs. 1 lit. e EU i.d.F. des Vertrags von Nizza ohne Ratifizierung für die Mitgliedstaaten verbindlich.

### **3. UN-Konvention gegen Korruption<sup>255</sup>**

Schließlich sind nationale Maßnahmen gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor auch in der Konvention gegen Korruption der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2003 (in der Folge: UN-Konvention) vorgesehen.

Die UN-Konvention sieht in Artikel 21 staatliche Maßnahmen der Mitgliedstaaten gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor vor. Die Definitionen von Bestechlichkeit und Bestechung sind dabei nahezu identisch mit den Definitionen in den europäischen Vereinbarungen. Die UN-Konvention unterscheidet sich von den europäischen Vereinbarungen jedoch dahingehend, dass sie nicht ausdrücklich die Einführung eines Straftatbestandes fordert, sondern die Mitgliedstaaten einen solchen lediglich in Erwägung ziehen sollen.

Hinsichtlich der Verbindlichkeit gelten die Ausführungen zum Europarat-Übereinkommen entsprechend. Auch die Vorgaben der UN-Konvention sind für einen Staat erst ab dem Zeitpunkt der Ratifizierung verbindlich (Art. 67 Abs. 3 UN-Konvention). Aktuell<sup>256</sup> haben 140 der 165 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Konvention ratifiziert.

---

<sup>255</sup> United Nations Convention against Corruption vom 31. Oktober 2003

<sup>256</sup> Stand zum 24. Dezember 2012

#### **4. Zusammenfassung**

Es existieren mithin mehrere internationale Vereinbarungen, die nationale Maßnahmen gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor vorsehen. Den Vereinbarungen ist dabei gemein, dass sie grundsätzlich einen sehr weiten Anwendungsbereich der Tatbestände der Bestechlichkeit und Bestechung vorsehen. Personell ist jede Person erfasst, die in irgendeiner Form für ein Unternehmen tätig ist. Sachlich erfassen die Tatbestände jede Pflichtverletzung der bestochenen Person gegenüber ihrem Geschäftsherrn.

Aus den dargestellten Vereinbarungen sind die Mitgliedstaaten jedoch nicht zwangsläufig verpflichtet, Straftatbestände mit einem derart weitreichenden Anwendungsbereich einzuführen. Die UN-Konvention und das Europarat-Übereinkommen entfalten ihre Verbindlichkeit ohnehin erst ab dem Zeitpunkt ihrer Ratifizierung. Eine Pflicht zur Ratifizierung der Vereinbarungen besteht nicht.

Die UN-Konvention verlangt zudem von den unterzeichnenden Staaten lediglich, einen Straftatbestand gegen aktive und passive Bestechung im privaten Sektor in Erwägung zu ziehen. Erfolgt dies nicht, begründet dies mithin keine Verletzung der UN-Konvention.

Das Europarat-Übereinkommen beinhaltet seinerseits in Artikel 37 eine Vorbehaltsmöglichkeit für die Mitgliedstaaten, nach der sich diese von der Umsetzung einiger Vorgaben befreien können. Erklärt ein Mitgliedstaat also mit der Ratifizierung einen Vorbehalt bezüglich der Art. 7 und 8 des Europarat-Übereinkommens, so ist er nicht verpflichtet, entsprechende Straftatbestände einzuführen.

Der EU-Rahmenbeschluss ermöglicht es den Mitgliedstaaten schließlich, den Geltungsbereich auf Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder gewerblichen Leistungen zu beschränken. Aufgrund der Verbindlichkeit des EU-Rahmenbeschlusses kann sich ein Mitgliedstaat der Vorgabe in Art. 2 Abs. 1 also nicht komplett entziehen, der einzuführende Straftatbestand kann jedoch in seinem Geltungsbereich beschränkt werden.

## **II. Deutschland**

Anders als auf internationaler Ebene sind die Maßnahmen gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor in Deutschland von deutlicher Zurückhaltung geprägt.

## 1. Einführung von § 299 StGB

Im Jahre 1998 reformierte der Gesetzgeber in Deutschland die Straftatbestände zur Korruption. Im Rahmen dessen wurde unter anderem die bis dahin in § 12 UWG aF verankerte Norm gegen Bestechung und Bestechlichkeit im wirtschaftlichen Bereich als § 299 StGB ins Strafgesetzbuch übernommen. Die Reichweite dieser Norm bzw. die Notwendigkeit einer Ausweitung des Schutzbereiches wurde im Gesetzgebungsverfahren eingehend erörtert. Dem Gesetzgeber war daher bewusst, dass der Tatbestand mit der gewählten Formulierung einige gesellschaftlich hoch brisante Korruptionsfälle, darunter zum Beispiel die Bestechung von Schiedsrichtern im Sport, nicht erfassen wird.<sup>257</sup>

Im Vergleich zu den internationalen Vereinbarungen werden Bestechlichkeit und Bestechungen im privaten Sektor in Deutschland durch § 299 StGB nur eingeschränkt strafrechtlich erfasst. § 299 StGB steht gegenüber den internationalen Vorgaben insbesondere an drei Punkten zurück:

- Der Kreis der erfassten Personen ist beschränkt auf Angestellte und Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs und schließt damit insbesondere Inhaber des Unternehmens aus.
- Es ist eine unlautere Bevorzugung im Wettbewerb durch die bestochene Person erforderlich. Eine bloße Pflichtverletzung gegenüber dem Geschäftsherrn reicht hingegen nicht aus.
- Die Bevorzugung durch die bestochene Person muss sich auf den Bezug von Waren oder Dienstleistungen beziehen.

Eine Anpassung an die internationalen Vorgaben nach der Einführung von § 299 StGB erfolgte zunächst nur durch die Ergänzung von Absatz 3 zur Umsetzung der Gemeinsamen Maßnahme vom 22. Dezember 1998 betreffend die Bestechung im privaten Sektor<sup>258</sup> im Ausführungsgesetz vom 22. August 2002.<sup>259</sup>

---

<sup>257</sup> König, JR 1997, 397; Dölling, ZStW 2000, 336

<sup>258</sup> ABl. L 358 vom 31.12.1998, S. 2

<sup>259</sup> BGBl. I 2002, S. 3387

## **2. Umsetzung der internationalen Vereinbarungen**

Eine Umsetzung der übrigen internationalen Rechtsakte, die Deutschland alle unterzeichnet hatte, ist hingegen aus verschiedenen Gründen nicht erfolgt.

Das Europarat-Übereinkommen und die UN-Konvention hat Deutschland bis heute zwar unterzeichnet aber nicht ratifiziert. Ihre Vorgaben sind daher noch nicht verbindlich. Eine Anpassung an die Vorgaben in den Art. 7 und 8 des Europarat-Übereinkommens bzw. an Art. 21 der UN-Konvention war mithin bisher noch nicht erforderlich.

Hinsichtlich des EU-Rahmenbeschlusses hat Deutschland bei dessen Annahme die Beschränkung des Geltungsbereichs der Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor nach Art. 2 Abs. 3 erklärt.<sup>260</sup> Zugleich hat Deutschland in diesem Zusammenhang eine Protokollerklärung abgegeben, dass das Merkmal „im Rahmen von Geschäftsvorgängen“ nach deutscher Interpretation dahingehend auszulegen sei, dass nur Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen erfasst sind.<sup>261</sup> Jedenfalls aufgrund der Erklärung nach Art. 2 Abs. 3 widerspricht zumindest die Beschränkung des Geltungsbereichs der Norm auf die Bevorzugung beim Bezug von Waren und Dienstleistungen nicht dem EU-Rahmenbeschluss.

Die Vorgaben der internationalen Rechtsakte waren mithin lange Zeit für Deutschland nur in sehr eingeschränkter Form verbindlich. Aus diesem Grund wurde die gesetzliche Regelung in § 299 StGB für ausreichend erachtet, um die verbleibenden Vorgaben zu erfüllen.

## **3. Gesetzentwurf 2007**

Trotz der dargestellten Überzeugung, dass die deutsche Gesetzeslage die internationalen Vorgaben erfüllt, arbeitete die Bundesregierung im Jahre 2007 schließlich doch einen Gesetzentwurf zur Anpassung von § 299 StGB an die internationalen Vorgaben aus.<sup>262</sup> Dieser sah vor, zur Erfüllung der Vorgaben des Europarat-Übereinkommens und des EU-Rahmenbeschlusses den Tatbestand des § 299 StGB auf eine Pflichtverletzung gegenüber dem Geschäftsherrn zu erweitern.<sup>263</sup> Dies wurde als einziger Punkt erachtet, an dem

---

<sup>260</sup> Ratsdokument 11700/03 ADD 1 vom 3.11.2003, S. 8

<sup>261</sup> Ratsdokument 11700/03 ADD 1 vom 3.11.2003, S. 7

<sup>262</sup> BT-Drs. 16/6558

<sup>263</sup> BT-Drs. 16/6558, Teil A, Abs. III.3, S. 9

§ 299 StGB von den internationalen Vorgaben abweicht und daher eine Anpassung erforderlich sei.

Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs über Bevorzugungen im Zusammenhang mit dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen hinaus war in diesem Gesetzesentwurf hingegen explizit nicht vorgesehen. Aufgrund der deutschen Auslegung des Merkmals „im Rahmen von Geschäftsvorgängen“ wurde eine Anpassung diesbezüglich für nicht erforderlich erachtet.<sup>264</sup> Daher war diese Beschränkung auch explizit für die neue Alternative der Pflichtverletzung gegenüber dem Geschäftsherrn vorgesehen.<sup>265</sup>

Der Gesetzesentwurf verlief letztendlich im Sande, da sich das Verfahren durch den Ablauf der Wahlperiode erledigte. Er verdeutlichte jedoch die Position, die der deutsche Gesetzgeber hinsichtlich der Umsetzung der internationalen Vereinbarungen vertrat.

#### **4. Aktueller Stand**

Seit dem Gesetzesentwurf 2007 hat sich politisch in Deutschland zum Thema Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor nicht viel bewegt. Dies ist bemerkenswert, da sich die Rahmenbedingungen seither wesentlich verändert haben.

##### **a. Verbindlichkeit des Europarat-Übereinkommens und der UN-Konvention**

Unverändert ist die Lage hinsichtlich der Vorgaben des Europarat-Übereinkommens und der UN-Konvention geblieben. Eine Ratifizierung beider Rechtsakte ist bis heute nicht erfolgt. Sollte Deutschland das Europarat-Übereinkommen in Zukunft ratifizieren, besteht weiter die Möglichkeit, einen Vorbehalt nach Artikel 37 Abs. 1 bezüglich der Umsetzung der Artikel 7 und 8 zu erklären. Die UN-Konvention fordert auch im Fall der Ratifizierung ohnehin nicht zwingend die Einführung einer Strafrechtsnorm.

Unbeschadet der Vorbehaltsmöglichkeit im Europarat-Übereinkommen ist die Staatenvereinigung gegen Korruption (Groupe d'Etats contre la corruption – „GRECO“) in ihrem dritten Evaluationsbericht zu Deutschland vom 4. Dezember 2009 zu dem Ergebnis gekommen, dass § 299 StGB als deutsche Gesetzesmaßnahme gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor die Vorgaben der Art. 7 und 8 des Europarat-

---

<sup>264</sup> BT-Drs. 16/6558, Teil B, Zu Nummer 10, Abs. 4, S. 14

<sup>265</sup> BT-Drucksache 16/6558, Teil B, Zu Nummer 10, Abs. 2, S. 14



Übereinkommens nicht erfüllt. Das Evaluationsteam kritisiert dabei unter anderem, dass der Anwendungsbereich des § 299 StGB auf Handlungen im Zusammenhang mit dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen beschränkt ist, während die Art. 7 und 8 des Europarat-Übereinkommens alle Handlungen im Rahmen einer Geschäftstätigkeit erfasst. Das Evaluationsteam sieht es also zur Erfüllung der internationalen Vorgaben für erforderlich an, § 299 StGB zu erweitern und den weiten Anwendungsbereich der Art. 7 und 8 des Europarat-Übereinkommens zu übernehmen.<sup>266</sup> GRECO erteilt damit indirekt auch der deutschen Interpretation des Merkmals „im Rahmen von Geschäftsvorgängen“ eine Absage. Eine Beschränkung der Tatbestände der Bestechlichkeit und Bestechung auf Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen kann diesem Merkmal nach Ansicht von GRECO nicht entnommen werden.

Dass eine Umsetzung der Empfehlungen zu § 299 StGB nicht erfolgt ist, hat GRECO nochmals im Umsetzungsbericht vom 9. Dezember 2011 festgestellt. Zwar berücksichtigt der Umsetzungsbericht die Vorbehaltsmöglichkeit nach Art. 37. GRECO verweist jedoch darauf, dass die Vorbehalte nicht als Dauerlösung konzipiert sind und appelliert daran, die Vorbehalte soweit wie möglich einzuschränken.<sup>267</sup>

#### **b. Verbindlichkeit des EU-Rahmenbeschlusses**

Wesentlich verändert haben sich mittlerweile hingegen die Rahmenbedingungen hinsichtlich des EU-Rahmenbeschlusses. Grund dafür ist, dass die ursprüngliche Erklärung des Vorbehalts durch Deutschland nach Art. 2 Abs. 3, aufgrund dessen eine Beschränkung der Straftaten auf Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder gewerblichen Leistungen zulässig war, seit dem 22. Juli 2010 aufgrund des Ablaufs der Frist nach Art. 2 Abs. 4 außer Kraft ist. Eine nach Art. 2 Abs. 5 mögliche Verlängerung wurde bislang nicht beschlossen. Entsprechend hat auch die EU-Kommission in ihrem Bericht vom 6. Juni 2011 über die Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses (in der Folge: Kommissionsbericht) festgestellt, dass die von Deutschland abgegebene Erklärung nicht mehr gültig ist.<sup>268</sup>

Die Beschränkung des § 299 StGB auf eine Bevorzugung beim Bezug von Waren oder Dienstleistungen stellt daher mittlerweile eine Verletzung des EU-Rahmenbeschlusses dar.

---

<sup>266</sup> GRECO Evaluierungsbericht, Abs. 112, S. 34

<sup>267</sup> GRECO Umsetzungsbericht, Abs. 24

<sup>268</sup> KOM(2011) 309, Abs. 2.1.2.5, S. 5

Auch dies stellt der Kommissionsbericht fest.<sup>269</sup> Daraus lässt sich zudem erneut ableiten, dass die europäischen Institutionen eindeutig davon ausgehen, dass das Merkmal „im Rahmen von Geschäftsvorgängen“ keine Beschränkung auf Handlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen beinhaltet.

Jedenfalls aufgrund des EU-Rahmenbeschlusses wird Deutschland also in den nächsten Jahren die strafrechtliche Erfassung von Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor überarbeiten und an die Vorgaben in Abs. 2 des EU-Rahmenbeschlusses anpassen müssen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Kommission ab dem 1. Dezember 2014 ein Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 AEUV gegen Mitgliedstaaten, die den Rahmenbeschluss nicht umsetzen, einleiten kann.<sup>270</sup>

### **III. Reformierung des § 299 StGB**

Es zeigt sich mithin deutlich, dass zur Umsetzung der internationalen Vorgaben eine Reformierung des bestehenden § 299 StGB notwendig ist.

#### **1. Inhaltliche Kritik an einer Ausweitung**

Überlegungen zur Ausweitung des Tatbestandes des § 299 StGB sind bislang in der Literatur stets auf umfangreiche Kritik gestoßen.

##### **a. Erfassung des privaten Sektors nicht erforderlich**

Eines der Hauptargumente gegen eine weite Formulierung von § 299 StGB war bei dessen Einführung, dass Bestechungen im gesellschaftlichen Bereich noch nicht hinreichend erforscht seien<sup>271</sup> und keine Anzeichen korrupter Strukturen vorlägen.<sup>272</sup>

Angesichts der seitdem aufgedeckten praktischen Bestechungsfälle kann dieses Argument getrost als widerlegt betrachtet werden. Die in Teil 1 beschriebenen Fälle haben gezeigt, dass bestechungsbedingte Manipulationen im Sport mittlerweile Strukturen der organisierten Kriminalität angenommen haben, mit denen der Sport allein nicht fertig wird und die zu massiven volkswirtschaftlichen Schäden führen. Die Entwicklungen in der Praxis sprechen

---

<sup>269</sup> KOM(2011) 309, Abs. 2.1.2.1, S. 4

<sup>270</sup> Siehe hierzu auch Art. 10 des Protokolls Nr. 36 zum Vertrag von Lissabon

<sup>271</sup> König, JR 1997, 398; Dölling, ZStW 2000, 336

<sup>272</sup> Dölling, Gutachten C, C 92 f.

daher mittlerweile eindeutig für den Einsatz des Strafrechts bei Bestechungen im gesellschaftlichen Bereich und dabei insbesondere im Sport.

Darüber hinaus wird die Begrenzung von § 299 StGB auf den Bezug von Waren und Dienstleistungen in der Literatur überraschend selten diskutiert. Tatsächlich beschränkt aber gerade dieses Tatbestandsmerkmal den Anwendungsbereich der Norm enorm, da hierdurch alle anderen Sektoren der Unternehmenstätigkeit sowie der gesamte private Sektor ausgenommen werden. Das Merkmal wird bis heute in weiten Teilen der Literatur als erforderlich angesehen, um den Tatbestand des § 299 StGB nicht zu sehr auszudehnen. Auch der Gesetzgeber vertritt diese Ansicht, wie nicht zuletzt im Rahmen des Gesetzesentwurfs 2007 deutlich wurde, in dem die Beschränkung ausdrücklich beibehalten wurde.<sup>273</sup>

Die Bedenken gegen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs von § 299 StGB auf den privaten Sektor können jedoch nicht geteilt werden. Die derzeitige Beschränkung verhindert vielmehr die strafrechtliche Erfassung verschiedener Bestechungskonstellationen, deren Unrechtsgehalt sich von Bestechungen im gewerblichen Bereich nicht unterscheiden. Warum z.B. die Bestechung von Angestellten oder Beauftragten zur Erlangung von Geschäftsgeheimnissen oder eben der hier untersuchte Fall der Bestechung von Sportlern und Schiedsrichtern im sportlichen Wettbewerb nicht strafbar sein soll, ist angesichts der Entwicklungen in der Praxis nicht nachvollziehbar.<sup>274</sup>

## **b. Kritik am Geschäftsherrenmodell**

Im Rahmen des Gesetzesentwurfs 2007 konzentrierte sich die Kritik an der geplanten Erweiterung von § 299 StGB im Wesentlichen auf die geplante Einführung des sogenannten Geschäftsherrenmodells, welches das bisherige „Wettbewerbsmodell“ in § 299 StGB ersetzen sollte.

Hintergrund der Diskussion ist, dass die Strafbarkeit von Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor in den internationalen Übereinkommen nicht an die Beeinträchtigung des Wettbewerbs anknüpft, sondern an eine Pflichtverletzung der bestochenen Person gegenüber ihrem Geschäftsherrn.

---

<sup>273</sup> Kritisch hierzu Krack, in: FS-Samson, 384, der die Beibehaltung der Beschränkung auf den Bezug von Waren und Dienstleistungen für nicht sinnvoll erachtet

<sup>274</sup> In diese Richtung soweit ersichtlich nur Pragal, Band II/6, 202 f.; ders. in: Weinreich, 212

Gegen das Geschäftsherrenmodell wird zunächst vorgebracht, dass nach den internationalen Vorgaben jede noch so unerhebliche Pflichtverletzung gegenüber dem Geschäftsherrn vom Straftatbestand erfasst wird.<sup>275</sup> Dadurch würden z.B. selbst Verstöße gegen die Kleiderordnung<sup>276</sup> oder zu lange Mittagspausen in den Anwendungsbereich des Strafrechts fallen. Diese Kritik ist jedoch meines Erachtens unberechtigt. Sie übersieht, dass die Pflichtverletzung lediglich der Gegenstand der Unrechtsvereinbarung ist, die zur eigentlichen Tathandlung der Annahme bzw. Bezahlung von Vorteilen hinzukommen muss. Nur wenn beide Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind, greift § 299 StGB ein. Diese Kombination der Voraussetzungen schließt letztendlich aus, dass die genannten Bagatellpflichtverletzungen unter § 299 StGB fallen. Denn in der Praxis wird kein Hintermann einem Angestellten einen Vorteil dafür anbieten, dass dieser gegen die Kleiderordnung des Geschäftsherrn verstößt oder dass er seine Mittagspause verlängert. Der Hintermann wird einen Vorteil vielmehr nur dann anbieten, wenn die Handlung der bestochenen Person für ihn einen unmittelbaren oder mittelbaren Vorteil verspricht. Der Charakter von Bestechungen sorgt also dafür, dass Pflichtverletzungen im Bagatellbereich auch im Fall der Ausweitung von § 299 StGB nicht kriminalisiert werden.

Problematisch könnte jedoch sein, als die Einführung des Geschäftsherrenmodells mit einer grundlegenden Veränderung des Charakters des Tatbestandes einhergehen würde.<sup>277</sup> Bislang ist § 299 StGB zum Schutz des freien Wettbewerbs ausgestaltet. Das dafür entscheidende Merkmal ist die Bevorzugung im Wettbewerb. Mit der Einführung des Geschäftsherrenmodells würde dieses wettbewerbsrechtliche Fundament der Norm entfallen und auch die Einordnung in den 26. Abschnitt des Strafgesetzbuchs zweifelhaft werden.<sup>278</sup>

Dieser Einwand erscheint auf den ersten Blick von dogmatischer Natur, hat aber meines Erachtens auch inhaltlich seine Berechtigung. § 299 StGB rechtfertigt sich bislang über die Ausgestaltung als Schutz des Wettbewerbs. Das Geschäftsherrenmodell weicht hiervon jedoch ab, und stellt den Schutz des Geschäftsherrn in den Vordergrund. Allerdings stehen dem Geschäftsherrn bereits jetzt ausreichend zivilrechtliche Instrumente zur Verfügung, um im Fall von Korruption gegen den bestochenen Angestellten oder Beauftragten vorzugehen.<sup>279</sup>

---

<sup>275</sup> Rönnau/Golombek, ZRP 2007, 194

<sup>276</sup> Rönnau/Golombek, ZRP 2007, 194; Rönnau, StV 2009, 307

<sup>277</sup> Hauck, wistra 2010, 257

<sup>278</sup> Hauck, wistra 2010, 257; Rönnau, StV 2009, 306; Krack, in: FS-Samson, 380 f.

<sup>279</sup> Zöllner, GA 2009, 144 f.

Der Einsatz des Strafrechts ist zum Schutz des Geschäftsherrn mithin nicht erforderlich. Unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten ist die Einführung des Geschäftsherrenmodells daher sehr kritisch zu sehen. Richtigerweise sollte daher im Falle der Reformierung von § 299 StGB nicht auf das Merkmal der Bevorzugung im Wettbewerb verzichtet werden, sondern eine Ausweitung des Tatbestandes unter Beibehaltung des Wettbewerbsmodells angestrebt werden.

Nur auf diese Weise lässt sich auch einem systematischen Widerspruch zum Untreuetatbestand vorbeugen. Während § 266 StGB einen Vermögensschaden<sup>280</sup> des Geschäftsherrn voraussetzt, würde ein neuer § 299 StGB mit der Einführung des Geschäftsherrenmodells bereits zukünftige, abstrakte Vermögensgefährdungen strafrechtlich erfassen.<sup>281</sup> In vielen Fällen wäre dann sogar die versuchte Anstiftung zur Untreue als Bestechung im geschäftlichen Verkehr strafbar, was im evidenten Widerspruch zu § 266 StGB und § 30 Abs. 1 StGB steht.<sup>282</sup>

Die Bedenken gegen das Geschäftsherrenmodells sind folglich nur auf den ersten Blick dogmatischer Natur. Bei genauerer Betrachtung sind sie inhaltlich gerechtfertigt. Die internationalen Vorgaben hinsichtlich eines Tatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung stellen tatsächlich einen Bruch mit der derzeitigen Systematik der Bestechungstatbestände in Deutschland dar, der kaum zu rechtfertigen ist. Die Übernahme des Geschäftsherrenmodells ist daher abzulehnen. Bei der Neuformulierung von § 299 StGB sollte mithin das bestehende Wettbewerbsmodell beibehalten werden.

## **2. Formulierungsvorschlag**

Zur Erweiterung des bestehenden § 299 StGB auf den privaten Sektor unter Berücksichtigung der Erfüllung der internationalen Vorgaben einerseits und der oben dargestellten Bedenken gegen das „Geschäftsherrenmodell“ andererseits, könnte § 299 StGB wie folgt neu formuliert werden.<sup>283</sup>

---

<sup>280</sup> Nach herrschender Meinung reicht zur Erfüllung dieses Tatbestandsmerkmals zwar bereits eine Vermögensgefährdung, diese muss jedoch konkret sein, vgl. Fischer, § 266, Rn. 44

<sup>281</sup> Zöller, GA 2009, 146 f.

<sup>282</sup> Rönnauf/Golombek, ZRP 2007, 194 f.

<sup>283</sup> Abs. 1 des Vorschlags ist übernommen von Walther, WiJ 2012, 236; alternative Umformulierungen von § 299 StGB schlagen vor Pragal, ZIS 2006, 80 f. sowie Koepsel, 211 ff,

### *„§ 299 Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor*

*(1) Wer als Angestellter oder Beauftragter eines Unternehmens im in- oder ausländischen geschäftlichen Verkehr ohne Zustimmung des Unternehmens einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er durch rechtserhebliches Verhalten einem anderen in unlauterer Weise eine Begünstigung verschafft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.*

*(2) Ebenso wird bestraft, wer im in- oder ausländischen geschäftlichen Verkehr einem Angestellten oder Beauftragten eines Unternehmens einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihm oder einem anderen ohne Zustimmung des Unternehmens in unlauterer Weise eine Begünstigung verschafft.“*

Der vorgeschlagene Tatbestand basiert weiterhin auf dem bestehenden Wettbewerbsmodell, wie anhand des Merkmals der Verschaffung einer Begünstigung ersichtlich ist. Der Tatbestand ist jedoch nicht mehr auf Begünstigungen im Zusammenhang mit dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen beschränkt. Hinzugekommen ist hingegen das Merkmal, dass der Bestochene ohne Zustimmung des Unternehmens handelt.

### **3. Erfüllung der internationalen Vorgaben**

Der Wortlaut des vorgeschlagenen Tatbestandes weicht auf den ersten Blick erheblich von den Wortlauten der internationalen Mustertatbestände ab. Daher ist fraglich, ob der hier vertretene Vorschlag die Vorgaben der internationalen Vereinbarung an einen Tatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor erfüllt. Zur Erinnerung seien nochmals die bisher in Deutschland nicht umgesetzten Merkmale genannt: Der Tatbestand soll auch Unternehmensinhaber erfassen, Auslöser der Strafbarkeit soll eine Pflichtverletzung des Bestochenen gegenüber dem Unternehmen sein, und der Tatbestand soll auch Bestechungen im privaten Sektor erfassen.

#### **a. Erfassung von Unternehmensinhabern**

Art. 2 Abs. 1 EU-Rahmenbeschluss verlangt, dass der Tatbestand jegliche Personen erfasst, die für ein Unternehmen tätig sind. Hierzu gehört auch der Unternehmensinhaber. Der hier

vorgeschlagene Tatbestand erfasst als passiv bestochene Personen jedoch weiterhin „nur“ Angestellte und Beauftragte eines Unternehmens, nicht aber deren Inhaber.

Hierbei handelt es sich jedoch nur scheinbar um einen Widerspruch. Art. 2 Abs. 1 EU-Rahmenbeschluss setzt nämlich weiter voraus, dass die bestochene Person durch ihre Handlung eine Pflicht gegenüber dem Unternehmen verletzt. Der Inhaber eines Unternehmens handelt im Falle einer Bestechung aber nicht pflichtwidrig gegenüber dem Unternehmen. Er kann seine Pflichten nicht sich selbst gegenüber verletzen.<sup>284</sup> Auch wenn der Geschäftsinhaber also vom Täterkreis des Art. 2 Abs. 1 EU-Rahmenbeschluss erfasst ist, fällt dessen Bestechung im Ergebnis nicht in den Anwendungsbereich der Norm. Die Beschränkung des Täterkreises des vorgeschlagenen Tatbestandes verletzt mithin nicht die internationalen Vorgaben.

#### **b. Pflichtverletzung als Anknüpfungspunkt**

Die Strafbarkeit der bestochenen Person beruht in Art. 2 Abs. 1 EU-Rahmenbeschluss darauf, dass dieser durch die „gekaufte“ Handlung eine Pflicht gegenüber dem Unternehmen verletzt. Dieses Geschäftsherrenmodell ist im hier vorgeschlagenen Tatbestand nicht übernommen. Strafgrund ist hier vielmehr entsprechend des vorzugswürdigen Wettbewerbsmodells die Beeinträchtigung des Wettbewerbs.

Auch diese Abweichung kann jedoch relativiert werden. Durch das Merkmal des Handelns „ohne Zustimmung des Unternehmens“ enthält auch der hier vorgeschlagene Tatbestand ein Element der Pflichtverletzung. Ein bestochener Angestellter, der ohne Zustimmung des Unternehmens einen anderen unlauter begünstigt, verletzt üblicherweise dadurch seine Pflichten gegenüber dem eigenen Unternehmen.<sup>285</sup> Damit dürften die internationalen Vorgaben hinsichtlich der Pflichtverletzung erfüllt sein, obwohl der Tatbestand weiterhin auf dem Wettbewerbsmodell beruht.

#### **c. Erfassung des privaten Sektors**

Art. 2 Abs. 1 EU-Rahmenbeschluss ist nicht auf den gewerblichen Bereich beschränkt und erfasst damit auch den gesamten privaten Sektor. Durch den Verzicht auf die Beschränkung der Bevorzugung beim Bezug von Waren oder Dienstleistungen im hier vorgeschlagenen

---

<sup>284</sup> GRECO Evaluierungsbericht, Abs. 112, S. 34

<sup>285</sup> Walther, WiJ 2012, 245

Tatbestand, erfasst auch dieser Bestechungen im privaten Sektor. Mithin ist auch diese Vorgabe erfüllt.

#### **d. Zwischenergebnis**

Trotz des deutlich abweichenden Wortlauts dürfte der hier vorgeschlagene Tatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung die internationalen Vorgaben vollumfänglich erfüllen. Der Tatbestand erfasst jedenfalls im Ergebnis alle Konstellationen, die nach den internationalen Vorgaben kriminalisiert werden sollen.<sup>286</sup> Den Bedenken gegen die Einführung des Geschäftsherrenmodells wäre dennoch Rechnung getragen, indem der Tatbestand weiterhin eine Bevorzugung im Wettbewerb erfordert.

### **4. Erfassung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe**

Fraglich ist schließlich, ob der vorgeschlagene neue § 299 StGB auch die im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchte Bestechlichkeit und Bestechung von Sportlern oder Schiedsrichtern mit dem Ziel der Manipulation sportlicher Wettkämpfe erfasst.

#### **a. Täterkreis**

Der vorgeschlagene Tatbestand erfasst auf Seiten des Bestochenen Angestellte oder Beauftragte eines Unternehmens. Damit unterscheidet sich der Tatbestand hinsichtlich des erfassten Täterkreises nur unwesentlich von der bisherigen Formulierung, die Angestellte und Beauftragte eines geschäftlichen Betriebs erfasste.

Wie in Teil 2 gezeigt, sind Sportvereine oder Gesellschaften, die an professionellen Sportwettkämpfen teilnehmen, aufgrund ihrer Tätigkeit im wirtschaftlichen Verkehr als Unternehmen anzusehen.<sup>287</sup> Dasselbe gilt für Sportverbände, die kommerzielle Sportveranstaltungen und -wettbewerbe durchführen.<sup>288</sup>

Der bestochene Sportler ist aufgrund seiner vertraglichen Bindung an den Verein Angestellter seines Vereins und damit von dem vorgeschlagenen Tatbestand erfasst. Im Fall der Schiedsrichterbestechung besteht zwischen dem Verband und dem Schiedsrichter ein Dienstvertrag, aufgrund dessen der Schiedsrichter durch die Leitung des Wettkampfes für den

---

<sup>286</sup> Walther, WiJ 2012, 245

<sup>287</sup> Siehe oben, Teil 2 B.I.1.a.(1)

<sup>288</sup> Siehe oben, Teil 2 B.II.1.a.(1)



Verband tätig ist. Auch der Schiedsrichter ist mithin als Beauftragter eines Unternehmens von der Norm erfasst.

#### **b. Tathandlung**

Tathandlung der Bestechung ist das Anbieten, Versprechen oder Gewähren eines Vorteils. Auch an dieser Stelle unterscheidet sich der vorgeschlagene Tatbestand nicht von dem bisher gültigen § 299 StGB. Die Bezahlung oder Inaussichtstellung einer Verlustprämie an einen Sportler bzw. einer Bestechungsprämie an einen Schiedsrichter erfüllt diese Voraussetzungen unproblematisch.

Beim Tatbestand der Bestechlichkeit ist die Tathandlung entsprechend das Fordern, Sichversprechenlassen oder Annehmen eines solchen Vorteils. Auch dies ist auf Seiten des Sportlers oder Schiedsrichters bei der bestechungsbedingten Manipulation sportlicher Wettkämpfe erfüllt.

#### **c. Im geschäftlichen Verkehr**

Auch das Merkmal der Handlung des Täters im geschäftlichen Verkehr entspricht der aktuell gültigen Formulierung und ist bei der Annahme von Bestechungsgeldern zur Manipulation sportlicher Wettbewerbe durch Sportler und Schiedsrichter erfüllt.<sup>289</sup>

#### **d. Ohne Zustimmung des Unternehmens**

Neu ist hingegen die Voraussetzung, dass die bestochene Person den Vorteil ohne Zustimmung des Unternehmens annimmt. Auch dies wird jedoch bei der Bestechung von Sportlern und Schiedsrichtern in der Regel erfüllt sein. Die Annahme einer Verlustprämie durch den Sportler erfolgt ohne Zustimmung seines Vereins. Die Zustimmung würde er auch nicht erhalten, weil sein bestechungsbedingtes Handeln für den Verein nachteilig ist. Dasselbe gilt für den bestochenen Schiedsrichter, der das Bestechungsgeld ebenfalls ohne Zustimmung des Verbandes annimmt.

Lediglich eine Konstellation ist aufgrund dieses Merkmals nicht von dem vorgeschlagenen Tatbestand erfasst: Die Bestechung einer gesamten Mannschaft in Kenntnis deren Vereinsführung, wie es im Bundesliga-Skandal 1971 vorkam. Dort erfolgte die Annahme der Verlustprämie ausnahmsweise mit Zustimmung des Unternehmens. Dass dieser Sonderfall

---

<sup>289</sup> Siehe oben, Teil 2 B.I.1.a.(2)

nicht erfasst wird, lässt sich jedoch verkraften. Die Notwendigkeit des Merkmals „ohne Zustimmung des Unternehmens“ zur Erfüllung der internationalen Vorgaben überwiegt diese geringe Beschränkung des Anwendungsbereichs des Tatbestandes bei weitem.

#### **e. Verschaffung einer Begünstigung**

Der bestochene Sportler oder Schiedsrichter verspricht als Gegenleistung für das Bestechungsgeld, den Wettkampf zugunsten einer anderen Partei zu manipulieren. Er verschafft damit einem anderen eine Begünstigung. Diese erfolgt auch in unlauterer Weise, da das Verhalten des Sportlers oder Schiedsrichters einerseits die Pflichten gegenüber des jeweiligen Geschäftsherren und andererseits die übergeordneten Regeln des Wettbewerbs verletzt.

Die Verschaffung der Begünstigung erfolgt schließlich auch durch ein rechtserhebliches Verhalten des Sportlers oder Schiedsrichters. Das Verhalten der Sportler und Schiedsrichter im Wettbewerb hat jedenfalls mittelbar vermögensrechtliche Konsequenzen, sei es hinsichtlich der Auszahlung von Preisgeldern und Prämien oder – wie in den Fallkonstellationen in Teil 2 – hinsichtlich der Entscheidung über Auf- und Abstieg.

### **5. Zwischenergebnis**

Durch den Wegfall der Beschränkung auf die Bevorzugung beim Bezug von Waren oder Dienstleistungen ermöglicht der vorgeschlagene Tatbestand mithin eine Bestrafung der bestechenden Hintermänner sowie der bestochenen Sportler oder Schiedsrichter im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe. Dies wäre unabhängig davon möglich, ob die Bestechung sportintern oder extern motiviert ist. Die in Teil 2 aufgezeigte Regelungslücke wäre damit geschlossen.

### **IV. Internationales Beispiel: Frankreich**

Ein derartiger weitreichender Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor existiert in Frankreich in Form von Art. 445-1 des Strafgesetzbuchs (Code Pénal). Der Tatbestand erfasst alle beruflichen und sozialen Aktivitäten ohne Beschränkung auf wirtschaftliche Tätigkeiten. In deutscher Übersetzung lautet der Tatbestand wie folgt:

*„Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 75.000 € wird bestraft, wer einer anderen Person, ohne dass diese Amtsperson oder mit*

*Aufgaben des öffentlichen Dienstes betraut ist oder ein öffentliches Wahlmandat bekleidet, welche im Rahmen einer beruflichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit eine Führungsposition oder Tätigkeit für eine natürliche oder juristische Person oder für eine beliebige Organisation ausübt, Angebote, Versprechungen, Spenden, Geschenke oder beliebige Vorteile für sie selbst oder für einen anderen rechtswidrig, zu jeder Zeit, direkt oder indirekt in Aussicht stellt, damit diese unter Verletzung ihrer gesetzlichen, vertraglichen und beruflichen Pflichten eine Handlung ihrer Tätigkeit oder Position oder eine Handlung, welche durch ihre Tätigkeit oder Position erleichtert ist, vornimmt oder es unterlässt vorzunehmen oder weil diese eine solche Handlung vorgenommen hat oder es unterlassen hat, eine solche vorzunehmen.*

*Ebenso wird bestraft, wer einer vorbenannten Person auf Verlangen rechtswidrig, zu jeder Zeit, direkt oder indirekt Angebote, Versprechungen, Spenden, Geschenke oder beliebige Vorteile für sie selbst oder für einen anderen übermittelt, damit diese unter Verletzung ihrer gesetzlichen, vertraglichen oder beruflichen Pflichten vorbenannte Handlungen vornimmt oder weil sie diese vorgenommen hat oder damit diese es unterlässt, vorbenannte Handlungen vorzunehmen oder weil sie es unterlassen hat, diese Handlungen vorzunehmen.“*

Einen entsprechenden Tatbestand zur Bestrafung der passiv bestochenen Personen enthält Art. 445-2 code pénal.

In Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben stellt der Tatbestand auf eine Pflichtverletzung des Bestochenen gegenüber seinem Geschäftsherrn ab. Zudem ist der Anwendungsbereich des Tatbestands nicht auf wirtschaftliche Sachverhalte beschränkt, sondern erfasst auch den gesellschaftlichen Sektor. Damit erfüllt die Norm die internationalen Vorgaben.

Sie erfasst zudem auch die Manipulation sportlicher Wettbewerbe durch bestochene Sportler oder Schiedsrichter, sofern dies im professionellen Sport erfolgt. Bei Wettkämpfen im Profisport treten Sportler regelmäßig entweder für ihren Verein im Rahmen ihres Arbeitsvertrags oder auf der Grundlage eines Vertrags mit dem Veranstalter an. Mit der Teilnahme am Wettkampf üben die Sportler folglich im Rahmen einer beruflichen oder

gesellschaftlichen Tätigkeit eine Tätigkeit für eine juristische Person oder sonstige Organisation aus.<sup>290</sup>

Ungeachtet der Einschlägigkeit dieses allgemeinen Bestechungstatbestandes wurden im Januar 2012 zwei neue Paragraphen eingeführt, Art. 445-1-1 und Art. 445-2-1, die konkret die Bestechung und Bestechlichkeit von Sportakteuren zum Zweck der Manipulation sportlicher Wettbewerbe erfassen. Art. 445-1-1 kann wie folgt übersetzt werden:

*„Das in Art 445-1 genannte Strafmaß findet Anwendung auf jede Person, welche einem Akteur einer Sportveranstaltung, die Gegenstand von Sportwetten ist, Geschenke, Spenden oder beliebige Vorteile für ihn selbst oder einen anderen rechtswidrig, zu jeder Zeit, direkt oder indirekt verspricht oder anbietet, damit dieser durch Handlung oder Unterlassen den gewöhnlichen und fairen Ablauf dieser Veranstaltung beeinflusst.“*

Der Anwendungsbereich der Norm ist jedoch beschränkt auf bestechungsbedingte Manipulationen mit Wetthintergrund. Manipulationen ohne Wetthintergrund können weiterhin nur über die allgemeinen Tatbestände gegen Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor bestraft werden. Eine weitergehende Formulierung der neuen Tatbestände zur Erfassung auch von Manipulationen ohne Wetthintergrund wurde im Gesetzgebungsverfahren erörtert und auch konkret vorgeschlagen. Aufgrund von Zweifeln an der Erforderlichkeit eines derart weiten Tatbestandes wurde jedoch letztendlich die oben dargestellte engere Fassung verabschiedet.<sup>291</sup>

## **V. Stellungnahme und Ergebnis**

Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 299 StGB ist bereits aus politischen Gründen längst überfällig. Die dagegen eingewendeten Bedenken sind überwiegend dogmatischer Natur und ignorieren die tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Bestechlichkeit und Bestechung sind längst nicht mehr nur ein Problem im wirtschaftlichen Sektor, sondern gefährden auch im privaten Sektor in großem Maße Rechte und Rechtsgüter.

---

<sup>290</sup> CDPC (2012) 1, 43 f.

<sup>291</sup> EU-Kommission, Match-fixing in sport, 27

Auf die vorliegende Problematik von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport bezogen, ist die Erweiterung des bestehenden § 299 StGB in der vorgeschlagenen Form geeignet, das derzeitige Regelungsdefizit auszugleichen, indem sie eine strafrechtliche Verfolgung der Bestechlichkeit und Bestechung von Sportlern und Schiedsrichtern zur Manipulation sportlicher Wettkämpfe auf einer gesicherten Gesetzesgrundlage ermöglichen würde.

Nicht zuletzt das Beispiel Frankreichs zeigt, dass die Einführung eines weit gefassten Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor möglich ist und Bestechungssachverhalte im privaten Sektor, wie unter anderem bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe, erfassen kann.

## **B. Eigenständiger Straftatbestand gegen Spielmanipulationen**

Der zweite denkbare Ansatz für die Lösung des in Teil 2 gezeigten Regelungsdefizits ist die Einführung eines speziellen Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport.

Insbesondere in den letzten Jahren mehren sich die Stimmen, die zur Bekämpfung von Manipulationen im Sport die Einführung eines neuen Straftatbestandes befürworten. Ausgangspunkt dafür waren die Diskussionen um ein staatliches Anti-Doping-Gesetz zur Bekämpfung von Doping im Sport. Im Gegensatz zu dem bereits existierenden Schutz der Gesundheit sollte ein staatliches Anti-Doping-Gesetz auch den Schutz des Wettbewerbs und nicht zuletzt der Vermögenswerte der Beteiligten erreichen und damit insbesondere eine Bestrafung des bislang straflosen Selbstdopings zum Zwecke der Wettkampfmanipulation ermöglichen.

Ausgehend von diesen Überlegungen war es naheliegend, den Schutzbereich eines angedachten neuen Straftatbestandes auf die Manipulation sportlicher Wettbewerbe durch Bestechungen zu erweitern. Wie im Fall von Doping wird auch durch Bestechungen der Wettbewerb verfälscht, so dass die beteiligten Personen und die gefährdeten Rechtsgüter auf den ersten Blick vergleichbar sind.

Nachfolgend soll daher eingehend untersucht werden, ob die Einführung eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport möglich und erforderlich ist und wie ein solcher Tatbestand ausgestaltet werden müsste. In diesem Zusammenhang sollen bereits existierende Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit und Effektivität geprüft werden.

Da sich die wissenschaftliche Diskussion in diesem Zusammenhang bisher eher auf die Diskussion um ein Anti-Doping-Gesetz konzentriert, soll insbesondere untersucht werden, in wie weit sich die dort vorgebrachten Pro- und Contra-Argumente auf einen Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport übertragen lassen.

## **I. Politische Diskussionen**

### **1. International**

Die Gefahren von Bestechung und Bestechlichkeit konkret im Bereich des Sports wurden auf europäischer Ebene lange Zeit verkannt. Soweit ersichtlich wurde diese Problematik erstmals im Jahre 2008 in der „Resolution on Ethics in Sports“ als Ergebnis der elften Konferenz der Sportminister im Dezember 2008 in Athen thematisiert. Diese nennt Spielmanipulationen, Korruption und illegale Sportwetten als neue Herausforderungen für den Sport und erwähnt in diesem Zusammenhang unter anderem die Ratifizierung des Strafrechtsübereinkommens über Korruption (ETS 173) als mögliche Maßnahme.<sup>292</sup>

Diese Erkenntnisse mündeten schließlich in der Empfehlung der Ministerkonferenz zur Förderung der Integrität des Sports gegen die Manipulation von Sportergebnissen<sup>293</sup>, die am 28. September 2011 angenommen wurde. Die Empfehlung fordert die Mitgliedsstaaten unter anderem dazu auf, ihre bestehenden Rechtsnormen daraufhin zu untersuchen, ob diese die Manipulation von Sportergebnissen hinreichend erfassen.<sup>294</sup> Einen eher präventiven Ansatz ohne einen Ruf nach dem Strafrecht verfolgen demgegenüber die „*Council conclusions on combating match-fixing*“ des EU Council vom November 2011.<sup>295</sup>

Auch das EU Parlament befasste sich in den letzten Jahren wiederholt mit dem Problem der Manipulation sportlicher Wettbewerbe. Soweit ersichtlich wurden Spielmanipulationen erstmals in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2009 zu der Integrität von Online-Glücksspielen<sup>296</sup> erwähnt, in welcher die Manipulation sportlicher

---

<sup>292</sup> CM (2009)25, Appendix 3

<sup>293</sup> CM/Rec(2011)10

<sup>294</sup> CM/Rec(2011)10, Guidelines, C. 13.1

<sup>295</sup> EU-Amtsblatt 2011/C 378/01

<sup>296</sup> EP 2008/2215(INI)

Wettbewerbe im Zusammenhang mit Sportwetten als Problem erkannt wurde und die Mitgliedsstaaten zu Schutzmaßnahmen aufgefordert wurden.<sup>297</sup>

Ebenfalls noch eng im Zusammenhang mit Sportwetten wurden Spielmanipulationen in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. November 2011 zu Online-Glücksspielen im Binnenmarkt behandelt.<sup>298</sup> Die zunehmende Bedeutung der Manipulation sportlicher Wettbewerbe zeigt sich in dieser Entschließung dadurch, dass der Sport als eigenes Kapitel mit mehreren Punkten hervorgehoben wurde.<sup>299</sup>

Konkrete Forderungen an die Mitgliedsstaaten, insbesondere hinsichtlich der Einführung eines Straftatbestandes gegen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe, wurden in der jüngsten Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. Februar 2012 zu der europäischen Dimension des Sports formuliert.<sup>300</sup> Dort werden die Mitgliedsstaaten unter anderem aufgefordert, *„alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um illegale Machenschaften, die die Integrität des Sports untergraben, zu verhindern und zu bestrafen und als Straftatbestand festzulegen, insbesondere, wenn sie im Zusammenhang mit Wetttätigkeiten stehen, d.h. wenn sie die absichtliche betrügerische Manipulation der Ergebnisse eines Wettkampfes oder einer der Spielphasen umfassen, um einen Vorteil zu erlangen, der nicht ausschließlich aus dem üblichen Verlauf des Wettkampfs und der damit zusammenhängenden Unvorhersehbarkeit resultiert.“*<sup>301</sup>

Schließlich hat sich auch die EU Kommission mehrfach mit der Problematik von Spielmanipulationen befasst. In der Veröffentlichung *„Developing the European Dimension in Sport“*<sup>302</sup> vom 18. Januar 2011 werden Spielmanipulationen mit und ohne Wetthintergrund als Problem erkannt. Da die sportinternen Warnsysteme geringe Erfolge verzeichnen, verweist die Kommission bereits hier auf das staatliche Strafrecht als mögliche Gegenmaßnahme.<sup>303</sup>

---

<sup>297</sup> EP 2008/2215(INI), Nr. 9

<sup>298</sup> EP 2011/2084(INI)

<sup>299</sup> EP 2011/2084(INI), Nr. 32 ff.

<sup>300</sup> EP 2011/2087(INI)

<sup>301</sup> EP 2011/2087(INI), Nr. 84

<sup>302</sup> KOM(2011) 12

<sup>303</sup> KOM(2011) 12, Abs. 4.5

Auch in der Mitteilung „Korruptionsbekämpfung in der EU“<sup>304</sup> vom 6. Juni 2011 werden Spielabsprachen thematisiert und die Einführung von Mindeststandards für die Definition einschlägiger Straftatbestände als möglicherweise erforderliche Gegenmaßnahme erwähnt.<sup>305</sup>

## **2. Deutschland**

In Deutschland rückte die Gefahr von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport erstmals durch den Bestechungsskandal im Jahre 2006 in den politischen Fokus. Auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach Maßnahmen der Bundesregierung zur Vermeidung von Bestechung und Korruption im Bereich von Sportwetten<sup>306</sup> hin, sah diese jedoch die bestehenden Strafvorschriften wie Geldwäsche und Betrug sowie die Kontrolle von Wettanbietern durch Konzessionen als ausreichend an.<sup>307</sup>

Erneut ins politische Blickfeld rückte das Problem der Manipulation sportlicher Wettbewerbe erst wieder im Jahr 2009, begründet durch den Referentenentwurf eines Sportschutzgesetzes durch den Freistaat Bayern unter Federführung der bayerischen Justizministerin Beate Merk.<sup>308</sup> Neben umfangreichen Regelungen zur Bestrafung von Doping im Sport sah der Entwurf auch einen Tatbestand zur Sanktion von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport vor. Die öffentliche Diskussion beschränkte sich jedoch nahezu ausschließlich auf den Doping-Teil des Entwurfs. Dieser fand im Bundesrat keine hinreichende Unterstützung, woraufhin der Referentenentwurf nicht weiter verfolgt wurde.

In der Bundespolitik dauerte es bis zum Jahr 2010 bis Korruption im Sport wieder thematisiert wurde. Erneut ging die Initiative dazu von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, die im Zusammenhang mit der Aufnahme des Sports in den Vertrag von Lissabon verbesserte Maßnahmen gegen Korruption und Sportwettenbetrug von der Bundesregierung forderten.<sup>309</sup> Vergleichbare Anträge der Fraktionen der SPD<sup>310</sup> sowie der CDU/CSU und FDP<sup>311</sup> befassten sich hingegen kaum bzw. gar nicht mit der Problematik der Korruption und Bestechung im Sport. Zumindest wurde das Thema aber erstmals im Sportausschuss ernsthaft

---

<sup>304</sup> KOM(2011) 308

<sup>305</sup> KOM(2011) 308, Abs. 4.7

<sup>306</sup> BT-Drs. 16/1943 vom 23.06.2006

<sup>307</sup> BT-Drs. 16/2189 vom 11.07.2006

<sup>308</sup> [http://www.justiz.bayern.de/imperia/md/content/stmj\\_internet/ministerium/ministerium/gesetzgebung/entwurf\\_sportschutzgesetz\\_30112009.pdf](http://www.justiz.bayern.de/imperia/md/content/stmj_internet/ministerium/ministerium/gesetzgebung/entwurf_sportschutzgesetz_30112009.pdf)

<sup>309</sup> BT-Drs. 17/1420 vom 21.04.2010

<sup>310</sup> BT-Drs. 17/1406 vom 20.04.2010

<sup>311</sup> BT-Drs. 17/2129 vom 16.06.2010



diskutiert, ohne dass jedoch konkrete Maßnahmen oder gar eine Anpassung der Strafgesetze erörtert wurden.<sup>312</sup>

Die Sportberichte der Bundesregierung, in welchen die Sportpolitik der Bundesregierung regelmäßig dokumentiert wird, sind bis heute kein einziges Mal auf die Problematik bestechungsbedingter Manipulationen eingegangen. Die Forderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach einem eigenen Kapitel über die Bekämpfung der Korruption in zukünftigen Sportberichten<sup>313</sup> wurde von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP abgelehnt, da eine Prüfung und Berichterstattung durch andere Stellen bereits erfolge.

Eine Anfrage der SPD-Fraktion<sup>314</sup> zu einem neuen Straftatbestand Sportbetrug als Instrument gegen Korruption und Manipulation beantwortete die Bundesregierung erneut mit dem Verweis auf die angesichts der Verurteilungen im aktuellen Wettskandal angeblich ausreichende existierende Strafverfolgung.<sup>315</sup>

Auf die Frage nach konkreten Maßnahmen gegen Korruption im Sport verweist die Bundesregierung schließlich weiterhin auf die Autonomie des Sports und sieht eine staatliche Strafverfolgung lediglich als Begleitmaßnahme an.<sup>316</sup>

### **3. Zusammenfassung**

Es zeigt sich also deutlich, dass das Ausmaß der Gefahr durch Korruption und Bestechung im Sport sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene lange Zeit deutlich unterschätzt wurde und auch weiterhin wird. In Deutschland bot nicht einmal der Bestechungsskandal in der Fußball-Bundesliga 2006 genügenden Anlass, eine ernsthafte politische Diskussion um Manipulationen im Sport in Gang zu setzen. Erst in den letzten Jahren wurde die Problematik mit zunehmender Intensität erörtert.

Auffällig ist dabei, dass die Diskussion auf internationaler Ebene von Anfang an nicht auf Spielmanipulationen mit Wetthintergrund beschränkt wurde, sondern auch sportintern motivierte Manipulationen berücksichtigt und als gefährlich erachtet wurden. Zwar stehen weiterhin Manipulationen mit Wetthintergrund im Mittelpunkt der Diskussion, die

---

<sup>312</sup> BT-Drs. 17/2468 vom 07.07.2010

<sup>313</sup> BT-Drs. 17/4420, Anschlussdrucksache 17 (5) 59 vom 18.01.2011

<sup>314</sup> BT-Drs. 17/6530 vom 07.07.2011

<sup>315</sup> BT-Drs. 17/6672 vom 26.07.2011

<sup>316</sup> BT-Drs. 17/7312 vom 14.10.2011

Empfehlungen und Forderungen der europäischen politischen Institutionen hinsichtlich des Einsatzes des staatlichen Strafrechts beziehen sich jedoch ausnahmslos auch auf sportintern motivierte Manipulationen.

In Deutschland beschränkt sich die Diskussion hingegen bis heute im Wesentlichen auf Manipulationen mit Wetthintergrund. Die Gefahren von sportintern motivierten Manipulationen werden offensichtlich weniger ernst genommen. Dementsprechend hält sich auch bis heute die Überzeugung, dass die bestehende Rechtslage in Deutschland ausreichend ist, um Manipulationen im Sport adäquat zu verfolgen und sanktionieren zu können.

Demgegenüber werden auf europäischer Ebene mit zunehmender Intensität Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur konkreten Bekämpfung von Korruption im Sport gefordert. Dies zeigt, dass jedenfalls auf dieser Ebene die Gefahren erkannt sind und Veränderungen bis hin zur Anpassung der nationalen Gesetze für notwendig erachtet werden.

## **II. Vorschläge**

Anders als in der deutschen Politik, die, wie eben gezeigt, von der Wirksamkeit der bestehenden Rechtslage überzeugt ist, gibt es in der Praxis einige Befürworter der Einführung eines eigenständigen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport. In der straf- und sportrechtlichen Literatur wurden in der Vergangenheit gar vereinzelt konkrete Vorschläge für die Formulierung eines solchen Tatbestandes gemacht. Bevor die Argumente für und gegen einen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport allgemein erörtert werden, sollen daher zunächst die hierzu bis heute vorgebrachten Vorschläge dargestellt werden.

Ausgeblendet sollen dabei die Vorschläge werden, die keinen konkreten Bezug zu Bestechlichkeit und Bestechung haben, sondern sich ausschließlich auf Wettbewerbsmanipulationen durch Doping beziehen.<sup>317</sup>

### **1. Vorschlag von Rössner und Bannenberg**

Zwei der intensivsten Verfechter einer gesetzlichen Regelung gegen Manipulationen im Sport sind *Rössner* und *Bannenberg*. Erstmalig im Rahmen des Abschlussberichts der

---

<sup>317</sup> So z.B. die Ansätze von Fritzweiler, SpuRt 1998, 235 und Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1751

Rechtskommission des Sports gegen Doping (ReSpoDo) im Jahre 2005 haben sie die Einführung eines Tatbestandes gegen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe vorgeschlagen.<sup>318</sup> Der Vorschlag, den die Autoren an mehreren anderen Stellen aufgegriffen haben<sup>319</sup>, lautet wie folgt:

*„§ 298 a Wettbewerbsverfälschungen im Sport*

- (1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auf den Ablauf eines sportlichen Wettkampfs durch den Einsatz verbotener Mittel zur Leistungssteigerung, mit wissentlich falschen Entscheidungen oder ähnlich schwerwiegenden unbefugten Manipulationen einwirkt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft.*
- (2) In besonders schweren Fällen ist die Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis zu 10 Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter*
  - 1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Wettbewerbsverfälschungen nach Abs. 1 verbunden hat,*
  - 2. einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt,*
  - 3. seine Vertrauensstellung als Arzt, Trainer, Schiedsrichter oder Funktionsträger missbraucht.*

*§ 299 a Bestechlichkeit und Bestechung im sportlichen Wettkampf*

- (1) Wer als Teilnehmer oder als Verantwortlicher für die Veranstaltung von Sportwettkämpfen einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür erfordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er auf den Ablauf eines sportlichen Wettkampfs mit den Mitteln des § 298 a Abs. 1 einwirkt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

---

<sup>318</sup> ReSpoDo, 37 f.

<sup>319</sup> Bannenberg/Rössner, in: Weinreich, 225 f.; Bannenberg/Rössner, in: FS-Schild, 73 f.; Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, Teil 10, Rn. 138

- (2) Ebenso wird bestraft, wer zu Zwecken der Beeinflussung eines sportlichen Wettkampfs einem Athleten oder Verantwortlichen für die Veranlassung einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, dass er auf den Ablauf eines sportlichen Wettkampfs mit den Mitteln nach § 298 Abs. 1 einwirkt.“*

Der Vorschlag ist an den bestehenden strafrechtlichen Wettbewerbsschutz angelehnt. Die Verfasser versuchen dabei, mit zwei neuen Tatbeständen alle bekannten Formen von Wettbewerbsverfälschungen im Sport zu erfassen und eine Bestrafung aller potentiell Beteiligten an einer Wettkampfmanipulation zu ermöglichen.

## **2. Vorschlag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

In der Politik waren es in den vergangenen Jahren vorrangig Politiker der Partei Bündnis 90/Die Grünen, die weitergehende staatliche Regelungen zur Bekämpfung von Manipulationen im Sport befürworteten. Nachdem diese längere Zeit lediglich abstrakt in verschiedenen Anträgen die Einführung eines Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport forderten, legten sie schließlich im Jahr 2007 im Sportausschuss des Bundestages folgenden konkreten Entwurf eines Straftatbestandes vor:<sup>320</sup>

### *„§ 298 a Verfälschung des wirtschaftlichen Wettbewerbs im Sport*

- (1) Wer auf einen sportlichen Wettbewerb, der für die Erwerbsaussichten der Teilnehmenden von bedeutendem wirtschaftlichen Wert ist, dadurch einwirkt, dass er im Wettbewerb*

- 1. verbotene Mittel (Dopingmittel) oder Methoden (Dopingmethoden) zur Leistungssteigerung nutzt oder*
- 2. als Schieds- oder Wertungsrichter wissentlich falsche Entscheidungen trifft*

*wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

- (2) Der Versuch ist strafbar.*

---

<sup>320</sup> Anlage 3 zur BT-Drs. 16/5937

[...]

*(5) In besonders schweren Fällen wird eine Tat nach Absatz 1 mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Ein besonders schwerer Fall liegt vor, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach Absatz 1 zusammengefunden hat.“*

Schutzgut des Entwurfs soll der faire Wettbewerb im wirtschaftlich relevanten Bereich des Sports sein, weshalb der vorgeschlagene Tatbestand den Amateursport ausklammert. Die Abgrenzung zwischen dem Amateur- und Profisport erfolgt über das Tatbestandsmerkmal „bedeutender wirtschaftlicher Wert“, der sich an die vergleichbare Formulierung in den §§ 305a, 315 StGB anlehnt.

Anders als der Entwurf von Rössner und Bannenberg verzichten die Grünen aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Bestimmtheit des Tatbestandes auf eine allgemeine Tatbestandsalternative. Der Entwurf beschränkt sich daher auf die zwei konkreten Manipulationshandlungen in Absatz 1.

### **3. Referentenentwurf des Freistaats Bayern**

Auf Landesebene hat sich schon seit längerer Zeit der Freistaat Bayern und dort insbesondere die Justizministerin Beate Merk für eine strafrechtliche Bekämpfung von Manipulationen im Sport ausgesprochen. Ein erster Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Dopings im Sport im Jahre 2006 wurde im Bundesrat abgelehnt. Der Entwurf enthielt bereits einen Tatbestand des Sportbetrugs, dieser beschränkte sich jedoch noch auf Manipulationen durch Doping. Manipulationen durch Bestechung und Bestechlichkeit konnten unter diesen ersten Entwurf nicht subsumiert werden.

Diese Lücke wurde im neuen Referentenentwurf vom 30. November 2009 geschlossen, indem der Gesetzesentwurf um folgenden Paragraphen ergänzt wurde:<sup>321</sup>

*„Gesetz zur Bekämpfung des Dopings und der Korruption im Sport*

[...]

---

<sup>321</sup> Referentenentwurf, 8

## *§ 6 Bestechlichkeit und Bestechung im Sport*

- (1) Wer als Teilnehmer, Trainer eines Teilnehmers oder Schiedsrichter eines sportlichen Wettkampfes (§ 1 Abs. 5) einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er das Ergebnis oder den Verlauf eines sportlichen Wettkampfes in unlauterer Weise beeinflusse, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*
- (2) Ebenso wird bestraft, wer einem Teilnehmer, Trainer eines Teilnehmers oder Schiedsrichter eines sportlichen Wettkampfes (§ 1 Abs. 5) einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er das Ergebnis oder den Verlauf eines sportlichen Wettkampfes in unlauterer Weise beeinflusse.*
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Handlungen in einem ausländischen Wettkampf.*
- (4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn*
  - 1. sich die Tat auf einen Vermögensvorteil großen Ausmaßes bezieht oder*
  - 2. der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten zusammengeschlossen hat.“*

Auch dieser Entwurf ist an die Straftatbestände gegen Wettbewerbsbeschränkungen angelehnt. So entsprechen die Tathandlung sowie der Vorteil den gleichlautenden Tatbestandsmerkmalen des § 299 StGB. Wie in diesem ist zudem auch in dem vorgeschlagenen neuen Tatbestand eine Unrechtsvereinbarung zwischen den Beteiligten erforderlich, die sich auf eine bestimmt künftige Einflussnahme, auf den Verlauf oder das Ergebnis des Wettkampfs bezieht. Diese Einflussnahme muss zumindest geeignet sein, Auswirkungen auf den Verlauf oder das Ergebnis des Wettbewerbs zu haben. Ein Erfolg ist hingegen nicht erforderlich.

Bevor die dargestellten Vorschläge rechtlich beurteilt werden, sollen die Argumente gegen die Einführung eines neuen Spezialstrafatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport bzw. die Anforderungen an einen solchen Tatbestand allgemein erörtert werden.

### **III. Verfassungsrechtliche Hürden**

Die Kritiker einer Verstaatlichung des Kampfes gegen Manipulationen im Sport wenden auf verschiedenen Ebenen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Einführung eines Straftatbestandes ein. Diese sollen nachfolgend dargestellt und auf ihre Begründetheit untersucht werden. Wie bereits erwähnt, konzentriert sich die inhaltliche Diskussion um einen Straftatbestand gegen Manipulationen im Sport bislang nahezu ausschließlich auf Dopingsachverhalte. Daher sollen unter anderem die in diesem Zusammenhang vorgebrachten zentralen Argumente gegen eine staatliche Strafnorm darauf untersucht werden, ob diese auch einem Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen entgegengehalten werden können.

#### **1. Geschütztes Rechtsgut eines neuen Straftatbestandes**

Bereits grundlegend umstritten ist, welches Rechtsgut ein Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen im Sport schützen soll. Hintergrund dieser Frage ist, dass ein neuer Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport insbesondere die bisher nicht sanktionierte absichtliche Verfälschung des Wettbewerbs durch Sportler und Schiedsrichter erfassen soll. Wie in Teil 1 eingehend beschrieben, sind die entsprechenden Verhaltensweisen auf Seiten des Sportlers die bestechungsbedingte absichtliche Schlechtleistung und auf Seiten des Schiedsrichters das bestechungsbedingte Treffen absichtlicher Fehlentscheidungen. Diese Verhaltensweisen erscheinen auf den ersten Blick zwar verwerflich, aber möglicherweise nicht zwingend strafrechtsrelevant. Daher stellt sich die Frage, ob durch die Manipulation sportlicher Wettbewerbe ein Rechtsgut gefährdet ist, dessen Schutz den Eingriff des Strafrechts rechtfertigt.

## **a. Grundlagen**

Dem Strafrecht wird gemeinhin die Aufgabe des Rechtsgüterschutzes übertragen.<sup>322</sup> Ein legitimer Einsatz des Strafrechts setzt also zunächst voraus, dass das zu sanktionierende Verhalten ein Rechtsgut von Verfassungsrang gefährdet oder verletzt.

Bereits an dieser Stelle ist jedoch umstritten, welche Rechtsgüter den Einsatz des Strafrechts rechtfertigen. Die sogenannte Frankfurter Schule will den Einsatz des Strafrechts auf den Schutz von Individualrechtsgütern wie Leben, Leib, Eigentum und Freiheit beschränken. Zum Schutz von Allgemeinrechtsgütern, wie z.B. die öffentliche Ordnung, Religion, Wettbewerb oder Umwelt, soll das Strafrecht nur dann eingesetzt werden, wenn zumindest auch individuelle Interessen betroffen sind.<sup>323</sup>

Die mittlerweile herrschende Meinung in der Literatur erkennt den Einsatz des Strafrechts zum Schutz überindividueller Rechtsgüter hingegen an.<sup>324</sup> Dem ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung und den damit zusammenhängenden neuen sozialen Problemstellungen zuzustimmen. Der Ansatz, das Strafrecht nicht auf jedes neue soziale Problem auszuweiten, ist zwar grundsätzlich richtig. Die Begrenzung des Anwendungsbereichs des Strafrechts kann jedoch durch eine strenge Beschränkung auf den Schutz individueller Rechtsgüter nicht angemessen erreicht werden.<sup>325</sup> Richtigerweise ist der Einsatz des Strafrechts grundsätzlich zum Schutz aller verfassungsrechtlich anerkannten Rechtsgüter zulässig. Es ist jedoch in jedem Einzelfall anhand einer Güter- und Interessenabwägung zu prüfen, ob das Strafrecht das geeignete, erforderliche und angemessene Mittel zum Schutz des betroffenen Rechtsguts ist.<sup>326</sup>

Aufgrund der dargestellten Meinungsverschiedenheiten über die Reichweite und Bedeutung des Rechtsgutsbegriffs im Strafrecht hat sich für diesen auch bislang keine überzeugende Definition durchgesetzt.<sup>327</sup> Unter anderem deshalb wird die Eignung des Rechtsguts als

---

<sup>322</sup> Roxin, Strafrecht AT, § 2, Rn. 1; MK-Radtke, vor § 38, Rn. 3; MK-Joecks, Einleitung, Rn. 29; Lackner/Kühl-Kühl, vor § 13, Rn. 4; Schönke/Schröder-Lenckner/Eisele, vor § 13, Rn. 8; Wessels/Beulke, Rn. 6

<sup>323</sup> AK-Hassemer, vor § 1, Rn. 275; ähnlich ders. NStZ 1989, 557; ausführlich zu den Rechtsguttheorien NK-Hassemer, vor § 1 StGB, Rn. 108

<sup>324</sup> Wessels/Beulke, Rn. 7

<sup>325</sup> Vgl. Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 219; dies. in: FS-Schild, 65 f.

<sup>326</sup> Roxin, § 2, Rn. 9; ständige Rechtsprechung des BVerfG, siehe nur BVerfGE 90, 145 ff.

<sup>327</sup> Einen Überblick über die verschiedenen Definitionen bietet Hefendehl, GA 2007, 1; verkürzt zusammengefasst auch bei Grotz, ZJS 2008, 343; Rönnau, JuS 2009, 209



Kriterium für die Pönalisierung bestimmter Handlungen in der Literatur zunehmend bezweifelt.<sup>328</sup>

Dieser Tendenz folgt auch das Bundesverfassungsgericht. In seinem viel beachteten Urteil zur Verfassungsmäßigkeit des § 173 Abs. 2 S. 2 StGB (Geschwisterinzeß) hat das BVerfG dem Gesetzgeber einen weiten Beurteilungsspielraum bei der Einführung neuer Straftatbestände eingeräumt. Strafnormen müssten zwar verfassungsmäßig sein, darüber hinaus könne die Rechtsgutslehre jedoch keine Beschränkung der mit der Strafnorm verfolgten Zwecke begründen.<sup>329</sup>

Das BVerfG erteilt dem Rechtsgut als wesentliches Element eines Straftatbestands damit jedoch keine komplette Absage. Es erkennt das Strafrecht weiterhin als ultima ratio des Rechtsgüterschutzes an, überlässt aber dem Gesetzgeber die Entscheidung darüber, ob und wie ein Rechtsgut strafrechtlich geschützt wird.<sup>330</sup>

Es bleibt also festzuhalten, dass die Einführung eines neuen Straftatbestandes wohl zumindest formal weiterhin nicht um die Festlegung eines konkreten geschützten Rechtsguts herum kommt, und sei es nur zur Ermöglichung der teleologischen Auslegung der Norm.<sup>331</sup> Die Anforderungen an das geschützte Rechtsgut dürfen jedoch keinesfalls überbewertet werden. In Betracht kommt der Einsatz des Strafrechts immer dann, wenn ein bestimmtes Verhalten ein verfassungsrechtlich anerkanntes Rechtsgut betrifft und über dessen Beeinträchtigung hinaus in besonderer Weise sozialschädlich und für das geordnete Zusammenleben der Menschen unerträglich, seine Verhinderung daher besonders dringlich ist.<sup>332</sup>

Vor diesem Hintergrund sollen nachfolgend die für einen Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport in Betracht kommenden Rechtsgüter erörtert werden.

---

<sup>328</sup> König, JA 2007, 573; Pragal, ZIS 2006, 63, 64 f.; eine Zusammenfassung der Kritik findet sich bei NK-Hassemer/Neumann, vor § 1, Rn. 116 ff., MK-Joecks, Einleitung, Rn. 32 ff. sowie Roxin, Strafrecht AT, § 2, Rn. 103 ff, 120, jeweils mit weiteren Nachweisen

<sup>329</sup> BVerfG, NJW 2008, 1137, Rn. 38 f.; dazu kritisch Schönke/Schröder-Lenckner/Eisele, vor § 13, Rn. 10a m.w.N.

<sup>330</sup> BVerfG NJW 1969, 1619, 1621; BVerfG, NJW 2008, 1137, Rn. 35; dazu kritisch Hörnle, NJW 2008, 2085

<sup>331</sup> Aus diesem Grund beginnen viele Strafrechtskommentatoren zurecht, trotz der Kritik am Rechtsgutbegriff, die Erläuterungen der Tatbestände im Besonderen Teil mit Ausführungen zum geschützten Rechtsgut, vgl. Kudlich, JA 2007, 90; MK-Joecks, Einleitung, Rn. 38; zustimmend Roxin, Strafrecht AT, § 2, Rn. 4

<sup>332</sup> BVerfG, NJW 2008, 1137, Rn. 35; BVerfG, NJW 1998, 443; BVerfG NJW 1993, 1751, 1754; So auch Jahn, ZIS 2006, 58

## **b. Sport**

Als solches Rechtsgut kommt zunächst der Sport als Institution in Betracht. Der Sport als staatliche Aufgabe ist zwar auf Bundesebene im Grundgesetz nicht festgesetzt<sup>333</sup>, sein Schutz, seine Pflege bzw. seine Förderung ist jedoch in nahezu allen Länderverfassungen als staatliche Aufgabe verankert.<sup>334</sup> Einzig in der Landesverfassung Hamburgs wird der Sport nicht als staatliche Aufgabe erwähnt. Dies zeigt zumindest auf Landesebene, dass der Sport ein zentrales Element der Gesellschaft ist, dessen Schutz eine Aufgabe von Verfassungsrang darstellt.<sup>335</sup>

Doch nicht nur auf Landesebene ist der Sport verfassungsrechtlich verankert. Auch auf europäischer Ebene hat der Sport Einzug in die Verfassung gefunden. Im Vertrag über eine Verfassung für Europa war in Art. III – 282 Abs. 1 g eine sehr konkrete Formulierung der staatlichen Aufgabe des Schutzes des Sports vor Manipulationen vorgesehen.<sup>336</sup> Zwar scheiterte die Ratifizierung des EU-Vertrages, der Vertrag von Lissabon (AEUV) als mittlerweile rechtskräftiger Nachfolger des EU-Vertrages enthält jedoch in seinem Art. 165 eine nahezu identische Formulierung. Er schreibt als Ziel der Union vor, in Anbetracht der sozialen Funktion des Sports die Fairness und Offenheit von Sportwettkämpfen zu schützen. Auf den ersten Blick scheint dies den Status des Sports als Rechtsgut mit Verfassungsrang zu manifestieren und damit die Tür zu staatlichen Maßnahmen zum Schutz des Sports vor Manipulationen weit zu öffnen.

Die zitierten Normen, in denen der Sport manifestiert ist, können diesen jedoch trotz allem nicht zum grundgesetzlichen Verfassungsgut erheben,<sup>337</sup> denn das einzige maßgebliche bundesdeutsche Grundgesetz erwähnt den Sport eben gerade nicht. Zudem ändern auch die vereinzelt gesetzlich Verankerungen des Sports nichts daran, dass der Sport als solcher keine normierbare Institution ist, da er nicht notwendig die Einhaltung von Regeln voraussetzt. Der Sport als Gesamtheit umfasst nicht nur den organisierten oder gar wettkampfmäßigen Sport, sondern jegliche sportliche Aktivität, unabhängig von deren Zeit,

---

<sup>333</sup> Die Frage, ob eine Aufnahme des Sports in das Grundgesetz notwendig ist, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Einen Überblick zum Meinungsstand bietet Humberg, ZRP 2007, 57; dagegen Schneider, ZRP 2007, 202

<sup>334</sup> Art. 62a HV; Art. 140 Abs. 3 BayVerf; Art. 3c BW-LV; Art. 35 BbgVerf; Art. 36 a BremVerf; Art. 6 NDSVerf; Art. 18 Abs. 3 NRW-Verf; Art. 40 Abs. 4 RhPfVerf; Art. 34a SLVerf; Art. 11 Abs. 1, 2 SaVerf; Art. 9 Abs. 3 SHVerf; Art. 30 Abs. 3 ThürVerf; Art. 16 Abs. 1 MVVerf; Art. 36 LSAVerf; Art. 32 BLNVerf

<sup>335</sup> So auch Bannenberg, SpuRt 2007, 156

<sup>336</sup> Auch hierauf weist Bannenberg hin, SpuRt 2007, 156

<sup>337</sup> Bottke, 105

Ort, Motivation und Organisation. Eine Aufnahme des Sports als Institution in das Grundgesetz würde konkret gesagt z.B. jede freizeitmäßige Joggingrunde oder jede private Radtour erfassen, was zweifelsohne zu weit geht.

Mithin kann erst der durch Regeln konkretisierte Wettbewerb den Rechtsgutscharakter des Sports begründen. Folglich kann höchstens der sportliche Wettkampf als Institution ein anzuerkennendes Rechtsgut einer neuen Strafnorm sein, nicht aber der Sport an sich.<sup>338</sup>

### **c. Fairness/Sportethos**

Nehmen Sportler aufgrund einer Bestechung bewusst eine Niederlage im Wettbewerb in Kauf, so widerspricht dies der Fairness bzw. dem Ethos des Sports. Denn der sportliche Wettbewerb ist ganz grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, dass die beteiligten Sportler den Sieg anstreben. Eine absichtliche Niederlage pervertiert daher den Gedanken des Wettkampfsports.

Dasselbe gilt für Schiedsrichter, die aufgrund einer Bestechung absichtlich falsche Entscheidungen treffen. Schiedsrichter sollen die Einhaltung der Regeln im Wettbewerb unparteiisch überwachen, so dass eine bewusste Bevorteilung einer Partei gegen die Fairness und das Sportethos verstößt.

Ob das Sportethos und die Fairness des sportlichen Wettbewerbs jedoch Rechtsgüter darstellen, die das Eingreifen des Strafrechts rechtfertigen, ist sehr umstritten. Dabei können hinsichtlich dieser Rechtsgüter Argumente aus der Diskussion um ein Anti-Doping-Gesetz entsprechend herangezogen werden, da die Manipulation des Wettbewerbs durch Bestechlichkeit einerseits und durch Selbstdoping andererseits in derselben Weise gegen das Sportethos und die Fairness im Wettbewerb verstößt.

Das Sportethos als Schutzziel eines Straftatbestandes stand insbesondere bei den frühen Überlegungen bezüglich staatlicher Sanktionen im Blickpunkt. So hatten *Cherkeh/Momsen* in einem von ihnen angeregten zukünftigen Doping-Tatbestand ein Sonderdelikt zum Schutz des Sportethos im Auge.<sup>339</sup> Auch die ersten Gesetzesinitiativen zur Bestrafung der Sportler im Bereich Doping wurden mit den ethisch-moralischen Werten des Sports<sup>340</sup> bzw. der Fairness

---

<sup>338</sup> Heger, *SpuRt* 2007, 154

<sup>339</sup> Cherkeh/Momsen, *NJW* 2001, 1751

<sup>340</sup> BT-Drs. 16/5526, 1

und Chancengleichheit im Wettbewerb<sup>341</sup> begründet. Als Elemente eines solchen Rechtsguts des Sportethos werden dabei regelmäßig das Fairplay, die Chancengleichheit sowie die Glaubwürdigkeit des Sports benannt.<sup>342</sup> Diese seien durch manipulierende Verhaltensweisen gefährdet und rechtfertigten den Eingriff des Strafrechts.

aa) Für das Sportethos als Rechtsgut argumentiert *Nolte*, dass insbesondere die Chancengleichheit nicht nur ein hohes sportliches Gut, sondern zugleich ein rechtsethisches Gut sei. Über die in Art. 9 GG garantierte Vereinigungsfreiheit der Sportverbände sollen die sportethischen Grundregeln Verfassungscharakter erlangen, so dass das Sportethos ein grundrechtliches Schutzgut sei.<sup>343</sup>

Hinsichtlich des Rechtsgutcharakters der Chancengleichheit argumentiert *König*, dass eine durch Manipulationen beeinträchtigte Chancengleichheit letztendlich dazu führt, dass auch ehrliche Sportler zur Manipulation verleitet werden, um die Chancengleichheit wieder herzustellen.<sup>344</sup> Dadurch werde aus dem vermeintlich moralischen Gut der Chancengleichheit ein handfestes, schützenswertes Rechtsgut.<sup>345</sup> *Kargl* zieht in diesem Zusammenhang einen Vergleich zu § 332 StGB, bei dem mit der „Reinheit der Amtsführung“ ebenfalls ein eher ethisch-moralisches Rechtsgut anerkannt ist.<sup>346</sup>

Schließlich wird dem Sportethos auch wettbewerbsschützender Charakter zugeordnet. Chancengleichheit und Fairness seien mit dem Rechtsgut des freien Wettbewerbs gleichrangig<sup>347</sup> und das Sportethos daher lediglich eine Ausprägung des lautereren Wettbewerbs.<sup>348</sup>

Die dargestellten Argumente sind durchaus gewichtig. Insbesondere die Begründung von *König* mit der Auswirkung auf das Verhalten der ehrlichen Sportler ist nicht so einfach von der Hand zu weisen. Dies hat sich eindrucksvoll beim Bundesliga-Skandal 1971 gezeigt, bei dem sich die Manipulation von Spielen nach dem Bekanntwerden der ersten Fälle rasant ausgebreitet hat und darin endete, dass sich der Ausgang der Spiele bald nur noch danach

---

<sup>341</sup> BR-Drs. 658/06, 16

<sup>342</sup> Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1745, 1748; Turner, ZRP 1992, 122; Steiner, NJW 1991, 2733; Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 216

<sup>343</sup> Nolte, 140

<sup>344</sup> König, SpuRt 2010, 107

<sup>345</sup> König, JA 2007, 573, 576

<sup>346</sup> Kargl, NSTZ 2007, 489, 495, der eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieses Rechtsguts jedoch verneint

<sup>347</sup> BR-Drs. 658/06

<sup>348</sup> Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1745, 1751

richtete, wer die höheren Bestechungsgelder bezahlt hat. Ob diese Gefahr jedoch aus der Chancengleichheit als Element des Sportethos ein Rechtsgut von Verfassungsrang macht, muss bezweifelt werden. Jedenfalls bewegt sich dieses Argument weg vom Aspekt der Chancengleichheit und hin zum Aspekt der Handlungsfreiheit der Beteiligten, die später noch betrachtet werden soll.

bb) Hauptargument gegen ein Rechtsgut „Sportethos“ ist, dass es sich hierbei um einen rein ethisch-moralischen Wert handele, der nicht im Rang fundamentaler Verfassungsgüter stehe und daher den Einsatz des Strafrechts nicht rechtfertige.<sup>349</sup> Auch Art. 9 GG mache aus sportinternen Werten keine Rechtsgüter. Im Gegenteil ergebe sich aus der Vereinsfreiheit vielmehr, dass der Staat in die Regeln des Sports gerade nicht eingreifen solle.<sup>350</sup> Insbesondere definiere der Sport aufgrund von Art. 9 GG selber und unabhängig vom Staat, was er unter „Fairness“ und „Sportlichkeit“ versteht, so dass diese Begriffe zu unbestimmt seien, um verfassungsrechtlich tragfähige Grundlagen für einen neuen Straftatbestand dazustellen.<sup>351</sup> Jedenfalls rechtfertige die Existenz eines Sportethos noch nicht einen Zwang des Staates, diesen Wert zu fördern.<sup>352</sup>

cc) Auch wenn der Rechtsgutcharakter des „Sportethos“ von den Gegnern zumeist nur pauschal mit dem Verweis auf den rein ethisch-moralischen Charakter dieser Werte verneint wird, ist dem im Ergebnis zuzustimmen. Denn genau genommen befassen sich viele der Argumente für das Sportethos als Rechtsgut gar nicht mehr unmittelbar mit diesem Begriff, sondern suchen einen Bezug zu übergeordneten Rechtsgütern wie der Handlungsfreiheit, dem Vertrauen bzw. der Lauterkeit des Wettbewerbs.<sup>353</sup> Das „Sportethos“ als solches erfasst jedoch richtigerweise rein sportinterne ethisch-moralische Werte, welche durch die Eigenarten des Sports charakterisiert sind, vom Sport selber definiert werden und dem Eingriff des Staates entzogen sind. An einem extremen Beispiel gezeigt, ist ein Faustschlag ins Gesicht des Gegners im Fußball grob unsportlich, im Boxen hingegen zulässig. Was im Sport fair ist, kann mithin nur dieser selbst durch seine internen Regeln definieren. Das

---

<sup>349</sup> Valerius, in: FS-Rissing-van Saan, 729; Kudlich, JA 2007, 93; Jahn, ZIS 2006, 58; Steiner, SpuRt 2006, 244; Kudlich, SpuRt 2010, 108; Heger, SpuRt 2007, 154; Roxin, 449; ReSpoDo, 35; Rössner/Bannenberg, in: Weinreich, 216; Greco, GA 2010, 629, der Fair-Play als Schutzgut eines Dopingtatbestandes mit Freundschaft als Schutzgut im Rahmen der §§ 201 ff. StGB vergleicht und damit verneint

<sup>350</sup> Mestwerdt, SpuRt 1997, 119, 120; Jahn, ZIS 2006, 58; ähnlich Steiner, SpuRt 2006, 244

<sup>351</sup> Jahn, ZIS 2006, 58

<sup>352</sup> Greco, GA 2010, 628

<sup>353</sup> Siehe dazu sogleich

Sportethos ist damit selbst nach den weiten Kriterien des BVerG nicht geeignet, den Eingriff des Strafrechts zu rechtfertigen.

An dieser Stelle zeigt sich einmal mehr deutlich der Unterschied zwischen einer Manipulation durch Doping und einer Manipulation durch Bestechung. Im Fall von Doping verfolgt der manipulierende Sportler weiterhin das Ziel, den Wettkampf zu gewinnen. Daher muss zur Begründung der Unlauterkeit seines Verhaltens auf die sportinternen Regeln und hier sogar auf die ungeschriebene Regel des Sportethos zurückgegriffen werden. Bestechungsbedingte Manipulationen verletzen hingegen nicht die sportinternen Regeln sondern übergeordnete Rechte, weshalb ein Rückgriff auf das Sportethos als Rechtsgut hier gar nicht notwendig ist.

#### **d. Freier und lauterer Wettbewerb**

Ein neuer Straftatbestand gegen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe soll insbesondere die bisher nicht strafrechtlich pönalisierte Handlungen von Sportlern und Schiedsrichtern im (sportlichen) Wettbewerb erfassen. Es liegt daher nahe, den Wettbewerb als Institution und dessen Freiheit und Lauterkeit als geschütztes Rechtsgut zu beleuchten.

Die Befürworter eines neuen Straftatbestandes als Wettbewerbsdelikt<sup>354</sup> berufen sich dabei auf die Nähe zu den §§ 298, 299 StGB, in denen der freie Wettbewerb als geschütztes Rechtsgut anerkannt ist.<sup>355</sup> Der kommerzialisierte Leistungssport unterscheide sich nur unwesentlich vom Wettbewerb in der freien Wirtschaft. In beiden beständen konstitutive Regeln zur Wahrung der verfassungsrechtlich gebotenen Chancengleichheit bei der Teilnahme. Der freie Wettbewerb, charakterisiert durch das Leistungsprinzip und das Vertrauen der Bevölkerung auf die Rationalität und Öffentlichkeit des Marktes, ist durch Manipulationen sportlicher Wettkämpfe in derselben Weise gefährdet wie in jedem anderen Bereich der Gesellschaft.<sup>356</sup> Auch die neueren Initiativen in der Politik ziehen daher den Schutz des Wettbewerbs als Grundlage heran.<sup>357</sup>

---

<sup>354</sup> Zu Doping Fritzweiler, SpuRt 1998, 235; Hauptmann, SpuRt 2005, 242; Bannenberg, SpuRt 2007, 156; ReSpoDo, 36; Rössner, in: FS-Mehle, 573; Bottke, 107; Schattmann, 163 ff.; Roxin, 453; Greco, 629; Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, 10., Rn. 137; Adolphsen/Nolte/Lehner/Gerlinger-Rössner, Rn. 1719; kritisch aber im Ergebnis zustimmend Heger, SpuRt 2007, 154; zu Korruption König, SpuRt 2010, 107

<sup>355</sup> MK-Hohmann, § 298, Rn. 1 ff.; MK-Diemer/Krick, § 299, Rn. 2; Schönke/Schröder-Heine, vor § 298, Rn. 2; Lackner/Kühl-Kühl, § 298, Rn. 1; § 299, Rn. 1; so auch schon der Gesetzesentwurf, der zudem das Vermögen mitgeschützt sieht, siehe BT-Drs. 13/5584, 12 f.

<sup>356</sup> Bannenberg/Rössner in Weinreich, 221; dies. in: FS-Schild, 68

<sup>357</sup> Zu Doping BT-Drs. 16/5938, 2; Zu Korruption Referentenentwurf 2009, 24

Dieser auf den ersten Blick einfache und überzeugende Ansatz ist jedoch nicht ohne Kritik geblieben.

aa) Zunächst bestreiten einige Stimmen in der Wissenschaft, dass der sportliche Wettkampf mit dem wirtschaftlichen Wettbewerb vergleichbar sei. Der freie Wettbewerb sei nur aufgrund der Sozialschädlichkeit im Fall von Verletzungen als Rechtsgut anerkannt. Hinter der Vorschrift der §§ 298 f. StGB stehe die marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung, die auf dem Gedanken der Freiheit der Marktkonkurrenz beruhe.<sup>358</sup> Der Sport sei hingegen lediglich ein kleiner Ausschnitt der Wirtschaftsordnung, der keine Sonderstellung rechtfertige.<sup>359</sup> Im Sport komme es zu keinen Sog- und Spektraleffekten, die zu Nachteilen großer Teile der Bevölkerung führen.<sup>360</sup>

Dem ist jedoch entgegen zu halten, dass der sportliche und wirtschaftliche Wettbewerb auf denselben grundsätzlichen Prämissen basieren. Wettbewerb ist ganz allgemein dadurch charakterisiert, dass mindestens zwei Personen das gleiche Ziel verfolgen, es aber nicht gleichzeitig oder zumindest nicht in gleichem Maße erreichen können.<sup>361</sup> Die Wettbewerbsteilnehmer versuchen also, unter den gegebenen Regeln mittels ihrer natürlichen Leistungsfähigkeit das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Dies gilt für den sportlichen und den wirtschaftlichen Wettbewerb in derselben Weise.

Die §§ 298, 299 StGB erfassen nun Fälle, bei denen das Ergebnis des Wettbewerbs nicht mehr auf der Leistungsfähigkeit der Akteure beruht, sondern dieses Kriterium durch Absprachen oder Bestechungen ausgehebelt wird. Entgegen der Prämissen des lauterer Wettbewerbs ist „Gewinner“, hier in Form des ausgewählten Vertragspartners, nicht mehr der leistungsfähigste Akteur, sondern derjenige Akteur, der sich durch wettbewerbsfremdes Verhalten einen unlauteren Vorteil verschafft hat.

Entgegen der anders lautenden Stimmen in der Literatur unterscheidet sich der sportliche Wettbewerb hiervon nicht. Manipulationen im Sport haben denselben Effekt auf den sportlichen Wettbewerb wie die Wettbewerbsdelikte der §§ 298, 299 StGB auf den wirtschaftlichen Wettbewerb. Verliert ein Sportler oder eine Mannschaft aufgrund einer

---

<sup>358</sup> Jahn, GA 2007, 588; Beukelmann, NJW-Spezial 2010, 57

<sup>359</sup> Valerius, in: FS-Rissing-van Saan, 729; Jahn, GA 2007, 588; ähnlich Beukelmann, NJW-Spezial 2010, 57, der jedoch vom Rechtsgut des lauterer Wettbewerbs abschweift und in seinem Fazit wieder auf die sportethischen Werte der Fairness und Chancengleichheit zurückfällt, deren Rechtsgutscharakter er verneint.

<sup>360</sup> Kudlich, JA 2007, 90, 93; Kudlich, SpuRt 2010, 109; so auch Jahn, GA 2007, 588

<sup>361</sup> Koepsel, 34

Bestechung einen Wettbewerb absichtlich, so ist das Ergebnis nicht mehr durch die Leistung der Akteure zustande gekommen. Das Leistungsprinzip als konstitutives Element des Wettbewerbs ist dadurch ausgeschaltet, dass der bestochene Akteur nicht mehr den Gewinn des Wettbewerbs anstrebt, sondern den Erhalt des Bestechungsgeldes. Gewinner des Wettbewerbs ist folglich nicht mehr der leistungsfähigste Akteur, sondern derjenige Akteur, der sich durch wettbewerbsfremdes Verhalten einen Vorteil verschafft hat.<sup>362</sup>

Dasselbe gilt für die Bestechung von Schiedsrichtern. Auch hier verschafft sich eine Partei durch wettbewerbsfremdes Verhalten einen Vorteil, so dass die Unparteilichkeit des Schiedsrichters als konstitutives Element des Wettbewerbs ausgeschaltet ist und das Ergebnis des Wettbewerbs nicht mehr auf der Leistungsfähigkeit der Akteure beruht.<sup>363</sup>

In der Praxis zeigte sich die Gefahr von Bestechungen für den sportlichen Wettbewerb im Bundesliga-Skandal 1971 mustergültig. Der sportliche Wettbewerb war hier am letzten Spieltag nahezu komplett ausgeschaltet, da einige Akteure keinerlei Interesse mehr an einem Erfolg im Wettbewerb hatten und ihre Leistung stattdessen komplett an wettbewerbsfremden Interessen, hier an Bestechungsgeldern, ausrichteten. Der Erfolg im Wettbewerb – in diesem Fall der Nichtabstieg – wurde somit letztendlich „versteigert“.

bb) Gegen die Übertragung des Rechtsguts der §§ 298, 299 StGB wird weiter eingewendet, dass gerade bei diesen Tatbeständen das geschützte Rechtsgut sehr umstritten ist.<sup>364</sup> Rechtsgut der Wettbewerbsdelikte sei nicht der freie Wettbewerb an sich, sondern vielmehr der Schutz des Vermögens der Mitbewerber und der Abnehmer.<sup>365</sup>

Dass die §§ 298, 299 StGB jedenfalls auch den Schutz des Vermögens im Blick haben, zeigt bereits der dazugehörige Gesetzesentwurf, in dem der Gesetzgeber das Vermögen explizit als mit geschütztes Rechtsgut erwähnt.<sup>366</sup> Ob das in den existierenden Tatbeständen geschützte Rechtsgut richtigerweise der freie Wettbewerb oder das Vermögen ist, kann jedoch letztendlich dahin stehen. Denn zum einen ist der freie Wettbewerb als Rechtsgut vom Gesetzgeber und der Rechtsprechung anerkannt, unabhängig davon, ob er dogmatisch

---

<sup>362</sup> Die Gemeinsamkeiten zwischen sportlichem und wirtschaftlichem Wettbewerb sieht auch Koepsel, 101 ff.

<sup>363</sup> Ähnlich Kerner/Rixen, 378, die Korruption im Sport für vergleichbar mit Korruption in der Wirtschaft erachten

<sup>364</sup> Eine Zusammenfassung der Kritik am Rechtsgut von § 299 StGB findet sich bei Pragal, ZIS 2006, 65 ff.

<sup>365</sup> „Abstraktes Vermögensgefährdungsdelikt“, vgl. Zöller, GA 2009, 145 ff.; ebenso Maurach/Schroeder/Maiwald-Maiwald, § 68, Rn. 2 m.w.N.

<sup>366</sup> BT-Drs. 13/5584, 13



tatsächlich das korrekte Rechtsgut im Rahmen der §§ 298, 299 StGB ist. Zum anderen sind bei Manipulationen im Sport genau wie bei Manipulationen im wirtschaftlichen Wettbewerb auch Vermögenswerte gefährdet. Wie im ersten Teil der vorliegenden Arbeit gezeigt, gefährdet die Verfälschung des Wettbewerbs durch Sportler oder Schiedsrichter zumindest das Vermögen der Konkurrenten.<sup>367</sup> Selbst wenn man also das von den existierenden Straftaten gegen den Wettbewerb geschützte Rechtsgut als das Vermögen ansieht, ist dieses bei Manipulationen im Sport in derselben Weise wie bei Delikten in der Form der §§ 298, 299 StGB betroffen.<sup>368</sup>

cc) Dem freien Wettbewerb als geschütztes Rechtsgut eines neuen Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport wird schließlich entgegen gehalten, dass dieses Rechtsgut nicht nur durch bestechungsbedingte Manipulationshandlungen gefährdet ist. Vielmehr begründe jede Regelübertretung eine Gefährdung des freien Wettbewerbs, so dass auch gegen den Einsatz unerlaubter technischer Hilfsmittel<sup>369</sup> oder gegen Fouls das Strafrecht eingesetzt werden müsste. Die Argumentation läuft also darauf hinaus, dass der freie Wettbewerb letztendlich nichts anderes sei als ein Element des Sportethos, dem oben die Eigenschaft als Rechtsgut abgesprochen wurde.

Dem ist jedoch ebenfalls zu widersprechen. Dabei ist erneut die Abgrenzung zwischen sportinternen Regeln einerseits und übergeordneten Rechten andererseits zu beachten. Der Maßstab des Sportethos wird durch die Regeln gebildet. Sie beschreiben, was ein Sportler im Wettkampf machen darf und somit, was „fair“ im Sinne der konkreten Sportart ist. Das Sportethos ist daher richtigerweise vom Sport selber zu gewährleisten und dem Eingriff des Staates entzogen.

Demgegenüber gelten die Maximen des freien und lautereren Wettbewerbs allgemein in jeder Form des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wettbewerbs. Das Leistungsprinzip des Wettbewerbs ist daher ein übergeordnetes Recht, weshalb der freie Wettbewerb zutreffend als Rechtsgut anerkannt ist. Dasselbe gilt für die Unparteilichkeit des Schiedsrichters. Ob bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe auch die erforderlichen sozialschädlichen Folgen haben, soll im Rahmen der Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

---

<sup>367</sup> Siehe die Beispielsfälle aus der Praxis in Teil 1

<sup>368</sup> Zu Selbstdoping im Ergebnis ebenso Greco, GA 2010, 629, Fn. 40

<sup>369</sup> Jahn, ZIS 2006, 62; Kudlich, JA 2007, 94

#### **e. Vermögen**

Wie bereits erwähnt, erfasst der Schutz des freien und lauterer Wettbewerbs zudem mittelbar das Vermögen der am Wettbewerb beteiligten Akteure als weiteres Rechtsgut.<sup>370</sup> Das Vermögen ist ein allgemein anerkanntes Rechtsgut und wird im Rahmen des bestehenden § 299 StGB teilweise sogar als eigentliches Hauptschutzgut angesehen.<sup>371</sup>

Das Vermögen der Wettbewerbsteilnehmer ist bei manipulierten Sportwettbewerben in vergleichbarer Weise gefährdet wie bei Delikten im wirtschaftlichen Wettbewerb. Wie bereits im Rahmen des freien Wettbewerbs erwähnt, sind bei Manipulationen sportlicher Wettbewerbe zumindest die Vermögensinteressen der benachteiligten Konkurrenten gefährdet, deren Siegchancen und damit ihre Einnahmemöglichkeiten durch die Manipulation gemindert sind. Damit rechtfertigt auch der Schutz des Vermögens den Einsatz des Strafrechts gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe.

#### **f. Vertrauen**

Als weiteres durch Manipulationen im Sport möglicherweise gefährdetes Rechtsgut erwähnt *Kargl* das Vertrauen. Durch das Verschweigen der Manipulation erwecke der Sportler oder Schiedsrichter den Eindruck, die Regeln einzuhalten. *Kargl* zieht dabei eine Parallele zu § 331 StGB, bei dem das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sachlichkeit der Entscheidungen der Amtsträger als Schutzgut angesehen werde<sup>372</sup>. Letzteres ist in der Literatur und Rechtsprechung mittlerweile anerkannt.<sup>373</sup>

Im Verhältnis der Wettkampfbeteiligten untereinander kann das Rechtsgut des Vertrauens jedoch nicht eingreifen. Im Rahmen von § 331 StGB wird der Rechtsgutcharakter des Vertrauens dadurch begründet, dass dem Amtsträger aufgrund seiner Stellung ein hohes Maß an Redlichkeit zugesprochen wird und die Bürger deshalb auf die Sachlichkeit der Entscheidungen vertrauen können. An einem Wettkampf teilnehmende Sportler haben demgegenüber keine vergleichbare Stellung, die ein derartiges Vertrauen begründet. Es ist vielmehr jedem bewusst, dass Sportler im Wettkampf nur den eigenen Erfolg anstreben. Sie treffen ihre Entscheidungen daher nicht sachlich, sondern subjektiv und auf den eigenen Vorteil gerichtet.

---

<sup>370</sup> Ebenso Schönte/Schröder-Heine, vor § 298, Rn. 3; Lackner/Kühl-Kühl, § 298, Rn. 1. Das Vermögen als mittelbar geschütztes Rechtsgut erwähnt auch der Gesetzesentwurf der §§ 298, 299 StGB in BT-Drs. 13/5584

<sup>371</sup> Zöller, GA 2009, 145 ff., der § 299 StGB als abstraktes Vermögensgefährdungsdelikt charakterisiert

<sup>372</sup> Kargl, NSTZ 2007, 488

<sup>373</sup> vgl. nur Lackner/Kühl-Kühl, § 331 StGB, Rn. 1; BGH NJW 2002, 2801, 2803

In dieser Konstellation ist ein Rückgriff auf das doch recht unbestimmte Rechtsgut des Vertrauens bei Manipulationen im Sport zudem gar nicht erforderlich. Zwischen den Wettkampfbeteiligten spielt das Vertrauen insofern eine Rolle, als diese jeweils darauf vertrauen, dass alle Akteure den Sieg anstreben und nicht aus wettbewerbsfremden Motivationen absichtlich verlieren. Das Vertrauen bezieht sich also unmittelbar auf die Kernelemente des freien und lautereren Wettbewerbs. Eine Gefährdung oder Verletzung dieses Vertrauens ist dementsprechend stets mit einer Gefährdung oder Verletzung des freien Wettbewerbs verbunden, so dass bereits dieses Rechtsgut betroffen ist.

Anders könnte dies hingegen bezüglich der Schiedsrichter zu bewerten sein. Diese bekleiden eine Vertrauensposition, die ein Vertrauen in die Redlichkeit und Sachlichkeit der Entscheidungsfindung begründet. Sowohl die Sportler, als auch die Zuschauer vertrauen darauf, dass der Schiedsrichter den Wettkampf unparteiisch leitet und seine Entscheidungen rein nach dem Regelwerk trifft.

Allerdings ist auch diese Vertrauensposition des Schiedsrichters wohl nicht mit der Stellung eines Amtsträgers in § 331 StGB vergleichbar. Entscheidend für die Anerkennung des Vertrauens als Rechtsgut in § 331 StGB ist, dass die Amtsträger den Staat repräsentieren. § 331 StGB reflektiert daher den Schutz der Bürger vor unredlichen Entscheidungen des Staates. Dagegen ist ein Schiedsrichter sportlicher Wettkämpfe im rein privaten Bereich tätig, an dem alle Beteiligten freiwillig teilnehmen. Die Vertrauensposition ist daher nicht vergleichbar mit der des Amtsträgers in § 331 StGB.

Das Vertrauen scheidet mithin als mögliches durch bestechungsbedingte Manipulationen betroffenes Rechtsgut aus. Es spiegelt sich jedoch in den konstitutiven Elementen des Wettbewerbs wieder.

#### **g. Handlungsfreiheit**

Schließlich kommt als Rechtsgut eines Straftatbestandes gegen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe auch die Handlungsfreiheit der Beteiligten in Betracht. Wie bereits bei der Erörterung des freien Wettbewerbs angedeutet, wird durch Bestechungen die ursprüngliche Offenheit und Chancengleichheit des Wettbewerbs zuungunsten einer Partei verschoben. Um ihre Siegchancen wiederherzustellen, bleibt der benachteiligten Partei dann nur die Möglichkeit, selber Bestechungen vorzunehmen. Auch wenn die Partei Manipulationen grundsätzlich ablehnt, wird sie nicht drum herum kommen, Bestechungen vorzunehmen, da

ansonsten ihre Niederlage im Wettbewerb fest steht.<sup>374</sup> Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass die benachteiligte Partei bei bestechungsbedingten Manipulationen an dem eigentlichen manipulierten Spiel gar nicht teilnimmt und daher (abgesehen von eigenen Bestechungshandlungen) keinerlei Einflussmöglichkeiten auf dessen Ausgang hat. Wie sich im Bundesliga-Skandal 1971 gezeigt hat, kann dies schnell zu flächendeckender Manipulation eines gesamten Wettbewerbs führen.

Da die von Art. 2 Abs. 1 GG geschützte allgemeine Handlungsfreiheit unstreitig ein Rechtsgut von Verfassungsrang darstellt und im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe gefährdet ist, kann auch dieses Rechtsgut also ein Eingriff des Strafrechts rechtfertigen.

#### **h. Zwischenergebnis**

Mit der Freiheit des Wettbewerbs, und damit zusammenhängend dem Vermögen und der Handlungsfreiheit der beteiligten Akteure, existieren gleich mehrere anerkannte Rechtsgüter, die bei bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe gefährdet sind.

Dieser Ansicht widersprechende Stimmen in der Literatur übersehen zum einen die Besonderheiten von Bestechung und Bestechlichkeit gegenüber der Manipulation durch Selbstdoping, indem dieselben Gegenargumente auf die hier zu untersuchenden Manipulationshandlungen übertragen werden. Viele dieser Gegenargumente passen jedoch nicht auf einen Tatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung. Stattdessen gefährden bestechungsbedingte Manipulationen mit dem freien Wettbewerb unmittelbar ein anerkanntes Rechtsgut, was beim Selbstdoping nicht in derselben Form gegeben ist, da dort die Maximen des Wettbewerbs weiterhin eingehalten werden.

Zum anderen übersehen die Gegner, dass das Bundesverfassungsgericht nur geringe Anforderungen an das durch einen Straftatbestand geschützte Rechtsgut stellt. Insbesondere beschränkt die Rechtsgutslehre nicht die mit der Strafnorm verfolgten Zwecke. Die angebliche verfassungsrechtliche Bedenklichkeit eines Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport mangels einschlägigen Rechtsguts ist vor diesem Hintergrund gerade nicht gegeben. Wie gesehen sind durch bestechungsbedingte Manipulationen

---

<sup>374</sup> So zu Selbstdoping Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 221 f.; dies. in: FS-Schild, 69; Rössner, in: FS-Mehle, 574; König, JA 2007, 576; König, SpuRt 2010, 107; MK-Freund, § 6a AMG, Rn. 7

sportlicher Wettbewerbe verschiedene anerkannte Rechtsgüter gefährdet, zu deren Schutz der Einsatz des Strafrechts gerechtfertigt ist.

## 2. Doppelbestrafung

Verfassungsrechtlich könnte einem neuen Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportrechtlicher Wettbewerbe das in Art. 103 Abs. 3 GG festgesetzte Doppelbestrafungsverbot entgegenstehen. Die Vorschrift verbietet die doppelte Bestrafung derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze.

Wie im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit gezeigt, können Sportler und Schiedsrichter im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen des Wettbewerbs nach sportinternen Normen bestraft werden.<sup>375</sup> Ein neuer strafrechtlicher Tatbestand würde dieselben Handlungen auch nach staatlichen Normen bestrafen, so dass eine doppelte Bestrafung derselben Tat tatsächlich möglich wäre. Ob dies jedoch gegen Art. 103 Abs. 3 GG verstößt, hängt davon ab, ob die sportinternen Normen als „allgemeine Strafgesetze“ im Sinne des Art. 103 Abs. 3 GG angesehen werden können.

Soweit ersichtlich wird dies nur von *Reinhart* bejaht.<sup>376</sup> Dieser begründet seine Ansicht im Wesentlichen mit der Entstehungsgeschichte des Art. 103 Abs. 3 GG. Der Gesetzgeber hätte ein Nebeneinander von Kriminalstrafen und Disziplinarstrafen nur hinsichtlich traditioneller Disziplinarstrafen, wie dem Disziplinarrecht der Beamten und Soldaten sowie dem Standesrecht der freien Berufe, unberührt lassen wollen. Von diesen „herkömmlichen“ Disziplinarstraferichtsbarkeiten unterscheide sich die Sportverbandsgerichtsbarkeit jedoch grundlegend.<sup>377</sup> Weder hätten Sportler eine mit Beamten oder Soldaten vergleichbare Lebensführungspflicht, noch hätten diese wie Freiberufler einen Auftraggeber, der ihnen ein erhöhtes Vertrauen entgegenbringt.<sup>378</sup> Zudem rücke die Sportgerichtsbarkeit mittlerweile stark in die Nähe berufsgerichtlicher Strafgewalten und könne daher kaum noch als von Art. 103 Abs. 3 GG ausgenommene „Privatstrafe“ angesehen werden.<sup>379</sup> *Reinhart* erachtet daher

---

<sup>375</sup> Siehe oben Teil 2 A.

<sup>376</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 45 ff.

<sup>377</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 47

<sup>378</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 47

<sup>379</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 48

jedenfalls im Bereich der „kleineren Delikte“<sup>380</sup> das Doppelbestrafungsverbot des Art. 103 Abs. 3 GG für anwendbar.

Die Ansicht Reinharts ist zu Recht auf Widerstand gestoßen. Die Formulierung „allgemeine Strafgesetze“ in Art. 103 Abs. 3 GG erfasst wohl unstreitig nur echte Kriminalstrafen und keine Disziplinarstrafen.<sup>381</sup> Unter die allgemeinen Strafgesetze im Sinne der Norm fallen lediglich das Kern- und Nebenstrafrecht, nicht aber das Berufs-, Dienst-, Ordnungs- oder Polizeistrafrecht.<sup>382</sup> Entgegen der Ansicht Reinharts sind die Normen der Sportverbandsgerichtsbarkeit nicht dem Kern- und Nebenstrafrecht zuzurechnen und damit auch keine allgemeinen Strafgesetze.

Dies ergibt sich bereits aus der ratio der Sportgerichtsbarkeit. Sie überwacht die privaten Regeln des Sports, welche sich die Verbände in eigener Kompetenz frei auferlegt haben und welchen sich die Sportler freiwillig unterwerfen.<sup>383</sup> Verstößt ein Sportler gegen eine Verbandsregel, so kann er von der Verbandsgerichtsbarkeit allein aufgrund dieser Regelverletzung bestraft werden, unabhängig davon ob sein Verhalten in anderen sozialen Bereichen oder nach dem staatlichen Strafrecht pönalisiert ist.<sup>384</sup> Die sportinterne Verbandsstrafe ist daher keine Kriminalstrafe sondern eine Disziplinarstrafe, die von Art. 103 Abs. 3 GG gerade nicht erfasst ist.<sup>385</sup>

Entsprechend sind die Verbandsregeln auch keine „allgemeinen“ Strafgesetze im Sinne des Art. 103 Abs. 3 GG, da sie nicht allgemein, sondern nur für Mitglieder des jeweiligen Verbandes gelten.<sup>386</sup> Auch der Wortlaut des Art. 103 Abs. 3 GG spricht also gegen die Ansicht Reinharts.

Darüber hinaus stehen der Ansicht Reinharts noch weitere überzeugende Argumente entgegen. So ist bereits fraglich, wo die von Reinhart vertretenen Grenze zwischen „kleinen

---

<sup>380</sup> Dazu zählt Reinhart z.B. Körperverletzungen. Bei gravierenderen Verletzungen müsse die Staatsanwaltschaft hingegen auch nach Ansicht Reinharts ermitteln, vgl. SpuRt 2001, 45, Fn. 2

<sup>381</sup> BVerfG, NJW 1977, 293; BVerfG, NJW 1967, 1651, 1652 mit Verweis auf die Entstehungsgeschichte der Norm; KK-Pfeiffer/Hannich, Einleitung, Rn. 171; dies erkennt auch Reinhart an, SpuRt 2001, 46

<sup>382</sup> Jarass/Pieroth, Art. 103 GG, Rn. 74

<sup>383</sup> So auch BGH, NJW 1995, 583. Zu Unrecht bestreitet Reinhart die Freiwilligkeit der Unterwerfung durch die Sportler (SpuRt 2001, 48). Denn ein Profisportler, der sich zur Berufsausübung den Verbandsregeln unterwerfen muss, unterscheidet sich nicht von einem Beamten oder Soldaten, der mit der Berufswahl zwangsläufig dem jeweiligen Disziplinarrecht unterliegt.

<sup>384</sup> Vgl. hierzu Reschke, SpuRt 2001, 183

<sup>385</sup> So auch Hauptmann/Rübenstahl, HRRS 2007, 451 f.

<sup>386</sup> Reschke, SpuRt 2001, 184

Delikten“ mit Doppelbestrafungsverbot und „großen Delikten“ ohne Doppelbestrafungsverbot zu ziehen wäre. Mag dies bei Körperverletzungsdelikten durch die gesetzliche Unterscheidung zwischen einfacher und gefährlicher/schwerer Körperverletzung noch denkbar sein, so ist eine Abgrenzung nach der Schwere des Delikts bei den hier untersuchten Vermögensdelikten unmöglich. Jedenfalls ist eine derartige Beschränkung der Anwendung des Art. 103 Abs. 3 GG aber gar nicht möglich. Das Doppelbestrafungsverbot ist ein von Amts wegen zu beachtendes Verfahrenshindernis<sup>387</sup> und kann nur einheitlich für alle Delikte angewendet oder nicht angewendet werden.<sup>388</sup>

Eine unbeschränkte Anwendung des Art. 103 Abs. 3 GG ist jedoch unbedingt abzulehnen. Sie hätte zur Folge, dass der gesamte Bereich des organisierten Sports dem Strafrecht entzogen werden würde. Selbst bei schwersten Delikten würde eine verbandsrechtliche Sanktion die strafrechtliche Verfolgung verhindern, und das obwohl der Verbandsgerichtsbarkeit keine ausreichenden Sanktionsmöglichkeiten bei schweren Delikten zur Verfügung steht.<sup>389</sup> Umgekehrt könnte (wenn sich die Verbandsgerichtsbarkeit im Einzelfall aufgrund der Schwere des Delikts mit der Bestrafung zunächst zurück hält) ein strafrechtlich verurteilter Täter nicht mehr verbandsintern gesperrt werden.<sup>390</sup>

Soweit Reinhart diesem Argument entgegenhält, dass Kapitalverbrechen auf dem Sportplatz unreal sein<sup>391</sup>, kann das eine Anwendung des Art. 103 Abs. 3 GG nicht begründen. Denn nur weil die Wahrscheinlichkeit von Kapitalverbrechen im Sport gering ist, rechtfertigt dies noch nicht, den gesamten organisierten Sport aus dem Anwendungsbereich des Strafrechts herauszunehmen. Eine Erstreckung des „ne bis in idem“ Grundsatzes auf die Sportverbandsgerichtsbarkeit würde im Ergebnis keiner Seite helfen, sondern die Verhängung angemessener Strafen behindern.

Das von Reinhart mit seinem Ansatz verfolgte Ziel, die strafrechtliche Verfolgung „kleinerer Delikte“ einzuschränken, kann hinreichend über die §§ 153, 153 a StPO erreicht werden.<sup>392</sup> Zwar ist Reinhart darin zuzustimmen, dass das verfassungsrechtliche Doppelbestrafungs-

---

<sup>387</sup> Maunz/Dürig-Schmid-Aßmann, Art. 103 GG, Rn. 301; KK-Pfeiffer/Hannich, Einleitung, Rn. 170

<sup>388</sup> So auch Fahl, SpuRt 2001, 181

<sup>389</sup> Fahl, SpuRt 2001, 181

<sup>390</sup> Reschke, SpuRt 2001, 183

<sup>391</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 185

<sup>392</sup> Fahl, SpuRt 2001, 182

verbot Vorrang vor den prozessualen Opportunitätsmitteln hat.<sup>393</sup> Eine Einbeziehung von Sportverbandsstrafen in das Doppelbestrafungsverbot würde daher die strafrechtliche Verfolgung von Delikten im Sport schon auf der Ebene des „Ob“ ausschließen. Wie bereits dargestellt, ist eine derartige uneingeschränkte Anwendung des Art. 103 Abs. 3 GG bei sportverbandsrechtlichen Strafen jedoch inakzeptabel, da sie die Anwendung des Strafrechts im organisierten Sport komplett sperren würde. Eine sachgerechte Verfolgung von Delikten, die derzeit dank der grundsätzlichen Anwendbarkeit des Strafrechts und der Möglichkeit der Einstellung nach den §§ 153, 153 a StPO gegeben ist, wäre dadurch ausgeschlossen und sowohl die Verbandsgerichtsbarkeit als auch die staatliche Strafjustiz wäre in der Verfolgung und angemessenen Bestrafung von Delikten behindert.

Neben der bereits grundsätzlich richtigen Einordnung von sportverbandsrechtlichen Strafen als Disziplinarstrafen, die dem Doppelbestrafungsverbot nicht unterliegen, sprechen also auch die inhaltlichen Argumente eindeutig für ein Nebeneinander von Verbandsrecht und Strafrecht.<sup>394</sup> Ob bzw. in wie weit bereits verhängte Verbandsstrafen bei der Strafzumessung im staatlichen Verfahren zu berücksichtigen sind, ist richtigerweise eine Frage der Angemessenheit<sup>395</sup> und wird dort noch zu erörtern sein.

Das Verbot der Doppelbestrafung nach Art. 103 Abs. 3 GG steht der Einführung eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport mithin nicht entgegen.

### **3. Gesetzgebungskompetenz des Bundes**

Ein weiterer umstrittener Aspekt bei der Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Strafnorm gegen Manipulationen im Sport ist, ob dem Bund zur Erlassung einer solchen Norm die Kompetenz zusteht. In diesem Zusammenhang ist die Ausgestaltung des entsprechenden gesetzlichen Verbots von entscheidender Bedeutung.

Wie aus den eingangs zitierten Vorschlägen ersichtlich ist, kann ein staatliches Verbot von Manipulationen im Sport einerseits in Form eines neuen Tatbestandes im bestehenden StGB erlassen werden. Diesen Ansatz verfolgen die Entwürfe von *Rössner* und *Bannenberg* sowie

---

<sup>393</sup> Reinhart, SpuRt 2001, 185

<sup>394</sup> So im Ergebnis auch Hauptmann/Rübenstahl, MedR 2007, 271, 278, die in der doppelten Zuständigkeit von Straf- und Sportgerichtsbarkeit ebenfalls keinen Konflikt sehen; Ebenso ein Nebeneinander von verbandsrechtlichen Maßnahmen und strafrechtlichen Sanktionen bejahend Kauerhoff, HRRS 2007, 73; Prokop, SpuRt 2006, 193

<sup>395</sup> Steiner, SpuRt 2006, 244



von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Andererseits kommt eine Ausgestaltung als Teil eines eigenständigen Sportschutzgesetzes in Betracht. Diesen Ansatz verfolgt der Referentenentwurf des Freistaats Bayern. Es soll daher nachfolgend für beide möglichen Ausgestaltungen geprüft werden, ob sie von einer Gesetzgebungskompetenz des Bundes gedeckt sind.

Für die Ausgestaltung einer Strafnorm gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport als Straftatbestand im Strafgesetzbuch ist die Zugehörigkeit zum Strafrecht und damit die Bundeskompetenz aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG offensichtlich.

Hinsichtlich eines eigenständigen Sportschutzgesetzes könnte hingegen problematisch sein, dass der Sport im Grundgesetz nicht als staatliche Aufgabe festgeschrieben ist. Der Sport selbst ist, wie oben ausgeführt, im Grundgesetz nicht verankert. Entsprechend existiert auch keine ausdrückliche Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für den Sport. Der Referentenentwurf des Freistaats Bayern leitet die Gesetzgebungskompetenz des Bundes daher aus der konkurrierenden Zuständigkeit für das Strafrecht nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG ab.<sup>396</sup>

Für die Einführung eines Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist diese Kompetenz zulässig. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Bundesgesetzgeber im Rahmen dieser Kompetenz nicht Normen beliebigen Inhalts aufstellen und durch Strafdrohung schützen kann. Insbesondere kann nicht jedes Sachgebiet beliebig durch das Hinzufügen von Strafnormen in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gezogen werden.<sup>397</sup> Der Gesetzgeber hat sich vielmehr auf den Erlass von Normen zu beschränken, die dem Schutz des ethischen Minimums dienen, ohne welches die soziale Gemeinschaft nicht bestehen kann.<sup>398</sup>

Wie bereits im Rahmen der Diskussion um das geschützte Rechtsgut gezeigt wurde, ist dieses Kriterium hinsichtlich eines Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport erfüllt. Die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettbewerbe gefährdet sowohl den freien Wettbewerb als Institution als auch das Vermögen und die Handlungsfreiheit der benachteiligten Wettkampfbeteiligten in hohem Maße. Die Auswirkungen derartiger Manipulationen beschränken sich dabei nicht allein auf den rein sportlichen Bereich, sondern

---

<sup>396</sup> Referentenentwurf, 17; BR-Drs. 658/06, 11; so auch Steiner, NJW 1991, 2734; Dury, SpuRt 2005, 138, jeweils zu einer Strafnorm gegen Selbstdoping

<sup>397</sup> Maunz/Dürig-Maunz, Art. 74 GG, Rn. 64

<sup>398</sup> Maunz/Dürig-Maunz, Art. 74 GG, Rn. 64; siehe hierzu bereits oben B.III.1.a.

wirken sich auf die Gesamtwirtschaft und die Gesellschaft aus, so dass die erforderliche sozialschädliche Komponente gegeben ist. Die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettbewerbe unterscheidet sich daher nur unwesentlich von der Bestechung und Bestechlichkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb.<sup>399</sup>

Sofern ein Sportschutzgesetz also Strafnormen gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport enthält, sind jedenfalls diese von der Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG erfasst.

#### **4. Bestimmtheit**

Die Ausgestaltung einer staatlichen Rechtsnorm gegen Manipulationen im Sport unterliegt weiter der Schwierigkeit, dass eine solche dem Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG entsprechen muss. Das Bestimmtheitsgebot begründet die Verpflichtung des Gesetzgebers, die Voraussetzungen der Strafbarkeit so konkret zu umschreiben, dass Tragweite und Anwendungsbereich der Straftatbestände zu erkennen sind und sich durch Auslegung ermitteln lassen.<sup>400</sup> Ob die oben dargestellten Entwürfe einer Strafnorm gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport diese Anforderungen erfüllen, ist umstritten.

##### **a. Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz**

Hinsichtlich eines staatlichen Anti-Doping Gesetzes konzentriert sich die Kritik an der Bestimmtheit einer Strafnorm zum einen auf die Definition des Begriffs „Doping“. Da ein Verweis auf private (sportinterne) Normen rechtsstaatlich problematisch sei, müssten die verbotenen Mittel und Verfahren in einer uneleganten und unflexiblen Aufzählung im Gesetz verankert werden.<sup>401</sup> Auch eine allgemeine Festlegung der verbotenen Mittel selber sowie gegebenenfalls von Grenzwerten sei praktisch unmöglich.<sup>402</sup> Letztendlich würden die Sportverbände zum Herrn über den Straftatbestand, da sie entscheiden, welche Substanzen und Methoden unzulässig sind.<sup>403</sup>

---

<sup>399</sup> Siehe dazu ausführlich oben, B.III.1.d.

<sup>400</sup> Ständige Rechtsprechung des BVerfG, vgl. BVerfG, NJW 1987, 3175

<sup>401</sup> Kudlich, JA 2007, 94; Dury, SpuRt 2005, 138; Krähe, SpuRt 2006, 194; die Verweisteknik ebenfalls ablehnend Parzeller/Rüdiger, ZRP 2007, 137; a.A. Cherkeh/Momsen, NJW 2001, 1752, die eine Verweisteknik für zulässig erachten und daher aufgrund der Flexibilität bevorzugen. Hauptmann/Rübenstahl, HRRS 2007, 143 befürworten die Aufnahme der verbotenen Stoffe durch eine Rechtsverordnung, was jedoch nur für Normen des BtMG aufgrund von § 1 Abs. 2 BtMG möglich ist.

<sup>402</sup> Dury, SpuRt 2005, 138

<sup>403</sup> Steiner, SpuRt 2006, 244

Zum anderen wird im Rahmen des Bestimmtheitsgebots eine Beschränkung des Adressatenkreises der Norm verlangt. Eine Erfassung auch des Freizeitsports sei unangemessen und überfordere die Ermittlungsbehörden.<sup>404</sup> Daher soll insbesondere der Freizeitsport vor einer Kriminalisierung bewahrt werden.<sup>405</sup>

## **b. Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit**

Auf eine Strafnorm gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport lassen sich diese Argumente nur sehr eingeschränkt übertragen. Das erstgenannte Argument scheidet schon nach der Natur der Sache aus, da der Begriff „Doping“ für eine Strafnorm gegen Bestechlichkeit und Bestechung irrelevant ist. Zudem werden im Fall von Bestechungen, wie nun bereits mehrfach gezeigt, nicht sportinterne Regeln sondern übergeordnete Rechte verletzt.

### **(1) Beschränkung auf Wettkampfsport**

Eine Beschränkung des Tatbestandes auf den Wettkampfsport und damit die Herausnahme des Freizeitsports aus dem Anwendungsbereich kommt hingegen grundsätzlich auch bei einer Strafnorm gegen Bestechlichkeit und Bestechung in Betracht. Fraglich ist jedoch, ob eine solche Beschränkung tatbestandlich erforderlich ist.

Eine Bestechung ist dadurch charakterisiert, dass der Bestochene den Vorteilsgeber gegenüber anderen bevorteilt. Ein Vorteil setzt damit schon grundsätzlich voraus, dass mehrere Akteure existieren, die dasselbe Ziel verfolgen, also dass ein Wettbewerb besteht. Folglich ist die Tathandlung im Fall der Bestechung bzw. Bestechlichkeit im Sport bereits von Anfang an auf den sportlichen Wettbewerb beschränkt. Im Gegensatz zu Doping, das auch außerhalb des Wettbewerbs denkbar und nicht unüblich ist, sind Bestechungen mithin schon definitionsgemäß auf den Wettbewerb beschränkt.

Eine ausdrückliche Beschränkung des Tatbestandes auf den Wettkampf ist somit nicht erforderlich.

### **(2) Beschränkung auf Profisport**

Problematischer ist die Beantwortung der Frage, ob ein Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen auf den Leistungs- und Profisport zu beschränken ist.

---

<sup>404</sup> Steiner, SpuRt 2006, 244

<sup>405</sup> Jahn, GA 2007, 588; Kudlich, JA 2007, 94

Wie bereits mehrfach ausgeführt, hat die Manipulation sportlicher Wettbewerbe durch Bestechung eine stark ausgeprägte ökonomische Komponente. Da der zur Manipulation notwendige Einsatz in geldwerten Leistungen besteht, wird er regelmäßig nur dann erfolgen, wenn die angestrebte Gegenleistung – also der Gewinn des Wettbewerbs – den Wert der Leistung – das Bestechungsgeld – übersteigt. Dies gilt grundsätzlich in allen Bereichen des Sports, in denen der Gewinn des Wettbewerbs finanzielle Vorteile für einen Akteur zur Folge hat. Zwar wird die Differenz zwischen Einsatz und Ertrag und damit auch der Anreiz zur Manipulation im Profisport regelmäßig deutlich höher sein als im Amateursport. Es ist aber dennoch nicht auszuschließen, dass auch im Amateursport Bestechungen durchgeführt werden, um Wettbewerbe zu gewinnen, solange dies finanzielle Vorteile mit sich bringt. Der Anreiz zur Manipulation ergibt sich in diesen Fällen weniger aus dem Vorteil, sondern mehr aus dem geringen notwendigen Einsatz sowie der geringen Überführungsgefahr. Grundsätzlich besteht die Gefahr von bestechungsbedingten Manipulationen also nicht nur im Profisport, sondern auch im wettkampfmäßig betriebenen Amateursport.

Dennoch sprechen überzeugende Argumente dafür, den Einsatz des Strafrechts auf den Profisport zu beschränken. Wie im Rahmen der Diskussion um das geschützte Rechtsgut gezeigt wurde, ist der Einsatz des Strafrechts zum Schutz des freien Wettbewerbs als Universalrechtsgut dann gerechtfertigt, wenn die zu erfassende Rechtsgutverletzung eine erhöhte Sozialschädlichkeit aufweist. Diese ist durch die Auswirkungen von bestechungsbedingten Manipulationen auf die Gesamtwirtschaft und die Gesellschaft gegeben, doch beschränken sich diese sozialschädlichen Folgen auf Manipulationen im Profibereich. Manipulationen im Amateurbereich erreichen hingegen keine vergleichbaren sozial-schädlichen Dimensionen, so dass sie richtigerweise aus einem Straftatbestand herauszunehmen sind.

Ein neuer Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist folglich tatbestandlich auf sportliche Wettkämpfe mit hinreichender Vermögensrelevanz zu beschränken.

### **(3) Beschreibung der Tathandlungen**

Problematisch könnte sich weiter die hinreichend bestimmte Beschreibung der von einem neuen Straftatbestand erfassten Tathandlungen gestalten. Wie oben herausgearbeitet, soll der neue Straftatbestand die bestechungsbedingte Schlechtleistung von Spielern und Schiedsrichtern erfassen. Das Verhalten ist folglich durch zwei Komponenten

gekennzeichnet: Zum einen die Annahme von Geld und zum anderen damit kausal verbunden die unmittelbare Manipulation des sportlichen Wettbewerbs. Entsprechend kann ein Tatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe entweder individuell an eine dieser Handlungen oder an beide kombiniert anknüpfen.

(a) Manipulation als Tathandlung

Die Anknüpfung der Strafbarkeit der Sportler und Schiedsrichter an deren manipulative Handlungen im Wettbewerb, wie dies z.B. der Entwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen versucht, ist hinsichtlich der Bestimmtheit problematisch. Bei Schiedsrichtern könnte die Tathandlung durch ein Merkmal „Treffen bewusst falscher Entscheidungen“ wohl noch hinreichend bestimmt erfasst werden. Damit wären alle denkbaren Manipulationshandlungen eines Schiedsrichters im Wettkampf erfasst.

Bei den Sportlern kommt hingegen eine Vielzahl möglicher Handlungen in Betracht, die den Verlauf und das Ergebnis des Wettkampfes manipulieren können. Dazu kommt, dass ein Merkmal der „absichtlichen Schlechtleistung“ weder hinreichend bestimmt, noch in der Praxis einfach anzuwenden sein dürfte. Um alle möglichen Manipulationshandlungen eines Sportlers zu erfassen, müsste die Tathandlung also sehr allgemein formuliert werden, was im Hinblick auf die Bestimmtheit der Norm problematisch ist. Alternativ müssten die möglichen Manipulationshandlungen einzeln konkret beschrieben werden, was zwar die Bestimmtheit garantieren würde, aber die Gefahr mit sich bringt, dass nicht alle Handlungen erfasst werden.

(b) Vorteilsannahme als Tathandlung

Knüpft man den Tatbestand hingegen an die Bestechung bzw. Bestechlichkeit an, stellt die hinreichend bestimmte Formulierung der Tathandlung keine Schwierigkeit dar. Sie kann in Anlehnung an § 299 StGB beschrieben werden als „Fordern, sich versprechen lassen oder Annehmen eines Vorteils“. Damit sind alle möglichen Alternativen der Vorteilsannahme erfasst und hinreichend bestimmt beschrieben.

Die sachgerechtere Lösung ist daher, hinsichtlich der eigentlichen Tathandlung auf den Bestechungsvorgang abzustellen und – ähnlich wie im bestehenden § 299 StGB – die Manipulation des Wettkampfes lediglich als der Bestechung zugrundeliegende Unrechtsvereinbarung anzusehen, die zur Erfüllung des Tatbestandes nicht eintreten muss. Durch diese Lösung wird weiterhin jede bestechungsbedingte Manipulation sportlicher

Wettkämpfe erfasst, da diese immer mit der Gewährung bzw. Annahme einer Verlustprämie verbunden sind. Hinsichtlich der eigentlichen Wettkampfmanipulation reicht dann wohl aus, wenn diese als „*unlautere Beeinflussung*“ oder in vergleichbarer Form beschrieben wird. Aufgrund des Zusammenhangs mit der Tathandlung der Vorteilsgewährung/-annahme ist die derartige Ausgestaltung eines Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport hinreichend bestimmt.

## **5. Sportautonomie**

Eines der in der Diskussion um die Einführung eines Anti-Doping-Gesetzes am häufigsten eingewendeten Argumente der Gegner ist die Wahrung der Autonomie des Sports. Entsprechend könnte auch die Einführung eines Straftatbestandes gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport ein Eingriff in die Autonomie des Sports darstellen.

Grundlage für die Autonomie des Sports ist Art. 9 Abs. 1 GG. Dieser gewährleistet das Recht, zur Verfolgung besonderer Zwecke Vereine zu gründen. Zivilrechtlich sind Vereine darüber hinaus eigene Rechtssubjekte (§§ 21 ff. BGB), was zur Stärkung ihrer autonomen Stellung beiträgt.

Die Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 Abs. 1 GG beinhaltet aber nicht nur das Recht, Vereine zu gründen, sondern sichert den Vereinigungen auch zu, eigene Regeln zu setzen, diese Regeln selbständig zu überwachen sowie eigene Sozialwerte zu entwickeln.<sup>406</sup> Bestes Beispiel für die Entwicklung eigener Sozialwerte von Vereinigungen ist das Sportethos. Inhalte wie Fairness, Chancengleichheit und gerechten Wettkampf hat der Sport selbst geschaffen, sie bilden den Kern seiner Autonomie. Gegen einen Eingriff des Staates in diese Werte ist der Sport durch Art. 9 Abs. 1 GG geschützt.

Darüber hinaus schließt Art. 9 Abs. 1 GG jedoch keineswegs jeglichen Eingriff des Staates in den Bereich des Sports aus. Jenseits der grundlegenden Werte und Regeln des Sports existieren viele Bereiche, in denen sich die Angelegenheiten von Staat und Sport überschneiden und die Tätigkeit des Staates nicht nur zulässig, sondern sogar von Seiten des Sports erwünscht ist. So unterstützt der Staat zum Beispiel die Ausrichtung von Sportveranstaltungen durch den Einsatz der Polizei. Auch die Einbürgerung ausländischer Sportler wurde in der Vergangenheit mehrfach vom Staat beschleunigt, wenn diese sportlichen Erfolg

---

<sup>406</sup> Steiner, NJW 1991, 2730; Grunsky, SpuRt 2007, 190

verspricht.<sup>407</sup> Und nicht zuletzt ist an dieser Stelle die umfangreiche finanzielle Unterstützung des Sports durch den Staat zu bedenken, für die das Grundgesetz an sich keine Kompetenz vorsieht. Schon diese wenigen ausgewählten Beispiele zeigen die enge Verknüpfung von Staat und Sport und den großen Einfluss des Staates auf den Sport. Im Gegenzug muss es der Sport aushalten, dass sich der Staat gerade in gesellschaftlich bedeutenden Belangen in die Angelegenheiten des Sports einmischt. Völlig dem Einfluss des Staates entzogen ist lediglich der Kernbereich des Sports, also dessen Statuten und Regeln.<sup>408</sup>

#### **a. Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz**

Bei der Dopingproblematik stellt sich vor diesem Hintergrund die sehr umstrittene Frage, ob Doping dem Kernbereich des Sports zuzurechnen ist und dementsprechend dem Eingriff des Staates entzogen sein soll. Für die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend, ob das Verbot von Doping als sportinterne, regulative Regel oder als übergeordnete, konstitutive Regel angesehen wird. Bejaht man ersteres, so muss man konsequenterweise den Eingriff des Staates bei Doping aufgrund der Autonomie des Sports ablehnen. Diese Problematik soll hier jedoch nicht vertieft werden.<sup>409</sup>

#### **b. Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit**

Entscheidend für die Frage, ob Art. 9 Abs. 1 GG den Eingriff des Staates bei den hier zu untersuchenden bestechungsbedingten Manipulationen sperrt, ist also, ob derartige Manipulationen den durch die sportinternen Regeln gebildeten Kernbereich des Sports betreffen.

Wie bereits in Teil 1 gezeigt, ist dies zu verneinen. Verlieren Sportler einen Wettkampf absichtlich oder handeln Schiedsrichter bewusst parteiisch, um das in Aussicht gestellte Bestechungsgeld zu erhalten, werden dadurch keine sportinternen Regeln verletzt. Das unlautere Verhalten der Akteure verletzt vielmehr konstitutive Grundvoraussetzungen des lauten Wettbewerbs. Diese Grundmaximen sind nicht durch Regeln des Sports festgelegt, sondern sind dem Wettbewerb als Institution immanent und gelten über den Sport hinaus für

---

<sup>407</sup> So wurde z.B. im Jahr 2008 der US-amerikanische Basketballspieler Chris Kaman dank deutscher Vorfahren in einem beschleunigten Verfahren eingebürgert, um die Deutsche Basketballnationalmannschaft für die Olympischen Spiele in Peking zu verstärken

<sup>408</sup> Zu der gesamten Problematik vgl. Steiner, SpuRt 2009, 224; ders. NJW 1991, 2729 ff.

<sup>409</sup> Ausführlich diskutiert dies Greco, GA 2010, 630 ff.

den Wettbewerb in allen Bereichen der Gesellschaft. Bestechungen stellen mithin einen äußeren Eingriff in die konstitutionellen Grundzüge des Wettbewerbs dar.<sup>410</sup>

Bestechungsbedingte Manipulationen berühren den Sport somit auf einer Ebene, die über den Kernbereich der Regeln und Statuten des Sports hinausgeht. Wie oben gezeigt, versagt die durch Art. 9 Abs. 1 GG garantierte Autonomie des Sports jedoch richtigerweise nur in diesem Kernbereich des Sports den Eingriff des Staates. Die Autonomie des Sports steht dem Eingriff des Staates zum Schutz des Wettbewerbs vor bestechungsbedingten Manipulationen mithin nicht entgegen.

## **6. Gleichheit**

Der Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 GG besagt abstrakt, dass Gleiches gleich und Ungleiches seiner Eigenart entsprechend verschieden zu behandeln ist.<sup>411</sup> Der Grundsatz bindet alle drei Staatsgewalten<sup>412</sup>, also auch den Gesetzgeber bei der Formulierung neuer Straftatbestände.

### **a. Argumente im Zusammenhang mit Anti-Doping-Gesetz**

In diesem Zusammenhang halten einige Gegner der Einführung eines staatlichen Anti-Doping-Gesetzes entgegen, dass der Einsatz leistungsfördernder Mittel und Verfahren im Sport nicht verwerflicher sei als in jedem anderen Bereich der Gesellschaft.<sup>413</sup> So sei der Einsatz von Medikamenten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, z.B. bei Prüfungen, Verhandlungen oder anderen Drucksituationen, ebenfalls weit verbreitet.<sup>414</sup> Hier verlange niemand den Einsatz des Strafrechts, obwohl die verwendeten Mittel (z.B. Aufputschmittel) und die damit verfolgten Ziele (die Leistungssteigerung) vergleichbar mit Doping im Sport seien.<sup>415</sup> Es verstoße daher gegen den in Art. 3 GG verankerten Grundsatz der Gleichheit, wenn die Einnahme von Dopingmitteln im Sport bestraft wird, vergleichbare Handlungen in anderen Bereichen der Gesellschaft aber straffrei seien.<sup>416</sup>

---

<sup>410</sup> Siehe hierzu bereits oben, B.III.1.d.

<sup>411</sup> Ständige Rechtsprechung des BVerfG, z.B. BVerfGE 17, 319 (330)

<sup>412</sup> Jarass/Pieroth, Art. 3, Rn. 1a

<sup>413</sup> Dury, SpuRt 2005, 138; Zypries, 33; wohl auch Kauerhoff, HRRS 2007, 74

<sup>414</sup> Hierzu ausführlich zur Frage der Chancengleichheit Bublit, ZJS 2010, 306, der das Strafrecht jedoch ausblendet.

<sup>415</sup> Valerius in: FS-Rissing-van Saan, 730; Turner, ZRP 1992, 122; Glauben, DRiZ 2006, 309

<sup>416</sup> So im Ergebnis auch Grotz, ZJS 2008, 253 f.



Ebenso verstoße es gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn Doping als einziges Mittel der Wettbewerbsmanipulation dem Strafrecht unterworfen würde. Soll ein staatliches Gesetz gegen Doping den Sport selbst schützen (und nicht die Gesundheit der Akteure), so müssten entsprechend auch andere Wettbewerbsverzerrungen pönalisiert werden, z.B. die Verwendung unzulässiger technischer Hilfsmittel oder Materialien.<sup>417</sup>

## **b. Übertragbarkeit auf Bestechung und Bestechlichkeit**

Die vorgebrachten Argumente scheinen auf den ersten Blick auch auf Bestechungssachverhalte übertragbar zu sein, da auch dort die Akteure des Wettkampfes durch unlautere Handlungen ihre Gewinnchancen verbessern. Anders als beim Doping wird der Wettbewerb im Fall von Bestechungen jedoch nicht durch die Verbesserung der eigenen Leistungsfähigkeit manipuliert. Vielmehr werden die konstitutiven Rahmenbedingungen des Wettbewerbs – der Gewinnanreiz der Akteure bzw. die Unparteilichkeit der Schiedsrichter – verändert. Während beim Doping also das grundsätzlich zulässige Ziel der eigenen Leistungssteigerung lediglich mit verbotenen Mitteln erreicht wird, konterkariert die Bestechung den gesamten Wettbewerb in seinen Grundzügen.

Diese grundlegenden Unterschiede zwischen Doping und Bestechung bilden die Basis dafür, dass sich die Kritik an der Ungleichheit eines Anti-Doping-Gesetzes auf einen Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport im Ergebnis nicht übertragen lässt.

### **(1) Gleichheit mit anderen Verhaltensweisen**

Die durch Doping erreichte Leistungssteigerung entspricht weiterhin dem Wettkampfgedanken und kann auch in anderer Weise regelkonform erreicht werden. Insofern ist der Ruf nach einer Gleichbehandlung anderer leistungssteigernder Handlungen nachvollziehbar.

Bei Bestechungen ist hingegen nur ein Sachverhalt denkbar, bei dem ein „legales“ Verhalten vergleichbare Auswirkungen auf den Wettbewerb hat: Die absichtliche suboptimale Leistung aus sportlichen Gründen, also zum Beispiel das absichtliche Verlieren eines Gruppenspiels, um in der anschließenden KO-Runde auf einen vermeintlich leichteren Gegner zu treffen.<sup>418</sup>

---

<sup>417</sup> Kudlich, JA 2007, 94; Jahn, ZIS 2006, 62; Krähe, SpuRt 2006, 194

<sup>418</sup> Siehe dazu bereits oben, Teil 1 B.III.

Wie eingangs bereits erörtert, ist das Verhalten des Akteurs in diesem Fall aber vorhersehbar und nachvollziehbar und stellt im Gesamtzusammenhang weiterhin ein Verhalten dar, das den Gewinn des Wettkampfes beabsichtigt. Folglich wird in diesem Fall nicht der Gewinnanreiz aufgrund einer Verlustprämie aufgehoben und der Gesamtwettbewerb damit nicht in mit einer Bestechung vergleichbarer Weise pervertiert. Die Chancengleichheit der Wettkampfteilnehmer wird mithin nicht verändert und das Leistungsprinzip bleibt jedenfalls hinsichtlich des übergeordneten Gesamtwettbewerbs unberührt.

Bedenken gegen eine vermeintliche Ungleichbehandlung von Bestechungssachverhalten gegenüber möglichen anderen Manipulationshandlungen sind daher unbegründet.

## **(2) Gleichheit mit anderen gesellschaftlichen Bereichen**

Auch das Problem der Gleichheit mit vergleichbaren Handlungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen stellt sich bei der Bestechung nicht. Beim Doping ist die Frage legitim, warum die Verwendung leistungssteigernder Mittel nur im Bereich des Sports staatlich bestraft werden soll, da dies für andere gesellschaftliche Bereiche soweit ersichtlich nicht diskutiert wird. Bestechungen werden hingegen in anderen gesellschaftlichen Bereichen bereits strafrechtlich verfolgt, wie schon § 299 StGB zeigt.

Bei Bestechungen stellt sich daher hinsichtlich der Gleichheitsproblematik eher umgekehrt die Frage, warum diese bisher nur im Zusammenhang mit dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen bestraft wird, nicht aber in allen anderen Bereichen, in denen ein Wettbewerb existiert.

Das Problem der Gleichheit stellt sich also im Hinblick auf einen Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport nicht. Art. 3 GG steht einem solchen nicht entgegen.

## **7. Verhältnismäßigkeit**

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG abgeleitet.<sup>419</sup> Er begrenzt die Eingriffsbefugnis des Gesetzgebers in Grundrechte der

---

<sup>419</sup> So das BVerfG in ständiger Rechtsprechung, vgl. nur BVerfGE 90, 145 (173). Die Rechtsgrundlage ist jedoch umstritten, andere Ansichten leiten den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aus Art. 1 GG, Art. 19 Abs. 2 GG, Art. 3 GG oder den Grundrechten ab. Siehe dazu Maunz/Dürig-Grzeszick, Art. 20 GG, Rn. 108 mit weiteren Nachweisen.

Bürger und soll sicherstellen, dass diese der staatlichen Gewalt nicht unbegrenzt und willkürlich ausgeliefert sind.<sup>420</sup> Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bindet die gesamte Staatsgewalt und insbesondere die Legislative bei der Gesetzgebung.<sup>421</sup> Zulässig sind nur solche Maßnahmen, die zur Erreichung eines legitimen Zwecks geeignet, erforderlich und angemessen sind.<sup>422</sup>

#### **a. Legitimer Zweck**

Der mit der gesetzgeberischen Maßnahme verfolgte Zweck bildet den Bezugspunkt für die nachfolgende Beurteilung der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit.

Ein neuer Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen im Sport bezweckt den Schutz des freien und lauten Wettbewerbs, der Vermögensinteressen der beteiligten Akteure sowie deren Handlungsfreiheit. Wie im Rahmen des geschützten Rechtsguts bereits eingehend erörtert, handelt es sich dabei um Werte, deren Verletzung in besonderer Weise sozial-schädlich und für das geordnete Zusammenleben der Menschen unerträglich ist. Zur Bewahrung dieser Rechtsgüter ist der Einsatz des Strafrechts daher grundsätzlich legitim. Ein legitimer Zweck ist damit gegeben.

#### **b. Geeignetheit**

Ein legislatives Mittel ist geeignet im Sinne des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, wenn es den beabsichtigten Zweck erreichen oder zumindest fördern kann. Dabei ist es ausreichend, wenn die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass der angestrebte Erfolg zumindest teilweise eintritt. Nicht erforderlich ist, dass die Maßnahme den Zweck vollständig erreicht.<sup>423</sup> Auf Gesetzesebene soll es nach der Rechtsprechung des BVerfG sogar ausreichen, wenn die abstrakte Möglichkeit der Zweckerreichung besteht.<sup>424</sup>

Wie die einführenden Beispiele gezeigt haben, sind Bestechungen im Sport und damit verbunden die Manipulation sportlicher Wettbewerbe weit verbreitet. Angesichts der über Jahrzehnte hinweg immer wieder auftretenden Manipulationsfälle ist es ganz offensichtlich

---

<sup>420</sup> Maunz/Dürig-Grzeszick, Art. 20 GG, Rn. 107

<sup>421</sup> Sachs, Art. 20 GG, Rn. 148

<sup>422</sup> Ständige Rechtsprechung des BVerfG, siehe z.B. BVerfGE 92, 262, (273); Sachs, Art. 20 GG, Rn. 149 ff.; Jarass/Pieroth, Art. 20 GG, Rn. 83

<sup>423</sup> Maunz/Dürig-Grzeszick, Art. 20 GG, Rn. 112

<sup>424</sup> BVerfGE 100, 313, 373

nicht gelungen, das Problem zu bewältigen. Fraglich ist, ob dieser Zustand durch einen neuen Straftatbestand verbessert werden kann.

Zur Beantwortung dieser Frage ist nochmals die Motivation bzw. der Anreiz von Sportlern und Schiedsrichtern zur Manipulation von Wettbewerben zu betrachten. Ein Sportler oder Schiedsrichter wird in der Regel nur dann zur Manipulation bereit sein, wenn er den damit verbundenen Vorteil höher einschätzt als die damit verbundenen Nachteile bzw. Risiken. Die Manipulation beruht also auf einer reinen Kosten-Nutzen-Kalkulation.<sup>425</sup>

Der *Nutzen* der Sportler und Schiedsrichter liegt dabei in der für die Manipulation angebotenen geldwerten Leistung. Zu den *Kosten* gehören neben dem eigentlichen Verlust des Wettbewerbs insbesondere die Entdeckungsgefahr und die drohende Bestrafung nach dem Verbands- bzw. gegebenenfalls dem Strafrecht. Für Schiedsrichter beschränkt sich die Gefahr sogar ausschließlich auf eine mögliche Bestrafung.

Betrachtet man die bekannt gewordenen Manipulationsfälle, so fällt auf, dass die gezahlten Bestechungsgelder vergleichsweise geringe Beträge erreichten. In den Fällen, in denen die Höhe der bezahlten Gelder bekannt wurden, lag diese zumeist im vierstelligen Bereich. Im Vergleich zu den im heutigen Profisport umgesetzten Summen sind dies verschwindend geringe Beträge.

Aus dem Umstand, dass Spieler und Schiedsrichter bereit sind, für einen relativ geringen Nutzen sportliche Wettbewerbe zu manipulieren, lässt sich schließen, dass die Kosten der Manipulation von diesen Beteiligten noch geringer eingeschätzt werden. Die Entdeckungsgefahr und die drohenden Sanktionen werden von den bestochenen Akteuren offensichtlich so gering bewertet, dass diese selbst für geringe Bestechungsgelder bereit sind, sportliche Wettbewerbe zu manipulieren.

Genau an dieser Stelle kann ein neuer Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen im Sport anknüpfen und dessen Geeignetheit begründen. Ein zentraler Zweck staatlicher Strafen ist die negative Generalprävention bzw. Abschreckungsprävention.<sup>426</sup> Allerdings erlaubt die derzeitige Rechtslage keine hinreichend effektive Verfolgung und Bestrafung von Manipulationen im Sport, so dass das Abschreckungspotential sehr gering ist.

---

<sup>425</sup> Zu § 298 StGB ebenso LK-Tiedemann, § 298, Rn. 8

<sup>426</sup> MK-Miebach, § 46 StGB, Rn. 25; Fischer, § 46, Rn. 12

Wie im ersten Teil dieser Arbeit gezeigt, ermöglichen die bestehenden Strafgesetze nur in ganz seltenen Ausnahmefällen eine Bestrafung. Auf der anderen Seite leidet das Verbandsrecht unter sehr eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten und einem zu geringen Abschreckungspotential seiner Sanktionen.

Die Einführung eines neuen Straftatbestandes würde die derzeit bestehende Unsicherheit der Anwendbarkeit und Einschlägigkeit staatlicher Strafgesetze aufheben und damit die Wahrscheinlichkeit einer staatlichen Strafverfolgung wesentlich erhöhen. Die Verankerung als Straftatbestand würde die Anerkennung und Akzeptanz des Manipulationsverbots erhöhen, was eine Änderung des Rechtsbewusstseins mit sich bringen kann.<sup>427</sup> Zudem würde ein eindeutiger Straftatbestand den Einsatz der staatlichen Ermittlungsbehörden ermöglichen, denen ein leistungsfähiger Ermittlungsapparat und effektive Ermittlungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.<sup>428</sup> Schließlich ist das Abschreckungspotential staatlicher Strafen ungleich höher als das Abschreckungspotential von Verbandsstrafen. Während Verbandsgerichte maximal zeitlich begrenzte Wettkampfsperren aussprechen können und damit auf den Sportbereich beschränkt sind, wirkt sich die Verurteilung durch ein staatliches Gericht über den Sport hinaus auf alle Lebensbereiche des Täters aus.<sup>429</sup>

Ein neuer Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport würde folglich die Gefahren für manipulierende Sportler und Schiedsrichter signifikant erhöhen und damit deren Bereitschaft für Manipulationen verringern.<sup>430</sup> Die erhöhte Wahrscheinlichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung und die drohenden schärferen Strafen erhöhen im Ergebnis die Kosten einer Manipulation sportlicher Wettbewerbe für potentielle Täter, so dass diese, wenn überhaupt, dann nur gegen einen deutlich höheren Nutzen, also höhere Bestechungsgelder, zur Manipulation bereit sein werden.<sup>431</sup>

Dies verringert wiederum die Attraktivität der Bestechung von Sportlern und Schiedsrichtern für Hintermänner, da für diese der notwendige Einsatz erhöht wird und damit eine Bestechung

---

<sup>427</sup> Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, 10., Rn. 137; ebenso zur Erforderlichkeit eines staatlichen Doping-Verbots Bannenberg/Rössner in Weinreich, 223

<sup>428</sup> Vergleichbar zur Doping-Besitzstrafbarkeit Hauptmann/Rübenstahl, HRRS 2007, 146. Dies wird nachfolgend noch eingehend erörtert werden.

<sup>429</sup> Ähnlich zu staatlichen Strafen bei Doping Prokop, SpuRt 2006, 193. Auch hierauf wird nachfolgend noch detailliert eingegangen werden.

<sup>430</sup> Im Ansatz ebenso Maennig, 108, der jedoch höhere Strafen für die Bestochenen für ungeeignet erachtet, da dies das Volumen der Bestechungszahlungen erhöhen kann. Er spricht sich daher für eine Erhöhung der Strafen für die Bestechenden aus.

<sup>431</sup> Bannenberg/Rössner, in: FS-Schild, 70; Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, 10., Rn. 137

nur noch bei hohen in Aussicht stehenden Gewinnen überhaupt in Betracht gezogen werden wird. Gleichzeitig erhöht sich auch für die Hintermänner die Gefahr einer staatlichen Bestrafung, was die Bereitschaft zur Bestechung zusätzlich verringern wird.

Die zumindest abstrakte Geeignetheit der Einführung eines Straftatbestandes gegen Manipulationen im Sport zum Zwecke des Schutzes des freien Wettbewerbs und der Vermögensinteressen der Beteiligten ist damit zu bejahen.

### **c. Erforderlichkeit**

Das Merkmal der Erforderlichkeit gebietet, dass der Staat aus den zur Erreichung des Zwecks gleich gut geeigneten Mitteln das mildeste Mittel wählt. Bei der Beurteilung des mildesten Mittels sind die maßgeblichen Kriterien die Eigenart der betroffenen Positionen, die Intensität deren Verkürzung und die Zahl der Betroffenen.<sup>432</sup> Gleich gut geeignet sind alle Alternativen, die die Erfolgswahrscheinlichkeit gleichwertig steigern. Unter diesen gleichwertigen Alternativen ist dann diejenige zu wählen, die die geschützten Rechtspositionen der Bürger am wenigsten beeinträchtigt.

Damit stellt sich zunächst die Frage nach möglichen Alternativen zu einem neuen Straftatbestand gegen Manipulationen im Sport.

#### **(1) Alleinige Zuständigkeit der Sportgerichtsbarkeit**

Die Erforderlichkeit eines neuen Straftatbestandes wäre zu verneinen, wenn die Sportgerichtsbarkeit allein ausreichend ist, um Manipulationen im Sport zu verfolgen und zu sanktionieren. Fraglich ist also, ob die Sportgerichtsbarkeit gleich gut oder besser geeignet ist, um bestechungsbedingte Manipulationen zu verfolgen und zu sanktionieren, wie die staatliche Gerichtsbarkeit.

Dies wird im Rahmen der Diskussion um ein Anti-Doping-Gesetz von den Gegnern einer staatlichen Lösung regelmäßig bejaht. Die Sportgerichtsbarkeit sei zur Bekämpfung von Doping nicht nur ausreichend, sondern gar wesentlich effektiver als eine staatliche Strafverfolgung. Die Sportgerichtsbarkeit verfüge über speziell angepasste Verfahrensbesonderheiten, wie z.B. den strict liability-Grundsatz, und ermögliche somit eine schnellere,

---

<sup>432</sup> Sachs, Art. 20 GG, Rn. 152

effizientere Verfolgung.<sup>433</sup> Auch die Sanktionen seien effektiver, da sportinterne Wettkampfsperren die manipulierenden Akteure härter trafen als staatliche Strafen und die Sperren länderübergreifend ausgesprochen werden könnten.<sup>434</sup>

Ein Ersatz der sportinternen Gerichtsbarkeit durch staatliche Organe würde all diese verfahrensrechtlichen Vorteile zunichtemachen. Auch eine Ergänzung der Sportgerichtsbarkeit durch staatliche Maßnahmen sei nicht angezeigt, da im Falle einer Verurteilung die zeitlich stark verzögerte staatliche Strafe keinen Effekt mehr habe, aufgrund der unterschiedlichen Verfahrensmaximen jedoch gleichzeitig die Gefahr abweichender Entscheidungen bestünde.<sup>435</sup>

Fraglich ist jedoch, ob diese Argumente – zunächst unabhängig von ihrer inhaltlichen Richtigkeit – auf einen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport übertragen werden können. Dazu sollen nachfolgend die Hauptargumente für den ausschließlichen Einsatz der Sportgerichtsbarkeit erörtert werden.

#### (a) Verbot der Selbstbelastung

Eine der zentralen verfahrensrechtlichen Bedenken gegen den Einsatz des Strafrechts bei Doping ist, dass die Verfolgung von Doping in aller Regel mit einer positiven Dopingprobe beginnt. Zur Abgabe der Dopingprobe verpflichtet sich der Sportler mit der Wettkampfteilnahme. Damit belastet sich der gedopte Sportler letztendlich selbst, was von ihm nach strafprozessualen Grundsätzen nicht verlangt werden kann. Das Strafrecht allein könnte somit die Abgabe von Dopingproben gar nicht erwirken. Gleichzeitig könnte eine abgegebene Dopingprobe in einem nachfolgenden Strafverfahren aufgrund des Verstoßes gegen den nemo tenetur-Grundsatz nicht verwertet werden.<sup>436</sup>

Anders als bei Dopingfällen ist bei Bestechungsfällen eine derartige Selbstbelastung jedoch nicht gegeben. Der Anfangsverdacht beruht hier nicht auf einer vom Sportler zwangsweise abgegebenen Dopingprobe, sondern auf einem objektiv erkennbaren Fehlverhalten des Sportlers oder Schiedsrichters im Wettbewerb. Der Verdacht einer bestechungsbedingten Spielmanipulation kann zum Beispiel durch offensichtliche Fehlentscheidungen eines

---

<sup>433</sup> Übersichtsartig Kauerhof, HRRS 2007, 71; Jahn, SpuRt 2005, 143 ff.; im Ergebnis ebenso Steiner, SpuRt 2009, 223

<sup>434</sup> Bach, ZRP 2006, 239

<sup>435</sup> Eine Zusammenfassung dieser Gegenargumente findet sich bei Krähe, SpuRt 2006, 94

<sup>436</sup> Vieweg, SpuRt 2004, 196

Schiedsrichters oder durch auffällige Fehler eines Sportlers begründet werden. Eine Selbstbelastung der Akteure erfolgt weder vor oder während des Wettbewerbs, noch bei der anschließenden Ermittlung.

Der Anknüpfungspunkt des Anfangsverdachts bei Bestechungsfällen unterscheidet sich somit wesentlich vom Anknüpfungspunkt bei Dopingfällen. Die verbandsrechtliche Möglichkeit, eine Selbstbelastung der beteiligten Akteure zu erzwingen, ist eine verfahrensrechtliche Besonderheit, die ausschließlich für Dopingfälle anwendbar ist. Bei der Verfolgung von bestechungsbedingten Manipulationen stellt sich dieses Problem hingegen nicht, da die Beteiligten keine vergleichbare selbstbelastende Handlung durchführen. Es ist daher keine Situation ersichtlich, in der dieser vermeintliche Vorteil des sportinternen Verfahrensrechts bei der Verfolgung von Bestechungsfällen Bedeutung erlangen kann.

Das strafprozessuale Verbot der Selbstbelastung begründet somit keinen Nachteil der staatlichen Strafverfolgung gegenüber dem verbandsinternen Verfahren.

#### (b) Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten im Strafverfahren

Die Gegner des Einsatzes des Strafrechts verweisen weiter darauf, dass dem Beschuldigten im staatlichen Strafverfahren nach § 136 StPO ein Aussageverweigerungsrecht zusteht. Dies gefährde die Ermittlungen sowohl gegen den Beschuldigten selbst, als auch gegen die Hintermänner der Tat.<sup>437</sup>

Dieses Argument kann grundsätzlich auf Bestechungsfälle übertragen werden. Auch hier hätte ein Beschuldigter im staatlichen Strafverfahren ein Aussageverweigerungsrecht. Allerdings ist zweifelhaft, ob dies einen Nachteil des staatlichen Verfahrens gegenüber dem Verbandsgerichtsverfahren darstellt. Denn eine Pflicht des Beschuldigten, zu den Anschuldigungen auszusagen und wahrheitsgemäße Angaben zu machen, existiert im verbandsgerichtlichen Verfahren ebenso wenig wie im staatlichen Strafverfahren.<sup>438</sup> Die Gefahr, dass der beschuldigte Sportler oder Schiedsrichter im Verfahren gegen ihn keine oder falsche Angaben macht, besteht also im staatlichen Strafverfahren ebenso wie im verbandsinternen Verfahren.<sup>439</sup>

---

<sup>437</sup> Krähe, SpuRt 2006, 194; Jahn, SpuRt 2005, 146; Zypries, 33

<sup>438</sup> So auch Kauerhoff, HRRS 2007, 73

<sup>439</sup> Hauptmann/Rübenstahl, MedR 2007, 279, dies., HRRS 2007, 149



Das Aussageverweigerungsrecht des bestochenen Sportlers oder Schiedsrichters als Beschuldigten beeinträchtigt auch nicht ein mögliches Ermittlungsverfahren gegen die Hintermänner. Denn wie im ersten Teil der vorliegenden Arbeit gezeigt, kommt ein solches nach der derzeit gültigen Rechtslage überhaupt nur in Ausnahmefällen in Betracht. Ohne eine eindeutige gesetzliche Neuregelung kommt es daher regelmäßig überhaupt nicht zu einem Verfahren, in dem der Sportler oder Schiedsrichter als Zeuge vernommen werden könnte. Eine Verschlechterung des status quo durch staatliche Ermittlungen gegen Sportler und Schiedsrichter ist daher zu verneinen.<sup>440</sup>

Ein Vorteil des Verbandsverfahrens ist somit auch hinsichtlich der Aussagepflichten der Beteiligten im Ermittlungsverfahren nicht zu erkennen.

(c) Grundsatz der „strict liability“<sup>441</sup>

Als weiterer Vorteil des sportgerichtlichen Verfahrens wird regelmäßig auf die Anwendbarkeit des Grundsatzes der strict liability verwiesen. Danach begründet bereits das Vorhandensein einer verbotenen Substanz im Körper des Athleten einen Verstoß gegen die Anti-Doping-Bestimmungen. Vorsatz, Verschulden, Fahrlässigkeit oder bewusster Gebrauch durch den Athleten muss diesem nicht nachgewiesen werden.<sup>442</sup> Es obliegt vielmehr dem Sportler, sich beim Vorliegen einer positiven Dopingprobe vom Vorwurf des Doping-Verstoßes zu entlasten.

Im Gegensatz dazu gilt im staatlichen Strafprozessrecht das Schuldprinzip, nach dem einem Angeklagten dessen Schuld positiv nachgewiesen werden muss.

Auch diese Verfahrenserleichterung des Verbandsrechts beschränkt sich aber ersichtlich auf Doping-Sachverhalte. Der strict liability-Grundsatz wurde explizit im Hinblick auf Dopingfälle eingeführt und ist sowohl hinsichtlich seines Wortlauts als auch seines Sinnes und Zweckes auf Dopingfälle begrenzt. In Bestechungsfällen gibt es kein mit einer Dopingprobe vergleichbares Indiz für eine Manipulation und entsprechend auch keine normierte Beweislastumkehr in den Verbandsregeln. Den Akteuren muss die bestechungs-bedingte Manipulation also auch im verbandsrechtlichen Verfahren positiv nachgewiesen werden.

---

<sup>440</sup> Ähnlich zu Doping Prokop, SpuRt 2006, 193

<sup>441</sup> Der Begriff wird auch in den offiziellen nationalen und internationalen Anti Doping Codes verwendet, vgl. NADC 2009, 91 f., WADC, 19

<sup>442</sup> Vgl. Art. 2.1.1 NADC 2009; Art. 2.1.1 WADC

Somit unterscheiden sich das Verfahren und die Anforderungen an die Überführung der Akteure zwischen dem Verbandsverfahren und dem staatlichen Strafverfahren nicht.

Auch die Anwendbarkeit des Grundsatzes der strict liability ist also kein Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit gegenüber der staatlichen Strafverfolgung im Hinblick auf die Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen.

#### (d) Kürzere Verfahrensdauer der Sportgerichtsbarkeit

Für die ausschließliche Anwendung des Verbandsrechts wird des Weiteren dessen schnelleres Verfahren angeführt. Während sich staatliche Strafverfahren nicht selten über mehrere Jahre ziehen, fällen die Sportgerichte ihre Urteile regelmäßig sehr zeitnah. Die Schnelligkeit des verbandsrechtlichen Verfahrens beruht dabei auf einer schlankeren Beweisaufnahme, kürzeren Fristen und nicht zuletzt der Beweislastumkehr der strict liability.<sup>443</sup>

Auch dieses Argument ist aber hauptsächlich für Dopingfälle begründet und kann nicht ohne weiteres auf Bestechungsfälle übertragen werden. Denn anders als bei Doping-Fällen, bei denen aufgrund des strict liability-Grundsatzes sehr schnell eine sportgerichtliche Anklage möglich ist, liegt die Schwierigkeit in Bestechungsfällen bei der Ermittlung und Aufdeckung der Manipulation. Für diese Probleme existieren jedoch im Verbandsrecht keine Verfahrenserleichterungen, die die Ermittlungen beschleunigen. Dies hat zur Folge, dass das Verfahren zwar ab dem Moment der Aufdeckung der Manipulationen schneller abgeschlossen werden kann, der wesentlich umfangreichere Teil vor der Aufdeckung jedoch gegenüber dem staatlichen Ermittlungsverfahren nicht beschleunigt ist. Hier drohen vielmehr aufgrund der eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten Verzögerungen.<sup>444</sup>

Hinsichtlich der Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen ist also auch das vermeintlich schnellere Verfahren kein entscheidender Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit gegenüber der staatlichen Gerichtsbarkeit.

#### (e) Gefahr abweichender Urteile

Von den Gegnern staatlicher Maßnahmen wird weiter die Befürchtung vorgebracht, dass es zu abweichenden Urteilen im Verbandsverfahren und im staatlichen Verfahren kommen kann.

---

<sup>443</sup> Krähe, SpuRt 2006, 194; ders., Doping 2010, 102

<sup>444</sup> Dazu sogleich

Wenn ein Sportler verbandsrechtlich in einem relativ kurzen Verfahren gesperrt wird, im staatlichen Verfahren mit einiger Verzögerung dann jedoch freigesprochen wird, würde dies die Glaubwürdigkeit der Verbandsgerichtsbarkeit unterlaufen.

Auch dieses Gegenargument beruht jedoch letztendlich auf der Anwendbarkeit des strict liability-Grundsatzes im Verbandsrecht, im Gegensatz zum Schuldprinzip im staatlichen Recht. Aufgrund dieser unterschiedlichen Verfahrensmaximen besteht bei Dopingfällen tatsächlich die Gefahr, dass ein staatliches Gericht einen zuvor von der Verbandsgerichtsbarkeit gesperrten Sportler frei spricht, da der im staatlichen Verfahren erforderliche Nachweis der Schuld nicht möglich ist.

Wie zuvor aufgezeigt, ist die Anwendung des strict liability-Grundsatzes jedoch streng auf Dopingfälle beschränkt und bei bestechungsbedingten Manipulationen nicht einschlägig. Die Voraussetzungen der Verbandsgerichtsbarkeit für eine Verurteilung der manipulierenden Beteiligten bei bestechungsbedingten Manipulationen sind hingegen mit den strafprozessualen Voraussetzungen nahezu identisch. Folglich ist die Befürchtung abweichender Urteile im Verbands- bzw. Strafverfahren aufgrund der unterschiedlichen Verfahrensmaximen unbegründet.

Zwar sind auch bei den hier zu untersuchenden bestechungsbedingten Manipulationen abweichende Urteile zwischen der Verbandsgerichtsbarkeit und der staatlichen Gerichtsbarkeit denkbar. Wie der Bundesliga-Skandal 1971 gezeigt hat, kann es auch bei diesen Sachverhalten vorkommen, dass manipulierende Sportler verbandsrechtlich verurteilt, strafrechtlich jedoch freigesprochen werden. Umgekehrt hat der Fall THW Kiel gezeigt, dass auch Sachverhalte denkbar sind, bei denen eine staatliche Verurteilung der Beteiligten in Betracht kommt, ohne dass verbandsinterne Strafen ausgesprochen werden können.

Anders als beim Doping beruhen diese unterschiedlichen Ergebnisse der Verfahren im Fall von Bestechungen jedoch nicht auf verfahrensrechtlichen Besonderheiten, sondern schlicht auf den Unzulänglichkeiten der zugrunde liegenden Normen. Die Verbandsgerichtsbarkeit kann lediglich Verbandsmitglieder bestrafen, nicht aber dem Verband nicht angehörige Hintermänner. Diese können wiederum zwar in bestimmten Konstellationen strafrechtlich belangt werden, die Bestrafung von Sportlern und Schiedsrichtern ist hingegen nach der

aktuellen Gesetzeslage strafrechtlich kaum möglich.<sup>445</sup> Im Fall des THW Kiel kam noch hinzu, dass der Verbandsgerichtsbarkeit die notwendigen Ermittlungsinstrumente fehlten, um den Verdacht der Manipulation adäquat zu verfolgen.

Während in Dopingfällen die Einführung eines Straftatbestandes also möglicherweise Konflikte zwischen dem staatlichen Recht und dem Verbandsrecht erst verursacht, existieren bei Bestechungssachverhalten evidente Gesetzeslücken, die nach derzeitiger Rechtslage zu den abweichenden Ergebnissen führen.

Da es für das Verbandsrecht nicht möglich ist, seine Gewalt auf verbandsfremde Akteure auszuweiten, muss zur Lösung dieses Problems beim Strafrecht angeknüpft werden. Da die derzeitige Rechtslage eine eindeutige Verurteilung von Sportlern und Schiedsrichtern, aber auch von den bestechenden Hintermännern, nicht ermöglicht, ist ein neuer Straftatbestand erforderlich, um die Strafbarkeitslücken zu schließen.

Bei bestechungsbedingten Manipulationen begründet die Einführung eines neuen Straftatbestandes mithin nicht die Gefahr abweichender Urteile. Ein solcher wäre vielmehr geeignet, die bisher bestehenden abweichenden Rechtslagen zwischen Verbandsrecht und Strafrecht anzugleichen und somit eine einheitliche Bestrafung der Täter zu erreichen.

#### (f) Gewicht verbandsrechtlicher Sanktionen

Von Sportlern und Funktionären wird als Argument gegen staatliche Strafen regelmäßig vertreten, die Strafen der Sportgerichtsbarkeit trafen die Beteiligten deutlich schwerer als mögliche staatliche Strafen. Eine mehrmonatige oder mehrjährige Wettkampfsperre hätte für die Beteiligten gravierendere Auswirkungen und wirke daher abschreckender als eine staatliche Geld- oder Bewährungsstrafe.<sup>446</sup>

Dem ist jedoch meines Erachtens eindeutig zu widersprechen. Zwar mag eine Wettkampfsperre kurzfristig gesehen die schwerwiegendere Sanktion für einen Sportler sein. Immerhin hindert ihn dies (zumindest bei Profisportlern) vorübergehend daran, seinen Beruf auszuüben. Eine Verurteilung durch ein ordentliches Gericht hat jedoch auf lange Sicht wesentlich schwerwiegendere Auswirkungen. Ein staatlich verurteilter Sportler oder Schiedsrichter ist

---

<sup>445</sup> Siehe oben, Teil 2 B.

<sup>446</sup> Vieweg, SpuRt 2004, 196; Bach, ZRP 2006, 239; Dury, SpuRt 2005, 140

vorbestraft, was sich über den sportlichen Bereich hinaus auf alle anderen Lebensbereiche und über seine Zeit als aktiver Sportler hinaus auf sein gesamtes weiteres Leben auswirkt.

Bei genauer Betrachtung erkennen dies wohl auch die Gegner staatlicher Strafen an, auch wenn sie nach außen hin die Verbandsstrafen als effektiver bezeichnen. Dass jedoch auch sie die staatlichen Sanktionen für schärfer halten, zeigt sich darin, dass die Verbandsstrafen regelmäßig als „ausreichend“ bezeichnet werden.<sup>447</sup> Eine „ausreichende“ Maßnahme impliziert, dass alternative Maßnahmen existieren, die als schwerwiegender angesehen werden, jedoch im konkreten Fall für nicht erforderlich gehalten werden. Die Gegner des Einsatzes des Strafrechts erkennen somit letztendlich ebenfalls an, dass die verbandsrechtlichen Sanktionen weniger einschneidend sind als die Sanktionen des Strafrechts, halten sie jedoch zur Bekämpfung von Manipulationen ausreichend.

Ob dies in der Sache zutreffend ist, soll nachfolgend noch eingehend untersucht werden. An dieser Stelle kann jedoch bereits festgehalten werden, dass die Verbandsstrafen jedenfalls in der Schwere ihrer Auswirkungen und damit verbunden hinsichtlich ihres präventiven Abschreckungs-potentials hinter den strafrechtlichen Sanktionen zurück bleiben. Auch die möglichen Strafen können also keinen entscheidenden Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit gegenüber der staatlichen Gerichtsbarkeit begründen.

#### (g) Möglichkeit international gültiger Bestrafung

Ein im Ansatz überzeugender Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit liegt darin, dass Sanktionen länderübergreifend ausgesprochen werden können.<sup>448</sup> Wie eingangs dargestellt, unterliegt ein Sportler oder Schiedsrichter mit der Mitgliedschaft im Verband auch der Gerichtsbarkeit des jeweiligen internationalen Dachverbandes. Dieser Dachverband hat die Möglichkeit, Strafen auszusprechen, die territorial nicht begrenzt sind, sondern sich auf alle diesem Verband angeschlossenen nationalen Verbände erstrecken. Ein gesperrter Sportler ist folglich nicht nur in seinem Heimatland, sondern in allen Ländern, die dem internationalen Dachverband angeschlossenen sind, von jeglichen offiziellen Wettkämpfen ausgeschlossen. So hat zum Beispiel der Fußball-Weltverband FIFA Anfang des Jahres 2013 insgesamt 41 südkoreanische

---

<sup>447</sup> So z.B. Beukelmann, NJW-Spezial 201, 57, Turner, ZRP 1992, 122; ähnlich Dury, SpuRt 2005, 137

<sup>448</sup> Bach, ZRP 2006, 239; Krähe, Doping 2010, 102

Fußballspieler wegen Spielmanipulationen weltweit für mindestens zwei bis fünf Jahre gesperrt.<sup>449</sup>

Eine vergleichbare international gültige Bestrafung ist im staatlichen Verfahren nicht möglich.<sup>450</sup> Hier ist die Strafgewalt territorial auf das Land beschränkt, in dem der Täter verurteilt wird. Ein in Deutschland strafrechtlich verurteilter Sportler oder Schiedsrichter könnte also im Ausland grundsätzlich unbeschränkt an Sportwettkämpfen teilnehmen.

Allerdings ist sehr fraglich, ob dies in der Praxis tatsächlich so einfach möglich wäre. Zwar ist der verurteilte Täter nicht verbandsrechtlich gesperrt und damit auf dem Papier zur Teilnahme an Wettbewerben zugelassen. Seine tatsächliche Teilnahme an Wettkämpfen im Ausland setzt jedoch die Mitgliedschaft und Lizenz im dortigen Verband voraus. Der Spieler oder Schiedsrichter muss also vom ausländischen Verband zur Teilnahme an offiziellen Wettbewerben zugelassen werden. Ob einem wegen Manipulation sportlicher Wettbewerbe rechtskräftig verurteilten Sportler oder Schiedsrichter diese Zulassung erteilt werden würde, ist sehr zweifelhaft.

Jedenfalls hat der Sport mittels der Lizenzerteilung die Möglichkeit, verurteilte Täter international von der Teilnahme an sportlichen Wettbewerben auszuschließen und dadurch staatliche Sanktionen indirekt auch länderübergreifend anzuerkennen. Der Einsatz des Strafrechts soll die Sportgerichtsbarkeit nicht ersetzen sondern ergänzen, so dass verbandsrechtliche internationale Strafen weiterhin möglich blieben.

Die internationale Gültigkeit der Sanktionen ist folglich in der Tat ein Vorteil des Verbandsrechts, den das Strafrecht nicht adäquat bieten kann. Der Sport hat jedoch die Mittel, auch staatliche Strafen in vergleichbarer Weise wie Verbandssanktionen länderübergreifend anzuerkennen und somit deren Wirkung auf das Ausland auszudehnen. Insofern ist dieser Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit zu relativieren. Er kann jedenfalls nicht dem Einsatz des Strafrechts neben dem Verbandsrecht entgegen gehalten werden.

---

<sup>449</sup> FIFA Media Release vom 09.01.2013, [http://de.fifa.com/aboutfifa/organisation/news/newsid=1982401/index.html?intcmp=fifacom\\_hp\\_module\\_media\\_statements](http://de.fifa.com/aboutfifa/organisation/news/newsid=1982401/index.html?intcmp=fifacom_hp_module_media_statements)

<sup>450</sup> Ähnlich als Argument gegen die Geeignetheit eines Straftatbestandes gegen Doping Nolte, 141

#### (h) Zusammenfassung und Zwischenergebnis

Die vorstehenden Erörterungen haben gezeigt, dass sich die vermeintlichen Vorteile der Verbandsgerichtsbarkeit gegenüber der staatlichen Gerichtsbarkeit nahezu ausschließlich auf den Bereich des Verfahrensrechts beschränken und bei Bestechungssachverhalten im Sport nicht greifen. Vielmehr verlaufen bei der Verfolgung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe das verbandsinterne wie das staatliche Verfahren nach den nahezu identischen Grundsätzen. Eine ausschließliche Zuständigkeit der Verbandsgerichtsbarkeit für die Verfolgung solcher Manipulationen bringt somit keine ersichtlichen verfahrensrechtlichen Vorteile, welche der Erforderlichkeit des Einsatzes des Strafrechts entgegenstehen könnten.

Sofern die Verbandsgerichtsbarkeit vereinzelt Vorteile aufweisen kann, wie zum Beispiel bei der Möglichkeit, international gültige Strafen zu verhängen, können diese Vorteile durch eine Zusammenarbeit von Staat und Sport bei der Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen weiterhin genutzt werden.

#### **(2) Unveränderter Anwendung der bestehenden Normen**

An der Erforderlichkeit eines neuen Straftatbestandes kann es weiter fehlen, wenn die bestehende Rechtslage, also das derzeitige Zusammenspiel von Verbandsnormen und staatlichen Strafnormen, eine hinreichende Verfolgung und Sanktion bestechungsbedingter Manipulationen ermöglicht.

Wie bereits im ersten Teil der vorliegenden Arbeit dargestellt wurde und insbesondere auch anhand der einführenden Beispiele deutlich wurde, können Manipulationen sportlicher Wettkämpfe durch Bestechung und Bestechlichkeit auf Grundlage der bestehenden Rechtslage jedoch gerade nicht hinreichend sanktioniert werden.

Die verbandsrechtlichen Normen ermöglichen zwar eine Bestrafung der Sportler und Schiedsrichter, nicht aber der Hintermänner. Die möglichen Sanktionen erschöpfen sich dabei in Wettkampfsperren, die jedoch kein hinreichendes Abschreckungspotential bieten. Entscheidet sich ein Sportler für die Manipulation eines Wettbewerbs, so gewichtet er den finanziellen Anreiz des Bestechungsgeldes höher als den Gewinn des Wettbewerbs. Ist dem Sportler die Integrität des Wettbewerbs derart unwichtig, so wird ihn eine drohende Wettkampfsperre kaum von der Durchführung der Manipulation abhalten. Unabhängig davon können sich Sportler und Schiedsrichter einer verbandsrechtlichen Bestrafung durch den

Austritt aus dem jeweiligen Verband sehr einfach entziehen. Schließlich sind die Ermittlungsmöglichkeiten der Verbandsgerichte sehr beschränkt.

Das Strafrecht auf der anderen Seite verfügt zwar über effektive Ermittlungsmöglichkeiten und Strafen mit hohem Abschreckungspotential. Die derzeitige lückenhafte Gesetzeslage ermöglicht eine Verfolgung und Bestrafung von Manipulationen jedoch nur dann, wenn diese einen Wetthintergrund haben. Und selbst dann ist die eigentliche Manipulation des Wettbewerbs bzw. die Bestechlichkeit von Sportakteuren lediglich eine Beihilfehandlung zum Wettbetrug und ihre Strafbarkeit nicht unumstritten.

Das Dilemma der aktuellen Situation lässt sich an einem einfachen Beispiel zeigen: Bietet ein Hintermann einem Sportler oder Schiedsrichter Geld dafür an, dass dieser einen Wettbewerb manipuliert, so lehnt der Sportler oder Schiedsrichter dies idealerweise ab und meldet den Bestechungsversuch. Es stellt sich allerdings die Frage, wem er den Bestechungsversuch melden kann oder muss. Naheliegend wäre eine Meldung an seinen Verband. Dieser kann jedoch den Hintermann nicht bestrafen, so dass die Meldung keinerlei Wirkung hat. Denkbar ist daher eine Meldung an die Polizei oder Staatsanwaltschaft. Diese kann jedoch mangels einer einschlägigen Strafnorm ebenfalls nicht tätig werden.

Um die aufgezeigten großen Lücken in der Verfolgung und Bestrafung von bestechungsbedingten Manipulationen zu schließen, ist die Einführung eines neuen Straftatbestandes mithin eindeutig erforderlich.

### **(3) Vorteile der staatlichen Strafverfolgung**

Wie oben aufgezeigt, bringen die Besonderheiten der Verbandsgerichtsbarkeit im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen keine Vorteile mit sich. Demgegenüber würde ein neuer Straftatbestand nicht nur die bestehenden Gesetzeslücken schließen, sondern auch den Einsatz staatlicher Ermittlungsmaßnahmen erleichtern. Inwieweit ein neuer Straftatbestand Vorteile gegenüber der Verbandsgerichtsbarkeit mit sich bringt, soll nachfolgend erörtert werden.

#### **(a) Ermittlungsmöglichkeiten**

Die bisherigen Feststellungen haben gezeigt, dass sich die Verbandsgerichtsbarkeit bei der Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen zu Beginn der Ermittlungen auf demselben Stand befindet wie mögliche staatliche Strafermittlungen. Gerade im Ermittlungsverfahren



sind die Möglichkeiten der Verbandsgerichtsbarkeit jedoch sehr beschränkt. Die Einführung eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport würde den Rückgriff auf die staatlichen strafprozessualen Zwangsmittel im Ermittlungsverfahren ermöglichen und könnte dadurch wesentliche Verbesserungen bei der Ermittlung und Verfolgung von Manipulationen mit sich bringen.<sup>451</sup>

aa) Eine zur Aufdeckung von Bestechungsfällen wichtige Ermittlungsmaßnahme ist die Telefonüberwachung nach § 100a StPO. Ein Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen, der in den Katalog des § 100a StPO aufzunehmen wäre, würde es ermöglichen, nach Wettbewerben mit auffälligem Verhalten der Beteiligten die verdächtigen Sportler oder Schiedsrichter zu überwachen und die nachfolgende Kommunikation mit möglichen Geldgebern aufzudecken. Diese wird zwangsläufig erfolgen, da die Bestechungsgelder in aller Regel nicht bereits vor dem Wettkampf in voller Höhe bezahlt werden. Aus diesem Grund könnte auch die Überwachung der Konten der verdächtigen Akteure eine weitere wirksame Maßnahme zur Aufdeckung bestechungsbedingter Manipulationen sein.

Nach der derzeitigen Rechtslage kann eine Telefonüberwachung hingegen nicht durchgeführt werden, da es am hinreichend konkreten Anfangsverdacht einer der in § 100a StPO aufgeführten Straftaten fehlt. Den Verbänden fehlt eine vergleichbare Ermittlungsmaßnahme völlig.

Dass die Aufdeckung von bestechungsbedingten Manipulationen ohne eine Telefonüberwachung problematisch ist, hat eindrucksvoll der Fußball-Wettskandal seit 2009 gezeigt. Dort haben die verbandsinternen Frühwarnsysteme keinen Verdacht gemeldet. Kenntnis von den Manipulationen haben erst die staatlichen Ermittler erlangt, als sie im Rahmen einer anderweitigen Telefonüberwachung zufällig Hinweise auf die Manipulation von Sportwettbewerben erhielten.

bb) Weitere wirkungsvolle Ermittlungsmaßnahmen können die Durchsuchung und die Beschlagnahme darstellen. Diese sind gemäß den §§ 94, 102 StPO möglich, wenn die manipulierenden Sportler oder Schiedsrichter Verdächtige einer Straftat sind. Sind diese hingegen lediglich Zeugen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die Hintermänner

---

<sup>451</sup> Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 223; dies. in: FS-Schild, 71; Hauptmann/Rübenstahl, HRRS 2007, 147; ähnlich Röwekamp, ZRP 2006, 239

(was seinerseits schon nur in Ausnahmefällen möglich ist<sup>452</sup>), so ist eine Durchsuchung gemäß § 103 StPO nur unter sehr viel strengeren Voraussetzungen möglich.<sup>453</sup> Dies erschwert wiederum unmittelbar die Möglichkeit, Beweismittel aufzufinden und zu beschlagnahmen. Die Verbandsgerichtsbarkeit hat hingegen keine vergleichbaren Befugnisse und steht daher der staatlichen Strafverfolgung wesentlich nach.

cc) Schließlich ist auch die Observierung verdächtiger Personen eine Maßnahme, die nur den staatlichen Ermittlungsbehörden nach § 163 StPO zur Verfügung steht. Ähnlich wie die Telefonüberwachung kann die Observierung ein wirksames Mittel sein, um im Nachgang eines manipulierten Wettbewerbs die Täter zu überführen und an die bestechenden Hintermänner heranzukommen.

#### (b) Strafen

Wie bereits dargestellt, ermöglicht das Strafrecht die Verhängung schwererer Strafen als das Verbandsrecht. Während die Verbandsgerichtsbarkeit hinsichtlich der möglichen Sanktionen auf Geldstrafen und Wettbewerbsperrn beschränkt ist, steht der staatlichen Gerichtsbarkeit der gesamte Katalog an Strafen und Maßregeln zur Verfügung.

Doch nicht nur die Art der möglichen Strafen ist bei staatlichen Sanktionen schwerwiegender, auch ihre Reichweite übersteigt die Reichweite verbandsrechtlicher Strafen bei Weitem. Verbandsrechtliche Strafen wirken sich effektiv nur auf diesen gesellschaftlichen Bereich aus. Außerhalb des Sports hat eine verbandsrechtliche Verurteilung keinerlei Konsequenzen. Ein manipulierender Sportler gilt also trotz seines sozialschädlichen Verhaltens in jedem Bereich außerhalb des Sports als unbescholten. Eine strafrechtliche Verurteilung würde sich hingegen auf alle Lebensbereiche des Täters auswirken, was angesichts des Unrechtsgehalts seiner Tat auch angemessen ist.

Dass die Erhöhung der potentiellen Strafen für die Beteiligten sowohl die repressive Sanktionierung als auch die präventive Verhinderung bestechungsbedingter Manipulationen positiv beeinflussen würde, wurde ebenfalls bereits oben beschrieben, so dass an dieser Stelle auf die vorherigen Ausführungen verwiesen werden kann.<sup>454</sup>

---

<sup>452</sup> Siehe oben, Teil 2 C.

<sup>453</sup> Ähnlich zur Doping-Thematik Hauptmann/Rübenstahl, MedR 2007, 278; dies., HRRS 2007, 148

<sup>454</sup> Siehe oben, B.II.7.b.

### (c) Öffentliche Wahrnehmung

Doch nicht nur die möglichen schärferen Strafen tragen zur höheren Abschreckungswirkung der staatlichen Strafverfolgung gegenüber der Verbandsgerichtsbarkeit bei. Auch die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist im Falle einer staatlichen Strafverfolgung wesentlich größer als jedes verbandsrechtliche Verfahren.<sup>455</sup> Sportinterne Sanktionen sind, unabhängig vom Grund der Sanktion, regelmäßig nur Randnotizen in den Medien oder werden über den eigenen Verband hinaus kaum wahrgenommen. Folglich ist auch die Wahrnehmung des Unrechtsgehalts des Verhaltens der Täter eher gering. Die breite Bevölkerung interpretiert eine Wettkampfsperre als Fehlverhalten gegen sportinterne Regeln, die entsprechend sportintern durch eine zeitlich überschaubare Sperre sanktioniert wird. Dies mag mitunter kurzzeitig für Empörung sorgen, diese legt sich jedoch zumeist schnell und die Angelegenheit gerät in Vergessenheit. Größere Aufmerksamkeit erreicht ein solches Verfahren in der Öffentlichkeit nicht.

Wird jedoch ein staatliches Strafverfahren gegen einen Sportler eingeleitet, so wird dies in den Medien regelmäßig sehr prominent aufgegriffen und längerfristig intensiv verfolgt. In der Praxis zeigte sich dies nicht zuletzt bei den Manipulationen im Fußball durch Robert Hoyzer bzw. die Fälle seit 2009. Hier berichteten nahezu alle überregionalen Medien ausführlich über die Verfahren und die Verurteilungen, was einen sehr viel höheren öffentlichen Druck auf die Beteiligten ausübte. Entsprechend wird auch das Unrecht der Beteiligten von der Öffentlichkeit deutlich schwerer eingestuft als bei einem ausschließlich sportinternen Verfahren.<sup>456</sup>

### (d) Unabhängigkeit und Objektivität

Im Zusammenhang mit der Sanktionierung von Athleten und Schiedsrichtern wird gegen den Sport und dessen Gerichtsbarkeit regelmäßig der Vorwurf vorgebracht, sie würden mit ihren Mitgliedern zu sanft umgehen. Tatsächlich liegt bei vielen Ermittlungen und Entscheidungen der Verbandsgerichtsbarkeit der Verdacht nahe, dass diese an einer umfangreichen Aufklärung und Überführung von Manipulationen nur geringes Interesse hat. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Bestrafung von Sportlern oder Schiedsrichtern von der Öffentlichkeit häufig nicht als Beweis der Wirksamkeit der Verbandsgerichtsbarkeit

---

<sup>455</sup> Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 223

<sup>456</sup> Im Ergebnis ähnlich ReSpoDo, 36

wahrgenommen wird, sondern ein negatives Licht auf die jeweilige Sportart und deren Verband wirft.

Darüber hinaus kann die verbandsgerichtliche Sperre prominenter Sportler die sportlichen Erfolge eines Verbands negativ beeinflussen. So sah sich z.B. der DFB im Bundesliga-Skandal 1971 gezwungen, mehrere Nationalspieler aufgrund ihrer Beteiligung an den Manipulationen zu sperren. Da dies aber eine wesentliche Schwächung der Nationalmannschaft bedeutete, war es kaum verwunderlich, dass nahezu alle ursprünglich ausgesprochenen Sperren nachträglich verkürzt oder die Spieler begnadigt wurden.

Für die Verbände ist es also mitunter gar nicht erstrebenswert, Manipulationen aufzudecken, da dies für sie selbst im Ergebnis häufig Nachteile mit sich bringt.

Ein solches Problem liegt beim Staat nicht vor. Dieser könnte bei entsprechender Gesetzeslage Manipulationen sportlicher Wettbewerbe verfolgen und bestrafen, ohne dass der Verfolgung Eigeninteressen entgegenstehen. Als Nebeneffekt könnte dies wiederum die Anstrengungen der Sportverbände bei der Verfolgung von Manipulationen erhöhen. Denn noch schlechter als die eigene Aufdeckung von Manipulationen ist es für das Ansehen eines Verbandes, wenn Manipulationen anderweitig aufgedeckt werden. In diesem Fall stehen nicht nur die Sportart und der Verband, sondern auch dessen Gerichtsbarkeit in der Öffentlichkeit in negativem Licht. Um dies zu vermeiden, könnte die zusätzliche Zuständigkeit des Staates ein Anreiz für die Verbände sein, Manipulationen selbst konsequenter zu verfolgen.

#### (e) Zusammenfassung

Der Einsatz des Strafrechts würde mithin wesentliche Vorteile bei der Bekämpfung bestechungsbedingter Manipulationen sportlicher Wettkämpfe mit sich bringen. Die Aufdeckung könnte durch den möglichen Einsatz der strafprozessualen Ermittlungsmöglichkeiten verbessert werden. Hiervon könnte auch der Sport profitieren, wenn diesem wiederum die Ermittlungsergebnisse zur Verfügung gestellt würden. Die verschärften Strafen und der öffentliche Druck auf Straftäter würden die Täter wirkungsvoller bestrafen und als Konsequenz die präventive Wirkung erhöhen.

Die Einführung eines staatlichen Straftatbestandes ist somit eine effektivere Maßnahme zum Schutz des freien und lauten Wettbewerbs vor bestechungsbedingten Manipulationen

sportlicher Wettkämpfe als die ausschließliche Zuständigkeit des Sports bzw. als die unveränderte Anwendung der derzeitigen Rechtslage.

#### **(4) Weitere Alternativen zur Bekämpfung von Manipulationen**

In der Literatur werden noch verschiedene andere Ansätze zur Vorbeugung und Sanktionierung von Manipulationen im Sport vertreten, die nachfolgend kurz dargestellt und beurteilt werden sollen.

##### **(a) Lösung über privatrechtliche Ansprüche**

Insbesondere im Zusammenhang mit Dopingsachverhalten setzen einige Stimmen in der Literatur zur Bekämpfung nicht auf das Strafrecht, sondern auf privatrechtliche Ansprüche der Beteiligten untereinander.<sup>457</sup> Auf bestechungsbedingte Manipulationen könnte dieser Lösungsansatz in der Form übertragen werden, dass von den Akteuren vor der Teilnahme am Wettkampf die Abgabe einer besonderen Erklärung über ihr lauterer Verhalten im Wettkampf verlangt werden könnte.<sup>458</sup> Eine Zuwiderhandlung würde dann eine Vertragsverletzung darstellen, die finanziell sanktioniert werden kann.

Das Vertrauen auf privatrechtliche Ansprüche ist jedoch kaum geeignet, bestechungsbedingten Manipulationen im Sport vorzubeugen oder diese hinreichend zu sanktionieren. Dies zeigt bereits die Praxis. Privatrechtliche Ansprüche gegen manipulierende Sportler oder Schiedsrichter kommen seit jeher in Betracht, konnten die Ausbreitung von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport jedoch nicht verhindern. Zudem helfen die vertraglichen Ansprüche auch nicht über die bestehende Problematik hinweg, dass dem Sport die nötigen Ermittlungsmöglichkeiten fehlen, um Manipulationen aufzudecken. Mithin würde ein verstärkter Einsatz privatrechtlicher Ansprüche zwar die möglichen Sanktionen verschärfen, aber weder das Aufdeckungsrisiko, noch das Unrechtsbewusstsein der Täter verändern. Der Status quo und damit die bestehenden Nachteile blieben folglich unverändert.

---

<sup>457</sup> Allgemein zu vertraglichen Ansprüchen gegen den gedopten Sportler vgl. Friedrich, SpuRt 1995, 9 f.; Schröder/Bedau, NJW 1999, 3361 ff.; Turner, NJW 1992, 721 ff.; Schwab, in Schild, 35 ff.; zur rechtlichen Zulässigkeit von Vertragsstrafen in Arbeitsverträgen Schuld/Wichert, SpuRt 2004, 229 ff.

<sup>458</sup> Fischer, NJW 2005, 1029; Einen Entwurf einer Doping-Vertragsstrafenklausel für Sponsoringverträge formuliert Nesemann, NJW 2007, 2083 ff.

(b) Fondslösung von Maennig

Einen sehr komplexen Lösungsansatz auf privatrechtlicher Grundlage vertritt Maennig in Form der Einrichtung eines Fonds.<sup>459</sup> Hintergrund seines Vorschlags ist die zutreffende Überlegung, dass Manipulationen im Sport auf einer Kosten-Nutzen-Rechnung der Beteiligten beruhen. Für die Bestechenden befürwortet auch er daher eine Erhöhung der Strafen. Er schlägt dafür eine Vereinbarung hoher Konventionalstrafen vor, sieht dabei jedoch die Problematik bei der Beteiligung von sportexternen Akteuren.

aa) Für die Bestrafung der Bestochenen will Maennig hingegen an einem anderen Punkt ansetzen. Hier soll die Kostenseite nicht durch die Androhung von Strafen erhöht werden. Konventionelle Wettkampfsperren hätten ihre Unwirksamkeit bewiesen, Haftstrafen würden soziale Ressourcen verbrauchen, bei Geldstrafen sei die Schadensbemessung problematisch und vertraglich vereinbarte Konventionalstrafen liefen ins Leere, wenn die Bereitschaft zur Bestechung aufgrund des geringen Einkommens besteht.

Basierend auf diesen Überlegungen schlägt Maennig eine höhere Entlohnung der potentiell bestechlichen Akteure vor, um deren Empfänglichkeit für Bestechungszahlungen zu verringern. Ergänzend sieht sein Modell vor, nur einen Teil dieses Geldes sofort auszuzahlen und den anderen Teil in einen Fonds zur Alterssicherung einzuzahlen. Scheidet ein Akteur wegen Bestechlichkeit aus seiner Position aus, entfallen seine Ansprüche aus diesem Fonds.

bb) Die Überlegungen von Maennig sind in der Theorie nachvollziehbar und die vorgeschlagene Fondslösung zweifellos ein milderes Mittel als der Einsatz des Strafrechts. Ob sich eine solche Fondslösung jedoch in der Praxis umsetzen lässt, darf stark bezweifelt werden. Sie würde immense finanzielle Aufwendungen für die Sportverbände mit sich bringen, zu denen diese kaum bereit sein werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die möglichen Alternativen zu der Fondslösung, also die unveränderte Verhängung von Geldstrafen und Wettkampfsperren bzw. der Einsatz des Strafrechts, keine oder nur sehr geringe Kosten für die Sportverbände verursachen. Die Fondslösung würde daher eine grundsätzliche Änderung der Strukturen der Sportverbände voraussetzen, zu der diese mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht bereit sein werden.

---

<sup>459</sup> Vgl. zum Nachfolgenden Maennig, 108 f.; ihn unterstützend Zypries, 33 f.

Letzteres ist zudem aus dem Grund zu vermuten, dass die Wirksamkeit der Fondslösung im Vergleich zum Einsatz des Strafrechts meines Erachtens zweifelhaft ist. Sie basiert auf der Hoffnung, dass die Empfänglichkeit der Sportakteure für Bestechungsgelder dadurch gesenkt wird, dass sie auf diese Gelder weniger angewiesen sind. Die eingangs dargestellten bekannt gewordenen Bestechungsfälle in der Praxis haben jedoch gezeigt, dass sportliche Wettbewerbe auch durch Akteure manipuliert werden, die gut bezahlt werden. Grund dafür ist, dass der in Aussicht gestellte finanzielle Vorteil nur einen Aspekt der Entscheidung für oder gegen die Manipulation darstellt. Bei fehlendem Unrechtsbewusstsein oder geringer Entdeckungsgefahr sind Sportakteure gegebenenfalls auch gegen geringere Bestechungsgelder bereit, Wettkämpfe zu manipulieren. Diese Aspekte auf der Kostenseite werden durch die Fondslösung von Maennig nicht berücksichtigt, was deren Wirksamkeit in Frage stellt. Die Einführung eines neuen Straftatbestandes würde hingegen auch diese Kriterien verschärfen und ist daher als wirksamer einzuschätzen.

Die Argumentation von Maennig ist zudem hinsichtlich der Wirksamkeit seiner Fondslösung inkonsequent. Denn einerseits lehnt er die Erhöhung von Strafen für die Bestochenen ab, da diese zu verstärkten Abwehr- und Geheimhaltungsmechanismen sowie zu erhöhten Schmiergeldforderungen führen würden. Diese Gefahr sieht er jedoch bei seiner Fondslösung nicht, obwohl auch hier die Kosten des korrupten Verhaltens für den Bestochenen erhöht werden. Warum die Fondslösung nicht ebenfalls zu einer Erhöhung des Volumens der Bestechungszahlungen führen soll, ist nicht nachvollziehbar.

Des Weiteren kritisiert Maennig an Haftstrafen deren Verbrauch sozialer Ressourcen. Dass seine Fondslösung jedoch ebenfalls in hohem Maße Kosten verursacht, die mangels möglicher Refinanzierung durch die Sportverbände selbst letztendlich auf den Staat zurück fallen könnten, rechnet Maennig nicht mit ein.

cc) Die Fondslösung von Maennig ist mithin zwar ein unstreitig milderes Mittel zur Bekämpfung von Manipulationen sportlicher Wettbewerbe, ihre Wirksamkeit steht dem Einsatz des Strafrechts jedoch deutlich nach. Zudem ist die praktische Umsetzbarkeit der Fondslösung aufgrund der hohen Kosten mehr als zweifelhaft.

(c) Mittelbarer Eingriff des Staates über Finanzen

Viele der Gegner eines staatlichen Eingriffs bei Manipulationen im Sport fordern, dass der Staat sich lediglich mittelbar über die Bereitstellung bzw. den Entzug finanzieller Mittel an der Manipulationsbekämpfung beteiligt.<sup>460</sup>

Während eine rein finanzielle Unterstützung des Sports durch den Staat bei der Bekämpfung von Doping noch nachvollziehbar ist, kann die Argumentation auf bestechungsbedingte Manipulationen nicht übertragen werden. Die Probleme des Sports, bestechungsbedingte Manipulationen aufzudecken, sind nicht in mangelnden finanziellen Mitteln begründet, sondern in der Unzulänglichkeit der Ermittlungsmaßnahmen. Dies kann über die Bereitstellung von finanziellen Mitteln nicht verbessert werden, sondern lediglich über den Einsatz des Strafrechts und dessen Ermittlungsmaßnahmen. Ein mittelbarer Eingriff des Staates durch die Bereitstellung oder Entziehung finanzieller Mittel ist daher keine sinnvolle Alternative zum Einsatz des Strafrechts.

(d) Unmittelbarer Eingriff des Staates auf finanzieller Seite

Einige Stimmen in der Literatur befürworten schließlich grundsätzlich den Eingriff des Staates, wollen diesen aber auf finanzielle Sanktionen der manipulierenden Akteure beschränken. So könnten zum Beispiel über die Vorschriften des erweiterten Verfalls (§ 73d StGB) und der Einziehung (§ 74 StGB) die Bestechungsgelder und sonstige durch die Manipulation erlangten Vorteile eingezogen werden<sup>461</sup>, und damit den Beteiligten der Anreiz zur Manipulation genommen werden.

Dieser Ansatz ist gegenüber den vorstehend beschriebenen Vorschlägen in der Hinsicht überlegen, dass durch die Zuständigkeit des Staates dessen Ermittlungsmaßnahmen eingesetzt werden können. Allerdings ist hier zweifelhaft, ob die Beschränkung der Sanktionsmöglichkeiten auf die Einziehung der Vorteile eine hinreichend abschreckende Wirkung entfaltet. Droht einem Sportler oder Schiedsrichter im Fall der Überführung der Manipulation lediglich der Entzug der erlangten Vorteile, so wird ihn das kaum davon abhalten, Wettkämpfe gegen materielle Vorteile zu manipulieren. Mithin ist auch dieser

---

<sup>460</sup> Zu Doping: Mestwerdt, SpuRt 1997, 124; Steiner, NJW 1991, 2735; Dury, SpuRt 2005, 141; Linck, NJW 1987, 2551;

<sup>461</sup> Kauerhoff, HRRS 2007, 75



Vorschlag zur Bekämpfung bestechungsbedingter Manipulationen deutlich weniger effektiv als der unbeschränkte Einsatz des Strafrechts.

## **(5) Zwischenergebnis**

Es zeigt sich also, dass keiner der angesprochenen Lösungsvorschläge zu Bekämpfung bestechungsbedingter Manipulationen sportlicher Wettkämpfe gleich gut geeignet ist wie der Einsatz des Strafrechts. Die derzeit bestehenden Probleme bei der Aufdeckung und Sanktionierung von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport lassen sich in vollem Umfang nur durch den Einsatz des Strafrechts lösen.<sup>462</sup> Die alternativen Lösungsansätze sind zwar mildere Mittel, zum Schutz des freien und lauten Wettbewerbs und der Vermögensinteressen der Beteiligten vor bestechungsbedingten Manipulationen aber weit weniger gut geeignet als der Einsatz des Strafrechts. Die Einführung eines neuen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist mithin auch erforderlich.

### **d. Angemessenheit**

Die Angemessenheit, auch als Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne bezeichnet, einer staatlichen Maßnahme ist durch eine Abwägung zwischen dem Nutzen der Maßnahme einerseits und den durch die Maßnahme herbeigeführten Beeinträchtigungen andererseits zu beurteilen. Ein Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit liegt vor, wenn die Beeinträchtigungen eindeutig unangemessen sind und dem betroffenen Bürger daher nicht zumutbar sind.

#### **(1) Güterabwägung**

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der staatlichen Maßnahme ist grundsätzlich abzuwägen zwischen dem Wert des zu schützenden Rechtsguts einerseits und den auf Seiten der Betroffenen möglicherweise verletzen Rechtsgütern andererseits. Bei der Beurteilung der Angemessenheit einer Strafnorm ist dieser Grundsatz derart zu modifizieren, dass der verfassungsrechtliche Wert des geschützten Rechtsguts ins Verhältnis zu den von der Strafnorm erfassten Verhaltensweisen zu stellen ist. Je höherwertig das Rechtsgut ist, desto umfangreicher ist der Einsatz des Strafrechts gegen verletzende oder gefährdende

---

<sup>462</sup> Die Alternative des in Teil 3 A. erörterten allgemeinen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor soll an dieser Stelle noch unberücksichtigt bleiben.

Verhaltensweisen gerechtfertigt. Umgekehrt ist strafrechtlicher Schutz bei geringwertigeren Rechtsgütern auf besonders sozialschädliche Verletzungen zu beschränken.<sup>463</sup>

Ein neuer Straftatbestand gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport würde den freien und lauten Wettbewerb als Institution sowie die Vermögensinteressen und die Handlungsfreiheit der Beteiligten schützen. Hierbei handelt es sich um eher geringwertige Rechtsgüter. Der freie Wettbewerb gilt als Allgemeinrechtsgut bereits grundsätzlich als geringwertiger als die klassischen Individualrechtsgüter. Unter diesen sind das Vermögen und die Handlungsfreiheit aufgrund ihrer großen Reichweite und den entsprechenden umfangreichen Schranken ebenfalls eher als „schwach“ zu beurteilen.

Nach den oben genannten Grundsätzen ist der Einsatz des Strafrechts demzufolge nur gerechtfertigt, wenn die durch einen neuen Straftatbestand pönalisierten Verhaltensweisen besonders sozialschädliche Verletzungen dieser Rechtsgüter darstellen. Es ist daher zu prüfen, ob die Verletzung des freien Wettbewerbs durch bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe besondere sozialschädliche Folgen mit sich bringen kann.

Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass der moderne Profisport eine wirtschaftliche Dimension erreicht hat, die kaum mehr hinter anderen Bereichen der Wirtschaft zurücksteht. Die Vereine der Fußball-Bundesliga erwirtschaften mittlerweile Umsätze, die mit mittelständischen Unternehmen vergleichbar sind. Der wirtschaftliche Erfolg der Vereine hängt dabei ganz entscheidend von deren sportlichem Erfolg ab. Bleibt dieser aus, so gehen die Zuschauereinnahmen und Sponsorengelder und -prämien zurück. Extrem stark sind diese Folgen im Falle eines Abstiegs der Mannschaft. Der Rückgang der Einnahmen hat wiederum zur Folge, dass der Verein teure Spieler verkaufen muss oder an anderen Stellen Einsparungen vornehmen muss. Dies kann z.B. durch den Abbau von Personal oder das Aufschieben von Investitionen erfolgen. Damit wirkt sich der sportliche Misserfolg also indirekt auch auf die Gesamtwirtschaft sowie die Berufsausübung der Spieler aus.<sup>464</sup>

Doch nicht nur der Verein selbst ist vom sportlichen Erfolg abhängig. Auch andere wirtschaftliche Bereiche hängen mit dem Erfolg eines Vereins eng zusammen. So sind zum Beispiel die Gastronomie und das Hotelgewerbe im Umkreis eines Bundesligavereins stark vom Interesse der Zuschauer an den Spielen der Mannschaft abhängig. Bleiben die Zuschauer

---

<sup>463</sup> Günther, JuS 1978, 13

<sup>464</sup> Vgl. ReSpoDo, 36

aufgrund von Erfolglosigkeit oder dem Abstieg der Mannschaft aus, drohen diesen Gewerben immense finanzielle Einbußen. Ähnliches ist für den Einzelhandel in den Städten der Vereine denkbar. Auch dies zeigt also die Bedeutung des Profisports in der Gesamtwirtschaft.

Verliert nun also eine Mannschaft oder ein Sportler absichtlich einen Wettbewerb und sorgt auf diese Weise z.B. für den Abstieg einer anderen Mannschaft, so verursacht dieses Verhalten unmittelbar die vorgenannten sozialschädlichen Folgen. Hinzu kommt, dass derartige Manipulationen das Ansehen und damit das Vermarktungspotential der gesamten Sportart beeinträchtigen. Dies kann wiederum zu Nachteilen der Rechteinhaber führen, die für mehrere Jahre die Vermarktungsrechte an einem Wettbewerb erworben haben, der nun aufgrund der Manipulationen wesentlich an Interesse verloren hat.

Schließlich können derartige Manipulationen schnell kriminelle Strukturen ausbilden und den Wettbewerb unter Umständen nahezu komplett ausschalten. Wie bereits mehrfach dargestellt, erfolgt die Manipulation sportlicher Wettbewerbe aus finanziellen Interessen der Beteiligten. Da im modernen Profisport enorme Geldsummen umgesetzt werden und der sportliche Erfolg zu hohen wirtschaftlichen Gewinnen führen kann, besteht die erhöhte Gefahr der Bildung korrupter Strukturen und Netzwerke, die eine erhebliche Gefahr für das Gesamtsystem darstellen.<sup>465</sup> Diese Gefahr korrupter Strukturen besteht im Sport in derselben Form wie im sonstigen Wirtschaftsleben und in der öffentlichen Verwaltung.<sup>466</sup> Dass diese Gefahr nicht nur auf dem Papier existiert, zeigen die aktuellen Manipulationsfälle im europäischen Fußball, bei denen zunehmend länderübergreifende mafïöse Strukturen aufgedeckt werden.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass von der Beeinträchtigung des sportlichen Wettbewerbs besondere sozialschädliche Gefahren ausgehen.<sup>467</sup> Die Bestechlichkeit und Bestechung im Sport schalten zum einen den Wettbewerb als fundamentales Element des Sports aus und haben zum anderen gravierende finanzielle Auswirkungen auf den Sport und dessen gesamtes Umfeld.<sup>468</sup> Der Einsatz des Strafrechts ist daher angemessen, um gegen diese Gefahren vorzugehen.

---

<sup>465</sup> Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 214, 217; Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, 10., Rn. 137

<sup>466</sup> Bannenberg, SpuRt 2007, 155

<sup>467</sup> Im Ergebnis ebenso Wabnitz/Janovsky-Bannenberg, 10. Rn. 137

<sup>468</sup> Bannenberg/Rössner in: Weinreich, 217 f.

## **(2) Gefahr der Kriminalisierung von Sportlern**

Im Rahmen der Diskussion um ein Anti-Doping-Gesetz wird insbesondere von Seiten des Sports regelmäßig vorgetragen, eine Kriminalisierung manipulierender Sportler sei unangemessen. Zum einen stehe die Androhung staatlicher Strafen für die Verletzung sportinterner Regeln nicht im Verhältnis. Zum anderen seien die Sportler eher als Opfer denn als Täter anzusehen. Die eigentlichen Täter seien die „Hintermänner“, also z.B. Trainer, Ärzte, Funktionäre, welche die Sportler zum Doping verleiten und mit den Mitteln versorgen.

Das Argument der Unangemessenheit staatlicher Strafen lässt sich auf bestechungsbedingte Manipulationen nicht übertragen. Wie oben gezeigt, werden bei bestechungsbedingten Manipulationen eben nicht ausschließlich sportinterne Regeln verletzt, sondern anerkannte Rechtsgüter, zu deren Schutz der Einsatz des Strafrechts grundsätzlich zulässig ist. Dass dieser im hier zu untersuchenden konkreten Fall von Bestechung und Bestechlichkeit auch angemessen ist, wurde vorstehend gezeigt.

Das zweite Argument der Opferrolle der Sportler lässt sich hingegen auch auf Bestechungen und Bestechlichkeit übertragen. Zwischen den Hintermännern der Manipulation und den ausführenden Sportlern und Schiedsrichtern können schnell Abhängigkeiten entstehen. Ein bestochener Sportler oder Schiedsrichter macht sich durch sein verstecktes Fehlverhalten angreifbar, was die Hintermänner wiederum ausnutzen können, um die Akteure unter Druck zu setzen. Mitunter kann es so passieren, dass Sportler und Schiedsrichter zur Wettbewerbsmanipulation nicht lediglich verleitet, sondern gezwungen werden.

Diese Opferrolle haben sich die Beteiligten jedoch selbst zuzuschreiben. Die Abhängigkeit entsteht erst durch die erste, freiwillige Beteiligung an bestechungsbedingten Manipulationen. Die beteiligten Sportler und Schiedsrichter wissen genau, worauf sie sich einlassen. Sie können jedenfalls im ersten Fall rational entscheiden, ob sie die Bestechungsgelder annehmen und die Wettbewerbe manipulieren. Ihnen steht jederzeit die Handlungsalternative offen, die Beteiligung an der Manipulation abzulehnen und den Bestechungsversuch zu melden.

Die Sportler und Schiedsrichter als Ausführende der Manipulationen stehen im Zentrum der Tat und sind daher keineswegs Opfer, sondern Täter.<sup>469</sup> Erst die Bereitschaft dieser Akteure, sportliche Wettbewerbe zu manipulieren, ermöglicht es den Hintermännern, Einfluss auf den

---

<sup>469</sup> Ebenso zum Doping Prokop, SpuRt 2006, 193

Ausgang der Wettbewerbe zu nehmen. Daher ist die Kriminalisierung der Sportler und Schiedsrichter durch einen neuen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ein legitimer Ansatz, um die Nachteile bzw. Gefahren von bestechungsbedingten Manipulationen zu bekämpfen. Angesichts des bisher ganz offensichtlich fehlenden Unrechtsbewusstseins der Akteure wäre es der völlig falsche Ansatz, die Einführung eines Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport auf Grund von Bedenken hinsichtlich einer Kriminalisierung der Täter abzulehnen.

### **(3) Verzerrung des internationalen Wettbewerbs**

Dem Einsatz des Strafrechts wird schließlich entgegengehalten, die Einführung eines Straftatbestandes gegen Manipulationen sportlicher Wettbewerbe benachteilige das jeweilige Land bei der Ausrichtung bzw. Vergabe von Sportveranstaltungen.<sup>470</sup>

Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, warum im Inland Manipulationen hingenommen werden sollen, nur weil dies möglicherweise in anderen Ländern der Fall ist. Bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe können immense negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben, wobei maßgeblich die Wirtschaft im Inland betroffen ist. Entsprechend ist der Einsatz des Strafrechts zum Schutz vor diesen Gefahren gerechtfertigt und angemessen, unabhängig davon, wie andere Länder dies handhaben.

Unabhängig davon hat die bisherige Erfahrung gezeigt, dass Länder mit einem staatlichen Manipulationsverbot keineswegs Nachteile dadurch erlangt haben. Wie bereits gezeigt, haben viele europäische Länder entsprechende Straftatbestände, ohne dass sich dies auf die Vergabe von Wettbewerben oder die Teilnahme von Sportlern an Wettbewerben in diesem Land negativ ausgewirkt hat.

### **(4) Beschränkung auf Profisport**

Um das Verhältnis zwischen dem Grundrechtseingriff bei den Sportlern und dem bezweckten Ziel eines neuen Straftatbestandes zu wahren, fordern viele Stimmen in der Literatur im Zusammenhang mit der Einführung eines Anti-Doping-Gesetzes eine Beschränkung des Einsatzes des Strafrechts auf den Profisport.<sup>471</sup> Der Freizeit- und Amateursport solle hingegen autonom und frei von staatlicher Regulierung bleiben. Dadurch soll eine flächendeckende

---

<sup>470</sup> Nolte, 144 f.

<sup>471</sup> Bottke, 107 f., Figura, 217 f.

Kriminalisierung verhindert werden und geringwertige Gewinne ohne sozialschädliche Folgen ausgenommen werden.<sup>472</sup>

Hinsichtlich des nicht wettkampfmäßig betriebenen Freizeitsports ist diesem Ansatz zuzustimmen. Bestechungen und dadurch bedingte Manipulationen sind schon ihrer Natur nach auf Wettkämpfe beschränkt. Im Freizeitsport stellt sich die Gefahr derartiger Manipulationen gar nicht, so dass hier der Einsatz des Strafrechts weder möglich noch sinnvoll ist.

Hinsichtlich des wettkampfmäßig betriebenen Amateursports ist dies hingegen nicht so eindeutig zu beurteilen. Vor dem Hintergrund, dass ein neuer Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport den Schutz des lautereren Wettbewerbs bezweckt, ist eine Beschränkung auf den Profisport differenziert zu betrachten:

Einerseits beschränkt sich das Leistungsprinzip des Wettbewerbs im Sport nicht auf den Profisport. Auch im Amateurbereich wird der Sport wettkampfmäßig ausgetragen, so dass im Fall von bestechungsbedingten Manipulationen grundsätzlich auch hier der lautere Wettbewerb beeinträchtigt wird. Zwar drohen im Amateursport in der Regel keine großen Schäden, die Verletzung des lautereren Wettbewerbs an sich könnte jedoch bereits den Einsatz des Strafrechts rechtfertigen. So enthält z.B. auch § 299 StGB keine tatbestandliche Beschränkung auf Vorteilsgewährungen ab einem gewissen Betrag oder Umfang, sondern erfasst theoretisch auch kleinste Bestechungen ohne gesamtwirtschaftliche Auswirkungen.

Andererseits wurde bereits im Rahmen der Diskussion um das geschützte Rechtsgut aufgezeigt, dass neben dem Schutz des lautereren Wettbewerbs auch die Vermögensinteressen der beteiligten Akteure von Belang sind. Dasselbe gilt für § 299 StGB, der ebenfalls neben dem lautereren Wettbewerb auch den Schutz des Vermögens bezweckt. Dieser Vermögensschutz ist jedoch im Amateursport kaum erforderlich. Sollte es dort tatsächlich zu bestechungsbedingten Manipulationen kommen, drohen durch diese regelmäßig keine nennenswerten vermögenswerten Schäden. Aufgrund dieser fehlenden bzw. nur sehr gering ausgeprägten ökonomischen Komponente des Wettbewerbs im Amateurbereich, ist der

---

<sup>472</sup> ReSpoDo, 39

Amateursport (anders als der Profisport) auch kaum mehr mit dem wirtschaftlichen Wettbewerb in anderen Bereichen der Gesellschaft zu vergleichen.<sup>473</sup>

Damit zusammenhängend ist weiter zu berücksichtigen, dass nur im Fall der Manipulation von Wettkämpfen mit hinreichender Vermögensrelevanz die erforderliche Sozialschädlichkeit der Rechtsgutverletzung vorliegt, die den Einsatz des Strafrechts als ultima ratio rechtfertigt.

Es wäre daher unangemessen, z.B. die „Belohnung“ der Niederlage einer unterklassigen Fußballmannschaft mit mehreren Kästen Bier durch einen dadurch bevorteilten Konkurrenten dem Strafrecht zu unterwerfen. Zwar ist auch in diesem Fall der lautere Wettbewerb beeinträchtigt, die gesellschaftlichen Auswirkungen sind jedoch so gering, dass der Einsatz des Strafrechts zur Bestrafung in keinem Verhältnis zu den verletzten Rechtsgütern steht.

Ein neuer Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist mithin nur dann verhältnismäßig, wenn dessen Anwendungsbereich auf Wettkämpfe mit hinreichender Vermögensrelevanz für die Teilnehmer beschränkt ist.

#### **(5) Berücksichtigung von Verbandsstrafen im Strafverfahren**

Berechtigt ist auch der Einwand, dass bereits durch die Verbandsgerichtsbarkeit verhängte Strafen im staatlichen Strafverfahren berücksichtigt werden müssen.<sup>474</sup> Wie bereits gezeigt, ist die doppelte Bestrafung von manipulierenden Akteuren nicht verboten.<sup>475</sup> Unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit der staatlichen Strafe ist jedoch im Einzelfall zu berücksichtigen, in wie weit die Schuld des Täters bereits durch die verbandsgerichtliche Bestrafung abgegolten ist.

Die Berücksichtigung kann dabei an mehreren Stellen erfolgen. So hat die Staatsanwaltschaft zwar im Falle eines Anfangsverdachts die Pflicht, gegen den Verdächtigen zu ermitteln. Zum Abschluss der Ermittlungen kann die Staatsanwaltschaft jedoch die bereits verhängte Strafe in die Entscheidung einfließen lassen, ob sie nach § 153 b StPO von der Erhebung der Klage absieht, ob sie das Verfahren gegen Auflagen und Weisungen nach § 153 a StPO einstellt, ob ein Strafbefehl erlassen wird oder ob die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt.<sup>476</sup>

---

<sup>473</sup> Ähnlich im Ergebnis Bottke, 108, Fritzweiler, SpuRt 1998, 235

<sup>474</sup> Vieweg, SpuRt 2004, 197

<sup>475</sup> Siehe oben, B.III.3.

<sup>476</sup> Für den Einsatz der Opportunitätsregeln der §§ 153 ff. StPO Fahl, SpuRt 2001, 182; dagegen Reinhart, SpuRt 2001, 184, der jedoch m.E. die Argumentation von Fahl verkennt

Des Weiteren kann eine bereits verhängte verbandsrechtliche Strafe vom zuständigen Gericht gemäß § 46 Abs. 2 StGB bzw. § 60 StGB bei der Strafzumessung berücksichtigt werden.<sup>477</sup>

Im Tatbestand der Strafnorm ist die Berücksichtigung einer verbandsrechtlichen Strafe jedoch nicht möglich, so dass dieser Punkt der Verhältnismäßigkeit der Norm selbst nicht entgegensteht.

#### **e. Zusammenfassung**

Ein neuer Spezialstraftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist folglich angemessen, wenn dessen Anwendungsbereich auf sportliche Wettkämpfe mit hinreichender Vermögensrelevanz beschränkt wird. Mit dieser Beschränkung ist die Norm zur Bekämpfung bestechungsbedingter Manipulationen und damit dem Schutz des lautereren Wettbewerbs und der Vermögensinteressen der Beteiligten geeignet, erforderlich und angemessen.

### **8. Zwischenergebnis**

Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen einen Spezialstraftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport sind also im Ergebnis nicht begründet. Insbesondere lassen sich die gegen ein Anti-Doping-Gesetz vorgebrachten Argumente mehrheitlich nicht auf bestechungsbedingte Manipulationen übertragen. Die wenigen Argumente, die sich übertragen lassen, sind inhaltlich hinsichtlich bestechungsbedingter Manipulationen unbegründet und stehen der Einführung eines Straftatbestandes daher nicht entgegen.

Bei der Formulierung eines neuen Straftatbestandes müssen lediglich zwei Punkte berücksichtigt werden:

- Die Tathandlung und die Unrechtsverabredung müssen hinreichend bestimmt formuliert sein.
- Der Anwendungsbereich muss auf sportliche Wettkämpfe mit hinreichender Vermögensrelevanz beschränkt sein.

---

<sup>477</sup> Lackner/Kühl, § 46 StGB, Rn. 36a; Schönke/Schröder-Stree/Kinzig, § 46 StGB, Rn. 55; Fahl, SpuRt 2001, 182; Hauptmann/Rübenstahl, MedR 2007, 278; dies., HRRS 2007, 153



#### **IV. Beurteilung der Vorschläge**

Vor dem Hintergrund der eben festgestellten Kriterien, die ein Spezialtatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport erfüllen muss, um verfassungsrechtlich unbedenklich zu sein, sollen nun die oben dargestellten Vorschläge eines solchen Tatbestandes beurteilt werden.

##### **1. Vorschlag von Rössner/Bannenberg**

Der Vorschlag von Rössner und Bannenberg soll nachfolgend zunächst auf die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien untersucht und anschließend inhaltlich erörtert werden.

##### **a. Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien**

Wie oben dargestellt, muss der Tatbestand zum einen das Bestimmtheitserfordernis des Art. 103 Abs. 2 GG erfüllen und zum anderen zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit auf sportliche Wettkämpfe mit hinreichender Vermögensrelevanz beschränkt sein.

##### **(1) Bestimmtheit**

Der vorgeschlagene Tatbestand stellt als Tathandlung auf die Bestechung ab und erfasst die eigentliche Manipulation des Wettkampfes nur als Element der Unrechtsvereinbarung. Damit entspricht der Aufbau der Variante, die oben im Rahmen der Bestimmtheit als vorteilhaft beurteilt wurde.

Hinsichtlich der Bestimmtheit der Norm entspricht die Tathandlung in Form des Forderns, Sichversprechenlassens oder Annehmens eines Vorteils der Formulierung in § 299 StGB und ist damit nicht zu beanstanden.

Hinsichtlich der Unrechtsvereinbarung verweist § 299 a auf § 298 a des Vorschlags von Rössner. Der Täter muss also auf den Ablauf eines sportlichen Wettkampfs mit wissentlich falschen Entscheidungen oder ähnlich schwerwiegenden unbefugten Manipulationen einwirken. Fraglich ist, ob hierdurch alle potentiellen Manipulationen erfasst sind und ob die Formulierung hinreichend bestimmt ist.

Die erste Alternative erfüllt das Bestimmtheitserfordernis unproblematisch. Sie erfasst jedoch unmittelbar nur Schiedsrichter, die den Wettkampf durch absichtliche Fehlentscheidungen manipulieren. Eine Manipulation durch Spieler, die Handlungen zum Nachteil ihrer eigenen

Mannschaft durchführen, kann darunter wohl nicht subsumiert werden, da es sich hierbei wohl nicht um falsche Entscheidungen im Sinne der Norm handelt.

Die zweite Alternative erfasst hingegen als Auffangtatbestand alle Arten von Manipulationshandlungen, also auch absichtliche Handlungen eines Spielers zum Nachteil seiner eigenen Mannschaft. Diesbezüglich stellt sich jedoch die Frage, ob das Bestimmtheitsgebot nach Art. 103 Abs. 2 GG erfüllt ist. Eine vergleichbare Formulierung findet sich in § 315 Abs. 1 Nr. 4 StGB und § 315 Abs. 1 Nr. 3 StGB. Hier war die Bestimmtheit jedoch schon im Gesetzgebungsverfahren und auch nach Einführung der Norm sehr umstritten.<sup>478</sup> Aufgrund der innertatbestandlichen Analogie zu den übrigen Alternativen werden beide Formulierungen von der heute herrschenden Meinung jedoch als hinreichend bestimmt angesehen.<sup>479</sup> Durch die Merkmale der Gefährlichkeit und der Beeinträchtigung der Sicherheit des Straßenverkehrs sei eine hinreichende Bestimmtheit gewährleistet.<sup>480</sup>

Auf den vorliegenden Vorschlag von Rössner übertragen, könnte die Bestimmtheit dadurch gesichert sein, dass die Manipulation zum einen schwerwiegend sein muss und zum anderen den Ablauf des sportlichen Wettkampfs beeinflussen können muss. Zudem bietet die Anlehnung an Doping und wissentlich falsche Entscheidungen einen konkreten Maßstab für die Auslegung, ab wann eine ähnlich schwerwiegende Manipulation vorliegt. Die von Rössner vorgeschlagene Auffangalternative ist also nicht per se als zu unbestimmt zu beurteilen. Sollte es aber möglich sein, den Tatbestand mit gleicher Effektivität ohne eine derartige Auffangalternative zu formulieren, wäre dies zu bevorzugen.

## **(2) Beschränkung des Anwendungsbereichs**

Der Vorschlag von Rössner und Bannenberg erfasst die Bestechlichkeit und Bestechung im Rahmen von jeder Art von Sportwettkämpfen. Eine Beschränkung auf professionelle Wettkämpfe enthält der vorgeschlagene § 299 a nicht.

Wie oben gezeigt, ist der Einsatz des Strafrechts jedoch im Amateur- und Freizeitsport nicht angemessen, da bestechungsbedingte Manipulationen dort keine sozialschädlichen Folgen haben und entsprechend auch die Vermögensinteressen der Beteiligten nur unwesentlich

---

<sup>478</sup> MK-Barnickel, § 315, Rn. 46 mit weiteren Nachweisen

<sup>479</sup> Lackner/Kühl, § 315, Rn. 6; Schönke/Schröder-Sternberg-Lieben/Hecker, § 315, Rn. 13

<sup>480</sup> Schönke/Schröder-Sternberg-Lieben/Hecker, § 315 b, Rn. 9; ausführlich hierzu Fabricius, GA 1994, 164; die Verfassungsmäßigkeit bestätigt BGH, NJW 1969, 1218 f.

betroffen sind. Der Vorschlag von Rössner und Bannenberg ist daher nach der hier vertretenen Ansicht unverhältnismäßig.

#### **b. Inhaltliche Kritik**

Der Vorschlag von Rössner erfasst als Täter der bestechungsbedingten Manipulation Teilnehmer und Verantwortliche für die Veranstaltung von Sportwettkämpfen. Positiv ist hieran zu bewerten, dass sich der Tatbestand nicht nur auf aktive Teilnehmer beschränkt, sondern auch Verantwortliche erfasst. Auch diese können zumindest indirekt Sportwettkämpfe manipulieren, so dass ihre Einbeziehung in den Straftatbestand zur umfangreichen Erfassung aller potentiellen Täter empfehlenswert ist.

Fraglich ist hingegen, ob der Vorschlag von Rössner auch Schiedsrichter erfasst. Zum einen werden Schiedsrichter klassischerweise nicht als Teilnehmer eines Sportwettkampfes angesehen. Zum anderen sind sie genau genommen auch nicht für die Veranstaltung von Sportwettkämpfen verantwortlich, sondern nur für die eigentliche Durchführung. Nach teleologischer Auslegung dürfte zwar sicher sein, dass auch Schiedsrichter von der Norm erfasst sein sollen. Denn die Mittel des § 298 a Abs.1, auf welche § 299 a verweist, nennen als Manipulationshandlung unter anderem das Treffen wissentlich falscher Entscheidungen, was üblicherweise auf Schiedsrichter zu beziehen ist. Zudem ist in § 298 Abs. 2 Nr. 3 der Schiedsrichter als Vertrauensperson ausdrücklich genannt. Dennoch erscheint es empfehlenswert, den Täterkreis eines Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport konkreter zu fassen und auch Schiedsrichter explizit als Täter zu benennen.

#### **c. Ergebnis**

Der Vorschlag von Rössner und Bannenberg kann mithin nicht unverändert übernommen werden. Nachteilig ist daran zu beurteilen, dass Schiedsrichter nicht ausdrücklich als Täter genannt werden. Auch der Gegenstand der Unrechtsvereinbarung könnte verbessert formuliert werden, indem die Auffangalternative durch eine hinsichtlich der Bestimmtheit unbedenklichere Formulierung ersetzt wird. Schließlich ist der Anwendungsbereich zu weitreichend, da jegliche Sportwettkämpfe erfasst werden und keine Beschränkung auf vermögensrelevante Wettkämpfe erfolgt.

## **2. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Auch der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll nachfolgend auf die Erfüllung der aufgestellten verfassungsrechtlichen Kriterien sowie auf seinen Inhalt hin untersucht werden.

### **a. Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien**

#### **(1) Bestimmtheit**

Der Vorschlag der Grünen unterscheidet sich darin von den anderen Vorschlägen, dass er ausschließlich an die eigentliche Manipulation des sportlichen Wettkampfes anknüpft. Tathandlung ist dementsprechend das Einwirken auf den sportlichen Wettbewerb durch wissentlich falsche Entscheidungen eines Schiedsrichters. Die Manipulation ist also nicht lediglich Gegenstand einer Unrechtsvereinbarung, sondern die eigentliche Tathandlung, die tatsächlich eintreten muss. Dagegen ist der Grund für die Manipulation hier irrelevant.

Durch die konkrete Benennung zweier Tathandlungsalternativen ist die Erfüllung des Bestimmtheitsgebots durch den vorgeschlagenen Tatbestand unproblematisch gegeben.

#### **(2) Beschränkung des Anwendungsbereichs**

Auch die erforderliche Beschränkung des Anwendungsbereichs der Norm auf vermögensrelevante Wettkämpfe erfüllt der vorgeschlagene Tatbestand, indem er nur solche Wettbewerbe erfasst, die „für die Erwerbsaussichten der Teilnehmenden von bedeutendem wirtschaftlichen Wert“ sind. Die Verhältnismäßigkeit der Norm ist damit ebenfalls gegeben.

### **b. Inhaltliche Kritik**

Inhaltlich steht die Effektivität des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Straftatbestandes jedoch den anderen Vorschlägen deutlich nach. Nachteilig an diesem Vorschlag ist in erster Linie, dass er lediglich Schiedsrichter als Manipulationstäter erfasst. Bestochene Sportler oder Offizielle, die sportliche Wettkämpfe manipulieren, könnten hiernach nicht bestraft werden. Auch die Hintermänner der Bestechung werden von dem vorgeschlagenen § 298 a nicht erfasst. Damit bleibt ein wesentlicher Teil der bestehenden Regelungslücke weiterhin offen, so dass der vorgeschlagene Tatbestand die Ziele eines Straftatbestandes gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe nur unzureichend erfüllt.

Die Tatsache, dass der Tatbestand als Tathandlung auf die Manipulation des Wettbewerbs abstellt, befreit diesen zwar von Zweifeln an der Bestimmtheit, ist aber in der praktischen Anwendung nachteilig. Die Praxis hat gezeigt, dass es regelmäßig nur sehr schwer möglich sein wird, einem Schiedsrichter das absichtliche Treffen falscher Entscheidungen nachzuweisen. Die in der Vergangenheit aufgedeckten Manipulationsfälle wurden stets anhand der Bezahlung der Bestechungsgelder erkannt und nachgewiesen. Die gewählte Formulierung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschränkt also nicht nur den Anwendungsbereich der Norm auf die Manipulation durch Schiedsrichter, sondern ist selbst diesbezüglich nachteilig gegenüber einem Tatbestand, der an die Bestechungshandlung anknüpft.

### **c. Ergebnis**

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Straftatbestand ist damit im Ergebnis abzulehnen. Er hat einen zu eingeschränkten Anwendungsbereich und ist in der vorgeschlagenen Form nicht geeignet, die bestehende Regelungslücke umfassend und effektiv zu schließen.

## **3. Referentenentwurf des Freistaats Bayern**

### **a. Erfüllung der verfassungsrechtlichen Kriterien**

Zusätzlich zu den oben genannten Kriterien ist beim Referentenentwurf des Freistaats Bayern zu berücksichtigen, dass dieser nicht lediglich die Erweiterung des Strafrechts vorschlägt, sondern einen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport im Rahmen eines eigenständigen Sportschutzgesetzes einführen will. Dies ist hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes wohl zulässig. Solange aber lediglich die bestechungsbedingte Manipulation sportlicher Wettkämpfe geregelt werden soll, ist eine Lösung über einen einzelnen Straftatbestand zu bevorzugen.

#### **(1) Bestimmtheit**

Wie der Vorschlag von Rössner und Bannenberg stellt auch der Referentenentwurf als Tathandlung auf die Bestechung ab und erfasst die eigentliche Manipulation des sportlichen Wettkampfes lediglich als Gegenstand der Unrechtsvereinbarung. Dabei ist die Formulierung der Tathandlung auch hier an § 299 StGB angelehnt und hinsichtlich des Bestimmtheitsgebots unproblematisch.

Gegenstand der Unrechtsvereinbarung im Vorschlag des Referentenentwurfs ist, dass die bestochene Person „*das Ergebnisses oder den Verlauf des sportlichen Wettkampfes in unlauterer Weise beeinflusse*“. Anders als der Vorschlag von Rössner und Bannenberg verzichtet der Referentenentwurf also gänzlich auf die konkrete Benennung von manipulierenden Handlungen. Dies könnte erneut die Bestimmtheit der Norm in Frage stellen, zumal hier mangels konkret genannter Handlungen eine Referenz zur Beurteilung der Unlauterkeit der Handlung fehlt. Allerdings sollte die Kombination der unlauteren Beeinflussung des Wettkampfes mit der Vorteilsannahme durch den Sportler die erfassten Handlungen hinreichend konkret beschreiben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Beeinflussung des Wettkampfes lediglich geplant sein, nicht aber tatsächlich durchgeführt werden muss, um den Tatbestand zu erfüllen. Die eigentlich bestrafte Handlung ist also die Bestechung bzw. Bestechlichkeit selbst, nicht die Manipulation des Wettkampfes. Diese ist durch den vorgeschlagenen Tatbestand konkret beschrieben und damit hinreichend bestimmt.

## **(2) Beschränkung des Anwendungsbereichs**

Hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals des sportlichen Wettkampfes verweist § 6 des Referentenentwurfs auf dessen § 1 Abs. 5. Nach dieser Norm ist ein sportlicher Wettkampf definitionsgemäß nur ein solcher, „*an dem Sportler ihres Vermögensvorteils wegen teilnehmen*“. Damit ist der Anwendungsbereich des Bestechungstatbestandes auf professionelle Sportwettkämpfe beschränkt und erfüllt auch die oben aufgestellten Verhältnismäßigkeitskriterien.

### **b. Inhaltliche Kritik**

Inhaltlich sieht § 6 des Vorschlags eine umfassende Bestrafung der Bestechlichkeit und Bestechung im Sport vor. Die Norm erfasst dabei als Täter Teilnehmer, Trainer und Schiedsrichter eines sportlichen Wettkampfes und mithin die wesentlichen potentiell manipulierenden Personen. Eine Erweiterung auf sonstige Verantwortliche oder Offizielle könnte in Erwägung gezogen werden, ist jedoch nicht zwingend notwendig. Darüber hinaus sind keine Lücken ersichtlich, so dass der Vorschlag inhaltlich zu begrüßen ist.

### **c. Ergebnis**

Der in § 6 des Referentenentwurfs des Freistaats Bayern vorgeschlagene Tatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport erfüllt mithin alle Kriterien und ist nach der hier vertretenen Auffassung verfassungsrechtlich unbedenklich sein. Für das im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchte Problemfeld der Bestechung sollte es jedoch ausreichend

sein, den vorgeschlagenen Tatbestand als Spezialtatbestand ins StGB aufzunehmen, anstatt ein neues, umfangreiches Sportschutzgesetz einzuführen. Zudem müsste die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf vermögensrelevante Wettkämpfe in einem einzelnen Spezialtatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport in den Tatbestand direkt mit aufgenommen werden.

#### **4. Zusammenfassung und Ergebnis**

Uneingeschränkt kann folglich keiner der dargestellten drei Vorschläge übernommen werden. Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist aufgrund des zu engen Anwendungsbereichs bereits nicht geeignet, die Regelungslücke ausreichend und effektiv zu schließen. Der Vorschlag von Rössner und Bannenberg erfüllt inhaltlich nahezu alle Anforderung an einen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport, aufgrund des sehr weiten Anwendungsbereichs ist aber unter Zugrundelegung der hier vertretenen Ansicht die Verhältnismäßigkeit zweifelhaft. Der Vorschlag des Freistaates Bayern im Referentenentwurf überzeugt hingegen sowohl inhaltlich als auch formell. Die Norm könnte auch mit zwei kleinen Anpassungen unproblematisch als eigenständiger Straftatbestand gestaltet werden.

#### **V. Eigener Vorschlag**

Angelehnt an den überzeugenden Vorschlag des Freistaats Bayern im Referentenentwurf von 2009 könnte die derzeit bestehende Regelungslücke bei der bestechungsbedingten Manipulation sportlicher Wettbewerbe durch die Erweiterung des Strafgesetzbuches um einen wie folgt formulierten Straftatbestand gefüllt werden:

##### **1. § 299 a Bestechlichkeit und Bestechung im Sport**

*(1) Wer als Teilnehmer, Trainer eines Teilnehmers, Schiedsrichter oder sonstiger Verantwortlicher eines sportlichen Wettkampfes, an dem Sportler ihres Vermögensvorteils wegen teilnehmen, einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er das Ergebnis oder den Verlauf eines sportlichen Wettkampfes in unlauterer Weise beeinflusse, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

- (2) *Ebenso wird bestraft, wer einem Teilnehmer, Trainer eines Teilnehmers, Schiedsrichter oder sonstigen Verantwortlichen eines sportlichen Wettkampfes, an dem Sportler ihres Vermögensvorteils wegen teilnehmen, einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er das Ergebnis oder den Verlauf eines sportlichen Wettkampfes in unlauterer Weise beeinflusse.*
- (3) *Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Handlungen in einem ausländischen Wettkampf.*
- (4) *In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn*
- 1. sich die Tat auf einen Vermögensvorteil großen Ausmaßes bezieht oder*
  - 2. der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten zusammengeschlossen hat.*

## **2. Anwendung auf die Fallkonstellationen**

Der vorgeschlagene § 299 a Abs. 1 StGB würde eine Bestrafung von Sportlern ermöglichen, die Verlustprämien annehmen, in der Absicht als Gegenleistung im Wettkampf Handlungen zum Nachteil ihres eigenen Vereins durchzuführen. Letzteres widerspricht dem Leistungsprinzip des Wettbewerbs und stellt daher eine unlautere Beeinflussung des sportlichen Wettkampfs dar.

§ 299 a Abs. 1 StGB würde ebenso die Bestrafung von Schiedsrichtern ermöglichen, die gegen die Annahme von Bestechungsgeldern bewusst Fehlentscheidungen treffen. Hierdurch verletzen sie ihre Pflicht der unparteiischen Leitung des Wettkampfes, so dass eine unlautere Beeinflussung des sportlichen Wettkampfs auch in diesem Fall gegeben ist.

Schließlich erfasst der vorgeschlagene § 299 a Abs. 2 StGB die Hintermänner der Manipulation, welche die Sportler oder Schiedsrichter bestechen. Dabei ermöglicht § 299 a Abs. 2 StGB eine Bestrafung der Hintermänner unabhängig davon, ob die Manipulation sportintern oder extern motiviert ist.



## VI. Internationales Beispiel: Polen

Ein Beispiel für die praktische Umsetzbarkeit eines Spezialstraftatbestandes gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport liefert Polen. In Polen war die Rechtslage bis zum Jahr 2003 vergleichbar mit der aktuellen Rechtslage in Deutschland. Bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe konnten nur über die allgemeinen Straftatbestände der Bestechung und Bestechlichkeit bzw. des Betrugs erfasst werden. Wie in Deutschland war es jedoch nahezu unmöglich, alle Tatbestandsmerkmale zu bejahen.<sup>481</sup>

Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten wurde zum 13. Juni 2003 mit Art. 296 b ein neuer Tatbestand konkret gegen die sogenannte Sportkorruption eingeführt. Die Norm lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:<sup>482</sup>

*§ 1. Wer einen professionellen Sportwettkampf organisiert oder an ihm teilnimmt und dabei einen Vermögens- oder persönlichen Vorteil annimmt oder sich einen solchen versprechen lässt im Gegenzug für eine unehrliche Verhaltensweise, die das Ergebnis dieses Wettkampfs beeinflussen kann, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.*

*§ 2. Ebenso wird bestraft, wer in den in § 1 bestimmten Fällen einen Vermögens- oder persönlichen Vorteil gewährt oder einen solchen verspricht.*

*§ 3. In minder schweren Fällen wird der Täter wegen der Taten im Sinne der §§ 1 oder 2 mit Geldstrafe, mit gemeinnütziger Arbeit oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.*

*§ 4. Wegen der Straftaten im Sinne der §§ 2 oder 3 im Zusammenhang mit § 2 wird der Täter nicht bestraft, wenn ein Vermögens- oder persönlicher Vorteil bzw. dessen Versprechen angenommen wurde und der Täter ein zuständiges Strafverfolgungsorgan davon benachrichtigt und alle wesentlichen Umstände der Straftat offenlegt, bevor dieses Organ davon Kenntnis erlangt.*

Diese Norm wurde jedoch schon bald nicht mehr für ausreichend erachtet. Limitierend wurde vor allem das Merkmal der *Organisation* des Sportwettkampfs erachtet, welches die

---

<sup>481</sup> Ausführlich zu den Problemen der Anwendung der allgemeinen Straftatbestände in Polen auf Manipulationen im Sport Szwarc, 940 ff.

<sup>482</sup> Die Übersetzung ist entnommen Szwarc, 940

Anwendbarkeit der Norm auf Personen beschränkte, die an der Organisation des Wettkampfs beteiligt waren. Dadurch konnten insbesondere Manipulation des Wettbewerbs durch Schiedsrichter nicht erfasst werden, da diese weder direkt noch indirekt in die Organisation des Wettbewerbs eingebunden waren.<sup>483</sup>

Als Reaktion darauf, sowie im Hinblick auf die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012, wurde zum 25. Juni 2010 ein eigenständiges Sportgesetz erlassen. Die Art. 46 – 49 dieses Sportgesetzes sanktionieren dort nun umfassend Manipulationen sportlicher Wettbewerbe. Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten bestechungsbedingten Manipulationen regelt Art. 46 in deutscher Übersetzung wie folgt:

*§ 1. Wer in Verbindung mit Sportwettbewerben, die organisiert sind von einem polnischen Sportverband oder von einer Einheit, die aufgrund eines Vertrages mit diesem Verband handelt, oder von einer Einheit, die mit der Erlaubnis des Verbandes handelt, einen Vermögens- oder persönlichen Vorteil oder das Versprechen eines solchen annimmt oder einen solchen Vorteil oder das Versprechen eines solchen Vorteils verlangt im Gegenzug für eine unehrliche Verhaltensweise, die das Ergebnis dieses Wettkampfs beeinflussen kann, oder solche Vorteile oder Versprechen verlangt, wird mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu 8 Jahren bestraft.*

*§ 2. Ebenso wird bestraft, wer das in § 1 beschriebene Material oder die persönlichen Vorteile gewährt oder verspricht.*

*§ 3. In minder schweren Fällen wird der Täter wegen der Taten im Sinne der §§ 1 oder 2 mit Geldstrafe, mit gemeinnütziger Arbeit oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.*

*§ 4. Die Taten im Sinne der §§ 1 oder 2 werden mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu 10 Jahren bestraft, wenn der gewährte oder versprochene Vermögenswert signifikant ist.*

---

<sup>483</sup> EU-Kommission, Match-fixing in sport, 37

Art. 47 bestraft das Ausnutzen von Insiderinformationen bei Sportwetten. Art. 48 erfasst die Bestechung und Bestechlichkeit auf Verbandsebene. Art. 49 beinhaltet eine mit Art. 259 b, § 4 vergleichbare Kronzeugenregelung.

Die Normen haben in mehreren international beachteten Fällen ihre Effektivität bewiesen. Insbesondere wurden in Polen auffällig viele sportintern motivierte Manipulationen ohne Wetthintergrund aufgedeckt. So verhängte das Bezirksgericht Breslau am 26. Juli 2011 gegen insgesamt elf Fußballspieler, darunter auch Lukasz Piszczek von Borussia Dortmund, Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren auf Bewährung für den Kauf eines Meisterschaftsspiels der polnischen Liga in der Saison 2005/2006.<sup>484</sup>

Dasselbe Gericht verurteilte im Juni 2011 39 Spieler, Trainer und Offizielle, die in den Jahren 2003 bis 2005 an der Manipulation von insgesamt 33 Spielen der dritten polnischen Liga beteiligt gewesen sein sollen.<sup>485</sup>

## VII. Zwischenergebnis

Neben einem umfassenden Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor könnte die derzeit bestehende Regelungslücke bei der Bestrafung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe also auch durch einen Spezialstraftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport geschlossen werden. Ein solcher könnte als § 299 a StGB in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Die Argumente gegen einen Spezialtatbestand überzeugen im Ergebnis nicht. Die einzig berechtigten Bedenken im Rahmen der Angemessenheit und Bestimmtheit einer solchen Lösung können durch eine sorgfältige Formulierung des Tatbestandes in der oben vorgeschlagenen Weise entkräftet werden. Schließlich zeigt das Beispiel Polens, dass ein staatlicher Spezialtatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport auch in der Praxis die erhoffte Wirkung haben kann.

---

<sup>484</sup> <http://www.spiegel.de/sport/fussball/manipulierte-fussballspiele-bvb-profi-piszczek-verurteilt-verdaechtige-laenderspiele-in-griechenland-a-770857.html>

<sup>485</sup> EU-Kommission, Match-fixing in sport, 38

## **C. Entscheidung zwischen den Alternativen**

Die vorstehenden Untersuchungen haben gezeigt, dass die bestehende Regelungslücke sowohl durch einen weit formulierten allgemeinen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor, als auch durch einen Spezialstraftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport geschlossen werden kann. Die rechtlichen und politischen Bedenken gegen beide Lösungsansätze sind, wie gezeigt, unbegründet, so dass grundsätzlich beide Alternativen eingeführt werden könnten. Abschließend soll daher erörtert werden, welche gesetzliche Regelung zu bevorzugen ist.

### **I. Argumente für einen Spezialstraftatbestand**

Für die Einführung eines Spezialtatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport spricht, dass ein solcher eine deutlich stärkere Signalwirkung an den Sport hätte. Aufgrund des konkreten Bezugs auf den Sport würde ein solcher Tatbestand mit hoher Wahrscheinlichkeit das Unrechtsbewusstsein der potentiell manipulierenden Sportler und Schiedsrichter erhöhen und diesen die möglichen Konsequenzen von Manipulationen deutlicher vor Augen führen.

Ein erweiterter § 299 StGB wäre demgegenüber in der Außenwirkung zunächst lediglich eine geringfügige Änderung auf dem Papier. Auch wenn die Bestechlichkeit und Bestechung von Sportlern infolge der Änderung von dem Tatbestand erfasst ist, wird dies für die potentiellen Täter nicht auf den ersten Blick ersichtlich sein. Folglich werden zumindest die Abschreckungswirkung sowie die öffentliche Wahrnehmung der Gesetzesänderung wesentlich geringer sein als im Falle der Einführung eines Spezialtatbestandes.

Konkret hinsichtlich des Problems von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist daher fraglich, ob die bloße Erweiterung von § 299 StGB den gewünschten präventiven Effekt hat. Wie eingangs dargestellt, ist eine zentrale Ursache der Bereitschaft von Sportlern und Schiedsrichtern zur Manipulation das fehlende Unrechtsbewusstsein. Dieses würde durch die Einführung eines eigenständigen Straftatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport mit Sicherheit deutlich eher geschärft, als durch eine Erweiterung von § 299 StGB. In letzterem Fall ist zu befürchten, dass die Änderung der Rechtslage aufgrund des fehlenden direkten Bezugs zum Sport zumindest in präventiver Hinsicht wenig verändern wird.

Auch wenn ein erweiterter § 299 StGB eine Bestrafung manipulierender Sportler und Schiedsrichter in derselben Weise ermöglicht wie ein Spezialtatbestand, bleibt also jedenfalls die präventive und abschreckende Wirkung der allgemeinen Lösung hinter der klaren Signalwirkung eines Spezialtatbestandes zurück.

## **II. Argumente für einen allgemeinen Straftatbestand**

Für die Ausweitung des bestehenden § 299 StGB spricht zunächst, dass diese aufgrund der Verbindlichkeit des EU-Rahmenbeschlusses ohnehin in absehbarer Zeit erfolgen muss. Im Rahmen der notwendigen Reformierung von § 299 StGB sollte daher berücksichtigt werden, dass der neue Tatbestand auch Manipulationen im gesellschaftlichen Bereich, wie zum Beispiel im Sport, erfasst.

Darüber hinaus würde eine Lösung über die Ausweitung von § 299 StGB vermeiden, dass für den Sport als Teil der Gesellschaft ein Spezialtatbestand erlassen wird. Der Sport ist zwar ein sehr prominenter Bereich der Gesellschaft, er ist aber bei Weitem nicht der einzige Bereich, in dem Korruption und Manipulation an der Tagesordnung sind. Nur beispielhaft ist hierbei der im Jahr 2012 aufgedeckte Korruptionsskandal in der Medizin zu nennen, bei dem die Annahme von Bestechungsgeldern durch Ärzte als Gegenleistung für die Verschreibung bestimmter Medikamente ebenfalls aufgrund des engen Anwendungsbereichs von § 299 StGB strafrechtlich nicht erfasst werden konnte.<sup>486</sup> Die Einführung eines Spezialtatbestandes gegen Bestechlichkeit und Bestechung im Sport würde daher die Frage aufwerfen, warum nur der Sport spezialgesetzlich geregelt wird, nicht aber die übrigen Gesellschaftsbereiche. Sollte sich in anderen Sektoren ebenfalls die Notwendigkeit des Einsatzes des Strafrechts zeigen, droht eine Zersplitterung des Strafrechts mit Spezialtatbeständen für jeden einzelnen Gesellschaftsbereich. Dies könnte durch einen einheitlichen, weit formulierten, allgemeinen Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Bereich vermieden werden.<sup>487</sup>

---

<sup>486</sup> Der Spiegel, Nr. 15/2012, S. 81 ff.

<sup>487</sup> Ähnlich Pragal in: Weinreich, 212; zur Erfassung der Bestechlichkeit von Ärzten müsste § 299 StGB freilich noch weitergehend verändert werden, als im Rahmen der vorliegenden Arbeit vorgeschlagen, da Ärzte nach Ansicht des BGH bei der Verordnung von Arzneimitteln weder Amtsträger noch Beauftragte der gesetzlichen Krankenkassen sind (BGH, NJW 2012, 2530). Um auch diesen Fall von einem neu gestalteten § 299 StGB zu erfassen, müsste folglich auch dieses Tatbestandsmerkmal verändert werden, was jedoch wohl einen endgültigen Bruch mit dem Wettbewerbsmodell zur Folge hätte.

Für die Lösung durch eine Erweiterung von § 299 StGB spricht weiter, dass die notwendigen Änderungen bereits seit vielen Jahren bekannt und entsprechend umfassend geprüft sind. Wie das Beispiel Frankreich zeigt, haben viele europäische Länder bereits einen umfassenden Straftatbestand gegen Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor entsprechend der internationalen Vorgaben eingeführt. Sowohl in der Theorie, als auch in der praktischen Anwendung liegen also bereits Erfahrungswerte mit einer solchen gesetzlichen Lösung vor. Zwar haben, wie oben gezeigt, mittlerweile mehrere europäische Länder auch Spezialtatbestände gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport eingeführt und damit gute praktische Erfahrungen gesammelt. Gerade auf der übergeordneten internationalen Ebene fehlt jedoch noch der Rückhalt für eine solche Speziallösung.

Die oben genannten Bedenken hinsichtlich der Effektivität der allgemeineren Lösung auf präventiver Ebene könnte schließlich dadurch entgegengewirkt werden, dass die Gesetzesänderung von den Sportverbänden prominent kommuniziert wird. Zudem wird auch ein erweiterter § 299 StGB spätestens dann seine abschreckende und damit präventive Wirkung entfalten, wenn die ersten strafrechtlichen Verurteilungen wegen der Manipulation sportlicher Wettbewerbe erfolgen. Spätestens dann wird die vermeintlich nur auf dem Papier bestehende Änderung auch praktisch wahrgenommen werden.

### **III. Ergebnis**

Zum aktuellen Zeitpunkt ist folglich die Lösung des Regelungsdefizits über eine Ausweitung des bestehenden § 299 StGB zu bevorzugen. Sie löst das Regelungsdefizit ebenso vollumfänglich wie ein Spezialtatbestand, ihre tatsächliche Umsetzung ist aber rechtspolitisch wohl deutlich erfolgsversprechender. Nicht zuletzt aufgrund der Verbindlichkeit der internationalen Vorgaben ist eine Reformierung von § 299 StGB ohnehin in absehbarer Zukunft erforderlich, was der Gesetzgeber zum Anlass nehmen sollte, den Tatbestand so zu erweitern, dass auch Bestechungsfälle im privaten Sektor erfasst werden. Gleichzeitig sollte das Wettbewerbsmodell aber nicht aufgegeben werden, sondern lediglich für Sachverhalte im privaten Sektor geöffnet werden.

## **Teil 4: Lösung des Vollzugsdefizits**

Die in Teil 2 gefundenen Ergebnisse haben jedoch nicht nur ein Defizit bei den gesetzlichen Regelungen gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettkämpfe aufgezeigt, sondern auch ein Vollzugsdefizit hinsichtlich der bereits existierenden einschlägigen Rechtsnormen. Dieses Vollzugsdefizit betrifft insbesondere die sportinternen Sanktionsnormen, die eine Bestrafung der manipulierenden Sportler und Schiedsrichter zwar grundsätzlich ermöglichen, aufgrund der mangelhaften Ermittlungsmöglichkeiten in der Praxis aber kaum zur Anwendung kommen. Zur Lösung dieses Defizits kommt die Einführung verschiedener speziell auf die Besonderheiten von Manipulationen im Sport angepasster Maßnahmen in Betracht, die nachfolgend dargestellt und beurteilt werden sollen. Von solchen Maßnahmen könnten auch die staatlichen Strafverfolgungsorgane profitieren, was eine erhöhte Effektivität des neu einzuführenden § 299a StGB mit sich bringen könnte.

### **A. Kronzeugenregelung**

Kronzeuge ist ein Täter oder Teilnehmer einer Straftat, der über den eigenen Tatbeitrag hinaus aussagt und so die Aufklärung begangener Taten oder die Verhinderung zukünftiger Taten fördert.<sup>488</sup> Da ein Zugriff auf die Hintermänner der Bestechungen wesentlich verbessert werden könnte, wenn die bestochenen Sportler oder Schiedsrichter mit den Ermittlungsorganen kooperieren würden, stellt sich die Frage, ob für Bestechungssachverhalte eine spezielle Kronzeugenregelung eingeführt werden kann und soll.

#### **I. Effektivität der Maßnahme**

Kronzeugenregelungen sind insbesondere dann effektiv, wenn die Tat durch einen geschlossenen Kreis von Tätern und Mitwissern begangen wird. In solchen Konstellationen müssen die Beteiligten darauf vertrauen können, dass kein Gruppenmitglied gegen die Gruppe aussagt. Dieses Vertrauen wird grundlegend gestört, wenn durch eine Kronzeugenregelung ein „Verräter“ straffrei bleibt, alle anderen dagegen bestraft werden.<sup>489</sup>

Ein solcher geschlossener Vertrauenskreis liegt bei bestechungsbedingten Manipulation vor. Die bestechenden Hintermänner und die bestochenen Sportler oder Schiedsrichter bilden eine

---

<sup>488</sup> Beulke, StPO, Rn. 342

<sup>489</sup> Wütericht/Breucker, SpuRt 2002, 134

Schicksalsgemeinschaft, bei der jeder darauf vertraut, dass der andere dieses Vertrauen nicht bricht. Neben der verbesserten Chancen der repressiven Bestrafung der Täter hat die Kronzeugenregelung daher auch eine nicht zu unterschätzende präventive Funktion, indem sie das Risiko der gemeinsamen Tatbegehung für die beteiligten Akteure wesentlich erhöht.

## II. Umsetzung

Regelungen, die eine Milderung oder das Absehen von der Bestrafung eines Kronzeugen vorsehen, sind in der deutschen Rechtsordnung nicht unbekannt. Entsprechende Vorschriften finden sich z.B. in § 46 b StGB, § 261 Abs. 9 StGB und § 31 BtMG. Bei Bestechungssachverhalten ist die Kronzeugenregelung des § 46 b StGB bereits nach der derzeitigen Rechtslage in den in § 300 StGB beschriebenen besonders schweren Fällen anwendbar (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 lit. r StPO). Dasselbe würde für den oben vorgeschlagenen neu einzuführenden § 299 StGB gelten.

Fraglich ist, ob darüber hinaus die Einführung einer Kronzeugenregelung auch für einfache Bestechungsfälle angezeigt ist. Eine solche könnte entsprechend der Regelung in § 261 Abs. 9 StGB in den Tatbestand aufgenommen werden.

Dagegen spricht jedoch, dass der Kronzeugenregelung umfassende verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen. § 46 b StGB beeinträchtigt das Schuldprinzip, den Gleichheitssatz, den nemo tenetur-Grundsatz und nicht zuletzt das Legalitätsprinzip.<sup>490</sup> Zwar konnten diese Bedenken im Gesetzgebungsverfahren ausgeräumt werden<sup>491</sup>, der Gesetzgeber hat jedoch erkannt, dass sich die Rechtfertigung der Kronzeugenregelung insbesondere aus der aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitenden wesentlichen Aufgabe des Staates ergibt, gerade schwere Straftaten aufzuklären und zu verhindern.<sup>492</sup> Daher darf der Anwendungsbereich von Kronzeugenregelungen nicht zu weit ausgedehnt werden.

Hinzu kommt, dass die Kronzeugenregelung in § 46 b StGB inzwischen auch inhaltlich hinsichtlich ihrer rechtspolitischen Notwendigkeit und Wirksamkeit heftig kritisiert wird. Der Kronzeugenregelung werden unter anderem Gerechtigkeitsdefizite und eine falsche gesellschaftliche Signalwirkung vorgeworfen. Zudem gilt der Wahrheitsgehalt von

---

<sup>490</sup> Vgl. NK-Streng, § 46 b StGB, Rn. 2 ff.; eine Verletzung des Legalitätsprinzips bejahen Wüterich/Breucker, SpuRt 2002, 135 f.; ausführlich zu den verfassungsrechtlichen Aspekten Preglau, wistra 2009, 412 ff.

<sup>491</sup> BT-Drs. 16/6268, 10 ff.

<sup>492</sup> BT-Drs. 16/6268, 11



Kronzeugenaussagen als sehr fragwürdig, weshalb auch die Rechtsprechung in dieser Sache sehr zurückhaltend ist.<sup>493</sup>

Die Einführung einer speziellen Kronzeugenregelung im Rahmen von Bestechlichkeit und Bestechung im privaten Sektor ist folglich richtigerweise abzulehnen. In schwereren Fällen greift ohnehin der bestehende § 46 b StGB ein, bei einfachen Bestechungsfällen kann eine Milderung im Falle der Kooperation des Täters auch über die Anwendung von § 46 StGB oder die §§ 153 ff. StPO erreicht werden.

## **B. Whistle-Blowing**

Whistle-Blowing kann charakterisiert werden als Aufdeckung strafrechtlich relevanter Sachverhalte aus internen Organisationen durch Personen mit Insiderwissen, die aber selbst nicht an der Tat beteiligt sind. Anders als bei Kronzeugen werden die verdeckten Handlungen also nicht durch einen Beteiligten an der Tat, sondern durch einen Dritten verraten. Dies kann für den Dritten jedoch mit Gefahren verbunden sein, wenn er zwar an der Tat selbst nicht beteiligt ist, aber dennoch der internen Organisation angehört, da er als „Verräter“ gebrandmarkt wird und sein nach außen hin korrektes Verhalten intern negative Konsequenzen haben kann.

Dieser Fall kann auch bei Bestechungen im Sport eintreten. Ist sich z.B. eine ganze Mannschaft einig, gegen den Erhalt einer Verlustprämie ein Spiel zu verlieren, verweigert aber ein einziger Spieler seine Beteiligung, so ist diesem der Unmut seiner Mannschaftskameraden sicher, wenn er die Manipulation aufdeckt. Dieser interne Gruppenzwang verhindert möglicherweise, dass Bestechungsversuche und Manipulationen gemeldet werden.

Eine Lösung zur Verringerung dieser Hemmschwelle für potentielle Informanten aus den Kreisen der Sportler und Schiedsrichter könnte die Einrichtung eines Informationssystems sein, über das Bestechungsversuche und bestechungsbedingte Manipulationen zunächst vertraulich gemeldet werden können. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der DFB mittlerweile durch den Einsatz eines Ombudsmanns als Ansprechpartner gemacht. Begleitet

---

<sup>493</sup> Beulke, StPO, Rn. 342 mit weiteren Nachweisen; die Regelung trotz aller Bedenken befürwortend Peglau, wistra 2009, 409

wird dessen Einsatz von der Kampagne „Gemeinsam gegen Spielmanipulation“, die Sportler über bestechungsbedingte Manipulationen aufklären soll.<sup>494</sup>

### C. Schwerpunktstaatsanwaltschaft

Im Zusammenhang mit dem Einsatz des Staates gegen Doping im Sport wird für die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften plädiert, die sich konkret mit dieser Problematik befassen.<sup>495</sup> Tatsächlich wurden mittlerweile Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Doping in München und Freiburg eingerichtet. Hintergrund dieses Schrittes ist, dass die Verfolgung von Doping besondere Sachkenntnis verlangt und zudem eine enge Zusammenarbeit mit den Sportverbänden erfordert.

Fraglich ist, ob die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften auch im Kampf gegen bestechungsbedingte Manipulationen sportlicher Wettbewerbe empfehlenswert ist. Der DFB scheint dies zu bejahen, indem er auf seiner Homepage als ein Ziel die „Zusammenarbeit des DFB mit einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft“ beschreibt.<sup>496</sup>

Bestechungssachverhalte unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Anforderungen an die Strafverfolgungsorgane wesentlich von Dopingsachverhalten. Die Aufdeckung und Verfolgung von Dopingmanipulationen erfordert u.a. besondere Sachkenntnisse der Ermittler im medizinischen Bereich bezüglich der Wirkung und des Nachweises von Dopingmitteln. Bestechungssachverhalte weisen hingegen keine derartigen Besonderheiten auf. Lediglich die zunehmende Internationalität der Sachverhalte könnte die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften erforderlich machen. Anders als bei Doping weisen Bestechungssachverhalte aber keine Besonderheiten auf, für die eine Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften erforderlich wäre. Hinsichtlich der Anforderungen an die Strafverfolgungsorgane unterscheiden sie sich nur unwesentlich von Korruptions- und Bestechungssachverhalten in anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Zwar ist auch zur Bekämpfung bestechungsbedingter Manipulationen sportlicher Wettbewerbe eine Kooperation von Sport und Staat wünschenswert und hilfreich. Die Einrichtung von

---

<sup>494</sup> <http://gemeinsam-gegen-spielmanipulation.de/index.php/startseite>

<sup>495</sup> ReSpoDo, 37

<sup>496</sup> <http://www.dfb.de/index.php?id=511195>

Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Bestechlichkeit und Bestechung im Sport ist jedoch derzeit nicht zu empfehlen.

#### **D. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen**

Bei genauer Betrachtung ist das Vollzugsdefizit eine mittelbare Folge des Regelungsdefizits. Der Sport selbst verfügt über sehr eingeschränkte Ermittlungsmöglichkeiten und kann bestechungsbedingte Manipulationen daher nicht effektiv verfolgen. Der Einsatz staatlicher Ermittlungsmaßnahmen ist durch das Regelungsdefizit beschränkt, aufgrund dessen bestechungsbedingte Manipulationen nur in seltenen Ausnahmefällen strafrechtlich verfolgt werden können. Die vorgeschlagene Erweiterung von § 299 StGB würde mithin nicht nur die Regelungslücke schließen, sondern auch das Vollzugsdefizit dadurch verringern, dass der Einsatz der staatlichen Ermittlungsmaßnahmen zur Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen ermöglicht wird.

Infolge der Erweiterung des § 299 StGB könnten Maßnahmen wie Telefonüberwachungen, Beschlagnahmen oder Durchsuchungen durchgeführt werden, die eine wesentliche Verbesserung der Aufklärung von Manipulationen versprechen.

Von diesen Ermittlungsmaßnahmen könnte wiederum auch der Sport profitieren, wenn ihm die Erkenntnisse der staatlichen Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt werden, um die Täter auch sportintern zu bestrafen. Dies zeigt nochmals die Zweckmäßigkeit einer engen Zusammenarbeit der Sportverbände mit den staatlichen Organen, die zur umfassenden Verfolgung bestechungsbedingter Manipulationen notwendig ist.

#### **E. Zusammenfassung**

Die Einführung spezieller Maßnahmen zur Bekämpfung von bestechungsbedingten Manipulationen sportlicher Wettbewerbe ist mithin nach derzeitigem Stand nicht erforderlich. Die einzige unmittelbar erforderliche Maßnahme der Einrichtung eines vertraulichen Informationssystems ist zumindest im Bereich des Fußballs bereits umgesetzt. Die übrigen angesprochenen Sondermaßnahmen sind zwar nicht per se ungeeignet, zum aktuellen Zeitpunkt aber nicht erforderlich.

Die weitaus effektivste Maßnahme zur Verbesserung des Vollzugs ist die Anwendung der strafprozessualen Ermittlungsmaßnahmen. Dies würde durch die Einführung des erweiterten § 299 StGB ermöglicht, ohne die derzeit bestehende Unsicherheit der Anwendbarkeit des Strafrechts bei bestechungsbedingten Manipulationen. Mithin würde die vorgeschlagene Einführung eines erweiterten § 299 StGB auch das Vollzugsdefizit wesentlich verbessern.

## **Teil 5: Ergebnis und Ausblick**

Mit den gefundenen Ergebnissen der Untersuchung sollten die Bedenken gegen den Einsatz des Strafrechts zum Schutz des Sports vor bestechungsbedingten Manipulationen ausgeräumt sein. Es hat sich gezeigt, dass der Sport weiterhin sehr anfällig für Manipulationen ist. Solange Sportler und Schiedsrichter mit wenigen Handlungen Wettkämpfe beeinflussen und dadurch den Fluss hoher Vermögenswerte verändern können, wird sich daran mit großer Wahrscheinlichkeit nichts ändern. Der Sport selbst ist mit der Bekämpfung von Manipulationen überfordert, insbesondere da ihm die zur Aufdeckung der Taten notwendigen Ermittlungsmöglichkeiten fehlen.

Es ist daher umgehend erforderlich, dass der Staat eingreift, und zum Schutz des Wettbewerbs und der Vermögenswerte der Beteiligten das Strafrecht einsetzt. Da dies auf der Grundlage der aktuell gültigen Strafnormen nicht hinreichend möglich ist, sollte sich die Politik ihrer Verantwortung bewusst werden und die bestehenden Gesetzeslücken schließen. Die Beispiele Frankreichs und Polens zeigen, dass Deutschland in dieser Hinsicht deutlichen Nachholbedarf hat.

Welcher der beiden dargestellten Alternativen letztendlich umgesetzt wird, ist sekundär. Wie die vorliegende Arbeit zeigt, sind beide Lösungen geeignet, die Gesetzeslücken zu schließen und dürften auch verfassungsrechtlich durchzusetzen sein.

Hinsichtlich eines Spezialtatbestandes gegen Bestechung und Bestechlichkeit im Sport sollte die vorliegende Arbeit gezeigt haben, dass es sich hierbei um ein eigenständiges Problemfeld handelt. Die Abhandlung als „Nebenkriegsschauplatz“ neben Doping wird dem Problem nicht gerecht. Nicht nur aufgrund seiner praktischen Bedeutung sollten bestechungsbedingte Manipulationen zukünftig sorgfältiger von Dopingmanipulationen getrennt werden. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass nahezu keines der Argumente gegen ein staatliches Anti-Doping-Gesetz auf einen Straftatbestand gegen bestechungsbedingte Manipulationen im Sport übertragen werden kann. Die vorliegende Arbeit hat daher bereits ein erstes Ziel erreicht, wenn bei der Diskussion um den Einsatz des Strafrechts gegen Manipulationen im Sport in Zukunft deutlicher zwischen Doping und Bestechungen unterschieden wird.

Ob die hier vertretenen Gesetzesänderungen in Zukunft Realität werden, ist angesichts der fortdauernden Weigerung der Politik zweifelhaft. Es könnte sich allerdings als Glücksfall herausstellen, dass die europäischen Institutionen in absehbarer Zeit auf die Umsetzung der

internationalen Vorgaben drängen werden, denen sich Deutschland vor vielen Jahren unterworfen hat. Eine Änderung des bestehenden § 299 StGB wird der bundesdeutsche Gesetzgeber daher nicht mehr lange verzögern können. Es ist zu hoffen, dass die Politik dies zum Anlass nimmt, den Tatbestand des § 299 StGB so auszuweiten, dass auch Bestechungen im privaten Sektor erfasst werden können.

Ein Ende der jahrelangen Diskussion um den Einsatz des Strafrechts gegen Manipulationen im Sport ist leider noch nicht in Sicht, sondern aktueller als je zuvor. Sie zu beenden hat einzig und alleine der Gesetzgeber in der Hand, der durch die strafrechtliche Erfassung bestechungsbedingter Manipulationen sportlicher Wettbewerbe ein wichtiges Zeichen setzen kann und sollte.

## Literaturverzeichnis

- Adolphsen, Jens / Nolte, Martin / Lehner, Michael / Gerlinger, Michael*: Sportrecht in der Praxis, 2011  
zitiert: Adolphsen/Nolte/Lehner/Gerlinger-Bearbeiter
- Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch*, Band I, §§ 1-21, Luchterhand, 1990,  
zitiert: AK-Bearbeiter
- Bach, Florian*: Vereinsfremde Siebprämiën für Fußballspieler, JR 2008, S. 57 – 59
- Bach, Thomas*: Bekämpfung des Doping mittels eines Anti-Doping-Gesetzes? Contra, ZRP 2006, S. 239
- Bannenberg, Britta*: Das neue „Anti-Doping-Gesetz“ hilft dem Sport nicht, SpuRt 2007, S. 155
- Bannenberg, Britta / Rössner, Dieter*: Straftat gegen den Wettbewerb, in: Korruption im Sport, Hrsg: *Weinreich, Jens*, Leipzig, 2006, S. 214 – 227  
zitiert: Bannenberg/Rössner, in: Weinreich
- Bannenberg, Britta / Rössner, Dieter*: Manipulationen im Leistungssport als strafwürdige Sachverhalte, in: Rechts- als Geisteswissenschaft, Festschrift für Wolfgang Schild zum 60. Geburtstag, Hrsg: *Kretschmer, Bernhard*, Hamburg, 2007, S. 57 – 74  
zitiert: Bannenberg/Rössner, in: FS-Schild
- Beukelmann, Stephan*: Das Strafrecht und die Lauterkeit des sportlichen Wettbewerbs, NJW-Spezial 2010, S. 56 – 57
- Beulke, Werner*: Strafprozessrecht, 12. Auflage, Heidelberg, 2012
- Bottke, Wilfried*: Doping als Straftat?, in: Festschrift für Günter Kohlmann zum 70. Geburtstag, Hrsg: *Hirsch, Hans Joachim*, Köln, 2003
- Bringewat, Peter*: Finanzmanipulation im Ligafußball – ein Risikogeschäft?, JZ 1977, S. 667 – 672
- Bublitz, Jan Christoph*: Doping-Kontrollen im Staatsexamen? Über leistungssteigernde Substanzen und Chancengleichheit in Prüfungen, ZJS 2010, S. 306 – 317
- Cherkeh, Rainer*: Betrug (§263 StGB) verübt durch Doping im Sport, Schriften zum Strafrecht und Strafprozeßrecht, 48, Frankfurt a. M., 2000
- Cherkeh, Rainer / Momsen, Carsten*: Doping als Wettbewerbsverzerrung? Möglichkeiten der strafrechtlichen Erfassung des Dopings unter besonderer Berücksichtigung der Schädigung von Mitbewerbern, NJW 2001, S. 1745 – 1752
- Diener, Sarah / Hoffmann-Holland, Klaus*: Sportliche Leistung, Jura 2009, S. 946 – 953

- Dölling, Dieter*: Empfehlen sich Änderungen des Straf- und Strafprozessrechts, um der Gefahr von Korruption in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wirksam zu begegnen?, Gutachten C zum 61. Deutschen Juristentag, Karlsruhe, 1996  
zitiert: Dölling, Gutachten C
- Dölling, Dieter*: Die Neuregelung der Strafvorschriften gegen Korruption, ZStW (112) 2000, S. 334 – 355
- Dölling, Dieter / Duttge, Gunnar / Rössner, Dieter*: Gesamtes Strafrecht, Handkommentar, 3. Auflage, Baden-Baden, 2013  
zitiert: Dölling/Duttge/Rössner-Bearbeiter
- Dury, Walter*: Kann das Strafrecht die Doping-Seuche ausrotten?, SpuRt 2005, S. 137 – 141
- Europäische Kommission*: Match-fixing in sport. A mapping of criminal law provisions in EU 27, März 2012
- Fabricius, Dirk*: Zur Präzisierung des Terminus „ähnlicher, ebenso gefährlicher Eingriff“ im Sinne der §§ 315, 315b StGB, GA 1994, S. 164 – 184
- Fahl, Christian*: Sportverbandsgerichtsbarkeit und Doppelbestrafungsverbot, SpuRt 2001, S. 181 – 183
- Fasten, Ines / Oppermann, Gregor*: Betrug im Rahmen manipulierter Fußballwetten, JA 2006, S. 69 – 74
- Figura, Lars*: Doping als Verstoß gegen die guten Sitten – juristisch greifbar!, in: Das Anti-Doping-Handbuch, Band 1, Hrsg: *Nickel, Rüdiger / Rous, Theo*, 2. Auflage, 2009, S. 214 – 227
- Fischer, Ulrich*: Über den galoppierenden Unschuldverlust des Sports oder: Die Welt will betrogen sein, NJW 2005, S. 1028 – 1029
- Fischer, Thomas*: Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 60. Auflage, 2013
- Friedrich, Walther*: Doping und zivilrechtliche Haftung, SpuRt 1995, S. 8 – 11
- Fritzweiler, Jochen*: Ein § 299a StGB als neuer Straftatbestand für den sich dopenden Sportler?, SpuRt 1998, S. 234
- Glauben, Paul*: Nicht jede Unsportlichkeit ist strafbar, DRiZ 2006. S. 308 – 309
- Glocker, Moritz*: Die strafrechtliche Bedeutung von Doping de lege lata und de lege ferenda, Konstanz, Univ., Diss., 2009
- Günther, Hans-Ludwig*: Die Genese eines Straftatbestandes, JuS 1978, S. 8 – 14
- Graf, Jürgen Peter / Jäger, Markus / Wittig, Petra*: Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, München, 2011  
zitiert: Graf/Jäger/Wittig-Bearbeiter



*Greco, Luís*: Zur Strafwürdigkeit des Selbstdopings im Leistungssport, GA 2010, S. 622 – 638

*Grotz, Stefan*: Die Grenzen der staatlichen Strafgewalt exemplifiziert am neuen Anti-Doping-Tatbestand, ZJS 2008, S. 243 – 255

*Grunsky, Wolfgang*: Persönlichkeitsrecht und Verbandsautonomie bei der Dopingbekämpfung, SpuRt 2007, S. 188 – 192

*Haas, Ulrich*: Doping und Recht, in: Das Anti-Doping-Handbuch, Hrsg: *Nickel, Rüdiger / Rous, Theo*, 2. Auflage, 2009, S. 199 – 213

*Hassemer, Winfried*: Symbolisches Strafrecht und Rechtsgüterschutz, NStZ 1989, S. 553 – 559

*Hartmann, Bernd / Niehaus, Holger*: Zur strafrechtlichen Einordnung von Wettmanipulationen im Fußball, JA 2006, S. 432 – 435

*Hauck, Pierre*: Über Sinn und Widersinn der von GRECO unterbreiteten Vorschläge zur Änderung der Korruptionstatbestände in §§ 108e, 299 und 331 ff. StGB, wistra 2010, S. 255 - 258

*Hauptmann, Markus / Rübenstahl, Markus*: Zur Doping-Besitzstrafbarkeit des Sportlers de lege lata und de lege ferenda, MedR 2007, S. 271 – 279

*Hauptmann, Markus / Rübenstahl, Markus*: Zur verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit einer Doping-Besitzstrafbarkeit de lege ferenda - insbesondere gemessen am „Cannabis-Urteil“ des BVerfG, HRRS 2007, S. 143 – 153

*Hefendehl, Roland*: Mit langem Atem: Der Begriff des Rechtsguts Oder: Was seit dem Erscheinen des Sammelbandes über die Rechtsgutstheorie geschah, GA 2007, S. 1 – 14

*Heger, Martin*: Zur Strafbarkeit von Doping im Sport, JA 2003, S. 76 – 83

*Heger, Martin*: Zum Rechtsgut einer Strafnorm gegen Selbst-Doping, SpuRt 2007, S. 153

*Hirsch, Hans Joachim*: Zu strafrechtlichen Fragen des Sportrechts, in: Vergleichende Strafrechtswissenschaft: Frankfurter Festschrift für Andrzej J. Szwarc zum 70. Geburtstag, Hrsg: *Joerden, Jan C* u.a., Berlin, 2009, S. 559 – 583

*Humberg, Andreas*: Die Aufnahme des Sports in das Grundgesetz, ZRP 2007, S. 57 – 60

*Hörnle, Tatjana*: Der Verbot des Geschwisterinzests – Verfassungsgerichtliche Bestätigung und verfassungsrechtliche Kritik, NJW 2008, S. 2085 – 2088

*Jarass, Hans / Pieroth, Bodo*: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 12. Auflage, München, 2012

- Jahn, Matthias*: Doping zwischen Selbstgefährdung, Sittenwidrigkeit und staatlicher Schutzpflicht, ZIS 2006, S. 57
- Jahn, Matthias*: Die Strafbarkeit des Besitzes nicht geringer Mengen von Dopingmitteln, GA 2007, S. 579
- Jahn, Matthias*: Ein neuer Straftatbestand gegen eigenverantwortliches Doping? Anmerkungen aus strafprozessualer Sicht, SpuRt 2005, S. 141 – 146
- Kargl, Walter*: Begründungsprobleme des Dopingstrafrechts, NStZ 2007, S. 489 – 496
- Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung*, 6. Auflage, München, 2008, zitiert: KK-Bearbeiter
- Kauerhof, Rico*: Ein Anti-Doping-Gesetz als Garant für den sauberen Sport! Anmerkungen zu Pro und Contra der strafrechtlichen Verfolgung von „Dopingsündern“, HRRS 2007, S. 71 – 75
- Kerner, Hans-Jürgen / Rixen, Stephan*, Ist Korruption ein Strafrechtsproblem?, GA (143) 1996, S. 355 – 404
- Kerner, Hans-Jürgen / Trüg, Gerson*: Referendarexamensklausur – Strafrecht: Betrugsstrafrechtliche Relevanz des Dopings, JuS 2004, S. 140 – 145
- König, Peter*: Dopingbekämpfung mit strafrechtlichen Mitteln (Erwiderung auf Kudlich JA 2007, 90), JA 2007, S. 573
- König, Peter*: Sportschutzgesetz – Pro und Contra, Pro: Argumente für ein Sportschutzgesetz, SpuRt 2010, S. 106 – 107
- König, Peter*: Neues Strafrecht gegen die Korruption, JR 1997, S. 397 – 404
- von Komorowski, Alexis / Bredemeier, Barbara*: Fußballsport, Vermögensstrafrecht und Schiedsrichterverhalten – Teil 1: Der Schiedsrichter als Beteiligter, SpuRt 2005, S. 181 – 184
- von Komorowski, Alexis / Bredemeier, Barbara*: Fußballsport, Vermögensstrafrecht und Schiedsrichterverhalten – Teil 2: Der Schiedsrichter als getäuscht Verfügender, SpuRt 2005, S. 227 – 230
- Koepsel, Anne*: Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, Osnabrücker Abhandlungen zum gesamten Wirtschaftsstrafrecht, Band 7, Osnabrück, 2006
- Krack, Ralf*: Die Kleiderordnung als Schutzobjekt des § 299 StGB?, in: Recht - Wirtschaft - Strafe: Festschrift für Erich Samson zum 70. Geburtstag, Hrsg: Joecks, Wolfgang u.a., Heidelberg, 2010, S. 377 – 388  
zitiert: Krack, in: FS-Samson
- Krack, Ralf*: Bestechlichkeit und Bestechung von Sportschiedsrichtern – eine Straftat?, ZIS 2011, S. 475 – 481

*Krähe, Christian*: Contra: Argumente gegen ein Anti-Doping-Gesetz, *SpuRt* 2006, S. 194

*Krähe, Christian*: Keine Besserung in Sicht, *Doping* 2010, S. 100 – 102

*Kudlich, Hans*: An den Grenzen des Strafrechts, *JA* 2007, S. 90

*Kudlich, Hans*: Sportschutzgesetz – Pro und Contra, Contra: Argumente gegen ein Sportschutzgesetz, *SpuRt* 2010, 108

*Lackner, Karl / Kühl, Kristian*: Strafgesetzbuch Kommentar, 27. Auflage, 2011,

*Leipziger Kommentar*, Strafgesetzbuch, Neunter Band, §§ 263 bis 283d, 1. Teilband, §§ 263 bis 266b, 12. Auflage, Berlin, 2012  
zitiert: LK-Bearbeiter

*Leipziger Kommentar*, Strafgesetzbuch, Zehnter Band, §§ 284 bis 305a, 12. Auflage, Berlin, 2008  
zitiert: LK-Bearbeiter

*Linck, Joachim*: Doping und staatliches Recht, *NJW* 1987, S. 2545 – 2551

*Maennig, Wolfgang*: Korruption und Korruptionsbekämpfung im Sport, in: Korruption und Korruptionsbekämpfung, Hrsg: von *Arnim, Hans Herbert*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 185, 2007

*Maunz, Theodor / Dürig, Günter*: Grundgesetz Kommentar, 68. Auflage, 2013,  
zitiert: Maunz/Dürig-Bearbeiter

*Maurach, Reinhart / Schroeder, Friedrich-Christian / Maiwald, Manfred*: Strafrecht Besonderer Teil, Teilband 2, Straftaten gegen Gemeinschaftswerte, 10. Auflage, Heidelberg, 2012  
zitiert: Maurach/Schroeder/Maiwald-Bearbeiter

*Mestwerdt, Thomas*: Notwendigkeit und verfassungsrechtliche Grundlagen eines staatlichen Dopingverbots, *SpuRt* 1997, 119

*Müller-Gugenberger, Christian / Bieneck, Klaus*, Wirtschaftsstrafrecht, 11. Auflage, 2011  
zitiert: Müller-Gugenberger/Bieneck-Bearbeiter

*Münchener Kommentar* zum Strafgesetzbuch, Band 2, 2. Auflage, 2012; Band 5, 1. Auflage, 2007  
zitiert: MK-Bearbeiter

*Nesemann, Tim*: Vertragsstrafen in Sponsoringverträgen im Zusammenhang mit Doping, *NJW* 2007, S. 2083 – 2086

*Nolte, Martin*: Staatliche Verantwortung zur Bestrafung des Dopings? in: Perspektiven des Sportrechts, Hrsg: *Vieweg, Klaus*, Berlin, 2005, S. 127 – 147

*Nomos Kommentar: Strafgesetzbuch*, Band 1, 4. Auflage, Baden-Baden, 2013; Band 3, 4. Auflage, Baden-Baden, 2013; Band 4, 4. Auflage, 2013  
zitiert: NK-Bearbeiter

*Paringer, Martin*: Korruption im Profifußball: Eine Überprüfung unlauteren Verhaltens von Vereinsfunktionär und Spieler unter dem Aspekt der §§ 263 und 298 ff. StGB am Beispiel des sogenannten Bundesligaskandals, Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, 3092

*Parzeller, Markus / Rüdiger, Christiane*: Blutdoping: Unbestimmte Regelungen im Arzneimittelgesetz, ZRP 2007, S. 137 – 140

*Pragal, Oliver*: § 299 StGB – keine Straftat gegen den Wettbewerb!, ZIS 2006, S. 63 – 81

*Pragal, Oliver*: Die Korruption innerhalb des privaten Sektors und ihre strafrechtliche Kontrolle durch § 299 StGB, Schriften der Bucerius Law School, Band II/6, 2006, zitiert: Pragal, Band II/6

*Pragal, Oliver*: Das Betrugsdreieck, in: Korruption im Sport, Hrsg: *Weinreich, Jens*, Leipzig, 2006, S. 206 – 213  
zitiert: Pragal, in: Weinreich

*Preglau, Jens*: Die neue „Kronzeugenregelung“ (§ 46b StGB), wistra 2009, S. 409 – 414

*Prokop, Clemens*: Anti-Doping-Gesetz – Pro und Contra, Pro: Argumente für ein Anti-Doping-Gesetz, SpuRt 2006, 192 – 193

*Rauball, Reinhard*: Bundesliga-Skandal, Berlin, 1972

*Rechtskommission des Sports gegen Doping*: Abschlussbericht zu möglichen Initiativen für eine konsequentere Verhinderung, Verfolgung und Ahndung des Dopings im Sport, Frankfurt, 2005  
zitiert: ReSpoDo

*Reinhart, Michael*: Sportverbandsgerichtsbarkeit und Doppelbestrafungsverbot, SpuRt 2001, S. 45 – 48

*Reinhart, Michael*: Erwiderung auf Fahl und Reschke, SpuRt 2001, S. 184 – 185

*Reschke, Eike*: Erwiderung auf Reinhart, SpuRt 2001, 45, SpuRt 2001, S. 183 – 184

*Rieble, Volker*: Strafbare Arbeitgeberfinanzierung gelber Arbeitnehmervereinigungen, ZIP 2009, S. 1593 – 1600

*Rönnau, Thomas / Golombek, Tine*: Die Aufnahme des „Geschäftsherrenmodells“ in den Tatbestand des § 299 – ein Systembruch im deutschen StGB, ZRP 2007, S. 193 – 195

*Rönnau, Thomas*: Grundwissen – Strafrecht: Der strafrechtliche Rechtsgutsbegriff, JuS 2009, S. 209 – 211

- Rönnau, Thomas*: Alte und neue Probleme bei § 299 StGB, StV 2009, S. 302 – 308
- Rössner, Dieter*: Strafrechtlicher Schutz gegen Spielmanipulationen im Fußball?, Causa Sport 2005, S. 391 – 395
- Rössner, Dieter*: „Sportbetrug“ und Strafrecht, in: Festschrift für Volkmar Mehle, Hrsg: *Hiebl, Stefan*, Baden-Baden, 2009, S. 567 – 578  
zitiert: Rössner, in: FS-Mehle
- Rössner, Dieter*: Rechtliche Möglichkeiten der Dopingkontrolle, [http://www.hamburger-sportbund.de/resources/0026/Vortrag Roessner.pdf](http://www.hamburger-sportbund.de/resources/0026/Vortrag%20Roessner.pdf)  
zitiert: Rössner, Rechtliche Möglichkeiten
- Rössner, Dieter*: Doping aus kriminologischer Sicht – brauchen wir ein Anti-Dopinggesetz?, in: Doping im Sport, Hrsg: *Digel, Helmut / Dickhuth, Hans-Hermann*, 2002, S. 119 – 139,  
zitiert: Rössner, in: Digel/Dickhuth
- Röwekamp, Thomas*: Bekämpfung des Doping mittels eines Anti-Doping-Gesetzes? Pro, ZRP 2006, 239
- Roxin, Claus*: Strafrecht und Doping, in: Recht - Wirtschaft - Strafe: Festschrift für Erich Samson zum 70. Geburtstag, Hrsg: *Joecks, Wolfgang* u.a., Heidelberg, 2010, S. 445 – 454  
zitiert: Roxin, in: FS-Samson
- Roxin, Claus*: Strafrecht Allgemeiner Teil, Band I, 4. Auflage, München, 2006  
zitiert: Roxin, Strafrecht AT
- Sachs, Michael*: Grundgesetz, Kommentar, 6. Auflage, München, 2011
- Saliger, Frank*: Gibt es eine Untreuemode? Die neuere Untreuedebatte und Möglichkeiten einer restriktiven Auslegung, HRRS 2006, S. 10- 23
- Schattmann, Matthias*: Betrug des Leistungssportlers im Wettkampf: Zur Einführung eines Straftatbestandes im sportlichen Wettbewerb, Europäische Hochschulschriften, Reihe II; 4725
- Schild, Wolfgang*: Doping in strafrechtlicher Sicht, in: Rechtliche Fragen des Dopings, Hrsg: *Schild, Wolfgang*, Heidelberg, 1986, S. 13 – 34  
zitiert: Schild, in: Schild
- Schlösser, Jan*: Der „Bundesliga-Wettskandal“ – Aspekte einer strafrechtlichen Bewertung, NSTZ 2005, S. 423 – 429
- Schneider, Markus*: Die Aufnahme des Sports in das Grundgesetz, ZRP 2007, S. 202
- Schönke, Adolf / Schröder, Horst*: Strafgesetzbuch Kommentar, 28. Auflage, München, 2010  
zitiert: Schönke/Schröder-Bearbeiter
- Schreiber, Hans-Ludwig / Beulke, Werner*: Untreue durch Verwendung von Vereinsgeldern zu Bestechungszwecken, JuS 1977, S. 656 – 661

*Schröder, Rainer / Bedau, Maren*: Doping: Zivilrechtliche Ansprüche des Konkurrenten gegen den gedopten Sportler, NJW 1999, S. 3361 – 3367

*Schul, Asusa / Wichert, Joachim*: Vertragsstrafen in Arbeitsverträgen von Profifußballspielern, SpuRt 2004, S. 229 – 233

*Schwab, Dieter*: Zivilrechtliche Haftung beim Doping, in: Rechtliche Fragen des Dopings, Hrsg: *Schild, Wolfgang*, Heidelberg, 1986, S. 35 – 50  
zitiert: Schwab, in: Schild

*Schwab, Rouven*: Das zivilrechtliche Nachspiel im Fall Hoyzer, NJW 2005, S. 938 – 940

*Steiner, Udo*: Verfassungsfragen des Sports, NJW 1991, S. 2729 – 2736

*Steiner, Udo*: Staatsziel Anti-Doping-Staat?, SpuRt 2006, S. 244

*Steiner, Udo*: Was des Staates ist und was des Sports, SpuRt 2009, S. 222 – 224

*Szwarc, Andrzej*: Strafbarkeit der Korruption im Sport im Lichte des polnischen Strafrechts, in: Strafrecht und Wirtschaftsstrafrecht. Festschrift für Klaus Tiedemann zum 70. Geburtstag, Hrsg: *Sieber, Ulrich*, Köln, 2008, S. 939 – 948

*Tenter, Dieter / Thomas, Klaus*: Die „Schwalbe“ auf dem Fußballfeld oder ist die Zeitlupenstudie für den Staatsanwalt Anlaß zur Einleitung von Ermittlungen?, JA 1996, S. 855 – 856

*Turner, George*: Ist ein Anti-Doping-Gesetz erforderlich?, ZRP 1992, S. 121 – 123

*Turner, George*: Doping und Zivilrecht, NJW 1992, S. 720 – 723

*Turner, George*: Rechtsprobleme beim Doping im Sport, MDR 1991, S. 569 – 575

*Triffterer, Otto*: Vermögensdelikte im Bundesligaskandal, NJW 1975, S. 612 – 617

*Valerius, Brian*: Schneller, höher, reicher? Strafbarkeit von Wett-Betrugsfällen im Sport, SpuRt 2005, S. 90 – 93

*Valerius, Brian*: Zur Strafbarkeit des Dopings de lege lata und de lege ferenda, in: Festschrift für Ruth Rissing-van Saan zum 65. Geburtstag am 25. Januar 2011, Hrsg: *Bernsmann, Klaus* u.a., Berlin, 2011  
zitiert: Valerius, in: FS-Rissing-van Saan

*Vieweg, Klaus*: Staatliches Anti-Doping-Gesetz oder Selbstregulierung des Sports?, SpuRt 2004, S. 194 – 197

*Wabnitz, Heinz-Bernd / Janovsky, Thomas*: Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, 3. Auflage, München, 2007  
zitiert: Wabnitz/Janovsky-Bearbeiter

*Walther, Felix*: Was wird aus § 299 StGB?, WiJ 2012, S. 236 – 246

*Weise, Klaus-Peter*: Finanzielle Beeinflussung von sportlichen Wettkämpfen durch Vereinsfunktionäre – Überlegungen zur Mißbrauchsuntreue auf der Grundlage des sogenannten Bundesligaskandals, Diss., Gießen, 1982

*Wessels, Johannes / Beulke, Werner*: Strafrecht Allgemeiner Teil, 42. Auflage, Heidelberg, 2012

*Wüterich, Christoph / Breucker, Matthias*: Plädoyer für eine Kronzeugenregelung zur Dopingbekämpfung, SpuRt 2002, S. 133 – 137

*Zöller, Mark*: Abschied vom Wettbewerbsmodell bei der Verfolgung der Wirtschaftskorruption? Überlegungen zur Reform des § 299 StGB, GA 2009, S. 137 – 149

*Zypries, Brigitte*: Subsidiäre Partnerschaft – Der Beitrag der Politik im Kampf gegen Doping, dvs-Informationen 16 (2001), S. 29 – 34

## Politische Dokumente

*Council of Europe*: Recommendation CM/REC(2011)10 of the Committee of Ministers to member states on promotion of the integrity of sport against manipulation of results, notably match-fixing, 28. September 2011, veröffentlicht unter [http://www.coe.int/t/dg4/epas/resources/texts/CM\\_Rec\\_2011\\_10\\_en.pdf](http://www.coe.int/t/dg4/epas/resources/texts/CM_Rec_2011_10_en.pdf), letzter Abruf 22.02.2013.  
zitiert: CM/REC(2011) 10

*Council of Europe*: Strafrechtsübereinkommen über Korruption, Straßburg, 27. Januar 1999, ETS 173, deutsche Version veröffentlicht unter <http://conventions.coe.int/Treaty/GER/Treaties/Html/173.htm>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: EU-Strafrechtsübereinkommen

*Europarat*: Rahmenbeschluss 2003/568/JI des Rates vom 22. Juli 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor, Amtsblatt der Europäischen Union, L 192 vom 31. Juli 2003, S. 54 – 56,  
zitiert: EU-Rahmenbeschluss

*Europarat*: Gemeinsame Maßnahme vom 22. Dezember 1998 – vom Rat aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union angenommen – betreffend die Bestechung im privaten Sektor (98/742/JI), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 358, S. 2 – 4

*UN Office on Drugs and Crime*: United Nations convention against corruption, New York, 2004, veröffentlicht unter [http://www.unodc.org/documents/treaties/UNCAC/Publications/Convention/08-50026\\_E.pdf](http://www.unodc.org/documents/treaties/UNCAC/Publications/Convention/08-50026_E.pdf), letzter Abruf 22.02.2013,  
zitiert: UN-Konvention

*Groupe d'Etats contre la corruption (GRECO)*: Dritte Evaluierungsrunde, Umsetzungsbericht zu Deutschland, "Kriminalisierung (SEV 173 und 191, GPC 2)", Straßburg, 9. Dezember 2011, veröffentlicht unter [http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/greco/evaluations/round3/GrecoRC3%282011%299\\_Germany\\_de.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/greco/evaluations/round3/GrecoRC3%282011%299_Germany_de.pdf), letzter Abruf 22.02.2013,  
zitiert: Greco Umsetzungsbericht

*Groupe d'Etats contre la corruption (GRECO)*: Dritter Erhebungszeitraum, Evaluierungsbericht über Deutschland zur Kriminalisierung (SEV 173 und 191, Leitlinie 2), Straßburg, 4. Dezember 2009, veröffentlicht unter [http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/greco/evaluations/round3/GrecoEval3%282009%293\\_Germany\\_One\\_DE.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/greco/evaluations/round3/GrecoEval3%282009%293_Germany_One_DE.pdf), letzter Abruf 22.02.2013,  
zitiert: Greco Evaluierungsbericht

*Europäische Kommission*: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat gemäß Artikel 9 des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates vom 22. Juli 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor, KOM(2011) 309, Brüssel, 6. Juni 2011, veröffentlicht unter [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/pdf/1\\_act\\_part1\\_v1111\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/pdf/1_act_part1_v1111_de.pdf), letzter Abruf 22.02.2013,  
zitiert: KOM(2011) 309



*European Committee On Crime Problems (CDPC):* Feasibility study on criminal law on promotion of the integrity of sport against manipulation of results, notably match-fixing, CDPC (2012) 1, Straßburg, 22. Februar 2012, veröffentlicht unter [http://www.coe.int/t/DGHL/STANDARDSETTING/CDPC/Bureau/documents/CDPC\(2012\)1-e - Promotion of the integrity of sport against manipulation of results\\_Final.pdf](http://www.coe.int/t/DGHL/STANDARDSETTING/CDPC/Bureau/documents/CDPC(2012)1-e-Promotion-of-the-integrity-of-sport-against-manipulation-of-results_Final.pdf), letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: CDPC (2012)

*Council of Europe:* 11th Council of Europe Conference of Ministers responsible for Sport, Report of the Secretary General, (CM (2009)25), Straßburg, 22. April 2009, veröffentlicht unter [http://www.coe.int/t/dg4/epas/Source/MSL11\\_en.doc](http://www.coe.int/t/dg4/epas/Source/MSL11_en.doc), letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: CM(2009)25

*Council of Europe:* Council conclusions on combating match-fixing, Brüssel, 29. November 2011, Amtsblatt der Europäischen Union, C 378 vom 23. Dezember 2011, S. 1 – 2

*Europäisches Parlament:* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2009 zu der Integrität von Online-Glücksspielen (2008/2215(INI)), veröffentlicht unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0097+0+DOC+XML+V0//DE>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: EP 2008/2215(INI)

*Europäisches Parlament:* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. November 2011 zu Online-Glücksspielen im Binnenmarkt (2011/2084(INI)), veröffentlicht unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0492+0+DOC+XML+V0//DE>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: EP 2011/2084(INI)

*Europäisches Parlament:* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. Februar 2012 zu der europäischen Dimension des Sports, veröffentlicht unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0025+0+DOC+XML+V0//DE>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: EP 2011/2087(INI)

*Europäische Kommission:* Entwicklung der europäischen Dimension des Sports, KOM(2011) 12, veröffentlicht unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0012:FIN:DE:PDF>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: KOM(2011) 12

*Europäische Kommission:* Korruptionsbekämpfung in der EU, KOM(2011) 308, veröffentlicht unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0308:FIN:DE:PDF>, letzter Abruf 22.02.2013, zitiert: KOM(2011) 308